SCHORNDORF »
DIE DAIMLERSTADT

Partnerschaft für Demokratie Schorndorf - Urbach

Begleittext zur Situations- und Ressourcenanalyse für die PfD Schorndorf-Urbach

1. Warum wurde diese Analyse erstellt?

Die Situations- und Ressourcenanalyse wurde erstellt, um der Stadtverwaltung und den beteiligten Akteurinnen und Akteuren eine Arbeitsgrundlage für die Weiterentwicklung der *Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach* (PfD) zu geben. Sie bündelt Problemlagen, lokale Ressourcen, Akteurslandschaften und mögliche Handlungsfelder, damit Prioritäten nachvollziehbar gesetzt und Maßnahmen zielgerichtet geplant werden können. Ein zentraler Bezugspunkt ist die im Bericht hervorgehobene Empfehlung, die PfD nicht nur als Projekt, sondern als langfristige Infrastruktur- und Netzwerkaufgabe zu verstehen.

Methodisch verfolgt der Bericht dazu einen Ansatz aus Kontextdaten, Dokumentenanalysen und Interviews, um sowohl eine Einordnung im Raumkontext als auch eine lokale Tiefenschärfe zu erreichen.

Die Durchführung einer Situations- und Ressourcenanalyse ist ein verpflichtendes Förderkriterium in der Förderperiode 2025 des Bundesprogramms *Demokratie leben!*, wie es aus dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) bzw. Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) hervorgeht.

»

2. Wichtig: Einige Textstellen sind Interviewaussagen und spiegeln zugespitzte, persönliche Meinungen wider.

Ein zentraler Bestandteil der Analyse sind leitfadengestützte Interviews mit lokalen Stakeholdern sowie ergänzende Experteninnen- und Expertenperspektiven. Viele Passagen, die zugespitzt wirken können, sind daher als Wiedergabe von Wahrnehmungen, Erfahrungen und Bewertungen einzelner Gesprächspartnerinnen und Partner zu lesen.

Solche Aussagen sind von den Positionen der Stadtverwaltung oder der PfD Schorndorf-Urbach zu unterscheiden. Mit diesen auch streitbaren Perspektiven sollen unterschiedliche Sichtweisen sichtbar gemacht und Spannungsfelder beschrieben werden, die für Planung und Kommunikation relevant sind. Genannte Interviewaussagen sind jeweils durch Anführungsstriche und Quellenverweise kenntlich gemacht.

Generell stellt die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ, des BAFzA, der Stadtverwaltung Schorndorf oder des Kreisjugendring Rems-Murr e.V. dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

3. Bezug zu Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger

Der Bericht dokumentiert, dass im lokalen Diskurs insb. migrationsbezogene Befürchtungen und Konfliktlagen vorkommen, etwa in Form von Sorgen über Sicherheit, gesellschaftlichen Wandel oder Belastungen, und verweist auch auf konkrete Konflikte im Kontext einer Unterkunft/Standortdebatte.

Diese Darstellung ist als Beschreibung eines Stimmungs- und Konfliktfeldes zu verstehen, nicht als Zustimmung zu pauschalisierenden Deutungen. Gleichzeitig macht der Bericht deutlich, dass ein konstruktiver Umgang sowohl das Ernstnehmen von Sorgen als auch die klare Zurückweisung diskriminierender Verallgemeinerungen erfordert, damit ein Dialog möglich bleibt, ohne Ausgrenzungen zu normalisieren.

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN

INSTITUT FÜR
RECHTSEXTREMISMUS-
FORSCHUNG (IREX)

IRex:ANALYSE

Situations- und Ressourcenanalyse #2 | 31.12.2025

Partnerschaft für Demokratie Schorndorf - Urbach

Situations- und Ressourcenanalyse

Rolf Frankenberger, Tim Fröhlich, Katharina Mayer, Bjarne Pfau

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG 4

2. METHODEN UND VERWENDETE DATEN 7

2.1 Quantitative Methoden und Daten 8
2.2 Qualitative Methoden und Daten 9

3. DEMOKRATIETHEORIE UND LIBERALE DEMOKRATIE 12

3.1 Politische Kultur und Legitimation der Demokratie 16

4. KRISEN DER DEMOKRATIE UND GESELLSCHAFTLICHE METATRENDS 18

4.1 Globalisierung, Strukturwandel und Transformation 20
4.2 Technologischer Wandel und Digitalisierung 23
4.3 Entgrenzung und Beschleunigung von Lebenszusammenhängen 24
4.4 (Hyper-)Individualisierung, Subjektivität und postmaterialistischer Wertewandel 24
4.5 Ideologien der Spaltung: Populismus, Menschenfeindlichkeit und Extremismus 26

5. STRUKTURDATENANALYSE 36

5.1 Ausgewählte Strukturdatenanalyse für Baden-Württemberg 38
5.2 Statistische Einordnung der Kommunen der Partnerschaft für Demokratie 60
5.3 Politische Situation vor Ort 71
5.4 Aktuelle Erfolge extrem rechter Parteien in Baden-Württemberg: DIE AFD 75

6. FALLPROFIL 83

6.1 Politische und soziale Situation 83
6.2 Die Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach 87
6.3 Demokratiegefährdende Akteur:innen und Strukturen 89
6.4 Demokratiefördernde Akteur:innen und Strukturen 92

7. BEFUNDE AUS DEN INTERVIEWS 97

7.1 Demokratiegefährdung vor Ort 98
7.2 Demokratiefeindliche und vielfaltsgefährdende Vorfälle und Gewalttaten, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 104
7.3 Situation in Sozialräumen, Stadtteilen und Teilgemeinden 108
7.4 Situation in den angrenzend Gemeinden 110
7.5 Demokratiefördernden Akteure und Ressourcen vor Ort 111
7.6 Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) 116
7.7 Herausforderungen für die PfD 119
7.8 Wie könnte die Partnerschaft für Demokratie besser funktionieren? 122
7.9 Zusammenfassung 127

8. HANDLUNGSFELDER UND EMPFEHLUNGEN 128

9. LITERATURVERZEICHNIS 136

10. ANHANG 1: INTERVIEWLEITFADEN S&R-ANALYSE PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE 148

11. ANHANG 2: INFORMED CONSENT INTERVIEWS S&R-ANALYSE 151

12. ANHANG 3: STRUKTURDATENANALYSE: VARIABLENBESCHREIBUNG UND QUELLEN..... 152

1. Einleitung

Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen. Folgt man diesem partizipativen, auf Beteiligung und Teilhabe an politischen Prozessen abzielenden, Demokratieverständnis (vgl. z.B. Etzioni 1968, Verba und Nie 1972, Kaase und Marsh 1979, Barber 1984, Beetham 1994, Landman 2008), so sind „Regieren durch Mitwirkung und Regieren durch Diskussion“ (Schmidt 2000, S. 252) die zentralen Elemente zur Analyse und Stärkung der Demokratie.

Folglich stellt sich die Frage, wie Demokratie erfahrbar gemacht werden kann – im Kleinen, im Lokalen, im Alltag. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass Beteiligung an der Demokratie in unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung sehr unterschiedlich gelebt wird - und werden kann. Beteiligung ist fragmentiert und im Wesentlichen ein Mittel- und Oberschichtenphänomen (vgl. grundlegend van Deth 2009). Dies liegt auch und insbesondere an der Auflösung tradierter Lebenswelten und der Vervielfältigung von Lebensentwürfen und der mit dieser Individualisierung einhergehenden Fragmentierung des Gemeinwesens und der Bezugspunkte gesellschaftlicher Einbindung und Teilhabe (vgl. Inglehart 1998, Ueltzhöffer 1999, Frankenberger 2007). Die so entstehenden heterogenen Lebenswelten haben Auswirkungen auch und gerade auf Politik, Demokratiebewertung und Beteiligungsformen (Frankenberger et al 2015; 2019). Es ist ein Auseinanderdriften demokratiezufriedener und demokratieskeptischer bis hin zu demokratieablehnenden Lebenswelten zu beobachten.

Doch wie kann Demokratie gestärkt werden? Wie kann sie erfahrbar gemacht werden? Demokratie muss im Alltag erfahrbar sein. Und zwar so, dass die Menschen dabei Selbst- und Handlungswirksamkeit erleben – weil sie gehört werden, weil sie mitgestalten und mitentscheiden, weil sie in ihrer Vielfältigkeit Teil demokratischer Prozesse sein können.

Das seit 2015 bestehende und nunmehr in der dritten Förderungsperiode befindliche Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat sich zum Ziel gesetzt, Demokratie auf verschiedenen Ebenen zu fördern, Vielfalt zu gestalten und Extremismus zu verhindern: „Ziel der Förderung ist es, zur Stärkung der Demokratie und zu einem friedlichen, respektvollen Zusammenleben beizutragen, Teilhabe zu fördern sowie die Arbeit gegen jede Form von Menschen- und Demokratiefeindlichkeit zu ermöglichen“ (BMBFSFJ 2024, S.1). Ein zentrales Element zur Stärkung der Demokratie und des Demokratieerlebens vor Ort sind innerhalb des Bundesprogramms die „Partnerschaften für Demokratie“. In diesem Programmbereich werden Projekte von kommunalen Gebietskörperschaften zur Stärkung und Vernetzung von zivilgesellschaftlich und demokratisch aktiven Menschen und Organisationen gefördert. Diese Projekte sollen

- demokratische Selbstwirksamkeit ermöglichen und stärken, indem mit den jeweiligen Zielgruppen gemeinsam teilhabeorientierte Maßnahmen und Formate entwickelt und durchgeführt werden;
- demokratische Bündnisse erweitern und eine „breite lokale Verantwortungsgemeinschaft“ (BMBFSFJ 2024: 16) schaffen;
- den Akteur:innen der Partnerschaften für Demokratie Handlungssicherheit vermitteln im Umgang mit lokalen Herausforderungen insbesondere durch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur:innen;
- demokratieskeptische Menschen ansprechen, einbinden und ermutigen, an demokratischen Prozessen zu partizipieren;

- die Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung stärken und Schutzkonzepte für zivilgesellschaftliche Akteur:innen und gefährdete Gruppen erarbeiten.

Im Rahmen der aktuellen Förderlinie „Demokratie leben!“ werden Partnerschaften für Demokratie (PfD) mit der Maßgabe gefördert, dass mit Beginn der laufenden Förderperiode eine Situations- und Ressourcenanalyse (S&R) der jeweiligen PfD durchgeführt wird. Die S&R-Analyse soll eine zentrale Grundlage der konkreten weiteren Arbeit der Partnerschaft für Demokratie in den Folgejahren bilden, indem Herausforderungen und Ressourcen identifiziert werden, anhand derer die Mitglieder des Bündnisses ein kommunales, bedarfsorientiertes Handlungskonzept entwickeln und kontinuierlich fortschreiben, in dem die übergeordneten Förderziele des Bundesprogramms und die lokalen / regionalen Herausforderungen im Rahmen der Ziele des Programmbereichs benannt und bearbeitet werden.

Die Maßgabe ist, dass diese S&R-Analysen entsprechend grundlegenden wissenschaftlichen Standards durchgeführt werden, also intersubjektiv nachvollziehbar, transparent und methodischen Standards verpflichtet sind. Dabei sollen sowohl die Aktiven in der Partnerschaft für Demokratie als auch externe Akteur:innen und Quellen wie etwa Veröffentlichungen von Ämtern, Hochschulen, Forschungsinstituten und eigene Erhebungen in die S&R-Analyse eingebunden werden, um ein evidenzbasiertes Vorgehen zu ermöglichen. Das Bundesprogramm schreibt dabei einen Fragenkatalog für die S&R-Analyse vor, der unter anderem folgende Fragen zu Situation, Ressourcen, Bedarfen und Potenzialen umfasst:

1. Welche Faktoren prägen den Raumkontext?
2. Welche Problemlagen existieren vor Ort?
    - Gibt es konkrete demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und/oder (rechts-) extremistische Vorfälle bzw. Angriffe?
    - Inwiefern manifestieren sich gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor Ort?
    - In welchen Sozialräumen sind die Probleme zu verorten?
    - Welche Probleme sind besonders gravierend, welche haben Priorität?
3. Welche Ursachen, Kontext- und Rahmenbedingungen lassen sich für diese Probleme identifizieren und welche Entwicklungsszenarien sind wahrscheinlich? In welchem Bereich sollte präventiv gehandelt werden?
4. Welche spezifischen Akteur:innen oder Netzwerke tragen zu den Problemen bei oder erschweren ihre Bearbeitung?
5. Welche Akteur:innen und Netzwerke der demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort und welche kommunalpolitischen Akteur:innen, Organisationen und Institutionen können zu einer konstruktiven Bearbeitung der Probleme beitragen?
6. Wie kann die Kooperation zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und ggf. auch Sicherheitsbehörden vor Ort gestärkt werden?
7. Welche Unterstützung benötigen Akteur:innen bei der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Handlungsstrategien vor Ort? Besteht Bedarf an dezidierten Schutzangeboten für exponierte Akteur:innen?
8. Welche Rolle kann überregionale Vernetzung bei der Stärkung lokaler Akteure einnehmen?
9. Welche Ansätze und Maßnahmen bieten sich zur Bearbeitung der Problemlagen an?
10. Welche Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung gibt es vor Ort?

Das Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen verbindet in seiner Arbeit Grundlagenforschung mit Transdisziplinarität und gesellschaftlicher Verantwortung. Dazu gehört neben der Verpflichtung auf höchste wissenschaftliche Standards auch das Eintreten für Demokratie und Menschenrechte. Mit seinen Forschungsergebnissen will das Institut eine alltäglich gelebte demokratische und an den allgemeinen Menschenrechten orientierte Grundhaltung fördern und die Resilienz (zivil-)gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen stärken. Das IRex verfügt über profunde theoretische und methodisch-statistische Kenntnisse in der Demokratie- und Partizipationsforschung (vgl. z.B. Frankenberger et al 2015; 2019; Frankenberger 2021; 2023).

Im Rahmen von klassischer Drittmittelforschung übernehmen wir im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach die Durchführung der S&R-Analyse. Ausgehend von den Vorgaben des Bundesprogramms und den von der Partnerschaft für Demokratie formulierten Bedarfen wurde die vorliegende S&R-Analyse entlang der folgenden Vorgehensweise durchgeführt, die Ressourcen, Bedarfe und Interessen bündelt und unter Berücksichtigung der spezifischen lokalen Kontexte die Entwicklung angepasster Konzepte und Zielformulierungen ermöglichen soll. Zugleich wird aufgrund der Durchführung von insgesamt 20 S&R-Analysen eine Vergleichbarkeit der Problemlagen hergestellt, so dass auf der Basis der Ergebnisse für die untersuchten Partnerschaften für Demokratie übergreifende Schlussfolgerungen gezogen werden können. Das Forschungsdesign beruht auf der Idee der Methodentriangulation, die es ermöglicht, je nach spezifischem Erkenntnisziel unterschiedliche wissenschaftliche Zugänge zu wählen und quantitative mit qualitativen Methoden zu verbinden. Während eine quantitative und statistische Analyse von Makrodaten es ermöglicht, die lokale Situation vergleichend einzuordnen und Überblick zu geben, erlaubt der Einsatz von qualitativen Erhebungs- und Auswertungsmethoden die notwendige Tiefenschärfe zur Erfassung lokaler Besonderheiten. Daraus ergeben sich entlang der Fragestellungen des Bundes folgende Elemente der S&R-Analyse:

1. Raumkontext: Strukturdatenanalyse der beteiligten Gebietskörperschaft im baden-württembergischen Vergleich inklusive einer fallspezifischen Profilierung und Verortung. Anhand dieser Analyse kann die Bedeutung der Kontextfaktoren für die lokale Arbeit fallspezifisch und vergleichend herausgearbeitet werden.
2. Problemlagen vor Ort: Die Durchführung einer Fallstudie ermöglicht die Erfassung und Einordnung lokaler Herausforderungen für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie. Für die Fallstudie werden verschiedene Datenquellen herangezogen. Erstens werden qualitative Interviews mit Stakeholdern durchgeführt, um die Vor-Ort-Expertise einzubinden. Zweitens werden Expert:inneninterviews mit externen Expert:innen durchgeführt. Drittens werden relevante offizielle Dokumente und Medienberichte sowie Daten von Ereignismonitorings zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der Fachstelle mobirex, von Leuchtlinie, DeRex und weiteren Fachstellen ausgewertet.
3. Problemursachen: Die Befunde aus den Datenanalysen und Interviews bilden die Grundlage für eine kausalanalytische Einordnung der Befunde in den Forschungsstand. Dabei werden unmittelbar bearbeitbare und nicht unmittelbar bearbeitbare Faktoren identifiziert und kausale Wirkungszusammenhänge herausgearbeitet.
4. Akteur:innen vor Ort: Auf der Basis der in die Analyse einbezogenen Daten aus Dokumenten, Monitoring, Expert:innen- und Stakeholderinterviews werden zentrale Akteur:innen zur Stärkung der Demokratie sowie potenzielle Netzwerkpartner:innen identifiziert. Analog dazu werden demokratieferne und -gefährdende Akteur:innen und Gruppen identifiziert.

Basierend auf der Auswertung werden Handlungsempfehlungen abgeleitet und der Partnerschaft für Demokratie zur Verfügung gestellt. Diese dienen als Entscheidungshilfe für die Ausrichtung der konkreten Arbeit des Bündnisses:

5. Entscheidungshilfen: Anhand der Ergebnisse der S&R-Analyse werden Handlungsfelder identifiziert, in denen sich die Partnerschaft für Demokratie verstärkt engagieren sollte, um aktuelle und antizipierte Problemlagen zu bearbeiten. Wo möglich werden Kriterien für die Auswahl und Entwicklung von Ansätzen und Maßnahmen für die konkrete Arbeit der Partnerschaft für Demokratie formuliert.

Im folgenden Kapitel 2 werden methodologische Grundannahmen sowie die konkreten Methoden der Datenerhebung und der Datenanalyse vorgestellt. Auch wird die Datengrundlage der jeweiligen Analysen dargestellt. Der demokratietheoretische Rahmen der Arbeit bildet die Grundlage für Kapitel 3. Hier werden zentrale Begriffe und Konzepte der Demokratie definiert und diskutiert, die den wissenschaftlichen Rahmen für die Analyse darstellen. Zudem wird auf die Kernmerkmale der liberalen Demokratie und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz verankert ist, eingegangen. Abschließend werden gesellschaftliche Entwicklungslinien oder so genannte Metatrends vorgestellt und Herausforderungen und Bedrohungen für die liberale Demokratie insgesamt und deren lokale Bedeutung vorgestellt. In Kapitel 4 werden die Entwicklungstrends genauer analysiert und die Gebietskörperschaft in den Landestrend eingeordnet. Dies geschieht anhand von statistischen Analysen und kartografischen Darstellungen. Die detaillierte Fallbeschreibung und Analyse von objektiven Daten zur lokalen wirtschaftlichen politischen Lage und Entwicklungen erfolgt in Kapitel 5. Die Ergebnisse der Interviews mit Stakeholdern und Expert:innen ist Gegenstand von Kapitel 6. Auf der Basis der empirischen Befunde werden in Kapitel 7 unter Bezugnahme auf die Mittlerziele konkrete Handlungsfelder für die weitere Ausrichtung der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie vorgeschlagen.

2. Methoden und verwendete Daten

Methoden sind das Handwerkszeug der Wissenschaft. Sie gewährleisten, dass Forscher:innen die Welt nicht nur erfassen, sondern dies auf eine Art und Weise machen, die ihr Vorgehen für andere Personen nachvollziehbar macht. Eine Methode ist in diesem Sinne das regelgeleitete Vorgehen zur Beantwortung einer wissenschaftlichen Fragestellung und damit zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Im Rahmen eines Forschungsprozesses kommen Methoden der Datenerhebung und der Datenanalyse zum Einsatz, und zwar in Abhängigkeit davon, welche Fragen beantwortet werden sollen. Da diese Methoden auf einem möglichst exakt formulierten Regelwerk basieren und die Anwendung diesem Regelwerk folgt, ist Forschung in ihren Ergebnissen überprüfbar, und zwar unabhängig von der jeweiligen Person und ihren Erfahrungen, Einstellungen und Meinungen. Die einzelnen Schritte der Forschung können auf diese Weise nachvollzogen und einer kritischen Prüfung unterworfen werden. Dies ist umso wichtiger, als dass gerade in der vorliegenden S&R-Analyse verschiedene Methoden zum Einsatz kommen (vgl. Frankenberger 2021, 2023; Pickel und Pickel 2018), mit denen unterschiedliche Aspekte und Ausschnitte der Wirklichkeit untersucht werden (vgl. Behnke u.a. 2010) und die letztlich dazu dienen, Handlungsempfehlungen für die Demokratieförderung vor Ort zu geben. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen dazu in der Erfahrung, also in Beobachtungen der Wirklichkeit verankert werden. Der Begriff Wirklichkeit ist dabei jedoch durchaus kein leichter. Denn Wirklichkeit kann einerseits als objektiv gegeben angenommen werden, andererseits wird sie immer auch durch die Wahrnehmung der einzelnen Personen vermittelt. Dieser

Gegensatz wird wissenschaftstheoretisch als Gegensatz zwischen Positivismus und Konstruktivismus gefasst (vgl. Moses/Knutsen 2012, 7).

Der Positivismus oder Naturalismus geht davon aus, dass es eine reale Welt gibt, in der Regelmäßigkeiten und Muster existieren, die unabhängig vom Beobachter sind. Diese Muster können beobachtet werden und die daraus resultierenden Beobachtungen können objektiv beschrieben werden, etwa auf der Basis der Beobachtung von Regelmäßigkeiten, wie sie in statistischen Analysen oder in Experimenten untersucht werden.

Der Konstruktivismus nimmt eine andere Position ein. Er geht davon aus, dass die Welt, die wir untersuchen, nicht unabhängig vom Beobachter existiert, sondern von dessen Perspektive, die von individuellen Erfahrungen, Interessen und Werten geprägt ist. Daher geht es bei solchen Studien darum, das Besondere zu erfassen und zu verstehen.

Zusammen genommen bedeutet dies, dass wissenschaftliche Forschung diese Subjektivität ebenso wie Regelmäßigkeiten erfassen muss, um ein vollständiges Bild der Wirklichkeit zeichnen zu können. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um Forschung zur Erfassung von sozialen Prozessen und zu sozialen Akteur:innen handelt, wie dies im Rahmen der S&R-Analyse der Fall ist. Die Unterscheidung zwischen positivistischen und konstruktivistischen Positionen spiegelt sich in der Wahl von Methoden zur Datenerhebung und Datenanalyse wider: man spricht in diesem Zusammenhang von quantitativen und qualitativen Methoden. Qualitative Ansätze gehen weitgehend interpretierend und verstehend vor, quantitative Ansätze verwenden meist statistische Methoden zur Analyse von Daten (vgl. Brühl 2015, 96)

Qualitative Methoden haben den Vorteil, dass sie nicht-standardisierte Daten ebenso wie standardisierte Daten interpretativ, nach festgelegten Regeln in der Vorgehensweise, auswerten. Qualitative Ansätze und Methoden kommen zum Einsatz, wenn es um die Beobachtung oder den Fall selbst geht. Sie sind offen gegenüber den Forschungsgegenständen und Forschungssubjekten und gewinnen Erkenntnis durch die Rekonstruktion oder den verstehenden Nachvollzug aus den Forschungsgegenständen selbst. Damit sind sie insbesondere dazu geeignet, subjektive Einschätzungen und Wahrnehmungen systematisch auszuwerten, um Neues zu entdecken sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede etwa in Interviews herauszuarbeiten.

Quantitative Ansätze arbeiten meist deduktiv auf der Basis von Theorien und darin formulierten Gesetzmäßigkeiten. Sie kommen dann zum Einsatz, wenn es ausformulierte Theorien zum Forschungsgegenstand gibt. Daraus werden dann Hypothesen über die Beschaffenheit des Untersuchungsgegenstandes abgeleitet und anhand von Daten überprüft. Quantitative Ansätze erheben Daten auf standardisierte Weise durch Messen und Zählen und analysieren diese mit Hilfe von mathematisch-statistischen Methoden. Quantitative Forschung ist insofern weniger an den Forschungssubjekten, sondern an einzelnen Variablen und deren Effekten auf das zu untersuchende Phänomen interessiert. So kann etwa der Einfluss von Einkommen auf Wahlergebnisse statistisch untersucht werden.

In der S&R-Analyse kommen quantitative als auch qualitative Methoden zum Einsatz. Sie werden trianguliert, um die eingangs in Kapitel 1 dargestellten Forschungsfragen beantworten zu können.

2.1 Quantitative Methoden und Daten

Insbesondere bei der Analyse des Raumkontexts kommen Verfahren der deskriptiven und der schließenden Statistik zum Einsatz. Die Datengrundlage bilden dabei insbesondere Daten des

Statistischen Landesamts Baden-Württemberg[1], des Statistischen Bundesamtes[2] und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung[3], die zahlreiche Strukturdaten zur Verfügung stellen. Strukturdaten beschreiben den Aufbau und die Organisation einer Gebietskörperschaft und deren Input und Output. Diese werden in der Regel aus amtlichen Statistiken gewonnen und werden durch Aggregation von Daten über Teile der Gebietskörperschaft berechnet. Dazu gehören beispielsweise Daten zur Soziodemographie der Einwohner, zur Ökonomie, zur Infrastruktur, zu ortsansässigen Organisationen und öffentlichen Finanzen. Anhand von Strukturdaten können zentrale Raumkontextfaktoren für eine Gebietskörperschaft dargestellt und verglichen werden. Anhand von Lage- und Streuungsmaßen kann die Situation vor Ort im Vergleich zu anderen Gebietskörperschaften verglichen werden. Lagemaße dienen der möglichst einfachen Beschreibung der durchschnittlichen Merkmalsausprägung. Zu den Lagemaßen gehören die Extremwerte (Minimum und Maximum) und die Maße der zentralen Tendenz (Modus, Median und arithmetisches Mittel). Streuungsmaße geben an, ob und wie stark die Verteilung der der Merkmalsausprägung einer Variablen von den Maßen der zentralen Tendenz abweichen. Hier werden für metrische Variablen Spannweite, Quartilsabstand, Varianz und Standardabweichung berechnet. Zusammengefasst lässt sich die Lage einer Gebietskörperschaft grafisch über so genannte Box-Plots darstellen. Wir setzen die Daten der Gebietskörperschaft vor allem in Bezug zu Baden-Württemberg und den insgesamt 1101 Kommunen im Land.

Die Analyse von Strukturdaten erfolgt vor dem Hintergrund, dass einige dieser Variablen Einfluss darauf haben, ob extrem rechte Parteien bei Wahlen erfolgreich sind und damit strukturell Einfluss auf die Stabilität von Demokratie haben. Dies lässt sich anhand von Regressionsanalysen überprüfen (vgl. Fröhlich et al. 2024; Frankenberger et al. 2025, 2025a, 2025b). Regressionsanalysen zählen zu den strukturtestenden Verfahren, mit denen Hypothesen über den Zusammenhang von Variablen geprüft werden können. Bei Regressionsanalysen wird die Ausprägung einer zu erklärenden Variablen auf die Ausprägung(en) einer oder mehrerer erklärender Variablen zurückgeführt. (vgl. Wagschal 1999) Lineare Zusammenhänge werden in der Regel mit der so genannten linearen Einfachregression oder OLS-Regression analysiert, die auch bei der Analyse der Einflussgrößen auf die Wahlergebnisse zum Einsatz kam.

2.2 Qualitative Methoden und Daten

Im Rahmen der S&R-Analyse kommen mit der Dokumentenanalyse, dem qualitativen Interview und dem Expert:inneninterview drei qualitative Methoden der Datenerhebung zum Einsatz. Während die Dokumentenanalyse ein nicht-reaktives Verfahren ist, handelt es sich bei Interviews um reaktive Verfahren, also solche, die auf der Basis eines Reiz-Reaktions-Musters funktionieren. Forschende setzen mit ihren Fragen Reize, auf die die befragte Person reagiert.

Dokumentenanalyse als Methode der Datengewinnung ist ein nicht-reaktives Verfahren der Recherche nach für die eigene Forschung geeigneten Schriftstücken. Die Erzeugung primärer Daten gehört dann nicht dazu, da diese durch die Verwendung anderer Methoden wie etwa Interviews produziert wurde. Fasst man Dokumentenanalyse als Auswertungsmethode, so kann sie unter dem Begriff Inhaltsanalyse gefasst werden (siehe unten). Als Dokumente bezeichnet man in der Forschung

1 https://www.statistik-bw.de/
2 https://www.destatis.de/
3 https://www.bbsr.bund.de/

alle möglichen Formen von Schriftstücken, z.B. Gesetzestexte, Akten, Gemeinderatsprotokolle, Zeitungsartikel, Fachliteratur oder Tweets und Posts auf sozialen Medienplattformen. Vorteile von Dokumentenanalysen liegen darin, dass das Datenmaterial bereits vorliegt. Herausforderungen liegen darin, den Zugang zu relevanten Dokumenten zu erhalten, die einerseits hinter so genannten Paywalls liegen können oder andererseits aus verschiedenen Gründen wie etwa der Geheimhaltung strikten Zugangsregeln unterliegen oder gänzlich unter Verschluss gehalten werden. Insofern erhebt die vorliegende Analyse auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit in der Erfassung von Dokumenten. Die in der S&R-Analyse erfassten Dokumente umfassen unter anderem Zeitungsartikel zu Ereignissen, Haushaltspläne der Gebietskörperschaft, Strategiepapiere, Analysen und Berichte zu Demokratie, Sicherheit, Kriminalität, Extremismus und sozialer Entwicklung, Dokumentationen und Anträge der Partnerschaft für Demokratie. Sie werden in der Analyse jeweils referenziert und sind im Quellenverzeichnis erfasst.

Qualitative Interviews umfassen verschiedene Formen der nicht standardisierten Befragung. Ihr Ziel ist es, Situationsdeutungen oder Handlungsmotive zu erfragen, Alltagstheorien und Selbstinterpretationen differenziert und offen zu erheben. Qualitative Interviews können dabei leitfadengestützt oder gänzlich offen sein. In der S&R-Analyse kommen zwei Formen des qualitativen Interviews zum Einsatz: das leitfadengestützte problemzentrierte Interview und das Expert:inneninterview. Qualitative Interviews sind reaktive Verfahren, bei denen die Befragten offene Fragen gestellt bekommen und die Möglichkeit haben, offene und damit auch längere Antworten zu geben. Dies ermöglicht es, die Weltbilder, Konzepte und Meinungen der Befragten in den Vordergrund zu stellen. Offene Fragen haben den großen Vorteil gegenüber standardisierten Fragen, dass Befragte innerhalb ihres eigenen Bezugssystems antworten können (und damit auch Informationen über dieses liefern), ohne durch die Antwortvorgaben in eine Richtung gedrängt zu werden. Sie fördern solche Äußerungen, die den Wissenskontext und die Einstellungen der Befragten widerspiegeln. Die Antworten sind also lebensweltlich verankert. Dies ist im Rahmen von Surveys nicht möglich.

Die im Rahmen der S&R-Analyse durchgeführten qualitativen Interviews dienen dazu, die Expertise von Personen vor Ort in ihrer Rolle als Verantwortliche oder Beteiligte in der Partnerschaft für Demokratie oder als zivilgesellschaftlich engagierte Personen vor Ort systematisch zu erfassen und entsprechend der Vorgaben des Bundesprogramms in die Situations- und Ressourcenanalyse einfließen zu lassen. In den Interviews der S&R-Analyse kommt ein Interviewleitfaden zum Einsatz, der sich an den in Kapitel 1 vom Bundesprogramm vorgegebenen Erkenntnisdimensionen orientiert und zusätzlich etwa das subjektive Demokratieverständnis der jeweiligen Personen abfragt, das als Bezugsrahmen für die Fragen nach den Gefährdungen der Demokratie dient. Abgefragt wurden unter anderem:

- Subjektives Demokratieverständnis
- Herausforderungen für die Demokratie allgemein und vor Ort
- Politische und soziale Situation vor Ort
- Demokratiegefährdende Akteure und demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende Vorfälle
- Sozialräume
- Chancen und Herausforderungen der PfD
- Ressourcen, Akteure und Netzwerke zur Stärkung der Demokratie

Der Interviewleitfaden (Siehe Anhang 1) dient der Strukturierung der Interviews und stellt sicher, dass in allen Interviews dieselben Aspekte abgefragt und so eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Interviews (und in einem zweiten Schritt auch zwischen den S&R-Analysen der verschiedenen

Partnerschaften für Demokratie) hergestellt werden kann. Zugleich ermöglicht diese Form des Interviews sowohl den Interviewern als auch den Interviewten, Nachfragen zu stellen, Ergänzungen vorzunehmen und zusätzliche Aspekte einfließen zu lassen.

Die Interviewten wurden über den Zweck und die Verwendung der Interviews schriftlich und mündlich aufgeklärt und mussten ihre Einwilligung (informed consent) schriftlich erklären. Darin wurde vereinbart, dass die weitgehend über Zoom abgehaltenen Interviews zum Zwecke der systematischen Transkription und Auswertung lokal und unter Berücksichtigung der DSGVO gespeichert wurden und nur in anonymisierter Form in die Analyse eingehen, um größtmögliche Vertraulichkeit zu gewährleisten. Die Transkription erfolgte unter Verwendung des Programms MAXQDA. Im Zuge der Transkription wurden die Interviews anonymisiert und die Aufzeichnungen gelöscht. Die anonymisierten Interviewtranskripte werden im Rahmen der S&R-Analyse und ggf. in weiteren darauf bezogenen wissenschaftlichen Publikationen verwendet und zu Forschungszwecken für 10 Jahre gespeichert.

Im Rahmen der S&R-Analyse wurden insgesamt 35 Personen aus Politik, Gesellschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft für Interviews angefragt, die aufgrund ihres Amtes, Berufes, Mandats oder Engagements über besondere Einblicke in die sozialen und politischen Entwicklungen in Schorndorf und Urbach haben. Die Auswahl der Personen erfolgte in Rücksprache mit der Partnerschaft für Demokratie. Insgesamt konnten 12 qualitative Interviews mit Stakeholdern durchgeführt werden, was einer Ausschöpfungsquote von 34,2% entspricht. Personen, die sich auf die Anfrage nicht zurückmeldeten, wurden erneut angefragt und dann nach ausbleibender Rückmeldung oder Ablehnung der Anfrage nicht mehr berücksichtigt. Das so entstandene Sample umfasste Personen aus der Stadtverwaltung, Personen aus der in der Partnerschaft für Demokratie engagierten Zivilgesellschaft und weitere Personen aus der Stadtgesellschaft.

Eine Sonderform qualitativer Interviews ist das Expert:inneninterview (vgl. Meuser und Nagel 1994). Expert:inneninterviews werden häufig verwendet, wenn es darum geht, wie politische Prozesse jenseits der institutionellen Vorgaben sozusagen „tatsächlich“ laufen. Als Expert:innen gelten dabei Personen, die je nach Fragestellung Teil des jeweiligen Handlungsfeldes, Verantwortungsträger im Handlungsfeld und/oder Träger privilegierter Informationen sind. Erhoben werden „Hintergrundinformationen über Sachverhalte und Geschehnisse, aber auch Informationen über Handlungsmotive und Kooperationsbereitschaften und Einschätzungen über Entwicklungen und Veränderungen“ (Blatter u.a. 2007, 62). Im Rahmen der S&R-Analysen sind Personen aus der Forschung mit besonderem Einblick in die jeweiligen Kontexte und Themen, Personen aus Sicherheitsbehörden mit beruflichem Einblick in Bedrohungslagen sowie Personen aus der (mobilen) Beratung sowie investigative Journalist:innen von Interesse, die unabhängig von der jeweiligen Partnerschaft für Demokratie tätig sind.

Im Rahmen der S&R-Analyse für die Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach wurden sechs Expert:innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Medien und Sicherheitsbehörden befragt, zum Teil in Hintergrundgesprächen, in denen Informationen gesammelt und validiert wurden. Die Auswertung der Interviews (sowie eines Teils der Dokumente) erfolgte qualitativ. Qualitative Auswertungsmethoden dienen der Fallrekonstruktion, dem Verstehen bestimmter Aussagen, Ereignisse oder Phänomene und der Mustererkennung. Im Rahmen der S&R-Analyse wurden die Interviews anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse mit dem Programm MAXQDA ausgewertet. Dabei wurde darauf geachtet, dass die aufgrund ihrer Funktion und Situiertheit vorhandenen spezifischen

Wissensbestände der Interviewpartner:innen ebenso berücksichtigt wurden wie die kollektiv geteilten Wissensbestände, um ein möglichst umfassendes Bild der Geschehnisse vor Ort zeichnen zu können.

Die qualitative Inhaltsanalyse ist als Methode detailliert ausgearbeitet. Dies ermöglicht eine hohe Transparenz der Vorgehensweise (Kuckartz 2018; Mayring 2015). Qualitative Inhaltsanalyse analysiert systematisch fixierte Kommunikation und geht dabei regelgeleitet und theoriegeleitet vor, um aus dem Text Rückschlüsse auf Eigenschaften oder Ereignisse ziehen zu können. Das geschieht durch Kodieren und Kategorienbildung. Dazu muss zunächst einmal definiert werden, was der kleinste (Kodiereinheit) und größte (Kontexteinheit) Materialbestandteil ist, der mit einem Kode versehen werden kann. Dabei kommen in der Regel drei Verfahren zum Einsatz: Zusammenfassendes, Explikatives und Strukturierendes Interpretieren. Zusammenfassende Inhaltsanalyse dient der Reduktion des Materials, so dass die zentralen Inhalte erhalten bleiben, aber zu einem überschaubaren Kurztext zusammengefasst sind. Explikative Inhaltsanalyse reduziert Material nicht, sondern verwendet zusätzliches Material, um interpretationsbedürftige Textstellen zu erklären, verständlich zu machen, zu erläutern. Strukturierendes Interpretieren soll aus dem Material bestimmte Strukturen herausfiltern. Dabei handelt es sich nicht notwendigerweise um unmittelbar textimmanente Strukturen, denn eine Struktur kann auch durch ein Kategoriensystem an das Material herangetragen werden. Das Vorgehen erfolgt in drei Schritten:

- Definition der Kategorien.
- Ankerbeispiele: Anführen konkreter Textstellen, die unter eine Kategorie fallen und als Beispiele für diese Kategorie gelten
- Kodierregeln: Bei Abgrenzungsproblemen werden Regeln formuliert, die eine eindeutige Zuordnung ermöglichen

Die Analyse erfolgte auf der Basis der strukturierenden Inhaltsanalyse (Kuckartz 2018; Mayring 2015) und wurde zu Zwecken der kausalanalytischen Einordnung der Befunde um das in der Grounded Theory etablierte Element des Axialen Codierens (vgl. Strauss und Corbin 1990), und des Coding Paradigm (Flick 2018) ergänzt, die es erlauben, Kausalstrukturen in Texten zu identifizieren und so Fragen nach Ursachen, Wirkungen und möglichen Interventionen zu beantworten (vgl. Frankenberger 2023).

Auf der Basis der vorliegenden Daten wird zudem eine qualitative, fallrekonstruktive Netzwerkanalyse (Vgl. Häussling und Stegbauer 2010; Stegbauer 2010) durchgeführt. Netzwerke sind inhaltliche oder personelle Beziehungsstrukturen zwischen verschiedenen Akteuren. Als Daten können alle Informationen über Personen verwendet werden, die über (Expert:innen-)Interviews, Dokumentenanalysen und Inhaltsanalyse gewonnen wurden. Die Vorteile solcher offenen und interpretativen Vorgehensweisen liegen darin, dass nicht nur Netzwerkstrukturen, sondern auch die dahinter liegenden Sinnstrukturen erfasst werden können, die bei einer rein algebraischen, formalisierten Netzwerkanalyse nicht einbezogen werden. Diese können dann dazu dienen, nicht nur bestehende Netzwerke aufzuzeigen, sondern auch potenzielle Netzwerkpartner:innen zu identifizieren.

3. Demokratietheorie und Liberale Demokratie

Politische Systeme sind soziale Systeme, in welchen verbindliche Entscheidungen für die jeweilige Gesellschaft getroffen werden (Easton 1957). Die Idee demokratischer politischer Systeme ist es dabei, dass die Menschen in einem politischen System als politisch gleich anerkannt werden und damit die gleichen Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Prozessen haben sollen. Wie genau Demokratien

ausgestaltet sind oder sein sollen, ist Gegenstand der politischen Theorie ebenso wie gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Denn über Demokratie ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Von Aristoteles bis Josiah Ober haben Philosophen, Politiker und Laien eine Vielzahl von Theorien und Bedeutungen der Demokratie zum Ausdruck gebracht. Und im Laufe der Zeit gab es verschiedene Umsetzungen der Demokratie in politischen Systemen. Die Gemeinsamkeit der Demokratietheorien besteht darin, dass sie sich fragen, wie Menschen sich selbst regieren können und sollten.

Ein heute zentraler Strang der liberalen Demokratietheorie gründet auf der von Josef Schumpeter formulierten prozeduralen Definition von Demokratie als „diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen[,] bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volks erwerben“ (Schumpeter 2018 [zuerst 1947], S.365). Im Kern dieser liberalen Tradition steht der demokratische Wettbewerb um die Mehrheit der Stimmen in einem politischen System.

Schumpeters Ansatz wurde in der liberalen Demokratietheorie weiterentwickelt und ausdifferenziert. Denn um die im demokratischen Wettbewerb gewählten Vertreter:innen des Demos an den Willen desselben zu binden und damit auch ein tatsächlich demokratisches Regieren zu sichern, braucht es neben regelmäßig durchgeführten freien und fairen Wahlen weitere Elemente, um den politischen Wettbewerb so einzuhegen, dass die Bürger:innen im Sinne einer politischen Gleichheit hinsichtlich von Rechten und Pflichten auch gleiche (Einfluss-) Chancen besitzen.

Robert Dahl (2015, S.84 ff.) weist darauf hin, dass neben freien, fairen und regelmäßigen Wahlen und den bei den Wahlen gewählten Regierungen vier weitere institutionelle Minima gegeben sein müssen, um moderne liberale repräsentative Demokratien zu ermöglichen und die politische Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten:

- Meinungsfreiheit, die es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre Meinung ohne Angst vor Repressionen zu äußern, auch wenn diese Kritik an Regierung, sozioökonomischer Ordnung oder der vorherrschenden Ideologie beinhaltet.
- Informationsfreiheit im Sinne des Zugangs zu alternativen und unabhängigen Informationsquellen muss gewährleistet sein, damit sich Bürgerinnen und Bürger adäquat informieren können.
- Die Möglichkeit, dass sich Bürgerinnen und Bürger zum Erreichen ihrer politischen Rechte und Ziele in Organisationen, Vereinen, Verbänden oder Parteien zusammenschließen können.
- Inklusive Form der Staatsbürgerschaft, sodass keinem dauerhaft in einem Land lebenden Erwachsenen die politischen Rechte vorenthalten werden, die anderen gewährt werden und notwendig für die Verwirklichung der vorgenannten Institutionen sind: aktives und passives Wahlrecht, Meinungsfreiheit, Assoziationsfreiheit, Informationsfreiheit sowie andere Freiheiten, die für die Durchsetzung demokratischer Institutionen notwendig sind (Dahl 2015, S.85 f.).

Daran anschließend formulieren Wolfgang Merkel und Kollegen (Merkel et al. 2003; Merkel 2004) das Konzept der eingebetteten Demokratie. Den Kern bildet dabei wie bei Schumpeter das Wahlregime, das „den Zugang zu staatlichen Herrschaftspositionen“ regelt und „über einen offenen politischen und regelmäßig stattfindenden Wettbewerb um die Besetzung politischer Ämter für die Bindung der Autoritäten an das Votum des demos“ (Weßels 2017, S.158) sorgt. Damit eine Demokratie funktionieren kann, braucht es vier weitere Teilregime: politische Partizipationsrechte, bürgerliche Freiheitsrechte, die institutionelle Sicherung der Gewaltenteilung und -kontrolle sowie die Garantie, dass die demokratisch gewählten Repräsentanten nicht nur de jure, sondern auch de facto die

Regierungsgewalt ausüben (vgl. Merkel 2016, S.460 sowie Merkel 2004). Die dargestellten fünf Teilregime umfassen und ergänzen die bei Dahl formulierten institutionellen Minima und sind dem Ansatz zufolge doppelt eingebettet. Intern durchdringen sich die Teilregime insofern, als dass sie gegenseitig ihren normativen und funktionalen Bestand sichern, gleichzeitig aber voneinander unabhängig sind. Freie und gleiche Wahlen sind beispielsweise ohne die Garantie politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten nicht möglich. Gleichzeitig benötigen politische Rechte und bürgerliche Freiheiten besonderen Schutz und sind durch Gewaltenteilung und -kontrolle zu schützen (vgl. Merkel 2016, S.461 f.). Hinzu kommt eine externe Einbettung der Demokratie, zu welcher der sozioökonomische Kontext, die Zivilgesellschaft, Staatlichkeit und regionale wie internationale Integration gehören.

Gerade der Zivilgesellschaft als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat, als Ort des demokratischen Verhandelns und als Korrektiv der Meinungs- und Willensbildung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie „durchdringt die Demokratie, nährt und schützt sie“ (Merkel 2016, S.467). Mindestens ebenso wichtig ist die Einbettung in einen demokratieförderlichen sozioökonomischen Kontext (vgl. Lipset 1981). Wirtschaftlicher Erfolg und ein Wirtschaftssystem, das extreme Armut verhindert und „dazu beiträgt, materielle und kognitive Ressourcen in einer Gesellschaft nicht eklatant ungleich und ungerecht zu verteilen“ (Merkel 2016, S.465), sind wesentliche Säulen der Stabilität und Qualität einer Demokratie.

Über die von Schumpeter, Downs und Merkel formulierten Demokratiekonzepte hinaus binden weitere Demokratiekonzepte Fragen der Leistungen von Politik, der Outputs, stärker ein. Sie betrachten „erkennbare Fairness in der Verteilung von Grundgütern, Einkommen, sozialer Sicherung und Lebenschancen“ (Merkel 2016, S.458) als konstitutiv für eine Demokratie, die damit zu einer „sozialen Demokratie“ (Meyer 2011) wird. Soziale Gerechtigkeit wird so zu einem Kernmerkmal von Demokratie.

Einer der prominentesten Vertreter einer umfassenderen Demokratiedefinition ist T. H. Marshall (1950). Er argumentiert, dass die Wahrnehmung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten und die Realisierung politischer Gleichheit nur dann möglich sei, wenn alle Bürgerinnen und Bürger auch sozial und ökonomisch teilhaben können und soziale oder ökonomische Ungleichheit sie nicht daran hindern, ihre politischen Rechte wahrzunehmen. Die Demokratie hat also die Aufgabe, ein Mindestmaß an sozialer und ökonomischer Teilhabe zu gewährleisten. Thomas Meyer bringt dies auf den Punkt: „Die Garantie der Grundrechte muss das Recht auf die ‚Mittel ihrer Verwirklichung‘ einschließen“ (Meyer 2011, S.76). Daraus leiten sich direkte wohlfahrtsstaatliche Aufgaben der Demokratie ab, die gleichermaßen zu definitorischen Merkmalen werden: soziale Sicherung und Umverteilung, sodass die Bürgerinnen und Bürger ihre politische Gleichheit auch realisieren können (vgl. auch Castles 1978; Castles und McKinlay 1979; Esping-Andersen/van Kersbergen 1992 sowie deutlich früher: Bernstein 1969).

Zusammenfassend können aus diesen Positionen einige nicht nur definitorisch zentrale, sondern auch für das Bestehen, die Stabilität und den Erfolg einer Demokratie notwendige Bedingungen abgeleitet werden:

- Im Kern ein Wahlsystem, das einerseits dem Gleichheitsgrundsatz des „one voice, one vote“ Rechnung trägt und andererseits freien politischen Wettbewerb ermöglicht;
- Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und -kontrolle, die diesem Grundsatz Geltung verschaffen, indem politische Rechte, bürgerliche Freiheiten und Sicherheit gewährleistet werden;

- eine pluralistische politische Kultur, in der ein breiter Grundkonsens in Bezug auf die Geltung der zentralen demokratischen Prinzipien Gleichheit, Meinungs-, Versammlungs-, Assoziations- sowie Informationsfreiheit herrscht;
- eine aktive Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen einen zentralen Beitrag zur Artikulation und Aggregation von Interessen im politischen Prozess leisten;
- eine Gesellschaft, in der die Möglichkeiten und Ressourcen zur Teilnahme am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben breit gestreut sind, sodass nicht einzelne privilegierte Gruppen die Öffentlichkeit dominieren und den demokratischen Prozess verzerren können;
- und nicht zuletzt, um diese Bedingungen herzustellen, bedarf es einer politischen und ökonomischen Ordnung, die sowohl effizient als auch gerecht ist und über wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen wie Umverteilung und Gewährung einer Grundsicherung Teilhabe ermöglicht.

Mit anderen Worten braucht Demokratie einen gesellschaftlichen Rahmen, in dem die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einen gewissen Grad an ökonomischer und sozialer Absicherung genießt, sodass nicht ausschließlich das alltägliche Überleben im Vordergrund steht, sondern auch die Möglichkeit vorhanden ist, politisch und sozial partizipieren zu können. Anders ist eine demokratische Gesellschaft mit einer inklusiven, aktiven Bürgerschaft nicht zu verwirklichen.

In Deutschland ist das Grundprinzip des Zusammenlebens an unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte gebunden (Art. 1 (2), GG.). Der zentrale Wert ist dabei die Würde des Menschen und die damit verbundene fundamentale Menschengleichheit. In Artikel 1 (1), GG heißt es „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Und in Artikel 3, GG ist diese Gleichheit weiter ausbuchstabiert: In Artikel 3 (1), GG, wird die rechtliche Gleichheit definiert und in Artikel 3 (3), GG, die Antidiskriminierung. Dort heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“. Zudem sind die Grundprinzipien der liberalen Demokratie im Grundgesetz verankert. In Artikel 20 GG sind das Demokratieprinzip, das Sozialstaats-, das Bundesstaats- und das Rechtsstaatsprinzip verankert. Dort heißt es:

- „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ Art. 20 (1), GG.
- „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ Art. 20 (2) GG.
- „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden“ Art. 20 (3), GG.

Zudem hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die freiheitlich demokratische Grundordnung im Urteil zum Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“ SRP vom 23.10.1952 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) weiter ausbuchstabiert. Dort definiert das Bundesverfassungsgericht die freiheitlich demokratische Ordnung als eine »Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der

Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.« (BVerfGE 2, 1,1)

Diese freiheitlich demokratische Grundordnung bildet den Kern der Werte, Normen und Einstellungen, die die Grundlage des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft und damit auch des sozialen Zusammenhalts bilden. Denn „sozialer Zusammenhalt bezieht sich darauf, dass ganze Gesellschaften und die Individuen in ihnen durch spezifische Haltungen, Verhaltensweisen, Regeln und Institutionen miteinander verbunden sind, die auf Konsens und nicht auf reinem Zwang beruhen." (Green/Janmaat 2011, S.18).

3.1 Politische Kultur und Legitimation der Demokratie

Demokratische politische Systeme, ihre Institutionen und ihre Stabilität sind untrennbar mit der öffentlichen Meinung und der politischen Kultur der jeweiligen Gemeinschaft verbunden (Almond und Verba 1963) – und damit mit der politischen Kultur. Politische Kultur kann mit Karl Rohe (1994, S. 1) als umfassende kognitive und normative Landkarte der politischen Welt definiert werden. Das Konzept der politischen Kultur geht davon aus, dass „ein politisches Regime, das langfristig bestehen bleiben will, eine politische Kultur benötigt, die mit der institutionellen Struktur im Einklang steht" (Fuchs 2007:163) und dass die politische Kultur eines Landes durch die Einstellungen seiner Bürger geprägt wird. Aufbauend auf Easton (1965, 1975) unterscheidet Fuchs (2007: 165f) weiter zwischen den Objekten eines politischen Systems und den jeweiligen Einstellungen der Menschen gegenüber diesen Objekten. Auf der Werteebene sind die Einstellungen der Menschen gegenüber grundlegenden demokratischen Werten entscheidend für den Fortbestand eines demokratischen Systems, während auf der strukturellen Ebene die Unterstützung eines demokratischen Regimes das Kernelement des Fortbestands ist. Es geht also im Kern darum, ob das demokratische politische System von der Mehrheit der Bevölkerung als legitim, also rechtmäßig, betrachtet wird.

Die Quellen der Legitimität eines politischen Systems können unterschiedliche sein. David Easton betont mit seinem Konzept der Unterstützung die „Haltung einer Person gegenüber einem Objekt" (Lambach 2015, S.599; Easton 1965). Die Unterstützung kann erstens spezifisch, also auf konkrete Politikergebnisse (Outputs) bezogen sein. Oder sie kann zweitens diffus, also orientiert an der dauerhaften Bewertung eines politischen Systems und damit weitgehend unabhängig von konkreten Outputs sein. Fritz Scharpf unterscheidet entsprechend zwischen Input- und Output-Legitimität (1999). Erstere zielt auf die Passung zwischen den Wünschen (demands) der Bevölkerung und den Wegen, wie sie diese in politische Entscheidungsprozesse einspeisen können. Es geht dabei auch um die Spielregeln des politischen Systems, also etwa um die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie, die eigenen Wünsche in den politischen Prozess einzubringen. Letztere entsteht „aus der Zufriedenheit der Gesellschaft mit den Produkten des politischen Systems" (Lambach 2015, S.600).

Die Bewertung und Legitimität des politischen Systems als Ganzes und des Regimes im Speziellen hängt somit neben den Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten der Bevölkerung von der Responsivität des politischen Systems gegenüber deren Wünschen und Einstellungen und der Effektivität der Outcomes von der Art und Weise sowie der Qualität des Governance-Prozesses ab (Schmidt 2013, S.2). Vivien Schmidt (2013) erweitert die Quellen der Legitimität um eine dritte Dimension: Neben Input und Output tritt „Throughput" als dritte mögliche Quelle von Legitimität:

- Input bezieht sich auf die Responsivität des politischen Systems gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen, wobei dieser durch Wahlen, aber auch Interessengruppen und Policy-Netzwerke sowie informelle Kanäle erfolgen kann.
- Throughput bezieht sich auf die Effektivität der Verarbeitung von Interessen innerhalb eines politischen Systems sowie die Verantwortlichkeit, Transparenz, Inklusivität und Offenheit dieser Prozesse.
- Output als Allokation von Werten in der Gesellschaft durch formale Gesetze bezieht sich auf die tatsächlich formulierten und implementierten Politiken.

Damit eine Demokratie als legitim wahrgenommen wird, muss diese aber nicht nur demokratische Mitwirkung ermöglichen und möglichst alle relevanten Interessen verarbeiten, transparente Entscheidungsprozesse organisieren und breit wirkende Leistungen erbringen, sondern die Bevölkerung diese vielmehr auch entsprechend positiv bewerten.

So erlangt die subjektive, bewertende Seite der politischen Kultur einen besonderen Stellenwert. Es sind auch und gerade die alltäglichen Erfahrungen mit Demokratie, die in die individuellen Bewertungen mit einfließen. Denn die alltägliche Lebenswelt stellt dabei den Erfahrungshorizont dar, in dem ein spezifischer Wissensvorrat zur Verfügung gestellt wird und in dem die Relevanz von Themen und Wissensbereichen determiniert werden. In dieser Wirklichkeitsregion (Schütz und Luckmann 2003) entwickeln die Bürger:innen ihre Interessen, Vorlieben und Handlungsstrategien, denn „es ist klar, dass ein normaler Erwachsener seine Interessen und Vorlieben […] nicht als ungeschichtlicher Einzelmensch, sondern als Mitglied einer historischen Gesellschaft erworben hat“ (Schütz und Luckmann 2003, S. 506). Interessen – und insbesondere politische Interessen – sind demzufolge immer kulturalisierte Interessen. Sie sind geprägt durch die lebensweltlichen Erfahrungshorizonte, Argumentationsmuster und Lebensvollzüge in der alltäglichen Lebenswelt. Die lebensweltlichen Erfahrungen bestimmen und leiten dabei das Handeln. Denn sie liefern den Erfahrungshorizont, Realitäts- und Sinnbereich, in dem ein spezifischer Wissensvorrat bereitgestellt wird. Dieser interindividuell vermittelte subjektive Wissensvorrat ist dabei gesellschaftlich bedingt und stellt die Wirklichkeit dar, „die wir durch unsere Handlungen modifizieren und die andererseits unsere Handlungen modifiziert“ (Schütz und Luckmann 2003, S. 33). Handeln kann in diesem Kontext als „das Vollziehen bzw. Einholen einer vorentworfenen Erfahrung“ (Hitzler 1997, S. 115) verstanden werden, das unmittelbar in dem Erfahrenen innerhalb der jeweiligen Lebenswelt wurzelt. So unterscheidet Hitzler (1997) etwa politisches Orientierungs- und Erfolgswissen, das dann abhängig von der jeweiligen Lebenswelt in „sozialen Lernprozessen“ erworben wird und sowohl für die Orientierung im politischen Feld (Bourdieu 2001) als auch für die Formulierung von Handlungsoptionen sowie deren tatsächliche Realisierung(-schancen) im politischen Handeln zentral ist. Für die Entwicklung dieser Wissensvorräte und Handlungskonzepte sind demnach insbesondere die Orte politischer Sozialisation und die direkten Kommunikationsbezüge von besonderer Bedeutung.

Und auch die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird in der Alltagswelt vermittelt. Zusammenhalt beruht insbesondere auf gegenseitigem Vertrauen und sozialem Kapital. Robert Putnam (1995, S. 664f.) definiert soziales Kapital als diejenigen Merkmale des sozialen Lebens, die es den Beteiligten ermöglichen, gemeinsam effektiver zu handeln, um gemeinsame Ziele zu verfolgen. Dazu gehören insbesondere also Netzwerke, Normen und Vertrauen in Andere. Soziales Kapital wird hier im Sinne von moralischen Verpflichtungen und Normen generalisierbarer Reziprozität verstanden. Soziale Werte (insbesondere Vertrauen) und soziale Netzwerke (insbesondere in Form freiwilliger Zusammenschlüsse) wiederum betrachtet er als Grundlage für ein gut funktionierendes ökonomisches

System sowie für politische Integration (vgl. Putnam 1993; 2007, zur Diskussion etwa Offe 1999; Grix 2001; Portes 1998; Rothstein und Uslander 2005). Demokratie wird mit Putnam in „singing groups and soccer clubs“ (Putnam 1993, S. 176; vgl. Schmid und Buhr 2011, S. 313) ‚gelernt‘. Kulturelle Werte, Normen, im Miteinander generiertes Vertrauen und die Strukturen des Sozialen Lebens, so Putnam, bilden die Grundlagen sozialen Kapitals. Der Nukleus sozialen Kapitals liegt damit genau in der sich zunehmend fragmentierenden Ebene der Lebenswelten. Demokratie und Demokratiezufriedenheit hängen damit unmittelbar von den alltäglichen Erfahrungen ab. Um Demokratie zu stärken, muss diese im Kleinen, im Alltag erfahrbar sein.

4. Krisen der Demokratie und gesellschaftliche Metatrends

Krisendiagnosen begleiten seit einigen Jahren die Analyse der liberalen Demokratie. Dabei wird zwischen akuten und latenten Krisen der Demokratie unterschieden (vgl. Merkel 2016: 6 f.). Akute Krisen bedrohen den Bestand der Demokratie unmittelbar, wie etwa antisystemische, extremistische Oppositionsgruppen oder ein Krieg. Latente Krisen haben einen prozesshaften, längerfristigen Charakter und können in akute Krisen münden. Eine der prominentesten Krisendiagnosen ist die der Postdemokratie (vgl. Crouch 2004; Streeck 2013). Durch Globalisierung und Deregulierung verlieren die Nationalstaaten und damit die demokratisch gewählten Vertreter:innen gegenüber der globalisierten Wirtschaft an Steuerungsmöglichkeiten und werden zu „Fassadendemokratien“, so Wolfgang Streeck (2013, S.241).

Den Ausgangspunkt von Krisendiagnosen bildet dabei die Vorstellung davon, welche Aufgaben eine Demokratie erfüllen soll. Denn einerseits gibt es minimale Konzeptionen eines ‚Nachtwächterstaats‘, der lediglich den Kern gesellschaftlicher Entscheidungen regelt und vor allem individuelle Freiheit und Sicherheit vor Gewalt gewährleisten soll. Andererseits gibt es umfassendere Verständnisse von Demokratie, die soziale und ökonomische Sicherheit, Verteilungsgerechtigkeit und Gleichheit umfassen. Folgt man der weiter oben diskutierten Argumentation von Autoren wie Marshall oder Meyer, so wird der die soziale Gerechtigkeit gewährleistende Wohlfahrtsstaat zu einer funktionalen Notwendigkeit der Demokratie. Je nach Demokratiekonzeption verschiebt sich die Perspektive auf Herausforderungen und Krisen der Demokratie. Je minimalistischer das Demokratieverständnis, desto stärker werden sich Krisendiagnosen auf das Funktionieren der Grundbestandteile der Demokratie wie etwa das Wahlregime und damit die Gewährleistung von freien und fairen Wahlen konzentrieren. Je weiter das Demokratieverständnis, desto eher rücken Aspekte wie politische Rechte, bürgerliche Freiheiten, die Teilhabe am öffentlichen Leben, die Ausprägung der Zivilgesellschaft, Einstellungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Einkommen und deren Verteilung, Ungleichheit und die Absicherung gegen die Risiken der kapitalistischen Produktionsweise (Offe 1972) in den Vordergrund und werden Gegenstand der Demokratiebewertung.

Demokratien sind grundsätzlich dynamisch und verändern sich über die Zeit. Dadurch sind sie in der Lage, sich Herausforderungen zu stellen und diese zu bearbeiten (vgl. Merkel 2016, S.5 f).. Erst wenn sie ihren demokratischen Charakter zu verlieren drohen und ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, kann von Krisen der Demokratie gesprochen werden. Diese sind dann meist latent und verändern die Demokratie längerfristig und zunächst kaum wahrnehmbar, bis sie in Form akuter Krisen zu Tage treten. Dabei lassen sich idealtypisch drei Arten möglicher Krisen unterscheiden: Substanzkrisen, Performanzkrisen und Repräsentationskrisen.

Substanzkrisen sind Entwicklungen, die dazu führen, dass die Kernkriterien der Demokratie verändert oder in ihrer Qualität eingeschränkt werden, sodass demokratische Grundprinzipien wie Gleichheit oder Informationsfreiheit ausgehöhlt werden. Colin Crouchs Diagnose der Postdemokratie (Crouch 2004) und Wolfgang Streecks Fassadendemokratie (Streeck 2013) würden ebenso unter diese Kategorie fallen wie empirische Analysen der Verwirklichung oder Einschränkung von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten, wie sie etwa der amerikanische Thinktank Freedomhouse[4] oder das Varieties of Democracy Projekt[5] zur Verfügung stellen.

Performanzkrisen beziehen sich auf die Ergebnisse und Leistungen staatlicher Politik und mithin auf das, was Regierungen tun, warum sie es tun und welche Effekte das Regierungshandeln hat (vgl. Dye 2014: 3). Kathrin Dümig definiert politische Performanz als „die Ergebnisse der Politik und somit die Leistungen, die ein politisches System hervorbringt, beispielsweise wirtschaftlicher Wohlstand oder eine intakte Umwelt“ (Dümig 2015: 535). Um eine Performanzkrise handelt es sich dann, wenn die Demokratie die von ihr erwarteten Outputs (Politikergebnisse) und Outcomes (Wirkung der Politikergebnisse) nicht oder unzureichend erbringt. Dies können erstens regulatorische Aspekte selbst sein, etwa ob die Demokratie in der Lage ist, bestimmte Rechte wie Minderheitenrechte zu gewährleisten oder überhaupt in wichtigen Bereichen gesetzgeberisch tätig zu werden. Zweitens werden mit Output-Performanz ökonomische Indikatoren wie Arbeitslosenquote, Inflationsrate, Wirtschaftswachstum oder Einkommensverteilungen und Ungleichheit gefasst, auch wenn diese nur bedingt durch die Politik beeinflusst werden können. Drittens werden wohlfahrtsstaatliche Leistungen und der damit verbundene Grad der Verwirklichung von Gleichheit als zentrales Element von demokratischer Teilhabe eingeordnet. Wenn also in einem Land die Arbeitslosigkeit ansteigt und gegebenenfalls dauerhaft nicht sinkt, würde es sich in diesem Verständnis ebenso um eine Performanzkrise handeln, wie wenn ein politisches Problem, etwa Maßnahmen zum Klimaschutz, nicht oder nur unzureichend gesetzlich geregelt wird.

Repräsentationskrisen umfassen mehrere Teilaspekte (vgl. Linden/Thaa 2011: 11 ff.): Dies ist erstens die mangelnde oder fehlende Repräsentation von gesellschaftlichen Interessen im politischen System. Die Nichtberücksichtigung der Positionen und Forderungen der Umwelt- und Friedensbewegung in Deutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren im Parteiensystem führte zu einer Repräsentationskrise, gegen die erst mit dem Aufkommen und Erfolg der Grünen als neuer Partei etwas unternommen wurde. Ein zweiter Aspekt ist in der Selbstreferenzialität und mangelnden Responsivität politischer Entscheidungsträger gegenüber dem Demos zu sehen. Wenn Politikerinnen und Politiker sich von ihrer Basis entkoppeln, so sind sie nicht mehr in der Lage, aufkommende Veränderungen wahrzunehmen und zu verarbeiten und das Problem der Nichtberücksichtigung verstärkt sich. Drittens führen solche Prozesse, insbesondere auch im Zusammenspiel mit einer Performanzkrise, zu Vertrauensverlusten der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen und damit gegebenenfalls zu einer schwindenden Legitimation demokratischen Regierens. Hierzu würden dann sowohl die fehlende Anerkennung demokratischer Spielregeln und der Resultate demokratischer Politik als auch der Mangel an Vertrauen in die Problemlösungskapazität der

4 https://freedomhouse.org/. Freedomhouse erstellt jährlich den Freedom in the World Report, in dem sowohl die formale als auch die faktische Verwirklichung von politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten in den Staaten dieser Welt auf der Basis von Expertenratings untersucht werden.

5 https://www.v-dem.net/en/. Das Varieties-of-Democracy-Projekt bietet eine ähnliche, aber noch weitaus differenziertere Datenbank zur Messung von Demokratie und unterscheidet dabei fünf Grundprinzipien demokratischer Herrschaft: elektoral, liberal, partizipatorisch, deliberativ und egalitär.

Demokratie und in die politischen Institutionen gehören. Repräsentationskrisen müssen nicht notwendigerweise mit tatsächlichen Effizienzmängeln und einer eingeschränkten Performanz des politischen Systems einhergehen. Entscheidend für die Bewertung ist dabei auch und gerade die vom Demos wahrgenommene Leistungsfähigkeit, die durch individuelle Erwartungen und gezielt insinuierte Krisen ebenso beeinflusst wird wie durch den unterschiedlichen Grad an Kenntnissen über demokratische Regeln und Entscheidungsprozesse.

Die unterschiedlichen Formen von Demokratiekrisen hängen direkt oder indirekt mit so genannten gesellschaftlichen Metatrends zusammen, die Krisen mit auslösen oder beschleunigen können und zudem wechselseitig aufeinander einwirken. Umgekehrt können sie selbst Ergebnisse von Krisen sein.

Diese Metatrends wirken einerseits gesamtgesellschaftlich und haben andererseits jeweils vor Ort Auswirkungen auf die politische Kultur. Sie beeinflussen direkt und indirekt die Wahrnehmung von Krisen und die Bewertung der Demokratie. Sie können Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit ebenso wie vielfaltsfeindliche Einstellungen und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern, wenn sie politisch instrumentalisiert werden und auf einen entsprechenden politisch-kulturellen Resonanzboden fallen, in dem Demokratie schon in Frage gestellt wird.

Aktuell lassen sich mehrere Metatrends identifizieren, die in der Forschung umfänglich diskutiert wurden und hier exemplarisch vorgestellt werden: a) Ökonomische Globalisierung, Strukturwandel und Transformation; b) Technologischer Wandel und Digitalisierung; c) Entgrenzung und Beschleunigung von Lebenszusammenhängen; d) (Hyper-)Individualisierung und postmaterialistischer Wertewandel; e) Demokratieskepsis, Populismus und Extremismus.

4.1 Globalisierung, Strukturwandel und Transformation

Die ökonomische, aber eben auch politische und kulturelle Globalisierung bringt tiefgreifende Änderungen wirtschaftlicher Prozesse mit sich, die unter anderem dazu führen, dass globale Lieferketten und damit Weltmarktabhängigkeiten zur neuen Realität werden. Neben den internationalen Konzernen sind auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die „hidden champions“ und „global player“ in Baden-Württemberg – und damit die Arbeitsplätze – vom globalen Wettbewerb abhängig. Die Bedeutung materieller Waren, Güter und Werte nimmt vor allem in den fortgeschrittenen Konsumgesellschaften ab. Dafür werden vermehrt im Wesentlichen ortsunabhängige, virtuelle Werte wie Aktien, Portfolios und Bitcoin, Dienstleistungen, Wissen und Zugang zu Wissen (inkl. Technologien) Gegenstand wirtschaftlichen Handelns. Dies hat Auswirkungen auf lokale Produktion und Arbeitsmärkte. Denn „die formelle Arbeits- und Vollbeschäftigungsgesellschaft, und mit ihr das sozialstaatlich geknüpfte Netz“ ist in der „entörtlichten Produktions- und Kooperationsweise in der Krise“ (Beck 1999:26), da Arbeit und vor allem der Arbeitsmarkt individualisiert, flexibilisiert und mobilisiert werden. Verbunden mit der ökonomischen Globalisierung ist ein tiefgreifender Strukturwandel. Hier ist neben anderen Prozessen insbesondere der Transformationsprozess in der Mobilität von zentraler Bedeutung. Als Kernland der Automobilindustrie ist Baden-Württemberg ganz besonders von der Transformation betroffen. In Baden-Württemberg sind insgesamt etwa 480.000 Menschen in der Automobilwirtschaft beschäftigt. Damit hängt jeder zehnte Arbeitsplatz direkt vom Automobil ab, wobei dies nicht nur der Fahrzeugbau selbst ist, sondern Beschäftigte in anderen Branchen wie dem Maschinenbau und dem Kfz-Handel (vgl. www.e-mobilbw.de) betrifft. Von den Folgen der Transformation ist die gesamte Wertschöpfungskette rund um das Automobil betroffen, so dass nicht nur allein Arbeitsplätze betroffen sind, sondern das gesamte Innovations- und Ausbildungssystem, das rund um das Automobilcluster

entstanden ist. Sollte es nicht gelingen, die Automobilbranche wieder global wettbewerbsfähig zu machen, wird dies zu größeren wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen, von denen ganz Baden-Württemberg betroffen sein wird. Daraus resultierende Prekarisierung, Armutsgefahr und Armut werden zu Verteilungskämpfen und Neiddebatten führen, die von demokratiefeindlichen Parteien wie der AfD und Organisationen wie Zentrum Automobil heute schon aufgegriffen und zur Polarisierung sowie Mobilisierung für exkludierende und vielfaltsablehnende Ideologien verwendet werden. Mittelfristig wird dies zu einer Verschärfung der wahrgenommenen Performanzkrise der Demokratie beitragen.

Zudem haben wirtschaftliche Verwerfungen direkte Auswirkungen auf die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Gebietskörperschaften, da über die Gewerbesteuer wesentliche Einnahmequellen der Kommunen von Wirtschaftskrisen und Strukturwandel betroffen sind. Sinken die Einnahmen, verschärft dies auch und gerade im politischen Kontext Verteilungskämpfe, die in der Regel zunächst über die Streichung von Freiwilligkeitsleistungen bearbeitet werden, bei denen dann unter anderem Mittel für Demokratiebildung, soziale Arbeit, Jugendarbeit und ähnliches zur Disposition stehen. Weiter gefasst kann im Zusammenhang mit dem Strukturwandel von einer Prekarisierung kommunaler Haushalte gesprochen werden (vgl. Dahlbeck et al. 2024). Denn die Kommunen leiden einerseits unter steigenden Aufgaben insbesondere in zentralen Feldern wie der Gesundheit, der Bildung, der Integration und der Klimawandelfolgenanpassung. Andererseits haben sie kaum finanzielle Gestaltungsspielräume, um ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern. So bleibt meist nur der Ausweg, freiwillige Aufgaben zu reduzieren, was sich durch Einschnitte bei der Daseinsvorsorge bemerkbar macht und wiederum weitere Folgen wie sinkende Lebensqualität, Polarisierung und Wegzug nach sich ziehen kann. Zwar gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen, aber klar ist, dass diese insgesamt unterfinanziert sind angesichts der wachsenden Aufgaben. Sollte sich zum Trend entwickeln, was sich in einigen Kommunen bereits abzeichnet, nämlich das Kürzen an Freiwilligkeitsleistungen im Bereich Soziales, Jugend und Demokratie, so sind dies keine guten Vorzeichen für eine Stärkung des Gemeinwesens und der Demokratie.

Im Rahmen von Globalisierung, Strukturwandel und kapitalistischem Wirtschaften ist neben der Prekarisierung der Kommunen auch eine Intensivierung individueller sozio-ökonomischer Ungleichheitslagen als Metatrend zu beobachten (vgl. Behringer et al. 2019; Kronauer und Göbel 2025; Piketty 2014). Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Deutschland lässt sich beispielsweise anhand des Gini-Koeffizienten deutlich aufzeigen. Bei vollständiger Ungleichheit würde dieser den Wert 1 annehmen, bei vollständiger Gleichheit den Wert 0. Der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens in Deutschland liegt relativ konstant bei Werten um 0,3, was in etwa dem Gini-Koeffizienten des verfügbaren Äquivalenzeinkommens in der Europäischen Union entspricht und auf eine relativ hohe Einkommensungleichheit hinweist (vgl. Statistisches Bundesamt 2025) Länder wie die Niederlande (0,26), Belgien (0,24) oder Schweden (0,27) schneiden hier deutlich besser ab. Sehr viel gravierender ist die Vermögensungleichheit. Hier liegt der Gini-Koeffizient bei 0,73. Die Vermögen sind also massiv ungleich verteilt und sorgen über Vererbung und Elternhaus für ungleiche Chancen in Bildung, Lebensentwürfen und Teilhabe. Diese Entwicklungen sind stabil und die Ungleichheit wird sich im Zuge des geplanten Abbaus sozialer Sicherung mit der Reform des Bürgergelds weiter verschärfen. Armut und Armutsrisiken sind zentrale Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2025 identifiziert 12.989.000 Menschen, die in Deutschland von Armut betroffen sind. Damit sind 15,6 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Armut wird in der Regel als Unterausstattung mit

ökonomischen Ressourcen definiert. Relative Armut beginnt, wenn das Nettoäquivalenzeinkommen eines Haushaltes (also das addierte bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen) weniger als 60% des mittleren Einkommens in Deutschland beträgt. In Armut kommt es zu einem Mangel an Mitteln zur Bedürfnisbefriedigung. Güter und Dienstleistungen können nicht in ausreichendem Maße gekauft werden, um ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zu gewährleisten. Dabei ist Armut in der Gesellschaft ungleich verteilt und schafft in der Folge ungleiche Teilhabemöglichkeiten. Besonders betroffen sind Kinder (21,5%), junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren mit 24,8%, Menschen über 65 Jahre mit 19,4%, Frauen (16,2%) und dabei insbesondere Frauen unter 25 (26,9%) und über 65 Jahre (21,4%). Alleinlebende (29%), Alleinerziehende (27%), Menschen mit niedrigem Bildungsstand (26,7%), Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (30%) sowie Arbeitslose (60,7%), Nichterwerbstätige (27,1%) und Rentner:innen (19%) sind zum Teil überdurchschnittlich stark von Armut betroffen (Schabram et al. 2025). Dabei kommt es zu klassischen Intersektionalitätsproblemen, so dass bestimmte Gruppen mehrfach von Armut und Armutsrisiken betroffen sind.

Die Folgen von Armut und Armutsrisiken sind unmittelbar demokratiegefährdend, denn Armut, Angst vor Abstieg und Benachteiligungswahrnehmungen führen zu sozialen Desintegrationsprozessen. Armut führt erstens zu einem erschwerten Zugang zu sozio-kulturellen Angeboten (Voigtländer 2015; Alis 2008). Zweitens bringt Armut Bildungsnachteile mit sich (Kuhlmann 2024). Einkommen und Bildung sind nach wie vor die besten Prädiktoren für Bildungserfolg in Deutschland. Sprich, diejenigen, deren Eltern besser gebildet sind und über höhere Einkommen verfügen, haben statistisch und faktisch deutlich bessere Lebenschancen als andere. Dies konterkariert die Chancengerechtigkeit, die im Grundgesetz verankert ist. Der Förderung der Bildung und Lernumfelder von Kindern und Jugendlichen ab dem Kleinkindalter ist also eine der zentralen Aufgaben, die nicht nur Lebenschancen, sondern daran anschließend auch Demokratie- und Teilhabechancen stärkt. Dazu gehören Frühförderprogramme in Familien, Kindertagesstätten, Sprach- und Bewegungsangebote ebenso wie Familienzentren, Schulsozialarbeit und offene Jugend- und Sozialarbeit und neue Schulformen, mithin vieles, was in den Pflicht- oder Freiwilligkeitsbereich der Kommunen fällt.

Mit Armut und Armutsrisiken geht ein niedrigeres Vertrauen in politische Institutionen (Kim 2021) ebenso einher wie ein schwindendes Gemeinschaftsgefühl. So haben Menschen in einer schlechteren wirtschaftlichen Lage deutlich niedrigere Zusammengehörigkeitsgefühle als Menschen mit einer guten wirtschaftlichen Situation und weisen ein höheres Ungerechtigkeitsempfinden bei Armut, Steuern und Abgaben auf (Hebenstreit et al 2025, S.74ff) Klar zeigt sich auch, dass je niedriger das Nettoäquivalenzeinkommen, desto höher der Anteil der Menschen mit einem niedrigen Institutionenvertrauen. Während in der Gruppe mit einem Nettoäquivalenzeinkommen über 3001 bis 4000€ lediglich 3% ein sehr geringes und weitere 18% ein eher geringes Institutionenvertrauen aufweisen, sind es in der Gruppe mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von 1000 bis 2000 Euro 9 bzw. 26% und in der Gruppe mit einem Nettoäquivalenzeinkommen 15 bzw. 26%. (Hebenstreit et al 2025, S.114f). Mit steigender Armut und damit verbundenen Erfahrungen der Exklusion und Diskriminierung sinkt das Institutionenvertrauen ebenso wie mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Hinzu kommt, das auch die Demokratiezufriedenheit mit der individuellen ökonomischen Lage zusammenhängt. Je besser die eigene Lage eingeschätzt wird, desto höher ist auch das Demokratievertrauen.

Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien, dass mit zunehmender Armut und zunehmender Armutsangst eine höhere Empfänglichkeit für extrem rechte Erzählungen besteht und (rechts-

)populistische Einstellungen weiter verbreitet sind als in Gruppen, die wirtschaftlich abgesichert sind. (Kiess et al. 2024; Hebenstreit et al. 2025; Zick et al. 2025). Insgesamt weisen in Deutschland etwa 21% der Bevölkerung populistische Einstellungen auf (Hebenstreit et al 2025, S.129), die im Kern demokratieskeptisch bis demokratiefeindlich sind. Kiess et al (2024) weisen darauf hin, dass die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen haben und diese Ungleichheit einen zentralen Stressfaktor für die Demokratie darstellt. Dabei sind es nicht nur die objektiven Faktoren Arbeitslosigkeit, Bildung und Einkommen, die die Empfänglichkeit für demokratieskeptische und demokratiefeindliche Narrative erhöhen, sondern auch und vor allem die subjektiven Deprivationserfahrungen und das Gefühl, dass es Deutschland insgesamt schlecht gehen würde – ein Narrativ, das insbesondere die AfD dauerhaft befördert und das damit zu einer gefühlten Wahrheit wird. Analog dazu lässt sich die Inszenierung der Krise als eine zentrale Mobilisierungsstrategie extrem rechter Parteien fassen, die weniger auf reale als auf konstruierte Krisen abzielt (vgl. Kiess et al. 2024).

4.2 Technologischer Wandel und Digitalisierung

Technologischer Wandel und Digitalisierung haben einerseits Auswirkungen auf die Wirtschaft, andererseits verändern sie das gesellschaftliche Zusammenleben und die gesellschaftliche Kommunikation fundamental. Die wachsende Digitalisierung insbesondere der Industrie bietet zahlreiche Chancen, wie etwa die Echtzeitvernetzung industrieller Prozesse und Effizienzsteigerungen in der Produktion, die humanere Gestaltung der Arbeitswelt und die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Lösungen für Alltagsprobleme. Gleichzeitig birgt dieser Wandel zahlreiche Risiken insbesondere für Traditionsunternehmen, da neue Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse entstehen, die weitgehend räumlich unabhängig sind. Den Chancen auf neue Arbeitsplätze stehen also die Risiken von Arbeitsplatzverlusten sowie Bedeutungsverlusten von Fähigkeiten und Qualifikationen entgegen. Gleichzeitig kann von einer Entgrenzung von Arbeit in zeitlicher und räumlicher Hinsicht gesprochen werden, was nicht nur Freiheiten, sondern auch Zwänge beinhaltet (vgl. Buhr 2015; 2017). Gesellschaftliche Auswirkungen jenseits der Arbeitswelt sind eng verbunden mit der Entwicklung neuer Medien und Kommunikationstechnologien. Durch eine ungeheuer hohe und sich beschleunigende Innovationsrate im technologischen Bereich schreitet die Digitalisierung von Kommunikation und die Entwicklung neuer Medien voran. Dies impliziert umgekehrt eine beschleunigte Veraltensrate von Information und Wissen gleichermaßen, die zu Abwertung von je aktuellem Wissen und erlernten Fertigkeiten führt. Zum anderen eröffnet sie Zugang zu immer mehr und immer vielfältigeren Informations-, Wissens- und Sinnangeboten, deren Vielfalt auch mit dem schnellsten Gehirn nur unzureichend und in Ausschnitten erfasst, selektiert und verarbeitet werden kann. Auch bieten digitale Technologien die Folie für die Inszenierung und Konstruktion von Sinn- und Lebenswelten sowie künstlicher „Realitäten“.

Technologischer Wandel und Digitalisierung bieten für die Demokratie insgesamt neue Diskurs- und Organisationsräume, die in vielfältiger Weise genutzt werden und unterschiedliche Wirkungen auf Demokratie haben (vgl. Dahlberg 2011). Insbesondere den so genannten Sozialen Medien und Plattformen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Sie sind zeitlich uneingeschränkte und schnelllebige Informationskanäle (vgl. Borucki et al. 2020; Fenner 2024) und dienen als Diskursplattformen, entlang welcher auch Demokratieverständnisse kontinuierlich rekonstruiert und ausgehandelt werden. Sie stellen Räume politischer Teilhabe dar, bergen jedoch gleichzeitig die Gefahr von Desinformation und Manipulation politischer Diskurse.

Aus der Literatur lassen sich fünf Aspekte ableiten, die für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung leitend sein können und auch die Bedarfe für digitale Kompetenz gerade im Themenfeld Demokratiebildung sprechen. Erstens steht die Beschleunigungs- und Vereinfachungslogik von digitalen Medien in einem grundlegenden Spannungsverhältnis zur Demokratie, die von argumentativem Austausch, Reflexion und Kompromissbildung lebt. Insofern erschwert Digitalisierung demokratischen Diskurs durch schnelle, emotionalisierte digitale Kommunikationsformen eher als dass er gefördert wird. Zweitens begünstigt die digitale Öffentlichkeit Formen der politischen Beteiligung, die emotionsgetrieben und kurzfristig sind. Phänomene wie die Like-, Protest- oder Empörungskultur in sozialen Medien reduzieren die politische Teilhabe auf spontane und wenig reflektierte Handlungen in der „Klickdemokratie“. Sach- und begründungsorientierte politische Diskurse haben dort keinen Platz, so dass die Demokratie eher geschädigt als gestärkt wird. Drittens befördert die digitale Gleichberechtigung aller Stimmen angesichts komplexer politischer Probleme eher unterkomplexe und damit der Problemlösung nicht immer dienliche Positionen. Hier sind vermittelnde und moderierende Positionen notwendig, wie sie etwa in der repräsentativen Demokratie gegeben sind, um Expertise in Entscheidungsprozesse einzubinden, diese zu koordinieren und eine politische Verantwortungsübernahme zu ermöglichen. Viertens können digitale Partizipationsformate die Demokratie stärken, wenn sie wirksam eingesetzt werden. Allerdings zeigen sich auch hier Selektionseffekte in der Beteiligung, da diese stark von Bildung, Ressourcen und Motivation abhängt und digitale Angebote vor allem diejenigen erreichen, die schon engagiert sind. Digitale Demokratie kann also aufsuchende Beteiligung nicht ersetzen. Fünftens braucht es auf individueller Ebene Fähigkeiten und Kompetenzen wie Medienkompetenz, Respekt und Diskussionsfähigkeit, auf der Ebene der Plattformen die Möglichkeit deliberativer Moderationsstrukturen und auf der Makroebene rechtliche Regulierungen und gemeinwohlorientierte, öffentlich-rechtliche digitale Räume, um durch digitale Formate die demokratische Öffentlichkeit zu stärken.

4.3 Entgrenzung und Beschleunigung von Lebenszusammenhängen

Strukturwandels-, Modernisierungs- und Digitalisierungsprozesse der modernen Gesellschaft führen in mehreren Dimensionen zu einer Beschleunigung von Lebenszusammenhängen (vgl. etwa Rosa 2013, S.190ff; Frankenberger 2007). Technische Beschleunigung bezieht sich vor allem auf die steigenden Transport-, Produktions- und Kommunikationsgeschwindigkeiten und -leistungsfähigkeiten moderner Gesellschaften, die dazu führen, dass viele Prozesse in „Echtzeit“ ablaufen und eine unmittelbare Verfügbarkeit der Menschen erfordern. Auch der soziale Wandel beschleunigt sich. Sowohl Institutionen als auch Wissensvorräte und Lebensformen wandeln sich, werden neu entwickelt, erprobt, verworfen oder beibehalten. Dies betrifft nahezu alle Lebensbereiche von der Kindertagesstätte über offene Schulformen bis hin zu Leben im Alter. Und nicht zuletzt wird das Lebenstempo an sich beschleunigt und es kommt zu einer Verdichtung alltäglicher Erlebnis- und Handlungszwänge. Diese Prozesse der Entgrenzung und Beschleunigung sind von den Menschen im Alltag erfahrbar und führen nicht selten zu einer Überforderung.

4.4 (Hyper-)Individualisierung, Subjektivität und postmaterialistischer Wertewandel

Eng mit der Entgrenzung und Beschleunigung von Lebenszusammenhängen verbunden sind Prozesse der Individualisierung (Beck & Beck-Gernsheim 1994) und des postmaterialistischen

Wertewandels (Inglehart 1977). Individualisierung als Freisetzung aus traditionellen Institutionen und Normen führt zu mehr Freiheit im Lebenslauf und erfordert gleichzeitig kontinuierliche Reflexion und Handlungsplanung. Der postmaterialistische Wertewandel bringt eine Verschiebung grundsätzlicher Wertepräferenzen von materiellen und physischen Sicherheitswerten hin zu postmaterialistischen Selbstentfaltungswerten mit sich. Somit sind beide Entwicklungen Prozesse, die einerseits Menschen aus Zwängen freisetzen, andererseits aber auch zu einer Auflösung tradierter Lebensweisen und Gesellschaftsgefüge führen. Zudem erfolgt eine Verantwortungsübertragung für das gelingende Leben an die Menschen selbst.

Die Transformation und Auflösung überkommener sozialer Gruppierungen hat zum einen den Verlust ihrer sozial prägenden Bedeutung und die Verflüssigung der Sozialstruktur moderner Gesellschaften zur Folge. Zum anderen bedeutet dieser Prozess eine Pluralisierung möglicher Lebensformen, Wertorientierungen und (Sub-) Kulturen, die nicht frei von einem gewissen Maß an Beliebigkeit und Widersprüchlichkeit sind und gerade demokratische Verständigungsprozesse erschweren.

In diesem Zusammenhang sind politisch-kulturelle Bezüge und Wertemuster von Bedeutung (vgl. Lane und Wagschal 2012; Putnam 2007; Welzel et al. 2005; Newton 1997). Studien zum Wertewandel verweisen auf massive Verschiebungen der Wertepräferenzen in den Bevölkerungen westlicher Industrienationen. Diese Veränderungen beschreibt Ronald Inglehart als „postmoderne Verschiebung". Dabei komme es zu einer Autoritätsverschiebung von Religion und Staat auf die Individuen. Damit einher gehe ein enormer Bedeutungsgewinn individueller Interessen: „Die Postmodernisierung schwächt alle Formen von Autorität ab, seien sie religiöser oder säkularer Natur, und gibt dem Individuum erheblich mehr Autonomie, um über subjektive Wahl Lebenszufriedenheit zu erlangen" (Inglehart 1998, S. 112). So beschreibt er dann auch die Postmoderne als gekennzeichnet durch eine von subjektiven Interessen geleitete „Maximierung des individuellen Wohlbefindens. Das Verhalten der Menschen, das bisher von ökonomischen Notwendigkeiten wie Sorge um Nahrungsmittel, Kleidung und Unterkunft dominiert wurde, verschiebt sich auf das Streben, die Lebensqualität zu verbessern" (Inglehart 1998, S. 113). So kommt es zu einem Bedeutungsverlust von Pflicht- und Akzeptanzwerten bei einem gleichzeitigen Bedeutungszuwachs von Selbstentfaltungswerten (1993; 2001; Klages und Gensicke 1999). Damit gehen „eine starke Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile, ein allgemeiner Entnormativierungs- und Subjektivierungstrend wie auch eine allgemeine Zunahme instrumenteller Einstellungen" einher (Hepp 1996, S. 4). Es existieren mithin vielfältige, heterogene Selbstentwürfe und Subjektivitäten (Bilden 2007). Dies gilt auch und insbesondere für Demokratieverständnisse und Vorstellungen davon, was Demokratie leisten soll. Werden diese Erwartungen nahezu ausschließlich an individuellen Wahrnehmungen und Interessen ausgerichtet, so rücken demokratische Verständigungs- und Diskursformate in den Hintergrund zugunsten radikaler Forderungen nach der Verwirklichung der eigenen Perspektive. Anders ausgedrückt: Wenn wir nun davon ausgehen, dass subjektive Bedeutungen von Demokratie von zentraler Bedeutung dafür sind, wie Menschen politisch handeln, wie zufrieden sie mit ihrem Staatswesen sind und wie stabil ihr politisches System infolgedessen ist (Almond und Verba 1963; Easton 1965, 1975; Dalton und Klingemann 2007; Verba 2000), dann ist es umso wichtiger, diese subjektiven Bedeutungen angemessen zu erfassen – und im Zweifel unter Bezugnahme auf die weiter oben diskutierten Grundprinzipien der liberalen Demokratie zu korrigieren. Dabei ist zunächst einmal wichtig, dass Fragen nach Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der Demokratie nur dann sinnvoll beantwortet werden können, wenn auch die jeweiligen Demokratieverständnisse bekannt sind. Beides – Definition

und Bewertung von Demokratie – muss also empirisch erfasst werden, um gesicherte Aussagen über die Unterstützung für die Herrschaftsform Demokratie treffen zu können. So könnte eine Person beispielsweise mit der Idee der Demokratie sehr zufrieden sein, nicht jedoch mit deren Umsetzung in Deutschland, weil ihre Definition vor allem direkte Demokratie umfasst, aber nicht repräsentative Wahlen. Eine andere Person hingegen findet sowohl die Idee als auch deren Umsetzung gut, da ihr Verständnis von Demokratie repräsentative Elemente betont. Und eine dritte Person mag angesichts der sozialen Ungleichheit nicht zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sein.

Individualisierung und Pluralisierung von Lebensentwürfen sind ebenso wie der postmaterialistische Wertewandel positiv zu bewerten, sie führen aber bei einer Übersteigerung der Individualisierung und gleichzeitiger Unkenntnis oder Infragestellung von grundlegenden Werten des Zusammenlebens und der Achtung von Anderen zu einer Fragmentierung des Gemeinwesens, das Demokratieskepsis und Populismus einen fruchtbaren Boden bietet.

4.5 Ideologien der Spaltung: Populismus, Menschenfeindlichkeit und Extremismus

In Deutschland ist eine Mehrheit der Bevölkerung sowohl mit der Idee der Demokratie als auch der Umsetzung der Demokratie im Sinne der repräsentativen Demokratie zufrieden. So stimmen etwa 2024 90,4% der Befragten in der Leipziger Autoritarismus Studie der Idee der Demokratie zu und 72,9% der Demokratie, wie sie in unserer Verfassung festgelegt ist (vgl. Decker et al 2024, S.74f) Allerdings gibt es auch Kritik (vgl. z.B. Frankenberger und Seeleib-Kaiser 2020; Decker et al. 2024; Hebenstreit et al. 2025; Zick et al. 2025) und lediglich etwa 43% der Befragten sind mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis voll zufrieden. Am lautesten tun sich dabei so genannte Populist:innen hervor. Einerseits sprechen sie den demokratischen Institutionen, Akteur:innen und Verfahren ihre Legitimität ab. Andererseits benennen sie von ihnen wahrgenommene gesellschaftliche und politische Probleme - meist in einer drastischen und vereinfachenden Weise.

4.5.1 Populismus als Gefahr für die Demokratie

Es gibt nicht „die eine“ Ursache für das Aufkommen und Erstarken des Populismus. Es ist viel eher ein Bündel von zum Teil schon diskutierten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die den Boden für den Erfolg von Populist:innen bereiten. Zunehmende ökonomische Ungleichheit, Globalisierung und gleichzeitiger Abbau sozialer Sicherung erzeugen Verunsicherung. Wertewandel und Pluralisierung führen zu einem Bedeutungsverlust traditionaler Werte. Es entstehen neue kulturelle Konfliktlinien: zwischen Globalismus und Pluralismus auf der einen sowie Traditionalismus und Nationalismus auf der anderen Seite. Etablierte politische Akteur:innen und Institutionen verlieren ihre Bindungskraft. Nicht zuletzt führen diese Entwicklungen dazu, dass sich Einzelne und ganze Gruppen an den Rand gedrängt, benachteiligt und kulturell wie politisch entwurzelt fühlen (vgl. zu den Ursachen exemplarisch Müller 2016, Mudde und Kaltwasser 2017, Jörke und Selk 2017 sowie Frankenberger 2019). Die Herausforderung und die Kritik an der Demokratie sind dabei kein europäisches Phänomen. In Europa, den USA und anderen als demokratisch eingestuften politischen Systemen müssen sich Politik und Gesellschaft mit populistischen Anfechtungen von innen auseinandersetzen (Mudde und Kaltwasser 2012, 2013; Taggart 2004; Weyland 1999). Populist:innen und insbesondere Rechtspopulist:innen nutzen diese Entwicklungen für ihre politischen Zwecke. Sie konstruieren Feindbilder und exklusive Wir-Identität. Und sie verkünden einfache, meist nationale und

exklusive politische wie ökonomische Lösungen für die komplexen Probleme moderner Gesellschaften.

Der Begriff Populismus wird im politischen Diskurs gerne als Kampfbegriff gegen politische Konkurrenten verwendet, wenn allzu simple und offensichtlich nach Zustimmung heischende Äußerungen getätigt werden. In der Politikwissenschaft wird Populismus als Konzept deutlich differenzierter gefasst. Eine häufig verwendete Definition stellt ideologische Aspekte der Polarisierung in den Mittelpunkt. So definiert Cas Mudde Populismus als „dünne" Ideologie, welche die Gesellschaft in zwei Gruppen einteilt: auf der einen Seite das „wahre, reine" Volk und auf der anderen Seite eine „korrupte" oder degenerierte Elite (Mudde, 2008; Mudde und Kaltwasser, 2015). Dieses Volk wird dabei als homogen imaginiert. Populisten erheben den Anspruch „Wir- und nur wir- vertreten das wahre Volk" und polarisieren damit nicht nur inhaltlich, sondern auch moralisch, denn sie reklamieren für sich die jeweils moralisch richtige Position im politischen Diskurs. Sie inszenieren sich als diejenige politische Kraft, die die „volonté générale", den Willen des Volkes, alleinig kennt und vertritt. Durch den so artikulierten Alleinvertretungsanspruch wird auch jeglicher Opposition die Legitimität abgesprochen. „Konkret heißt das, dass Populisten den Staat vereinnahmen, checks and balances schwächen oder gar ganz ausschalten, Massenklientelismus betreiben und jegliche Opposition in der Zivilgesellschaft oder den Medien zu diskreditieren versuchen" (Müller, 2016, S. 130f). Moralisch wird dies darüber gerechtfertigt, dass das Volk seinen Staat in Besitz nehmen solle – freilich nicht durch das Volk selbst, sondern durch den Populisten und seine Partei oder Bewegung. Die Kernelemente des Populismus lassen sich damit zusammenfassen als a) das Herstellen eines Volksbezugs, b) die Herstellung von Gemeinschaft durch Ab- und Ausgrenzung, c) die Überhöhung des Volkes, d) die Artikulation eines wahrgenommenen Volkswillens, sowie e) die Betonung der Opposition von Volk und Elite im Sinne eines „Wir hier unten gegen Die da oben". Oftmals treten hinzu die Merkmale der charismatischen und bisweilen autoritären, meist männlichen Führerschaft sowie der bewegungsförmigen Organisation von Populisten, auch wenn in deren Zentrum meist eine Partei steht. Mudde und Kaltwasser (2017, S. 68) argumentieren, dass populistische Bewegungen selten ohne starke Führungsfiguren auskommen, die Handlungsfähigkeit und Männlichkeit betonen und sich kultureller Stereotype bedienen, um zu mobilisieren und zu polarisieren.

Das Attribut „rechts" als Ausdruck der politischen Verortung wird Populismen zugeschrieben, die sich inhaltlich nationalistischer und rassistischer Motive der Aus- und Abgrenzung bedienen. So wird das „wahre Volk" meist ethnisch-national definiert und gegenüber anderen Gruppen überhöht. Populistische Akteure verwenden dazu oft Versatzstücke rechtsradikaler Ideologien, die, wie Michael Minkenberg argumentiert, „um den Mythos einer homogenen Nation kreisen - ein romantischer und populistischer Ultranationalismus, der der liberalen, pluralistischen Demokratie mit ihren grundlegenden Prinzipien des Individualismus und Universalismus feindlich gegenübersteht" (Minkenberg, 2013, S. 11). So werden demokratische Grundsätze wie Gleichheit und Gerechtigkeit, aber auch Pluralismus und Toleranz in Frage gestellt. Rechtspopulisten überschreiten damit nicht selten die Grenze zum politischen Extremismus, der „den Glauben an die Volkssouveränität zurück [weist], die gewöhnlich durch ein Wahlsystem und das Prinzip ‚eine Person, eine Stimme' gekennzeichnet ist" (Mudde, 2008, S. 13).

Die Erfolge rechtspopulistischer Parteien rühren nicht zuletzt aus den Strategien, mit denen sie ihre Programmatiken den Entwicklungen moderner Gesellschaften als vermeintliche Lösungen entgegensetzen. Dabei lassen sich drei ineinandergreifende paradigmatische Strategien von Populistinnen identifizieren: 1) Identitätserzeugung durch Aus- und Abgrenzung und die Polarisierung

zwischen der eigenen Gruppe, der Ingroup und der Gruppe der Anderen, der Outgroup; 2) die Anrufung des „kleinen Mannes“ und des populistischen Führers als „starkem Mann“; sowie 3) die Beschwörung von Krise, Dringlichkeit, Ausnahmezustand und Skandal und das Anbieten einfacher und schneller Lösungen.

Die Erzeugung von Identität durch Aus- und Abgrenzung ist ein zentrales Element rechtspopulistischer Strategien (Mudde und Kaltwasser, 2013; Marchlewska et al., 2018). Sie bedient sich der Mechanismen der Konstruktion von sozialer Identität, wie etwa der Konstruktion einer meist homogenen und meist ethnisch oder national begründeten, moralisch als höherwertig angesehenen Ingroup, die sich gegen eine Outgroup verteidigen oder behaupten muss (vgl. Tajfel, 1974; Tajfel und Turner, 1979). Diese Outgroup umfasst bei Rechtspopulisten die als korrupt oder moralisch verkommen beschriebenen Eliten und wahlweise Migranten, nationale Minderheiten oder politisch linke Gruppierungen und dient als Feindbild meist aggressiver Rhetorik. Das immer wieder im Umkreis von PEGIDA bemühte Mantra von Angela Merkel als „Volksverräterin“ etwa ist dabei ein eher harmloses. Mit der Identitätskonstruktion einher geht eine Polarisierung der Interessen, wobei die Interessen der Populistinnen als Interessen des Volkes dargestellt und den vermeintlichen Interessen der Eliten diametral entgegengestellt werden. Dies dient der Verstärkung der in der Identitätskonstruktion geschaffenen Feindbilder. Den als homogen insinuierten Interessen des Volkes werden die Interessen der korrupten Eliten entgegengestellt. Diese, so die populistische Erzählung, verfolgen die eigenen Interessen oder etwa die von Migrantinnen oder Linksalternativen. Der offensichtliche Widerspruch, dass die Führerinnen populistischer Parteien und Bewegungen selbst Teil politischer oder ökonomischer Eliten und somit gemäß der den Populisten eigenen Logik Teil von „denen da oben“ sind, die den „Volkswillen“ hintergehen, wird dabei von Führern wie Anhängerinnen geflissentlich übersehen oder vielmehr ausgeblendet.

Eng mit der Konstruktion von Identität verbunden ist die Anrufung des „kleinen Mannes“, dessen Interessen ignoriert würden und der sich kaum selbst wehren könne. Diese Strategie basiert auf der vielfach wahrgenommenen Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger von den Versprechen der Demokratie (Jörke und Selk, 2017, S. 93ff; Canovan, 1999). Dem setzen Populistinnen die Idee des starken, aktiven, durchsetzungsfähigen Führers entgegen. Der populistische „strongman“ (Mudde und Kaltwasser, 2017, S.62ff) erhebt einen Vertretungs- und Beschützeranspruch gegenüber dem „kleinen Mann“ und gibt das Versprechen der Erhöhung des kleinen Mannes und der marginalisierten Männlichkeit durch die charismatische Führung (Sauer, 2017). Mudde und Kaltwasser (2017, S. 63f) betonen dabei die Inszenierung des populistischen Führers als potent und unterschwellig gewalttätig, als Person der Tat und nicht des Wortes, die allzeit in der Lage ist, schwierige Entscheidungen schnell zu treffen – auch gegen den Rat vermeintlicher „Expertinnen“ und immer im Dienste des „wahren Volkes“. Alex Demirović (2018, S. 37) spricht in diesem Zusammenhang von einer „undemokratischen Subordination der Vielen unter demagogische Führungsfiguren“. Entscheidend dabei sei, dass die von den Führerinnen vermeintlich vertretenen soziale Gruppen und Individuen an den Traditionalismus der populistischen „Wir-Konstruktion“ gebunden werden und damit ein kritischer Diskurs ausgesetzt werde. Es erfolge daher eine weitere Unterwerfung des kleinen Mannes, diesmal jedoch nicht durch eine feindselige Elite, sondern durch den Führer, an dessen Großartigkeit er in der Folge teilhaben könne. Eine vermeintliche wird durch eine tatsächliche Unfreiheit ersetzt.

Populisten inszenieren ständig Krisen. Singuläre Ereignisse des alltäglichen Lebens werden überhöht, dramatisiert und zu einer fundamentalen politischen Krise umgedeutet. Dies gilt für den vermeintlichen politischen Skandal der „illegalen Grenzöffnung“ durch Angela Merkel im Jahr 2015

ebenso wie für die zweifellos furchtbaren Vergewaltigungen von Frauen durch Migranten oder die vermeintliche Masseneinwanderung von Terroristinnen. Handlungen der politischen Eliten, insbesondere das vermeintliche Scheitern beim Finden von Lösungen für vermeintlich einfache Probleme wird durch die Verknüpfung mit einer größeren Erzählung, meist an der Grenze zur Verschwörungstheorie, als Krise stilisiert und dann in einem zweiten Schritt die dafür Verantwortlichen als Gegner des „wahren Volkes“ dargestellt. Über die Medien und im Zeitalter der Digitalisierung insbesondere über die sozialen Medien wird die Skandalisierung eskaliert und eine Dringlichkeit des Handelns aufgrund eines „Ausnahmezustands“ erzeugt (Moffitt, 2015). Durch diese Dringlichkeit werden politisch Verantwortliche nicht nur als Gegenspieler der Bevölkerung dargestellt, sondern zudem unter Beeinflussung des Öffentlichen Diskurses unter einen den Problemen meist unangemessenen Handlungsdruck gesetzt. Dieser wird durch das für Populistinnen typische Anbieten von einfachen Lösungen und starker Führerschaft weiterbefördert. Polarisierung und einfache Lösungen gehen Hand in Hand. So sollen etwa nationale Abschottungsstrategien oder protektionistische Wirtschaftspolitik die Risiken der Globalisierung minimieren und aus den vermeintlichen oder tatsächlichen Globalisierungsverliererinnen Gewinner national isolierter Ökonomien oder ethnisch differenzierter Sozialsysteme machen. Dass global vernetzte Produktions- und Wertschöpfungsketten durch derartige Maßnahmen kaum zu entflechten sind und dies im Gegenteil Auswirkungen auf den Wohlstand haben könnte, wird ignoriert oder bewusst verschwiegen.

Populistische Einstellungen werden in empirischen Studien regelmäßig erfasst und sind in Deutschland relativ weit verbreitet. So teilen je nach Studie etwa 20% bis ein Viertel der Deutschen populistische Einstellungen (Hebenstreit 2025, S.129ff). Besondere Zustimmung erfahren beispielsweise Fragen wie “Politiker reden zu viel und machen zu wenig” (63% der Befragten stimmen voll oder eher zu), Das Volk und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen” (42% Zustimmung), “Die Politiker kümmern sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen (31% Zustimmung). Überdurchschnittlich häufig zu finden sind populistische Einstellungen bei der Baby-Boomer-Generation (26%), Menschen mit niedriger formaler Bildung (32%), Menschen mit niedrigem Nettoäquivalenzeinkommen und Anhänger:innen der Partei „Alternative für Deutschland“ (63%) sowie des Bündnis Sahra Wagenknecht (51%). Auch soziale, wirtschaftliche und politische Deprivation spielen eine zentrale Rolle bei der Verbreitung populistischer Einstellungen: Menschen, die die wirtschaftliche Lage Deutschlands als sehr schlecht einschätzen, teilen mit 53% mehrheitlich populistische Einstellungen. Und Menschen, die glauben, sehr viel weniger als den gerechten Anteil in der Gesellschaft zu erhalten, teilen ebenfalls mehrheitlich mit 58% populistische Einstellungen. Und von denjenigen, die selbst sagen, sie hätten überhaupt kein politisches Interesse, weisen 47% populistische Einstellungen auf (vgl. Hebenstreit et al 2025, S.131ff).

4.5.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Vielfaltsbedrohung

Eine weitere gesamtgesellschaftliche Herausforderung für die Demokratie besteht in der Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Beate Küpper (2016) fasst Ideologien als Glaubenssätze, die den Blick auf die Welt prägen und steuern. Dabei werden sie oft als unhinterfragte, natürliche Gegebenheiten oder offenkundige Wahrheiten hingenommen. Ideologien der Ungleichwertigkeit operieren auf einem Kontinuum zwischen individuellen und gruppenfokussierten Glaubenssätzen (Küpper 2016, S.25) und kommen beispielsweise in einer Leistungsideologie unter Ausblendung unterschiedlich verteilter struktureller Lebenschancen, in religiösen Fundamentalismen mit dem Glauben an die einzige Wahrheit und

Überlegenheit der eigenen Religion, in Rassismus oder der Ungleichwertigkeit der Geschlechter zum Ausdruck. Ungleichwertigkeitsideologien finden ihren Ausdruck unter anderem in gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Markierung und Legitimierung von Ungleichwertigkeiten von Individuen und Gruppen, die eine Diskriminierung dieser Gruppen wahrscheinlicher machen. Sie umfasst Stereotype, Vorurteile und Diskriminierungen gegen Menschen aufgrund ihrer wahrgenommenen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu schwachen oder marginalisierten Gruppen in unserer Gesellschaft. Die Abwertung von Gruppen umfasst negative Stereotype, kognitiv überformte Vorurteile, emotionale soziale Distanzierungen und Absichten, die jeweilige Fremdgruppe zu schädigen.

Ungleichwertigkeitsvorstellungen stellen eine zentrale Bedrohung für demokratische Gesellschaften dar, da sie dem Grundprinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen widersprechen und die physische wie psychische Unversehrtheit einzelner Gruppen infrage stellen. Solche Ideologien der Ungleichwertigkeit legitimieren soziale Hierarchien und rechtfertigen Diskriminierung, indem sie bestimmte Gruppen als minderwertig konstruieren. Auf diese Weise schwächen sie nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern gefährden auch demokratische Werte wie Menschenwürde, Gleichberechtigung und Solidarität. Die Integrität sowohl der betroffenen Gruppen als auch der demokratischen Ordnung insgesamt wird dadurch nachhaltig beeinträchtigt.

Empirisch untersucht werden solche Ungleichwertigkeitsvorstellungen etwa in den Mitte-Studien (vgl. aktuell Zick et al. 2025). Dort werden verschiedene Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und deren Verbreitung in der Bevölkerung untersucht. Erfasst werden dabei Antisemitismus, Rassismus, Hetero-/Sexismus, Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, die Abwertung von Sinti und Roma, die Abwertung von asylsuchenden und geflüchteten Menschen, die Abwertung von homosexuellen und Trans*Menschen, die Abwertung von wohnungslosen und langzeitarbeitslosen Menschen sowie die Abwertung von Menschen mit Behinderung sowie das Konzept der Etabliertenvorrechte. Die verschiedenen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit werden inzwischen zu vier Facetten der Ideologien der Ungleichwertigkeit zusammengefasst (vgl. Mokros und Zick 2025, S.131f): Rassismus beinhaltet „negative, verallgemeinernde Einstellungen gegenüber Sinti und Roma, Muslimen, Flüchtlingen und Schwarzen Menschen“, die durch die Kategorien Ethnie, Religion, Nationalität, Kultur und Hautfarbe geprägt sind und zur Ablehnung dieser und anderer Gruppen führen. Antisemitismus umfasst die verschiedenen Formen klassischen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. Hetero-/Sexismus bezieht sich auf Einstellungen, die „Menschen allein aufgrund des ihnen zugeschriebenen oder sozialen Geschlechts beziehungsweise ihrer Sexualität“ (Mokros und Zick 2025, S.136) benachteiligen und abwerten. Dabei werden die Gegenüberstellung von Mann und Frau sowie die heterosexuelle Beziehung zwischen Mann und Frau als Ordnungs- und Hierarchiesystem festgeschrieben und andere Formen abgewertet. Klassismus bezieht sich auf die Abwertung und Ausgrenzung von Gruppen aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage oder Herkunft.

In der neuesten Mitte-Studie sind unter anderem folgende Befunde hervorzuheben:

- Rassismus: 30,2% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen, um das Sozialsystem auszunutzen, weitere 35,8% antworten mit teils/teils. 15,4% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigten, weitere 26,4% antworteten mit teils/teils;
- Antisemitismus: 14,9% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass viele Jüdinnen und Juden versuchen würden, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihren Vorteil zu ziehen, weitere 19,3% antworteten teils/teils. 17% der Befragten stimmen der

Aussage voll und ganz oder eher zu, sie könnten gut verstehen, dass man angesichts der israelischen Politik etwas gegen Juden habe, weitere 22,4 % antworteten teils/teils

- Hetero-/Sexismus: 11,6% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, es sei ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssten, weitere 13,6% antworteten mit teils/teils. 19,3% der Befragten finden es albern, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt, eine Frau lieber ein Mann. Weitere 17,6% antworteten mit teils/teils. 11,2% finden, Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen, weitere 16,2% stimmen dem teilweise zu.
- Klassismus: 36,1% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, Langzeitarbeitslose machten sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben, weitere 34,4% antworteten mit teils/teils. 22,2% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz oder eher zu, Empfänger von Sozialhilfe und Bürgergeld neigten zur Faulheit. Weitere 39,9% antworteten mit teils/teils.

Die empirischen Befunde zeigen erstens, dass alle dieser Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft vorkommen und zweitens, dass alle Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zunehmen, je weiter rechts sich Personen positionieren. Unter denjenigen, die sich selbst als rechts positionieren, stimmen 31,4% den Aussagen zum Rassismus zu, 25% den Aussagen zum Antisemitismus, 32,95 den Aussagen zum Hetero-/Sexismus und 55,7% den Aussagen zum Klassismus. Je weiter sich Personen in der politischen Mitte oder links positionieren, desto niedriger sind die Werte. Zudem finden sich Unterschiede, wenn nach der Parteipräferenz gefragt wird. Bei den Anhänger:innen der AfD sind drei der vier Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit am stärksten ausgeprägt mit Zustimmungen zu Rassismus bei 32,9%, Antisemitismus bei 13,5% und Hetero-/Sexismus bei 27,4 % Lediglich bei Klassismus liegen sie mit Zustimmungswerten von 23,2% knapp hinter den SPD-Anhänger:innen (25,7%). Es besteht also ein eindeutiger Zusammenhang zwischen politischer Selbstverortung und Parteipräferenz einerseits und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit andererseits: Vielfaltsablehnung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind weit überwiegend ein Problem der politischen extremen Rechten. Von ihr geht die größte Gefahr für Vielfalt, Pluralismus und Toleranz in der Demokratie aus.

Zudem zeigt sich in den Langzeitbefunden, dass gesellschaftliche Entwicklungen wie die zunehmende Ökonomisierung sozialer Beziehungen oder wirtschaftliche Krisen die Verbreitung solcher Ungleichwertigkeitsvorstellungen begünstigen. Diese Prozesse fördern negative Stereotype, Vorurteile und feindselige Einstellungen gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen und erhöhen die Bereitschaft zu Diskriminierung. Langfristig tragen sie dazu bei, soziale Ungleichheit zu verfestigen und demokratische Teilhabe zu unterminieren. Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verdeutlicht somit, wie Ideologien der Ungleichwertigkeit in Form von Vorurteilen und Feindseligkeiten gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen auftreten und als strukturelle Gefahr für die Demokratie wirken. Indem sie Ungleichheit normalisieren und legitimieren, stellen sie zentrale demokratische Normen infrage und erschweren ein inklusives, auf Gleichwertigkeit basierendes Gemeinwesen.

4.5.3 Extremismus als Bedrohung der Demokratie

Politischer Extremismus und extremistische Einstellungen sind zentrale Gegenstände der Demokratieforschung und herausfordernde Problemstellungen politischer Bildungsarbeit - oder sollten es zumindest sein. Denn politischer Extremismus stellt die jeweils existierende gesellschaftliche und

politische Ordnung in Frage, innerhalb derer er existiert. Als extrem gelten in diesem relationalen Verständnis diejenigen Akteur:innen, deren Ansichten, Einstellungen, Handlungen, Ziele und Methoden von der Mehrheit der Gesellschaft nicht geteilt werden (vgl. Breton et al 2002, S. xi). Wendet man dies konkret auf demokratisch verfasste Gesellschaften wie Deutschland an, sind Extremist:innen diejenigen politischen Akteur:innen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit den darin verankerten Normen der Menschenrechte, des Pluralismus und der Gewaltenkontrolle verstoßen, sie infrage stellen oder abschaffen wollen (vgl. Jaschke 2001, S. 25; Jesse 2018, S. 31f). Astrid Bötticher definiert Extremismus als eine ideologische Position von Anti-Establishment-Bewegungen, die Politik als Kampf um die Vorherrschaft und nicht als friedlichen Wettbewerb zwischen Parteien mit unterschiedlichen Interessen um öffentliche Unterstützung mit dem Ziel des Allgemeinwohls sieht. Ihr normativer Anker sind dabei Menschenrechte, Demokratie und der friedliche Wettbewerb zwischen kollektiven Akteuren, gegen den sich Extremisten durch das Produzieren von Angst, Polarisierung, Dogmatismus, Militanz sowie die Anwendung von Gewalt wenden. Relational ist der Ansatz insofern, als er Extremismen in Hinblick auf ihre Ziele und Mittel am Rand von Gesellschaften positioniert und ihnen das Ziel unterstellt, das Zentrum der Gesellschaft zu erobern und nach ihren eigenen autoritären und homogenisierenden Vorstellungen umzuformen.

Politischer Extremismus äußert sich in unterschiedlicher Weise. Er kann über Einstellungen und Wertorientierungen, aber auch über Handlungen gemessen werden. So erfassen beispielsweise die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt Formen der politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine Erscheinungsform von politischem Extremismus ist. Der politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegend, dass sie den politischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder eines ihrer Wesensmerkmale oder gegen Institutionen oder die Sicherheit des Bundes oder der Länder richten, auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sich gegen Personen richten aufgrund ihrer politischen Haltung bzw. aufgrund von Vorurteilen bezogen auf „Nationalität, ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status, physische und/oder psychische Behinderung oder Beeinträchtigung, Geschlecht/sexuelle Identität, sexuelle Orientierung oder äußeres Erscheinungsbild begangen werden.“ (https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html). Je nach ideologischer Ausrichtung der Tat bzw. der Motivation der Täter:innen werden die Straftaten in die Phänomenbereiche rechts, links, ausländische Ideologie, religiöse Ideologie und Sonstige zugeordnet. Die Statistiken der letzten zehn Jahre zeigen einen Anstieg politisch motivierter Kriminalität von 38.981 erfassten Straftaten im Jahr 2015 auf 84.172 Straftaten im Jahr 2024. Dabei ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer der nicht erfassten Straftaten nochmals deutlich höher ist, weil sie entweder nicht zur Anzeige gebracht werden oder nicht als politisch motivierte Kriminalität eingestuft wurden. Auffällig ist, dass die politisch motivierte Kriminalität aus dem extrem rechten Spektrum in allen Jahren jeweils mehr als die Hälfte aller Straftaten ausmacht und von 22.960 im Jahr 2015 auf 42.788 Straftaten im Jahr 2024 angestiegen ist. Im selben Zeitraum lagen politisch motivierte Straftaten aus dem linken Spektrum konstant um 10.000 Straftaten jährlich. So wurden 2015 9.605 Straftaten aus diesem Bereich dokumentiert. 2020 erreichten sie einen Höchststand von 10.970 Straftaten, um in den Jahren danach deutlich zu sinken. Im Jahr 2024 wurden dann 9.971 Straftaten aus dem extrem rechten Spektrum registriert. Einen massiven Zuwachs haben über die Jahre zudem Straftaten aus dem Bereich sonstige Zuordnung, die von 4.391 im Jahr 2015 auf 22.193 im Jahr 2024 angestiegen sind. Hierfür verantwortlich dürften vor allem Straftaten im Kontext von Corona-Protesten sein. Ein Überblick über die Hauptdeliktsfelder findet sich jeweils in den jährlichen

Berichten des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat. Aus der Statistik geht eindeutig hervor, dass extrem rechte politisch motivierte Kriminalität im Vergleich mit anderen Formen des Extremismus die größte Bedrohung für die Demokratie darstellt. Dabei ist insbesondere zu beachten, dass aus diesem Spektrum intensive Propagandaarbeit gegen die Demokratie geleistet wird, wie auch die Zahlen zu den Propagandadelikten belegen. Zusammengenommen lässt sich aus diesen Befunden, den Dokumentationen demokratiefeindlicher Vorfälle von Meldestellen wie mobirex, Leuchtlinie oder OFEK sowie Erkenntnissen der Forschung zu Radikalisierung, Diskursverschiebungen und Demokratiegefährdungen für die Demokratieförderung der Auftrag ableiten, vor allem den Phänomenbereich Rechtsextremismus und die dahinter liegenden Ideologien, Ideen und Akteur:innen in den Blick zu nehmen, ohne andere Phänomenbereiche des Extremismus zu übersehen, zu vergessen oder zu vernachlässigen.

Rechtsextremismus als Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit verbunden mit einer dezidierten Gewaltaffinität (vgl. Heitmeyer 1992) ist eine Erscheinungsform des politischen Extremismus, die einerseits aufgrund der schieren Zahl an politisch motivierter Kriminalität von rechts und andererseits gerade vor dem historischen Hintergrund des Nationalsozialismus in Deutschland von besonders kritischer Bedeutung ist. Rechtsextremismus wird im deutschen Kontext in der so genannten Konsensdefinition definiert als „Einstellungsmuster, dessen verbindendes Zeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Konsensdefinition, zitiert nach Virchow 2016, S. 17; Frindte et al. 2016). Während Heitmeyer (1992) die Gewaltaffinität dezidiert einschließt, wird auf diese in der Konsensdefinition verzichtet. Trotz dieser Entwicklungen nimmt die Begriffsbildung und damit die Frage der analytischen Kraft weiterhin einen prominenten Platz auf der Agenda der Rechtsextremismusforschung ein (vgl. Birsl 2016). Wir arbeiten in der Folge mit einem Konzept, das den Rechtsextremismus als einen Typus umfasst: „Extreme Rechte“. Denn die extreme Rechte ist keine homogene Gruppe, sondern in sich selbst fragmentiert und ideologisch durchaus heterogen (vgl. z.B. Hemmila und Perliger 2025; Gartenstein-Ross et al. 2023). Was die extreme Rechte jedoch eint, sind drei ideologische Merkmale. Erstens vertreten extrem rechte Akteur:innen allesamt Ideologien der Ungleichheit (vgl. Küpper 2016; Salzborn 2018). Zweitens zeichnen sie sich durch ein nativistisches Volksverständnis aus und drittens finden sich in unterschiedlichem Maße autoritäre Politikvorstellungen (Mudde 2017). Gerade die Verbindung von Ungleichheitsideologie und Nativismus macht eine zentrale Eigenschaft extrem rechter Ideologie aus: „all far-right ideological beliefs share exclusionary, hierarchical, and dehumanising ideals that prioritise and seek to preserve the superiority and dominance of some groups over others“ (Miller-Idriss 2020: 8). Der Begriff „extreme Rechte“ ist damit eine Sammelbezeichnung für das politische Spektrum rechts des demokratischen Konservatismus (Häusler 2016, S. 135), dessen ideologischer Kern aus Ungleichheit, Nativismus und Autoritarismus besteht. Im Unterschied zu den in der Regel vergleichsweise engen Definitionen von Rechtsextremismus (vgl. z.B. Jaschke 2001) ermöglicht diese Herangehensweise eine Analyse auch der Anknüpfungspunkte und Schnittstellen zwischen der demokratischen und der extremen Rechten. Diese sind insbesondere im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit, Verbreitung und Normalisierung extrem rechter Ideologeme in breiteren Gesellschaftsgruppen von besonderer Bedeutung.

Neu und doch nicht neu ist dabei das Phänomen der so genannten „neuen Rechten“, das Uwe Backes als intellektuellen Rechtsextremismus bezeichnete (Backes 2001, 24). Mit dem klassischen Rechtsextremismus gemein hat die neue Rechte die Ablehnung der fundamentalen Menschengleichheit, der liberalen Demokratie und des Pluralismus (vgl. z.B. Gessenharter und Pfeiffer 2004). Auch wenn sie sich in Abgrenzung meist vom Nationalsozialismus distanziert, sind Nationalismus und Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologien Kernbestandteile extremen und neurechten Denkens und Handelns, wenn etwa in Anschluss an Carl Schmitt und Alain de Benoist von Ethnopluralismus, Remigration, Ausnahmezustand, kultureller Identität und nationaler Wiedergeburt fabuliert wird. Der Ton mag sich gewandelt haben, der Inhalt nicht, so möchte man mit Gessenharter und Pfeiffer (2004) und Langebach und Raabe (2016) bilanzieren.

Vergleichsweise innovativ ist, dass die „neue Rechte“ Ideen zur „Eroberung der Macht“ von gesellschaftspolitisch als links einzuordnenden Denkern wie Antonio Gramsci, Michel Foucault oder Ernesto Laclau übernommen hat. Dabei geht es um die Frage, wie Gesellschaft verändert und radikalisiert werden kann: Sie übernimmt sprach- und diskursanalytische Ansätze der postmarxistischen und poststrukturalistischen Gesellschaftstheorie, um ihre exkludierenden, völkisch-nationalen Ideen voranzutreiben. Denn, so die Erkenntnis, wer die Macht erobern will, muss den kulturellen Raum besetzen und eine „Umwertung der Werte“ (Kunze 1995; vgl. Pfahl-Traughber 2004) erreichen. Eine Entwicklung, die Kellershohn und Kastrup (2016) treffend als „Kulturkampf von Rechts“ bezeichnen. Zielobjekte dieser Strategie sind zivilgesellschaftliche Vereinigungen, Vereine und auch öffentliche Ämter. Die extreme Rechte versucht gezielt, diese zu besetzen und damit Säulen der demokratischen Gesellschaft zu untergraben. Die propagierten Ziele einer ethnischen Reinheit des eigenen Volkes, der Wiederauferstehung von Kultur und Nation nach einer Phase des Niedergangs, der Verteidigung der „eigenen“ Werte gegen Bedrohungen von Außen und Innen hingegen sind geradezu archetypisch für die extreme Rechte. Diese kann in Anschluss an Ursula Birsl (2016, 254) gefasst werden als alle „Bewegungen und Organisationen (…), die sich einer Ideologie der natürlichen Ungleichheit mit der Ungleichwertigkeit von Menschen, des Autoritarismus und der Akzeptanz von Gewalt als politisches Mittel“ verschrieben haben. Birsl argumentiert, dass „neo-konservatives, radikal rechtes und extrem rechtes Denken ideengeschichtlich ein essentialistisches, organisches Verständnis von Gesellschaft und Nation eint. Hierüber werden Zugehörigkeit, Ausschluss und Abgrenzung definiert. Nach innen werden soziale und geschlechtliche Ungleichheitsverhältnisse als natürliche Ungleichheitsverhältnisse verstanden, die den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern einen Platz im Organismus der Gesellschaft zuweisen“ (Birsl 2016, 256). Dass Ideologien der Ungleichheit und des Kulturkampfes tief in der extremen Rechten verankert sind, illustrieren stellvertretend für viele andere Textstellen und Akteure der extremen Rechten die beiden folgenden Zitate. So schreibt beispielsweise die Partei „Alternative für Deutschland“ schon 2016 in ihrem Grundsatzprogramm auf Seite 47: „Die Ideologie des ‚Multikulturalismus‘ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. Kultur ist nur als etwas wechselbezügliches Ganzes von Gesellschaften zu verstehen. […] Die Zivilgesellschaften funktionierender Staaten sind daher aufgerufen, ihre Kulturen zu schützen und eigenständig weiterzuentwickeln. Dies gilt natürlich auch für die deutsche kulturelle Identität. Der in Europa bereits stattfindende Kulturkampf zwischen Abendland und dem Islam als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten kann nur abgewendet werden durch ein Bündel von defensiven und restriktiven Maßnahmen, die eine weitere Zerstörung der europäischen Werte des Zusammenlebens aufgeklärter Bürger verhindern“. Und der damalige AfD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Thomas

Röckemann, äußerte sich bei einer Demonstration im Jahr 2018 wie folgt: „Wir müssen den alleinigen Herrschaftsanspruch von land- und kulturfremden Religionen bekämpfen. Wir müssen diejenigen bekämpfen, die mit ihrer Gutmenschlichkeit unseren Staat und unsere Gesellschaft zugrunde richten und wir müssen kämpfen für unsere Jahrtausende alte Kultur, unsere Religion, für unser Gemeinwesen, das auf Recht und Gesetz, auf Sittlichkeit und Moral aufbaut. Wir müssen klare Grenzen aufzeigen und diejenigen, die hier von Anfang an nichts zu suchen hatten, wieder nach jenseits der Grenzen schaffen“.

In beiden Zitaten wird deutlich, welch eine Gesellschaft die extreme Rechte verwirklicht sehen möchte: es ist eine völkisch-nationale, kulturalisierte und essentialisierte Vorstellung einer Gesellschaft, die gegen allerlei Feinde, andere Religionen, Menschen mit Migrationserfahrung und den ‚Multikulturalismus‘ als solchen verteidigt werden muss. Andere, wie Markus Frohnmaier, aktuell Mitglied des Bundestages und Co-Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg, insinuierten schon 2015 auf Facebook die Revolution: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk“.

Neben den schon angeführten Befunden zu politisch motivierter Kriminalität rechts erfassen zahlreiche Studien die Verbreitung extrem rechter Ideologien und extrem rechter Ideologeme (also Versatz- oder Teilstücken extrem rechter Ideologien) in Deutschland. Insbesondere die Leipziger Autoritarismus Studien (vgl. Decker et al 2024) und die Mitte-Studien (vgl. Zick et al. 2025) untersuchen diese regelmäßig. Die Leipziger Autoritarismus Studie definiert Rechtsextremismus für die Einstellungsforschung als »Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen« (Decker & Brähler, 2006, S. 20). Erfasst werden die Dimensionen NS-Ideologie (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus) und Ethnozentrismus (Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit) über insgesamt 18 Fragen. Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild weisen dabei diejenigen Personen auf, die in allen Dimensionen den entsprechenden Aussagen zustimmen. Der Anteil schwankt seit 2002 zwischen 9,6% (2002) und 2,7% (2022) und liegt aktuell bei 4,5%. Betrachtet man die einzelnen Elemente, also extrem rechte Ideologeme, so zeigt sich ein anderes Bild (vgl. dazu Decker et al 2024, S.34ff). Einzelne Ideologeme sind gesamtgesellschaftlich weit verbreitet. So stimmen 17,6% der Befragten manifest und 21,4% latent der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ zu. 8,5% stimmen der Aussage „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ manifest zu, weitere 15,5% zumindest latent. Die Aussage „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ wird von 9,2% uneingeschränkt und von 23,2% latent geteilt. Dass sich in der Gesellschaft wie in der Natur immer der Stärkere durchsetzen sollte, teilen 10,6% manifest und 16,3% latent. Dass die „Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ sind, teilen 9,6% respektive 17,9 %. Besonders hoch sind die Zustimmungswerte in den Dimensionen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit. 32,3% der Befragten stimmen der Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ manifest zu, weitere 29,1% zumindest latent. Dass das oberste Ziel deutscher Politik sein solle, „Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht, teilen 20,6% und weitere 22,7% lehnen die Aussage nicht ab. Dass die Bundesrepublik Deutschland durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße

überfremdet sei, finden 33,8% manifest und 28,3% latent. Und dass Ausländer nur den Sozialstaat ausnutzen wollen, glauben 33,2% und weitere 32,8% lehnen die Aussage nicht ab. Auch die Idee einer Remigration insbesondere unter den Bedingungen knapper Arbeitsplätze wird von 24,8% der Befragten geteilt und von weiteren 26,7% nicht abgelehnt. Wenig überraschend ist, dass diese Versatzstücke manifest rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung unterschiedlich verteilt sind. So finden sich alle sechs Dimensionen am häufigsten bei Anhänger:innen der Partei „Alternative für Deutschland“ (Ausländerfeindlichkeit: 60,5%, Chauvinismus: 37,5%, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur: 16,9%, Sozialdarwinismus: 10,5%, Antisemitismus: 15%, Verharmlosung des Nationalsozialismus: 9,5%) Allerdings zeigt sich auch, dass einzelne Ideologeme durchaus auch in anderen Gruppen präsent sind (z.B. Ausländerfeindlichkeit CDU 21,5%, SPD 18,3%, FDP 21,9%, BSW 25,8%, Die Linke 12,0%, Grüne 2,8%). Auch Unterschiede zwischen Geschlecht (Männer durchweg höher als Frauen), Bildung (Mit Abitur durchgehend niedriger als ohne Abitur) Einkommen (je höher das Einkommen, desto weniger extrem rechte Einstellungen) und Altersgruppen zeigen sich. Klar wird: extrem rechte Einstellungen sind ungleich verteilt und müssen zielgruppenspezifisch bearbeitet werden, stellen aber ein gesamtgesellschaftliches Problem dar.

5. Strukturdatenanalyse

Strukturdaten beschreiben den Aufbau und die Organisation einer Gebietskörperschaft und deren Input und Output. Diese werden unter anderem aus amtlichen Statistiken gewonnen und werden durch Aggregation von Daten über Teile der Gebietskörperschaft berechnet. Dazu gehören beispielsweise Daten zur Soziodemographie der Einwohner, zur Ökonomie, zur Infrastruktur, zu ortsansässigen Organisationen und öffentlichen Finanzen. Klassischerweise gehören individuelle Einstellungsdaten nicht zu den Strukturdaten, wenn diese jedoch auf Gemeindeebene aggregiert werden, so können sie im Sinne der politischen Kulturforschung als Strukturdaten interpretiert werden. Mit der Analyse von Strukturdaten können wir entlang theoretischer Annahmen den Einfluss von so genannten Kontextfaktoren bzw. der alltäglichen Lebenswelt auf Menschen erklären. So kommt diese Art der Analyse etwa in der Wahlforschung zum Einsatz, um den Einfluss der alltäglichen Lebenswelt auf das Wahlverhalten der Menschen zu untersuchen. Die häufigste Form der Analyse ist dabei die Mehrebenenanalyse. Diese erfolgt beispielsweise auf der Ebene von Staaten, weil wir hier aus Umfragen über repräsentative Daten zu Individuen verfügen. Denn bei dieser Form werden Daten von der Individualebene (Informationen über Personen wie Einstellungen zu Xenophobie, Wertedimensionen, Nativismus oder Autoritarismus) mit Daten über den Nationalstaat in Form von Strukturdaten (z.B. durchschnittliche jährliche Zuwanderung, Arbeitslosenquote, Bruttoinlandsprodukt und durchschnittliches Nettohaushaltseinkommen) kombiniert. Da für Baden-Württemberg repräsentative Umfragedaten nicht in ausreichendem Maß auf der Landkreisebene oder der Gemeindeebene vorliegen und dazu beispielsweise je nach Größe der Gemeinde zwischen 100 und 1000 Menschen in allen Kommunen Baden-Württembergs befragt werden müssten, verzichten wir auf eine Mehrebenenanalyse und verwenden ausschließlich Strukturdaten als lebensweltliche Kontextfaktoren.

Eines der Probleme ist dabei, dass wir auf der nationalen Ebene die tatsächliche Alltagswelt der Menschen nur sehr grob und unscharf abbilden können, da es sich um relativ wenige Beobachtungen handelt, die zu einer hohen Abstraktion führen. Es ist daher besser, die kleinste regionale Einheit untersuchen. Die kleinste Einheit, auf der zumindest teilweise ausreichend und systematisch Daten vorliegen, ist die Kommune. Über die Abbildung der Wohngemeinden der Menschen entlang

kommunaler Strukturdaten ist es dabei möglich die alltägliche Lebenswelt der kommunalen Bevölkerung zu erfassen und damit indirekt die Potentiale für unterschiedliche Einstellungen, die sich aus der alltäglichen Wahrnehmung dieses räumlichen Kontexts ergeben.

Abgesehen von Individualdaten, die als einzige Datenquelle direkte Informationen über individuelles soziales Handeln, Verhalten und seine Motive bietet (Arzheimer 2017: 282), kommt die Gemeindeebene der individuellen Lebenssituation sowie bspw. Wahlentscheidung am nächsten, da sie die kleinste Verwaltungseinheit in Deutschland ist, die vergleichbare und ausreichende Informationen über das Lebensumfeld der Menschen anhand soziodemografischer, wirtschaftlicher und geografischer Daten liefert, ohne sich auf eher willkürliche geografische Grenzen wie Wahlkreise und Rastermuster zu stützen (Jäckle 2022: 178). Weiterführend kann die Gemeinde als das Lebensumfeld der lokalen Bevölkerung verstanden werden, in welcher Individuen den Großteil ihrer lebensweltlichen Erfahrungen machen, dabei ihre Position mit denen andere in der Gesellschaft vergleichen und schließlich ihre Einstellungen sowie ihr soziales Handeln ableiten (Kuhn 2013: 35ff.; Van Deth & Tausendpfund 2013: 12f.; Bernemann 2025: 72f.).

Allerdings kommt die ausschließliche Betrachtung der Gemeindeebene entlang von Strukturdaten auch mit zentralen Nachteilen. Neben der bereits beschriebenen Tatsache, dass von der Gemeindeebene nicht auf das Verhalten einzelner geschlossen werden kann (Robinson 1950: 357), ist es auch nicht möglich zwischen Kompositions- und Kontexteffekten zu unterscheiden (Van Leeuwen & Vega 2021: 211). Kompositionseffekte sind das Ergebnis der unterschiedlichen Komposition der Gemeindestruktur (Miehlke & Salheiser 2022: 84f.). Angenommen es wären tatsächlich Menschen in Erwerbslosigkeit, die überdurchschnittlich häufig extrem rechte Parteien wählen, so wären höhere Anteile der Erwerbslosenbevölkerung ggf. tatsächlich für höhere Zweitstimmenanteile auf kommunaler Ebene verantwortlich. Im Falle eines Kontexteffekts könnte der Anteil an erwerbslosen Menschen allerdings auch als ein Indikator für eine wirtschaftlich nachteilhafte Situation der Gemeinde stehen, die dafür sorgt, dass Menschen unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht dazu bewegt Abstiegsängste in diesem kommunalen Kontext auszubilden, die in der allgemeinen Bevölkerung zur höheren Attraktivität extrem rechter Parteien führt.

Strukturdaten auf Gemeindeebene liegen über die statistischen Ämter der Länder und des Bundes sehr differenziert vor und können daher für die Analyse relativ einfach genutzt werden. Damit können auch Auswirkungen der beschriebenen Metatrends wie etwa Armut oder Arbeitslosigkeit und politische Polarisierung relativ einfach analysiert und zum Beispiel über Karten visualisiert werden. Anhand von Strukturdaten kann die Situation einer Kommune im größeren räumlichen Zusammenhang beschrieben und eingeordnet werden. In einem ersten Schritt analysieren wir daher zentrale Strukturvariablen und bereiten die Befunde für Baden-Württemberg kartografisch auf. In einem zweiten Schritt ordnen wir die Kommune(n) der Partnerschaft für Demokratie unter Verwendung so genannter Boxplots statistisch vergleichend mit den Kommunen in Baden-Württemberg ein. Damit lässt sich nicht nur der Schwierigkeitsgrad der jeweiligen Herausforderung erkennen, die an den Strukturdaten abstrahiert werden können, sondern Sie könne auch perspektivisch aufzeigen welche besonderen Potentiale sich für die Konzeption der Projekte der Partnerschaft für Demokratie ergeben. In einem dritten Schritt beschreiben wir die politische Lage und analysieren den Einfluss von Strukturen auf den Wahlerfolg der extrem rechten Partei „Alternative für Deutschland“, denn ihr Wahlerfolg bzw. ihre parteipolitische Zustimmung stellt einen zentralen Indikator für demokratiegefährdende und demokratiefeindliche Einstellungen dar.

5.1 Ausgewählte Strukturdatenanalyse für Baden-Württemberg

Strukturelle Merkmale von Kommunen bilden einen maßgeblichen Rahmen für die Lebenswelt vor Ort. Direkt oder indirekt spiegeln die Strukturen auch die weiter oben diskutierten gesellschaftlichen Metatrends direkt wider oder werden von diesen zumindest beeinflusst. Die Menschen nehmen diese wahr und interpretieren sie hinsichtlich der „Lage“ und des „Zustandes“ ihres Ortes. Dies Wahrnehmungen beinhaltet freilich subjektive Aspekte und Deutungen, die wiederum politisch beeinflusst werden können. Über diese nehmen Menschen wahr, wie die „Lage“ ihres Ortes. Strukturen sind mithin wichtige Faktoren in Hinblick auf Herausforderungen für demokratische Gesellschaften und die Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften. Denn während die strukturellen Merkmale auf lokaler Ebene kaum bearbeit- und veränderbar sind, sind die von ihnen bedingten Prozesse und deren Auswirkungen mittelbar und unmittelbar vor Ort spürbar. Welche strukturellen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg gegeben sind und welche Unterschiede es regional gibt, wird in diesem Kapitel kartographisch aufbereitet. Dazu haben wir Variablen ausgewählt, die zum einen in Zusammenhang mit den geschilderten Metatrends stehen und zum anderen in Zusammenhang mit der Erklärung von Erfolgen demokratiegefährdender politischer Akteure wie der extrem rechten Partei „Alternative für Deutschland“ als bedeutsam betrachtet werden können (vgl. Fröhlich et al 2024, Frankenberger et al. 2025a, 2025b) und in einem der folgenden Kapitel in die Regressionsanalyse mit einbezogen werden: Anteil der christlichen Konfessionen, Arbeitslosigkeit, Ausländische Bevölkerung, einzelhandelsrelevante Kaufkraft, Nahversorgung, Siedlungsdichte, Steuerkraft, und Verkehrsinfrastruktur. Zudem haben wir mit Akademiker:innenquote, Bevölkerungsentwicklung und Kinderarmut drei weitere Variablen einbezogen, die Einfluss auf die Lebenswelt der Menschen haben und gleichzeitig in Zusammenhang mit den Metatrends stehen.

5.1.1 Akademiker:innenquote

Die Akademiker:innenquote am Wohnort kann Hinweise auf Regionen geben, welche zukünftig eine höhere Anfälligkeit gegenüber demokratiefeindlichen Narrativen haben. Hierbei kann davon ausgegangen werden, dass Personen mit höherem Bildungsabschluss über eine höhere Mobilität verfügen und flexibler auf Transformationserscheinungen reagieren können. Auch geht mit dem höheren Bildungsgrad häufig eine kosmopolitischere Weltsicht einher, welche weniger anfällig gegenüber extrem rechten Narrativen ist (vgl. Merkel und Zürn 2019). Orte mit einer geringeren Akademikerquote weisen dementsprechend tendenziell weniger kosmopolitisch geprägte Personen auf, was diesem Gegenpol zu extrem rechten Einstellungen weniger Wirkmacht verleiht. Hier sollte hervorgehoben werden, dass das Heranziehen der Akademiker:innenquote keine Pauschalisierungen gegenüber Personen ohne universitären Abschluss darstellen soll und diese auch nicht ermöglicht.

Die Akademiker:innenquote ist vor allem in den Städten und deren Umland überdurchschnittlich hoch. Dies kann zum einen auf die Standorte der Universitäten, Hochschulen sowie sonstigen Forschungseinrichtungen zurückgeführt werden. Zum anderen bietet auch der tertiäre Sektor sowie die moderne Industrie Arbeitsstellen für Akademiker:innen, dies zeigt sich beispielsweise im Landkreis Biberach, in welchem die hohe Akademikerquote vermutlich auf die ansässige Industrie zurückzuführen ist. Der ländliche Raum hingegen weist – auch aufgrund der Wirtschaftsstruktur – fast durchgehend geringe Akademiker:innenquoten auf.

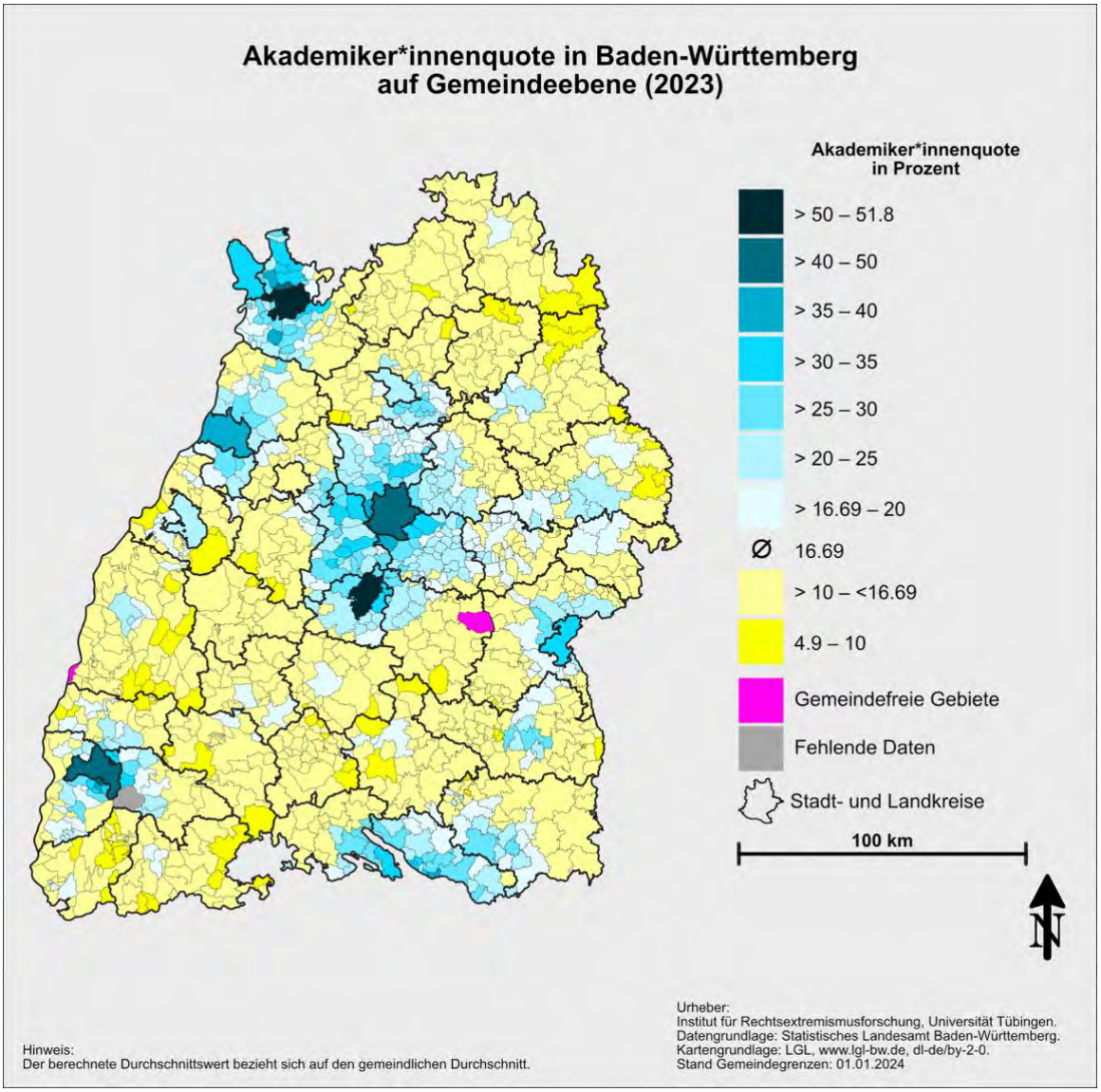


Abbildung 1: Akademiker:innenquote in Baden-Württemberg

5.1.2 Anteil christlicher Konfessionen

Religiöse Einstellungen und Bindungen können demokratische Prozesse vor Ort im positiven wie im negativen Sinne beeinflussen. So kann etwa eine vorliegende Konzentration extremistischer und/oder fundamentalistischer Weltanschauungen die demokratische Gesellschaft vor Ort gefährden. So propagieren einige fundamentalistische Akteure ´teils Haltungen und Weltanschauungen, die Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beinhalten (insbesondere Queerfeindlichkeit, aber auch Islamfeindlichkeit, antifeministische Einstellungen oder patriarchal geprägte Familienbilder). Auch islamistische Strömungen propagieren gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und lehnen die liberale Demokratie als solche ab. Andererseits zeigen Untersuchungen, dass bei katholischen Gläubigen eine starke (Wahl-)Bindung an die CDU vorhanden ist, die als demokratische Partei ein fester Bestandteil der liberalen Demokratie in Deutschland ist. Auch darf die Arbeit der katholischen und evangelischen Kirche und ihrer Einrichtungen sowohl im sozialen Sektor als auch direkt in den Bereichen Demokratieförderung und Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als demokratiefördernd angesehen werden. Auf Strukturdatenebene liegen nur wenige Daten zu den

Religionszugehörigkeiten der Menschen in Baden-Württemberg vor. Die Kirchensteuer als deutsche Eigenheit ermöglicht jedoch einen groben Einblick und eine Annäherung an die Mitgliederstruktur der evangelischen und katholischen Landeskirchen, wobei lediglich unbeschränkt steuerpflichtige Lohn- und Einkommenssteuerfälle berücksichtigt werden können und abbildbar sind. Somit liegen weder von den Freikirchen noch von (nicht-institutionalisierten) fundamentalistischen bzw. extremistischen Religionsgemeinschaften Daten vor, auf die zurückgegriffen werden könnte, um ein vergleichendes Bild zu zeichnen. Auch muss darauf verwiesen werden, dass auch Personen ohne feste individuelle Bindung an die Kirchen teils weiterhin die Kirchensteuer abführen, während andersherum nicht alle Personen mit vorhandener fester religiöser Bindung, diese weiterhin zahlen.

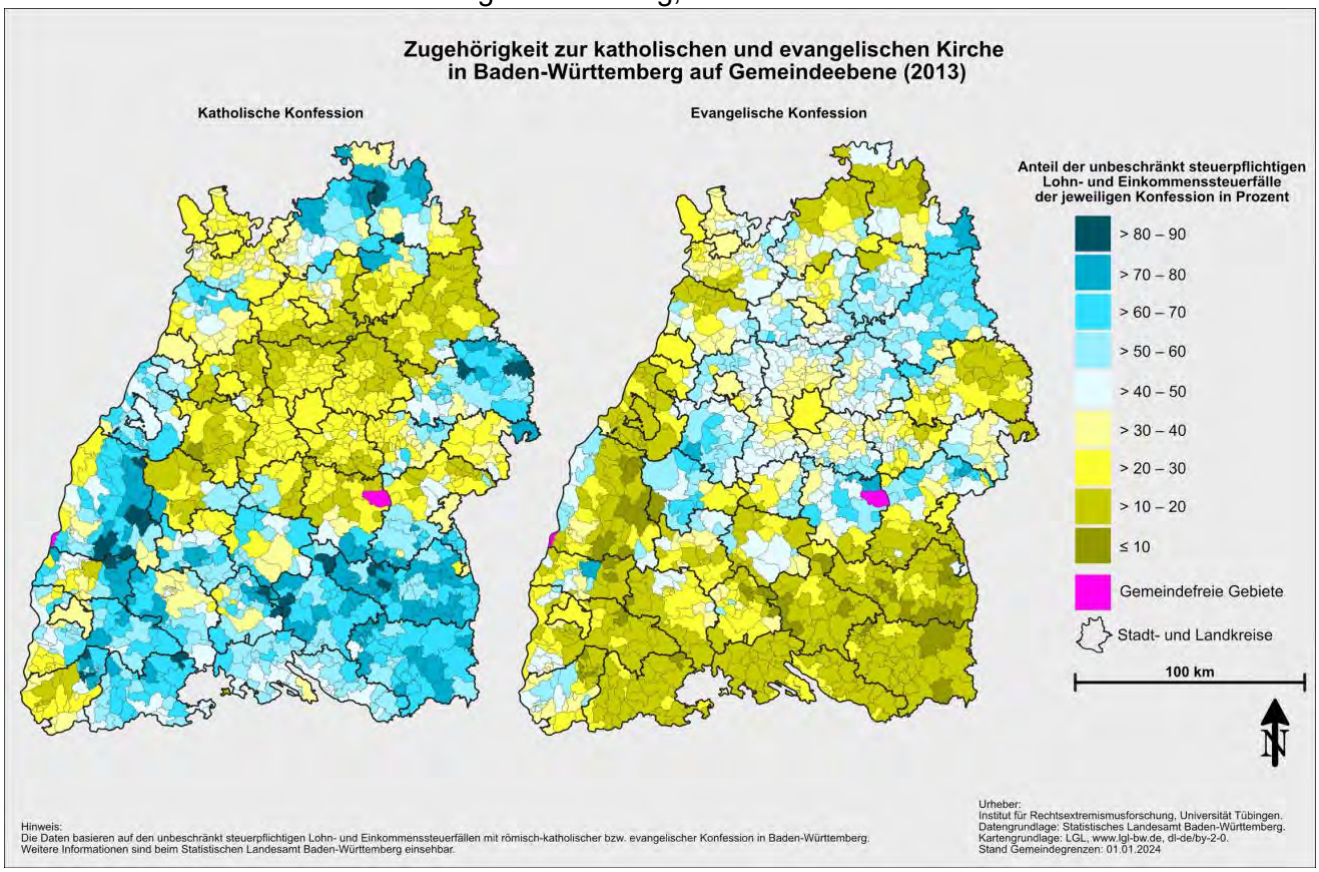


Abbildung 2: Religionszugehörigkeit in Baden-Württemberg

Die Verteilung der Mitglieder der evangelischen und katholischen Religionsgemeinschaft spiegelt bis heute die Regelungen des Augsburger Religionsfriedens von 1555 wider, nach welchen der jeweilige Landesherr die Konfession der in seinem Territorium lebenden Menschen bestimmen und vorschreiben konnte[6]. Die Gebiete des ehemaligen Herzogtums Württemberg sind noch heute überwiegend evangelisch geprägt, während beispielsweise die ehemaligen österreichischen Gebiete im Südwesten Baden-Württembergs hauptsächlich katholisch geprägt sind.

Betrachtet man die räumliche Verteilung (siehe Abbildung 2), so zeigen sich diese Muster deutlich: Das Zentrum Baden-Württembergs sowie Teile des Nordostens weisen hohe Anteile an Personen evangelischer Konfession auf, während vor allem der Süden und Westens Baden-Württembergs eher katholisch geprägt sind. Die ländlichen Räume weisen eine verhältnismäßig größere religiöse Bindung zu beiden Konfessionen auf, während in manchen größeren Städten die Bindung zu beiden

6 https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/religionen

Konfessionen relativ gering ausfällt, wie beispielsweise in Stuttgart (54,2%) oder Mannheim (56,4%). Dies dürfte sich aus einem höheren Anteil an muslimischen sowie atheistischen Personen in diesen Räumen ergeben. Eine starke religiöse Prägung vor Ort (bezogen auf die hier abbildbaren Konfessionen) kann sich positiv auf demokratische Strukturen und Prozesse vor Ort auswirken. Vergleicht man die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2025 (siehe unten) mit der hier vorliegenden Verteilung der Katholiken, so scheint sich dieser Effekt deutlich zu zeigen. Zum anderen können kirchliche Träger demokratische Prozesse vor Ort unterstützen und dabei gleichzeitig die Adressatengruppe von Demokratieförderungsprojekten maßgeblich erweitern. Dies darf für alle religiösen Weltanschauungen vermutet werden, solange sie dem demokratischen Spektrum zuzuordnen sind.

5.1.3 Arbeitslosigkeit

Die Betrachtung der Arbeitslosenquote kann dazu beitragen, bereits bestehende demokratieskeptische und -gefährdende Tendenzen vor Ort besser zu verstehen oder das Entstehen derselben frühzeitig zu antizipieren und präventiv zu handeln: Eigene Arbeitslosigkeit, die Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit im direkten Umfeld, aber auch die Erwartung oder Annahme, möglicherweise selbst betroffen zu sein, kann das Vertrauen in das demokratische System und demokratische Institutionen schwächen (siehe Metatrends). Dieser Zusammenhang ist auch hinsichtlich der zukünftig wahrscheinlich zunehmenden wirtschaftlichen Transformation in Baden-Württemberg relevant – hier erscheint ein Blick auf die aktuellen Arbeitslosenquoten sinnvoll.

Auf Gemeindeebene lässt sich für das Bundesland, die Arbeitslosenzahlen betreffend, Baden-Württemberg ein heterogenes Bild zeichnen (siehe Abbildung 3). Der Vollständigkeit halber muss an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass die Arbeitslosenzahlen für kleinere Gemeinden (<15.000 Personen) zum Teil nur geschätzt werden können, da keine konkreten Daten vorliegen (siehe BBSR 2025).

Mit einer Arbeitslosenquote von 7,2 Prozent hat St. Blasien die höchste Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg, gefolgt von Mannheim (5,9%), Bad Wildbad (5,8%) und Büsingen am Hochrhein (5,8%). Tendenziell scheinen größere Kommunen in Baden-Württemberg eine höhere Arbeitslosenquote aufzuweisen. Zudem weisen an (Groß-)Städte angrenzende Kommunen tendenziell höhere Arbeitslosenquoten auf. Regional zeigen sich ebenfalls Unterschiede: Vor allem der Südosten sowie Nordosten des Bundeslandes beherbergen Kommunen, welche eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote aufweisen. Besonders gering scheint die Arbeitslosigkeit dabei im östlichen Teil des Regierungsbezirkes Tübingen ausgeprägt zu sein, wobei der Landkreis Biberach sowie der (südliche) Alb-Donau-Kreis besonders viele Kommunen mit einer Arbeitslosenquote von unter 2 Prozent aufweisen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Betrachtung des Ostalbkreises, in Teilen des Landkreises Schwäbisch Hall sowie des Main-Tauber-Kreises. Im westlichen Teil Baden-Württembergs sticht vor allem der südliche Schwarzwald als ein Raum hervor, welcher eine geringe Arbeitslosenquote aufweist, insbesondere im Bereich um Biederbach und Hofstetten. Der Norden, insbesondere der Nordwesten Baden-Württembergs, weist hingegen häufiger eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

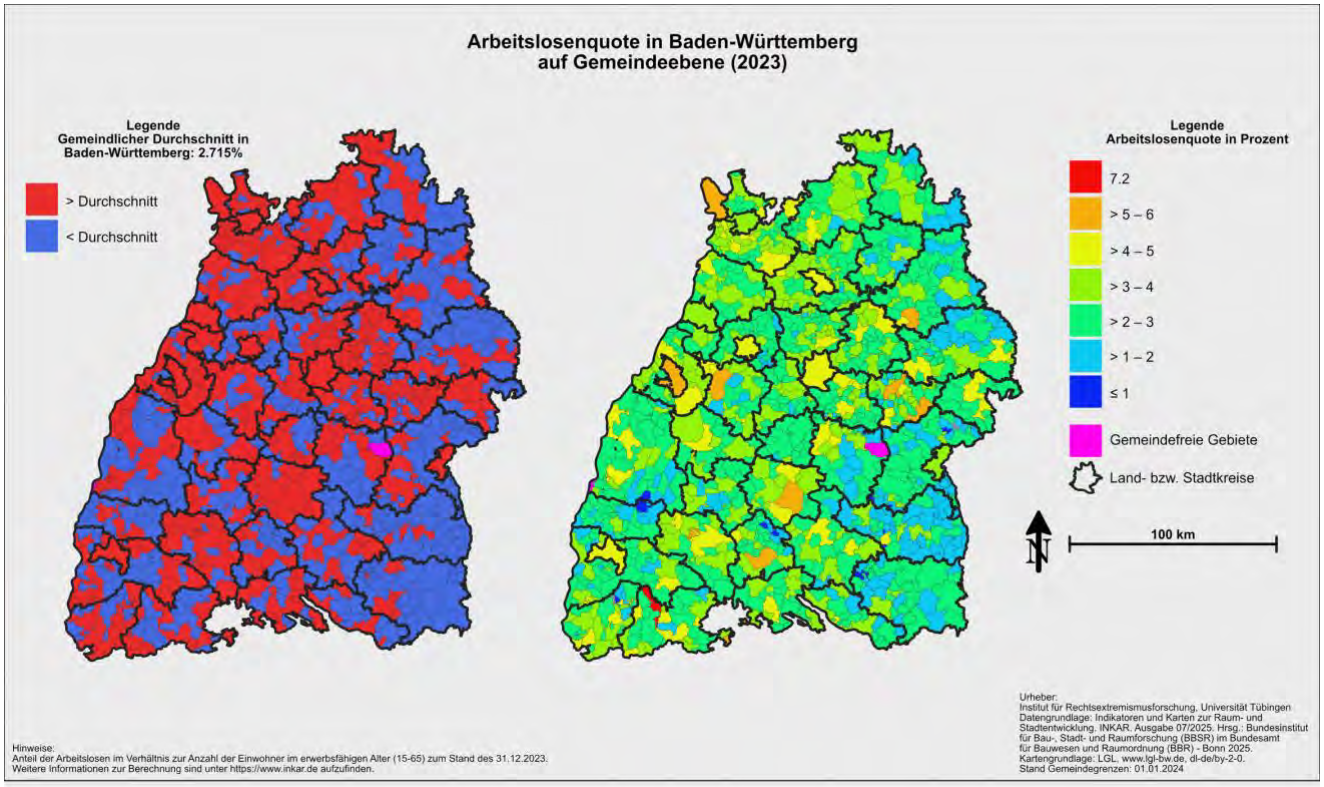


Abbildung 3: Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg

5.1.4 Ausländische Bevölkerung

Die Betrachtung der ausländischen Bevölkerung ermöglicht insbesondere in Bezug zu extrem rechten Narrativen eine Bewertung demokratiegefährdender Tendenzen und Entwicklungen in diesen Räumen. Zum einen stellen Personen mit (sichtbarem) Migrationshintergrund eine Gruppe dar, die in besonderem Maße von extrem rechten Anfeindungen und Gewalt betroffen ist. Gleichzeitig verweisen Theorien darauf, dass eine hohe sichtbare Anzahl von Personen mit Migrationshintergrund die Verbreitung extrem rechter Narrative der kulturellen Bedrohung und vermeintlichen Überfremdung (bis hin zu Verschwörungsmythen wie dem ‚Großen Austausch') erleichtern und solche Positionen anschlussfähiger werden lassen kann. Aufgrund der verfügbaren Daten greifen wir auf den Ausländer:innenanteil zurück, welcher allerdings nur bedingt den tatsächlichen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund abzubilden imstande ist, da nur Einwohner:innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit als Ausländer:innen klassifiziert werden und somit bereits eingebürgerte Personen mit Migrationsgeschichte nicht erfasst werden. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg lag im Jahr 2017 bei 30,9 Prozent, was deutlich über dem Wert des Ausländer:innenanteils von 15,9 Prozent im Jahr 2019 liegt (Baden-Württemberg 2025)[7].

Räumlich betrachtet zeigen sich in den Städten Baden-Württembergs die höchsten Ausländer:innenquoten, was auf die verschiedenen Pull-Faktoren dieser Räume zurückzuführen sein dürfte. Zudem kann angenommen werden, dass Räume mit einem hohen Anteil an Ausländer:innen auch durch bestehende Communities und Strukturen den Zuzug weiterer Personen begünstigen können. Neben den Städten sehen wir überdurchschnittliche (auf die Gemeinden bezogen) Ausländer:innenanteile im Ballungsraum Stuttgart, über den Landkreis Heilbronn bis nach Mannheim.

7 https://www.baden-wuerttemberg.de/de/unser-land/land-und-leute/bevoelkerung

Insgesamt scheint der Nordwesten Baden-Württembergs höhere Anteile bezogen auf die Gesamteinwohnerschaft aufzuweisen. Besonders geringe Anteile finden sich hingegen im Südschwarzwald sowie den südöstlichen und nordöstlichen Teilen des Landes. Hier besteht eine doppelte Aufgabe für Demokratieförderungen: In Räumen mit einem hohen Ausländer:innenanteil erscheint es für die Partizipation dieser Gruppen notwendig, bestehende und kommende Programme auch für diese, teils deutlich marginalisierten, Gruppen zugänglich zu machen, wobei auf (wenn vorhanden) bestehende Strukturen und Selbstorganisationen der Communities zurückgegriffen werden sollte. In jenen Räumen, in welchen sehr geringe Ausländer:innenanteile zu verzeichnen sind, stehen demokratiefördernde Strukturen vor einer ähnlich großen Aufgabe, die jedoch in Teilen durch seltener vorhandene Communitystrukturen sowie der ‚Unsichtbarkeit der Personen vor Ort' noch erschwert wird.

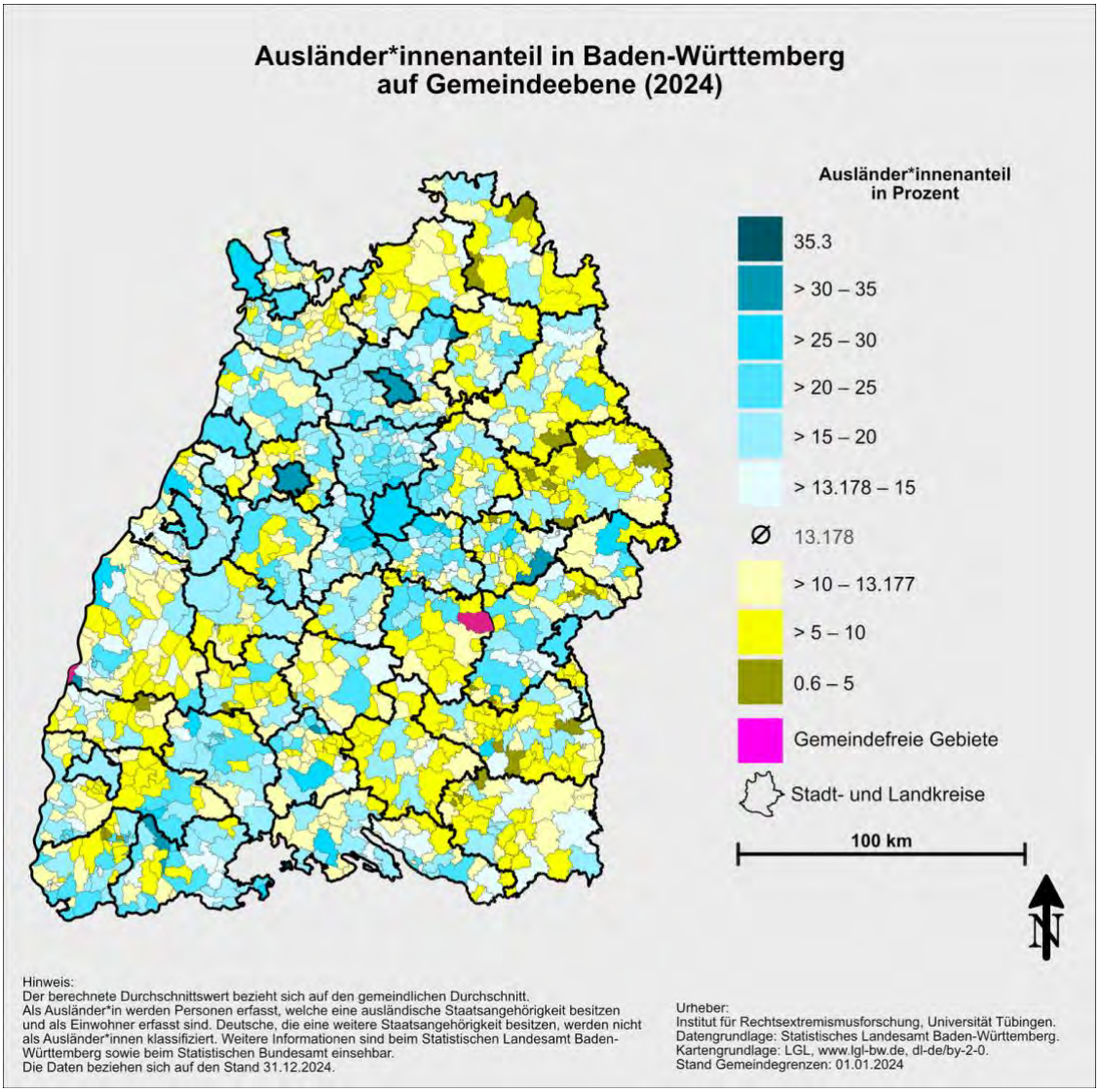


Abbildung 4: Ausländer:innenanteil in Baden-Württemberg

5.1.5 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung ist eine der zentralen Betrachtungsgrößen zur Bewertung einer Region, auch im Hinblick auf anzunehmende damit einhergehende demokratiegefährdende Tendenzen. Drei zentrale zu betrachtende Größen sind dabei die natürliche Bevölkerungsentwicklung, also die Differenz

zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen, die gesamte Bevölkerungsentwicklung, die zusätzlich Fort- und Zuzüge erfasst und damit zugleich Migrationsbewegungen widerspiegelt, sowie die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung, wobei vor allem das Verhältnis von jungen Personen (jünger als 20 Jahre) und älteren Personen (älter als 64 Jahre) zu den Personen mittleren Alters (20 bis 64 Jahre) bei der Bewertung im Vordergrund stehen. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung zeigt auf, wie sich die Zusammensetzung von Kommunen ohne Migration verändern würde. In schrumpfenden Kommunen, deren Einwohnerschaft stetig sinkt, können Deprivationserscheinungen auftreten, insbesondere auch dann, wenn aufgrund sinkender Einwohnerzahlen Steuereinnahmen sowie die ökonomische Anziehungskraft der Kommunen für das Gewerbe zurückgehen. Die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen zehn Jahre gibt einen Hinweis darauf, welche Kommunen diese Trends durch Zuzüge abschwächen oder sogar umkehren konnten. Dadurch können die Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Teilen relativiert oder gar negiert werden, gleichzeitig allerdings können bestimmte Narrative demokratiefeindlicher Akteure so auch gestärkt werden. Regionen, die in den letzten 10 Jahren bereits ein negatives Bevölkerungswachstum aufwiesen, sind dem hingegen anfälliger für andere demokratiefeindliche Abstiegs- und Bedrohungsnarrative, auch wenn die zurückliegenden Jahre nur eine Tendenz für die zukünftige Entwicklung abbilden. Die Betrachtung der Jugend- und Altenquotienten ermöglicht einen weiteren Einblick: Tendenziell sehen wir in Deutschland, aber auch in vielen weiteren europäischen Ländern, teils auch global, eine zunehmende Überalterung der Gesellschaften. Diese geht mit teilweise gravierenden Folgen für die jeweiligen Gesellschaften einher. Neben einem Rückgang an wirtschaftlicher Produktivität sowie an Steuereinnahmen lastet auch die Versorgung der älteren Kohorten auf immer weniger Schultern – sowohl bezogen auf zu leistende Care-Arbeit, als auch finanziell. Dies kann zu einem Rückgang der Lebensqualität von älteren Personen sowie von jüngeren Personen gleichermaßen führen und Deprivationserscheinungen verstärken. Gleichzeitig nimmt das Vertrauen in das demokratische System sowie in seine Repräsentanten ab, was zudem die Anschlussfähigkeit an demokratiefeindliche Narrative erhöhen kann.

Betrachtet man die natürliche Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg, so wird deutlich, dass ein Großteil des Landes mehr Sterbefälle als Lebendgeburten aufweist. Die wenigen starken (und durch die geringe Einwohnerzahl zu erklärenden) Ausreißer wie Böllen (+29,7/1000 Einwohner) und Nerenstetten (+19,4/1000 Einwohner) relativieren keineswegs, dass von den 1101 Gemeinden in Baden-Württemberg lediglich 46 ein positives Bevölkerungswachstum von über fünf je tausend Einwohner und nur etwas weniger als ein Drittel aller Gemeinden überhaupt ein positives Bevölkerungswachstum aufweisen. Räumlich gesehen weisen vor allem Kommunen außerhalb der Ballungszentren (mit den Universitätsstädten Freiburg und Tübingen als bedeutende Ausnahmen) eine positive Bevölkerungsentwicklung auf, wobei auch der Speckgürtel um Stuttgart in Teilen ein positives Wachstum aufweist. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass vor allem jüngere Familien den ländlicheren Raum aufgrund von Sicherheitsgedanken auf niedrigere Miet- oder Hauskaufkosten als Lebensmittelpunkt bevorzugen. Die extremen Rückgänge der Einwohnerzahlen in manchen Regionen (beispielsweise von -23,7 in Herrischried) sind teils auf zentrale Seniorenheime mit großen Einzugsgebieten zurückzuführen, welche natürlicherweise eine höhere Sterbequote aufweisen. Dennoch zeigt sich, dass ohne Migrationsbewegungen in der Fläche ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen wäre. Zum Teil weisen bereits jetzt ganze Land- bzw. Stadtkreise eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung auf, wie beispielsweise der Landkreis Heidenheim und alle Stadtkreise mit Ausnahme von Freiburg. Insbesondere der Westen sowie der Norden Baden-Württembergs folgen

dieser Tendenz, während in Teilen Südost-Baden-Württembergs (bspw. Landkreis Biberach, Landkreis Ravensburg sowie Alb-Donau-Kreis und Bodenseekreis) eine derzeit positive natürliche Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen ist.

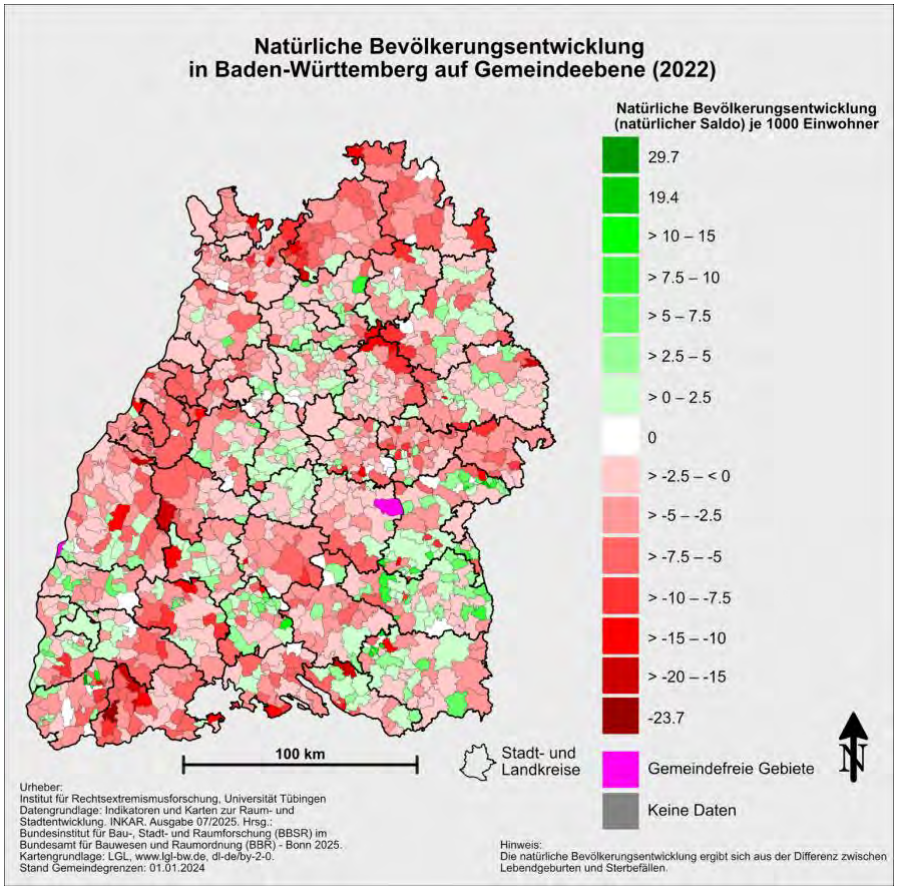


Abbildung 5: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

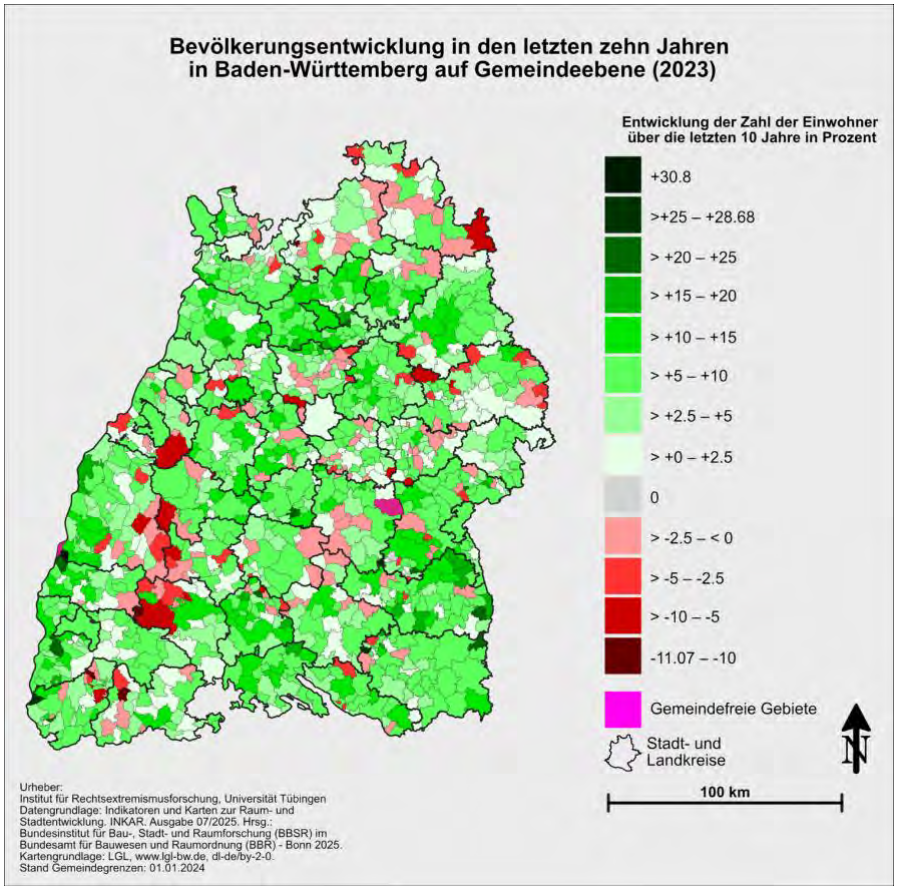


Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung der letzten 10 Jahre in Baden-Württemberg

Betrachten wir die Bevölkerungsentwicklung zwischen 2013 und 2023, so zeigt sich, dass durch den Zuzug von Personen in einem Großteil der Gemeinden die Negativtrends der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ausgeglichen werden konnten. So weisen 923 der 1101 Kommunen in diesem Zeitraum ein positives Wachstum auf. Örtliche Extrema, wie beispielsweise Rust mit einem Wachstum von 30,8% sind dabei teilweise auf örtliche Arbeitgeber mit starker Pull-Wirkung zurückzuführen (im Fall von Rust des Europa-Parks). Gleichzeitig spiegelt sich hier jedoch auch der Zuzug von Menschen mit Fluchterfahrung wider. Von besonderem Interesse dürften hier nun vor allem jene Kommunen sein, die trotz dieser Trends eine negative Bevölkerungsentwicklung verzeichnen. Diese Räume sind vereinzelt in ganz Baden-Württemberg vorzufinden, häufen sich jedoch im Süd- und Mittelschwarzwald. Die negativen Entwicklungstrends treten in eher ländlichen Räumen verstärkt auf, während in den städtischen Räumen des Bundeslandes ein positiver Bevölkerungstrend vorliegt.

Die Bevölkerungszusammensetzung nach Altersgruppen ergibt für Baden-Württemberg auffällige Muster. Zunächst zeigt sich, dass der Jugendquotient vor allem in den ländlichen Regionen überdurchschnittlich ist. Dies ist auf die Präferenz der Familiengründung in ländlichen Räumen sowie auf spätere Migrationsbewegungen (Umzug für ein Studium oder eine Arbeitsstelle) zurückzuführen. Es gibt jedoch auch in den eher ländlich geprägten Gebieten abseits großer Städte zum Teil große Differenzen. Während beispielsweise der Landkreis Tuttlingen oder der Landkreis Ravensburg viele Kommunen mit einem hohen Jugendquotienten aufweisen, ist dies für den Main-Tauber-Kreis oder den Zollernalbkreis invertiert. Betrachtet man den Altenquotienten, so ergibt sich erneut ein anderes Bild. Aufgrund von Lebensstilveränderungen, die mit steigendem Alter einhergehen, weisen die meisten Städte sehr geringe Altenquotienten auf (Zuzug für Ausbildung, Studium und Arbeitsstellen und Wegzüge für Familiengründung und anschließendes Verbleiben im Suburbanen und ländlichen Raum bis ins Alter hinein). Es zeigt sich, dass Kommunen mit einem besonders hohen Altenquotienten vor allem im äußersten Norden von Baden-Württemberg sowie dem Südwesten vorzufinden sind. Weitere Konzentrationen finden sich vom nördlichen Landkreis Sigmaringen über den Zollernalbkreis bis zum Rems-Murr-Kreis und den Ostalbkreis. Während einzelne Extremwerte aus der Statistik heraus erklärt werden (bspw. sehr geringe Einwohnerzahl) oder an einzelne Institutionen gebunden sein können (bspw. großes regionales Seniorenheim) weist ein hoher Altenquotient generell auf eine überalternde Bevölkerung hin. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn die prognostizierten Quotienten für das Jahr 2045 betrachtet werden.

Der Jugendquotient wird voraussichtlich in vielen Kommunen Baden-Württembergs zunehmen. Dies kann als langfristig positives Zeichen gesehen werden (wenn er tatsächlich durch eine absolute Zunahme der jungen Altersgruppen getrieben ist). Gleichzeitig ist ein stark zunehmender Jugendquotient nicht zwingend ein Zeichen für eine Steigerung der absoluten Anzahl an jungen Personen. Hier wirkt zusätzlich das Schrumpfen der Personengruppen im mittleren Alter. Die heute noch zahlenmäßig stärksten Jahrgänge überschreiten bis 2045 das 64. Lebensjahr und verringern so den Anteil der Gesellschaftsteile, die mit ihren durch Berufstätigkeit erwirtschafteten Leistungen den Sozialstaat stützen (ob eine massive Anhebung des Renteneintrittsalters dies ändern wird, erscheint fraglich). Das Bild verstärkt sich bei der Betrachtung der Veränderung des Altenquotienten zum Jahr 2045. Dieser nimmt in fast ganz Baden-Württemberg zu. Besonders in jenen Räumen, in denen sowohl der Jugend- als auch der Altenquotient zunehmen, steigt folglich der Druck auf die mittlere Altersgruppe und damit mittelbar auch der Druck auf die finanzielle Ausstattung und sich daraus ergebenden Spielräume dieser Kommunen.

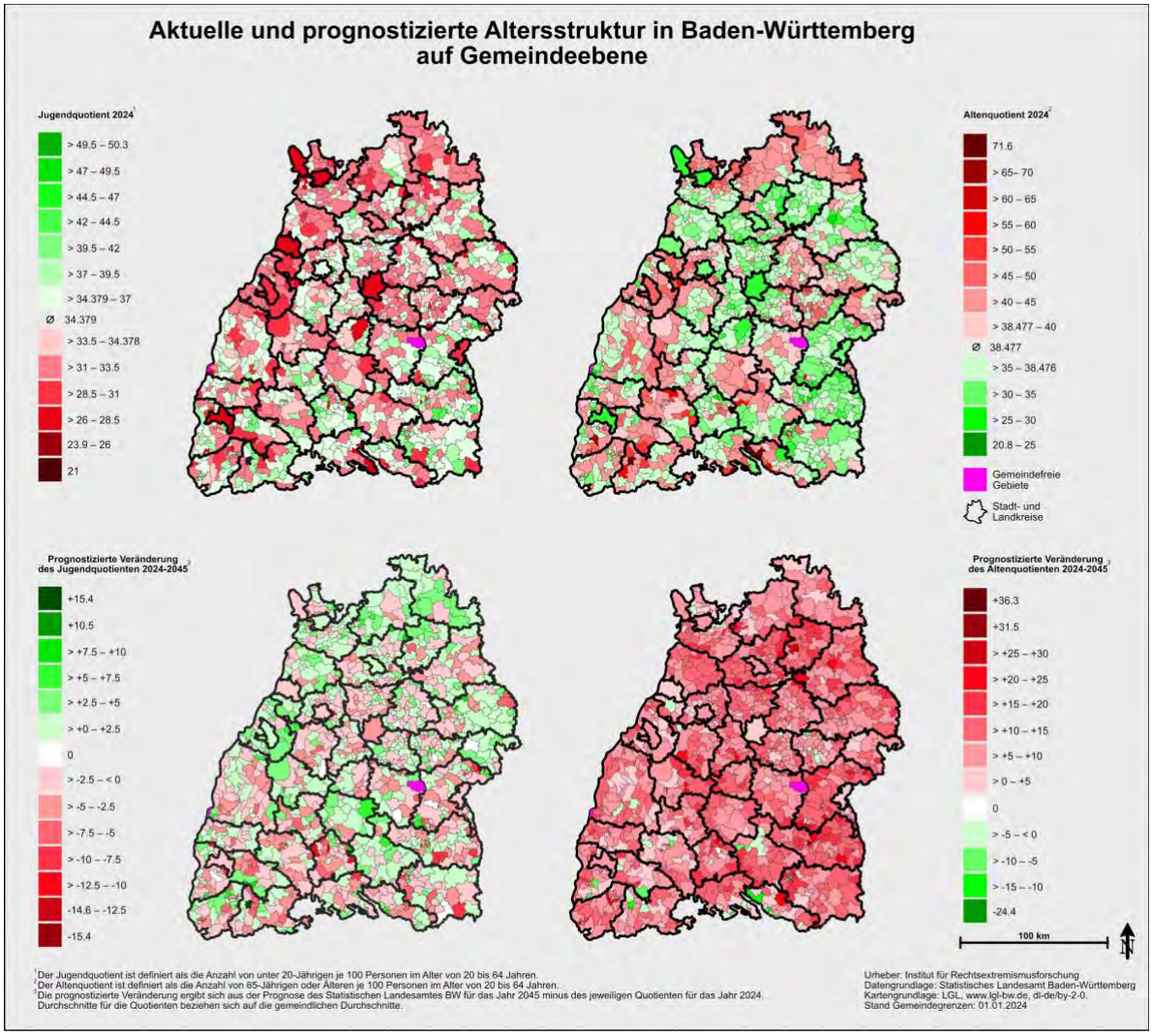


Abbildung 7:Aktuelle und prognostizierte Bevölkerungsstruktur in Baden-Württemberg

5.1.6 Einzelhandelsrelevante Kaufkraft

Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft umfasst jene Teile des verfügbaren Einkommens, also ohne Steuerabzug oder Sozialversicherungsbeiträge und unter Einbezug empfangener Transferleistungen, über die die Bevölkerung einer Kommune für Ausgaben im Einzelhandel verfügt. Sie kann demnach herangezogen werden, um die finanzielle Situation der Bevölkerung in den Kommunen einzuschätzen. Eine hohe Kaufkraft erschwert es demokratiefeindlichen Narrativen, Fuß zu fassen, insbesondere, weil Abstiegs- und Versagenserzählungen (bezogen auf das demokratische System und seine Vertreter:innen) weniger leicht verfangen. Andererseits sind Räume mit einer geringen Kaufkraft gefährdet, da Deprivationserfahrungen die Anschlussfähigkeit solcher Narrative erhöhen (siehe Metatrends).

Die Einzelhandelsrelevante Kaufkraft steht in direktem Zusammenhang mit der Verfügbarkeit von (gut bezahlten) Arbeitsplätzen. Wenig überraschend ist sie vor allem in jenen Regionen hoch, in denen eine robuste industrielle Basis hohe Löhne ermöglicht, was sich insbesondere im Raum um Stuttgart, sowie im Nordwesten und Westen des Landes zeigt. Auch die südlichen Gebiete Baden-Württembergs, insbesondere im Bereich des Bodensees, weisen eine überdurchschnittliche Kaufkraft auf, was hier auch zum Teil auf (Arbeits-)Migration zwischen Deutschland und der Schweiz

zurückzuführen sein wird. Tendenziell ist die Einzelhandelsrelevante Kaufkraft in Städten höher als in den ländlichen Räumen (entsprechende Industrieansiedlungen können hier zu Ausnahmen führen). Dies dürfte auch mit gut bezahlten Arbeitsstellen im tertiären Sektor zusammenhängen, welche vorwiegend in Städten angesiedelt sind. Im Südosten des Landes stechen die Landkreise Sigmaringen, Ravensburg und Biberach, im Norden und Nordosten der Neckar-Odenwald-Kreis, der Landkreis Schwäbisch Hall sowie Teile des Ostalbkreises durch besonders viele Kommunen mit unterdurchschnittlicher Einzelhandelsrelevanter Kaufkraft besonders hervor.

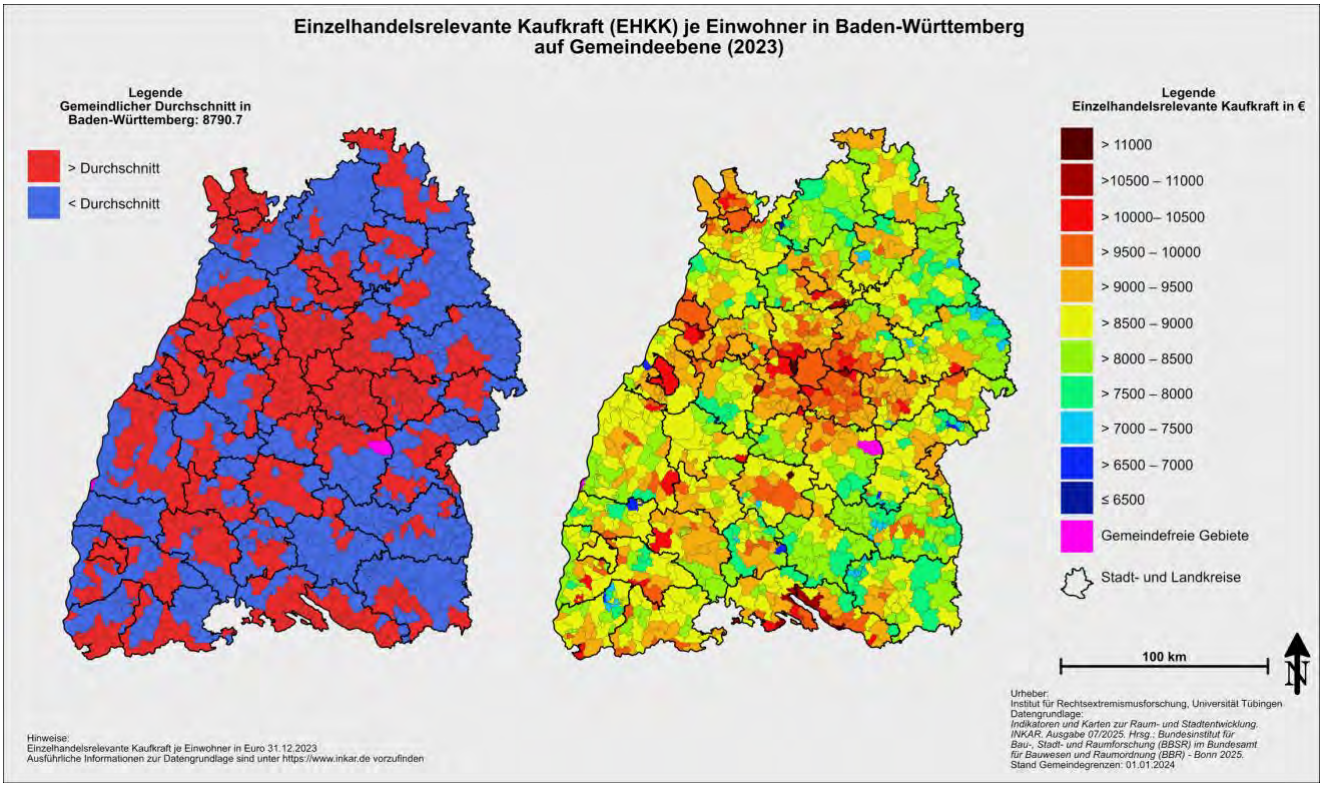


Abbildung 8: Einzelhandelsrelevante Kaufkraft in Baden-Württemberg

Es zeigt sich deutlich der Zusammenhang zwischen den gut bezahlten Arbeitsplätzen in den Industrien vor Ort, weshalb auch hier auf die Dualität dieser Analyse verwiesen werden muss: Zum einen finden wir in Baden-Württemberg Regionen, in welchen bereits jetzt eine stark unterdurchschnittliche Einzelhandelsrelevante Kaufkraft festzustellen ist, was auf (subjektive) Deprivationserfahrungen vor Ort hinweisen kann und damit die Anfälligkeit für demokratiefeindliche Narrative erhöhen kann. Gleichzeitig sehen wir Regionen mit stark überdurchschnittlichen Werten für diese Kaufkraft. Durch die enge Kopplung an die Industrien in den Städten, insbesondere im Raum Stuttgart, besteht im Zuge der stattfindenden und sich weiter fortsetzenden Transformation die Gefahr der Entwicklung, Zunahme und stetigen Verfestigung von Abstiegsängsten und Deprivationserfahrungen, die von demokratiefeindlichen Akteuren genutzt werden können, was beispielsweise auch das Aufkommen der extrem rechten Gewerkschaft ‚Zentrum Automobil' verdeutlicht (vgl. Schroeder. et al 2019).

5.1.7 Haushaltseinkommen (Netto)

Die Berücksichtigung der Nettohaushaltseinkommen ermöglicht einen Blick in die ökonomischen Verhältnisse vor Ort. Bei der Betrachtung wird in drei Kategorien unterschieden: Haushalte mit niedrigem Nettoeinkommen (<1500€/Monat), Haushalte mit mittlerem Nettoeinkommen (1500€ -

3600€/Monat) und Haushalte mit hohem Nettoeinkommen (>3600€/Monat). Diese Variable ermöglicht die Einordnung von Deprivationserscheinungen vor Ort. Absolute wie relative Deprivation können dazu beitragen, dass die Ablehnung des vorherrschenden, freiheitlich-demokratischen Systems durch die Betroffenen steigt (siehe Metatrends) Hierbei ist nicht nur der relative Anteil von Haushalten mit niedrigem Nettoeinkommen eine relevante Kennzahl, sondern auch, wie diese Haushalte im Verhältnis zu den anderen Nettoeinkommensgruppen stehen oder sich im direkten Vergleich zu diesen wahrnehmen und selbst verorten. Gleichzeitig muss hervorgehoben werden, dass das Nettohaushaltseinkommen nicht die Lebens- sowie Wohnsituation der jeweiligen Haushalte berücksichtigt. Dies schränkt die Aussagekraft der Variable ein, da beispielsweise das gleiche Nettohaushaltseinkommen für eine mehrköpfige Familie andere lebensweltliche Situationen schafft und Auswirkungen hat als etwa für eine alleinwohnende Person, eine alleinerziehende Person oder aber Studierende, die in Wohngemeinschaften leben.

Die Gemeinden in Baden-Württemberg weisen insgesamt einen hohen Anteil an Haushalten mit einem mittleren und hohen Nettoeinkommen auf. Der gemeindliche Durchschnitt für mittlere Nettohaushaltseinkommen liegt bei 46.5% und für hohe Einkommen bei 37.1%. Dem gegenüber sind im Schnitt der Gemeinden nur 16.4% der Haushalte auf ein niedriges Nettoeinkommen angewiesen. Diese Verteilung weist darauf hin, dass in Baden-Württemberg ein hoher Anteil der Haushalte derzeit finanziell robust aufgestellt ist. Wie in Abbildung 9 deutlich wird, sind diese Verteilungen räumlich dennoch ungleich gestreut.

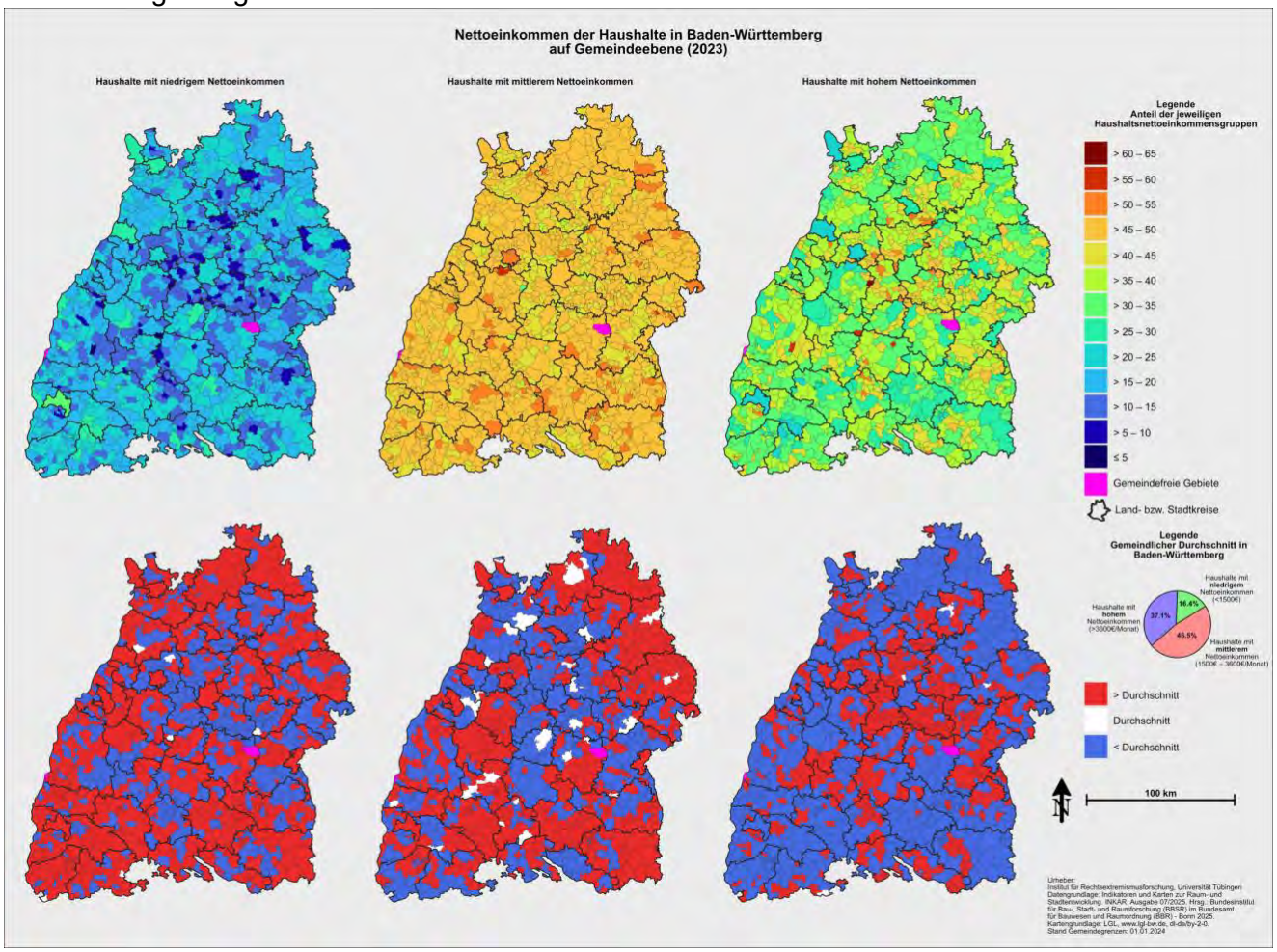


Abbildung 9: Nettoeinkommen der Haushalte in Baden-Württemberg

Bei der Betrachtung der räumlichen Verteilung von Haushalten mit niedrigem Nettoeinkommen fallen einige Besonderheiten auf, die es näher zu betrachten gilt: Insbesondere größere Kommunen weisen höhere Anteile an mit niedrigem Einkommen. Dabei ist zu beachten, dass insbesondere Städte mit einem hohen Anteil an Studierenden eine Sonderstellung einnehmen. Städte wie Freiburg im Breisgau (32,3%), Tübingen (28,3%) oder Konstanz (26%) weisen hohe Raten niedriger Einkommen auf, dies dürfte aber auch auf die hohe Anzahl von Studierenden zurückzuführen sein. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Studierende die geringen ökonomischen Mittel weniger mit tatsächlicher Deprivation als vielmehr mit einer vorübergehenden Lebenssituation verbinden. In anderen (Groß-)Städten wie Mannheim (29,6%), Karlsruhe (27,6%) oder Stuttgart (24,2%) dürften geringe Haushaltseinkommen nicht im selben Umfang auf eine hohe Studierendenzahl zurückzuführen sein und somit eher zu einer (subjektiv wahrgenommenen) Deprivation führen.

Dabei zeigen sich auch Muster in der Fläche. Insbesondere der (Süd-)Schwarzwald weist eine höhere Dichte von Haushalten mit niedrigen Einkommen auf. Besonders hoch ist die Konzentration dabei in den Kommunen Feldberg (29,6%), Schluchsee (29,5%), Hinterzarten (29,3%), Bernau im Schwarzwald (27,4%), St. Blasien (25,4%) sowie den daran anschließenden Gemeinden. Tendenziell zeigt sich, dass sich Gemeinden mit einer geringeren Anzahl von Haushalten mit niedrigen Einkommen im weiteren Umland von Stuttgart sowie in einem Band vom Landkreis Tuttlingen über die Landkreise Rottweil und Freudenstadt sowie in einem Nord-Süd-Band vom Landkreis Biberach über den Alb-Donau-Kreis bis zum Landkreis Göppingen erstrecken. Betrachtet man die Verteilung der Haushalte mit hohem Nettoeinkommen, so ergibt sich ein invertiertes Bild: Dieselben Regionen, insbesondere der Speckgürtel um Stuttgart, weisen einen überdurchschnittlichen Anteil von Haushalten mit hohem Nettoeinkommen auf. Es ist davon auszugehen, dass diese Verteilung eng an die Verteilung gutbezahlter Arbeitsstellen in der fertigenden Industrie sowie dem tertiären Sektor gekoppelt ist. Die Automobilindustrie sowie ihre Zulieferer konzentrieren sich im Raum Stuttgart stark. Dass vor allem die Nettohaushaltseinkommen im Umland von Stuttgart davon profitieren und die Stadt Stuttgart hier nur unterdurchschnittliche Werte aufweist, ist auf die Tendenz zur Suburbanisierung in solchen Räumen zurückzuführen, gestützt von einer hohen Bereitschaft zum arbeitsbedingten Pendeln. Die Konzentration von Haushalten mit hohen Nettoeinkommen in anderen Räumen Baden-Württembergs kann auch auf eine starke örtliche Industrie zurückgeführt werden. Beispielsweise profitieren Haushalte im westlichen Zollernalbkreis und im nördlichen Teil des Landkreises Tuttlingen von einer starken medizintechnischen Industrie, während etwa im Landkreis Biberach verschiedenste Global Player aus, unter anderem, den Bereichen Automobilzulieferung, Zahntechnik und Baumaschinen ansässig sind. Auch kleinräumliche Ausreißer sind vor allem auf ‚Hidden Champions' zurückzuführen und schlagen sich vor allem direkt vor Ort deutlich in den Zahlen nieder. So weisen einige kleine Kommunen sehr geringe Anteile an Haushalten mit niedrigem Nettoeinkommen (HNN) auf, während sie gleichzeitig mit die höchsten Anteile an Haushalten mit hohen Nettoeinkommen (HHN) aufweisen, wie beispielsweise Gechingen (1% HNN; 64,1% HHN), Empfingen (3,6% HNN; 57,3% HHN), Fischerbach (4,9% HNN; 56,2% HHN), Dotternhausen (5,1% HNN; 54,5% HHN) oder Affalterbach (5,2% HNN; 53,6% HHN).

Bei der Verteilung von Haushalten mit niedrigem und hohem Nettoeinkommen ist es auch von Vorteil, Orte zu betrachten, in denen beide Kategorien überdurchschnittlich häufig vorkommen, wie beispielsweise Engen im Landkreis Konstanz. Dort zeichnet sich eine Spreizung der Nettohaushaltseinkommen ab, was zu sozialen Spannungen sowie verstärkten (subjektiven) Deprivationswahrnehmungen führen kann.

Insgesamt zeigt sich für Baden-Württemberg momentan eine weitgehend positiv zu interpretierende Verteilung der Nettohaushaltseinkommen. Diese bietet derzeit im Umkehrschluss ein gutes Fundament für eine stabile demokratische Gesellschaft vor Ort. Gleichzeitig bilden sich hier auch anzunehmende Gefahrenpotentiale für die Zukunft ab: Haushalte mit hohem Nettoeinkommen profitieren momentan noch von gut dotierten Arbeitsplätzen in der (Automobil-)Industrie und deren erweitertem Umfeld. Die derzeit bereits stattfindende Transformation könnte zukünftig dazu führen, dass weniger solche Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, was zu einem insgesamt deutlich sinkenden Lebensstandard in diesen Regionen führen würde. Da die Wirtschaft in Baden-Württemberg stark vernetzt ist (insbesondere innerhalb der Automobilbranche) könnte dies Auswirkungen auf den gesamten Raum Baden-Württemberg haben, was wiederum die wahrgenommene und tatsächlich vorherrschende Deprivation erhöhen und demokratiefeindliche Haltungen und Bestrebungen auslösen, unterstützen und befeuern könnte.

5.1.8 Kinderarmut

Einen tieferen Einblick in die lebensweltliche Situation in den jeweiligen Gemeinden ermöglicht auch die Betrachtung der Kinderarmutsquote. Diese gibt zum einen Aufschluss über die soziale Lage von Familien und die Verteilung von Startbedingungen und Teilhabe die Kinder selbst betreffend, zum anderen kann angenommen werden, dass die direkte wie indirekte Konfrontation mit Kinderarmut das Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse zu untergraben imstande ist und so die Narrative demokratiefeindlicher Akteure eher verfangen können. Zur Erhebung der Kinderarmutsquote werden die nichterwerbsfähigen SGBII-Leistungsberechtigten unter 15 Jahre zur Anzahl aller Personen unter 15 Jahren ins Verhältnis gesetzt. Auch hier ist wieder davon auszugehen, dass die Angaben für kleinere Gemeinden (<15.000 Einwohner) geschätzt sind. Mit Abstand die höchste Kinderarmutsquote weist Mannheim (19,1%) auf, gefolgt von Schönau im Schwarzwald (17,4%), Pforzheim (16,5%) sowie Singen (Hohentwiel) (15,7) und Büsingen am Hochrhein (14,3%). Städte weisen dabei eine im Schnitt höhere Kinderarmutsquote auf als kleinere Gemeinden.

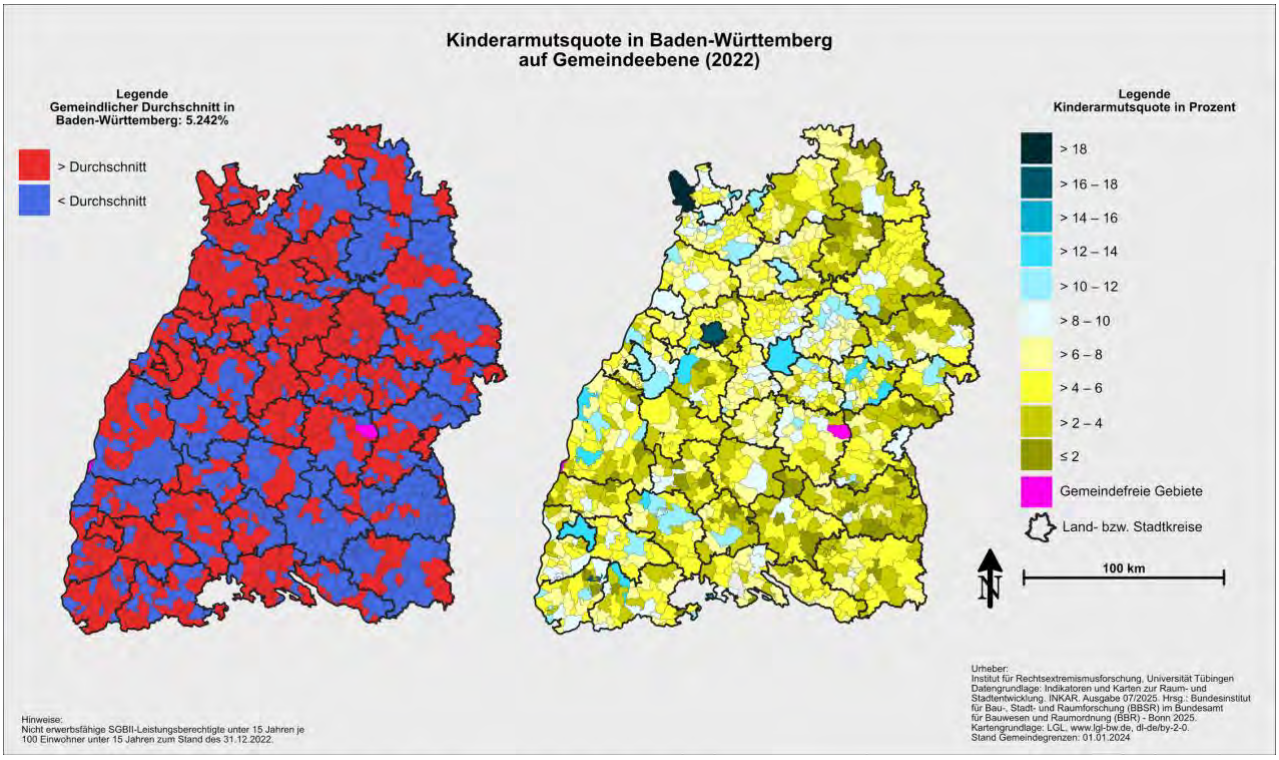


Abbildung 10: Kinderarmut in Baden-Württemberg

Landkreise mit besonders vielen Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Kinderarmutsquoten finden wir im Bundesland Baden-Württemberg in einem Halbkreis angeordnet, der sich von den Kreisen Freudenstadt und Rottweil über den Zollernalbkreis in den Südosten Baden-Württembergs mit den Kreisen Sigmaringen, Biberach, Ravensburg sowie den Bodenseekreis erstreckt (siehe Abbildung 10). Auch im nordöstlichen Teil Baden-Württembergs liegen, im nördlichen Alb-Donau-Kreis und den nördlich anschließenden Kreisen (Ostalbkreis, Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Neckar-Odenwaldkreis) viele Gemeinden, innerhalb derer die Kinderarmutsquote unter dem gemeindlichen Durchschnitt in Baden-Württemberg liegt. Insbesondere die Ballungsräume um Stuttgart (Landkreise Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg sowie der Rems-Murr-Kreis) sowie daran nordwestlich anschließende Kreise (Landkreise Heilbronn, Karlsruhe, Rastatt sowie der Rhein-Neckar-Kreis) sowie die Stadtkreise als Ballungsräume (Heilbronn, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Baden-Baden) weisen dem gegenüber erhöhte Kinderarmutsquoten im gemeindlichen Vergleich auf. Kinderarmutsquote und Arbeitslosigkeit der Erziehungsberechtigten unterliegen hier einem direkten Zusammenhang (erhoben werden die nichterwerbsfähigen SGBII-Leistungsberechtigten unter 15 Jahre). Im Hinblick auf wirtschaftliche und industrielle Transformationsprozesse in Baden-Württemberg und darüber hinaus erscheint es wahrscheinlich, dass die Kinderarmutsquote in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren und Jahrzehnten insbesondere dort ansteigen wird, wo eine hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von Automobilbau und Zulieferbetrieben herrscht. Die Betrachtung der Karten zeigt dabei, dass dies auch insbesondere jene Kommunen betreffen wird, die bereits jetzt höhere Kinderarmutsquoten aufweisen.

5.1.9 Nahversorgung

Auch die alltagsweltliche und infrastrukturelle Ausgestaltung der Lebensrealität vor Ort hat Auswirkungen auf das Deprivationsempfinden und folglich auf das Wahlverhalten der dort lebenden

Menschen. Wie in vorherigen Untersuchungen gezeigt wurde, kann auch der Zustand der Nahversorgung vor Ort eine entscheidende Rolle bei der Wahlentscheidung für eine extrem rechte Partei wie der AfD spielen. Die Nahversorgung ermöglicht einen Einblick in mögliche (subjektive) Deprivationserscheinungen und wird in Diskussionen um sogenannte abgehängte Gebiete und Regionen oft als entscheidende Variable aufgeführt (vgl. Bernemann 2025; De Lange et al 2023). Wir betrachten im Folgenden die fußläufige Entfernung zu zentralen Dienstleistungen und Einrichtungen des alltäglichen Bedarfs, die maßgeblichen Einfluss auf die Wahrnehmung der eigenen Lebensqualität haben können. Hier wird einerseits die medizinische Versorgung im weiteren Sinne und andererseits der Zugang zu Einkaufsstätten des täglichen Bedarfs herangezogen: Hausärzte und Hausärztinnen, Apotheken und Supermärkte bzw. Discounter. Wenn hier keine ausreichende Versorgung im Nahbereich (fußläufig) sichergestellt ist, erschwert dies vor allem für Personen ohne private Kraftfahrzeuge oder mit medizinischen/altersbedingten Konditionen, die das Führen eines solchen Fahrzeugs erschweren oder verunmöglichen, den Zugang zu diesen Dienstleistungen, was das Vertrauen in demokratische Institutionen sowie die Politik im Allgemeinen sinken lassen kann (siehe Metatrends).

Betrachtet man die kartographische Aufarbeitung dieser Variablen (siehe Abbildung 11), so wird deutlich, dass sich die Verteilung der Zugänglichkeit dieser Dienstleistungen in Baden-Württemberg stark ähneln. Dementsprechend bilden sich in Baden-Württemberg Regionen heraus, welche eine tendenziell sehr gute bzw. sehr schlechte Versorgung mit diesen Dienstleistungen bereitstellen können. Städte bieten durch die höhere Siedlungsdichte eine Konzentration von Dienstleistungen verschiedenster Art. Gleichzeitig ermöglicht die hohe Siedlungsdichte den Unternehmen oder Einrichtungen einen größeren Kundenstamm, was die Wirtschaftlichkeit bestimmter Dienstleistungen erhöht. Nicht zuletzt sind es jedoch auch weiche, die jeweiligen Städte prägende, Standortfaktoren wie ein größeres Kulturangebot, das Fachkräfte, wie beispielsweise Ärzte und Ärztinnen, dazu bewegt, eher dort ansässig zu werden. Neben den Städten zeigt sich dies auch insbesondere in deren Umland. Dies dürfte mit der Suburbanisierung bzw. der Bildung der Speckgürtel um die größeren Städte zusammenhängen. Interessanterweise zeigt sich dies nicht nur sehr eindrücklich in der Metropolregion Stuttgart, sondern auch im nördlichen Teil Badens von Mannheim bis Baden-Baden. Auch hier dürfte die Siedlungsdichte die Ansiedlung und Konzentration dieser Dienstleistungen erleichtern.

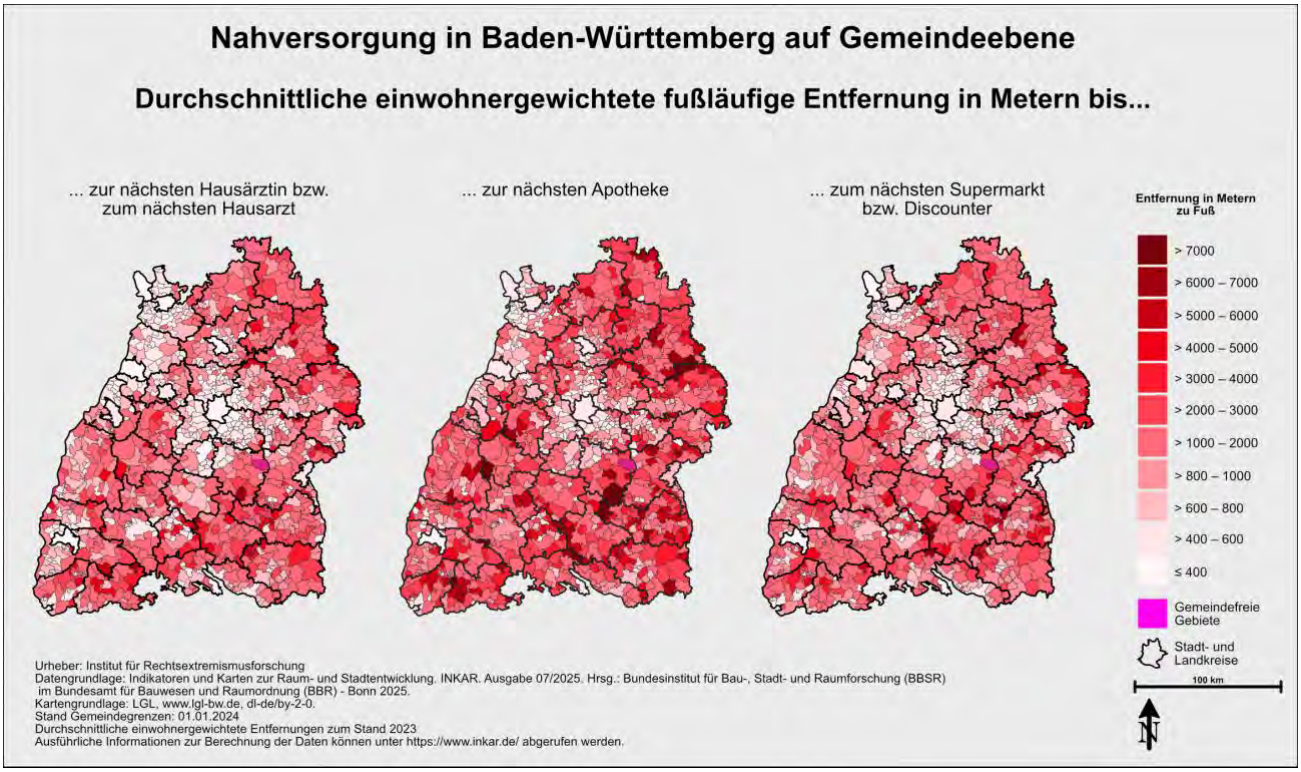


Abbildung 11: Nahversorgung in Baden-Württemberg

Die ländlichen Räume Baden-Württembergs weisen hingegen eine in Teilen unzureichende Nahversorgung auf. Dabei verschränken sich in Teilen die Unterversorgungen, wie beispielsweise in Bereichen des südlichen Landkreises Reutlingen oder in den Landkreisen Schwäbisch Hall und dem Ostalbkreis.

5.1.10 Siedlungsdichte

Die Siedlungsdichte gibt an, wie viele Einwohner je Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche in einer Gemeinde leben. Damit stellt sie eine aussagekräftigere Strukturvariable als die Einwohnerdichte dar, die lediglich die Einwohnerzahl je Quadratkilometer Gemeindefläche heranzieht, was zu großen statistischen Verzerrungen bei Gemeinden mit großen Gemeindeflächen führen kann. Die Siedlungsdichte kann auf verschiedenste Arten zur Identifikation von Gefährdungslagen und Gefahrenpotentialen für die Demokratie beitragen. Zum einen bildet sie die Grundlage für die Versorgung mit und Nutzung von verschiedensten Dienstleistungen. Eine höhere Siedlungsdichte erhöht die potenziell erreichbaren Nutzer:innen (bzw. Kund:innen) für die jeweiligen Geschäfte und Dienstleistungen. Dies steigert die potenzielle Profitabilität dieser Einrichtungen (auch wenn höhere Mietpreise in dicht besiedelten Regionen den zunächst positiven Effekt teilweise ausgleichen) und führt in der Folge zu einer Konzentration. Im Umkehrschluss sind Räume mit geringer Siedlungsdichte oft von einer Unterversorgung betroffen, da die geringe Anzahl an Nutzer:innen und Kund:innen ein wirtschaftliches Agieren vor Ort für die Betreibenden erschwert. Die Konzentration verschiedenster Angebote erhöht den Pull-Faktor für dicht besiedelte Räume, während eine geringe Konzentration als Push-Faktor der dünn besiedelten Räume angesehen werden kann. Diese räumliche (Ungleich-)Verteilung kann demzufolge auch die (zukünftigen) Bevölkerungsstrukturen Baden-Württembergs (insbesondere im Hinblick auf die Altersverteilung) beeinflussen. Gleichzeitig spielt die Siedlungsdichte auch bei der Ausformung urbaner und ruraler Strukturen eine entscheidende Rolle. Urbanität und

Ruralität sind dabei als Lebenswelten zu begreifen, welche durch die Konzentration verschiedenster, Alltags- und Lebenswelt von Individuen prägender, Faktoren (Urbanität) sowie das Fehlen einer Konzentration in der Peripherie (Ruralität) entstehen. Es zeigt sich, dass Räume mit hoher Urbanität tendenziell geringere Wahlergebnisse der extrem rechten AfD aufweisen als Räume mit hoher Ruralität (vgl. Frankenberger et al. 2025, 2025a, 2025b). Dies dürfte sich aus einer Kombination der zuvor besprochenen harten Standortfaktoren und den jeweiligen sozialisierten Lebenswelten ergeben. Zudem können insbesondere in Räumen mit geringer Siedlungsdichte demokratieablehnende oder -bedrohende Bewegungen und Denkmuster länger unbemerkt bleiben, nicht zuletzt, weil die Versorgung mit demokratiebildenden und -fördernden Gegenangeboten häufig unzureichend ausfällt.

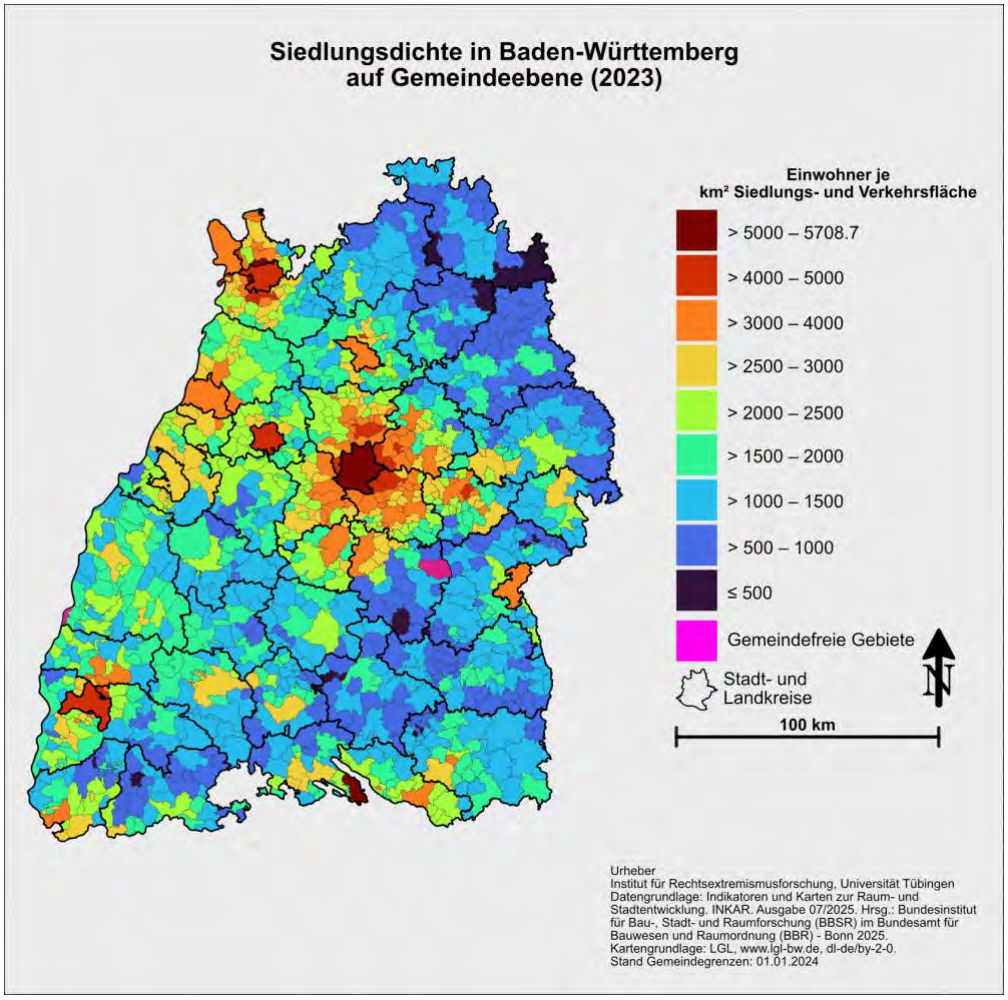


Abbildung 12: Siedlungsdichte in Baden-Württemberg

Die Betrachtung der räumlichen Verteilung der Siedlungsdichte Baden-Württemberg dürfte wenig überraschend ausfallen: Die Städte sowie ihr Umland (‚Speckgürtel') weisen höhere Verdichtungen auf, während der ländliche Raum eher geringe Siedlungsdichten aufweist. Während im Westen Baden-Württembergs viele kleinere Gemeinden noch relativ hohe Siedlungsdichten aufweisen, zeigt sich, dass die Regionen im südlichen (den südlichsten Teil ausgenommen), dem östlichen sowie dem nördlichen Teil Baden-Württembergs geringere Siedlungsdichten aufweisen. Dies deckt sich in Teilen mit den AfD-Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahl, und kann ein Hinweis darauf sein, dass diese Regionen präventiv wie reaktiv besonders in den Fokus von Demokratiebildung und Demokratieförderung genommen werden sollten.

5.1.11 Steuerkraft

Die gemeindliche Steuerkraft in Euro je Einwohner kann als Kennzahl herangezogen werden, um die finanzielle Aufstellung der Kommunen zu bewerten. Eine hohe Steuerkraft ermöglicht den Kommunen dabei größere Finanzierungsfreiräume, insbesondere im Hinblick auf freiwillige Leistungen wie beispielsweise die Finanzierung von Beratungsstellen, (Schul-)Sozialarbeit, mobiler Jugendarbeit, Unterstützung der Einwohner:innen in besonderen, schwierigen oder herausfordernden Lebenslagen, Bibliotheken, Museen, Jugendeinrichtungen, Sportplätzen, Freibädern und sonstige Freizeit- und Kulturangeboten – aber auch Instandhaltung öffentlicher Gebäude, Einrichtungen und Verkehrsflächen. Diese Freiräume ermöglichen so zum einen Präventionsarbeit, zum anderen aber auch Beratungsangebote, die Notlagen auffangen und so das Vertrauen in demokratische Institutionen stabil zu halten oder zu steigern imstande sind. Ebenfalls kann dies dazu beitragen, dass demokratiefeindliche Narrative weniger verfangen. Eine gute Versorgung mit Kultur- und Freizeitangeboten erhöht zudem die Partizipationsmöglichkeiten verschiedenster Gruppen und Milieus vor Ort, verringert die Attraktivität bzw. Plausibilität von Bedrohungs- und Abstiegsnarrativen und erhöht gleichzeitig die Lebensqualität vor Ort, was wiederum das Vertrauen in die Problemlösefähigkeiten demokratischer Systeme und ihrer Vertreter erhöhen kann. Im Fokus der Betrachtung stehen daher diesbezüglich vor allem Kommunen mit geringer Steuerkraft, in welchen diese freiwilligen Leistungen nicht oder nur noch unzureichend finanziert werden können oder absehbar eine Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen durch haushalterische Notwendigkeit droht, was Deprivationserfahrungen erhöhen und das Vertrauen in das demokratische System schwächen kann.

Die Steuerkraft der Kommunen in Baden-Württemberg ist einerseits eng mit den Einkommen der vor Ort lebenden Personen verknüpft, hängt aber über die Gewerbesteuereinnahmen ebenso mit den ansässigen oder eben auch nicht ansässigen Unternehmen (Gewerbesteuer) zusammen. Wenig überraschend zeigt sich in der Gesamtbetrachtung, dass die Städte in Baden-Württemberg sowie ihr Umland, insbesondere der Speckgürtel um Stuttgart, auf der Einkommensseite hohe Werte aufweisen. Gleichzeitig gibt es eher ländlich geprägte Gebiete, die hier positiv hervorstechen, wie beispielsweise der Hohenlohekreis oder weite Teile der Landkreise Rottweil und Tuttlingen. Besonders stechen hier einzelne kleine Gemeinden hervor, in welchen globale Player ansässig sind, die die Steuerkraft der jeweiligen Gemeinde massiv erhöhen wie beispielsweise in Walldorf (14662€/ Einwohner; SAP und Heidelberger Druckmaschinen), Weissach (11838€/Einwohner; Automobilindustrie) oder Oberkochen (11523€/Einwohner; Carl Zeiss AG). Zentraler für die Betrachtung sind jedoch die Räume mit geringer gemeindlicher Steuerkraft. Hier zeigt sich ein weniger einheitliches Bild, die bei vielen anderen Strukturvariablen wahrgenommene Spaltung zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum tritt hier weniger zutage. In Baden-Württemberg dürfte sich dies vor allem aus der großen Anzahl von Hidden Champions ergeben, welche über lange Zeiträume ihren Standorten treu bleiben und dadurch zu konstant hohen Steuereinnahmen im Zeitverlauf führen. Einzelne Gemeinden mit sehr geringer Steuerkraft sind in fast allen Teilen Baden-Württembergs aufzufinden, häufen sich jedoch deutlich im (südlichen) Schwarzwald, sowie den dünn besiedelten Gebieten im weiteren Umland von Baden-Württemberg, insbesondere im nördlichen Teil des Landes. Die Gebiete clustern sich dabei, was auch auf Clustervorgänge innerhalb der Wirtschaft selbst hinweisen könnte. Ein besonderes Augenmerk muss hierbei jedoch ein weiteres Mal auf die momentan stattfindenden und sich in den kommenden Jahren verstärkenden Transformationsprozesse gelegt werden. Wenn Kommunen von einzelnen globalen Playern und Hidden Champions bezüglich ihrer Steuerkraft abhängig sind, können diese Transformationsprozesse, beispielsweise durch den Bedeutungsverlust von

Automobilzulieferern, dazu führen, dass diese Kommunen zukünftig deutlich geringere finanzielle Spielräume für freiwillige und infrastrukturelle Leistungen haben. Dies kann dann vor Ort zu konkreten Deprivationserfahrungen führen, was demokratiefeindliche Bestrebungen befeuern kann. Es gilt hier demnach zum einen, einen Fokus auf jene Kommunen zu richten, welche bereits unter finanziellen Mängeln leiden und daher schon jetzt verstärkt Anknüpfungspunkte für demokratiefeindliche Narrative bilden. Gleichzeitig gilt es, den Blick unverstellt in die Zukunft zu richten, finanzielle und gesellschaftliche Verwerfungen durch die Transformation frühzeitig zu antizipieren und, soweit dies möglich ist, durch eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder den Rückgriff auf Förderprogramme zumindest partiell abzufedern, um demokratiefeindlichen Narrativen weniger Anknüpfungsfläche zu ermöglichen.

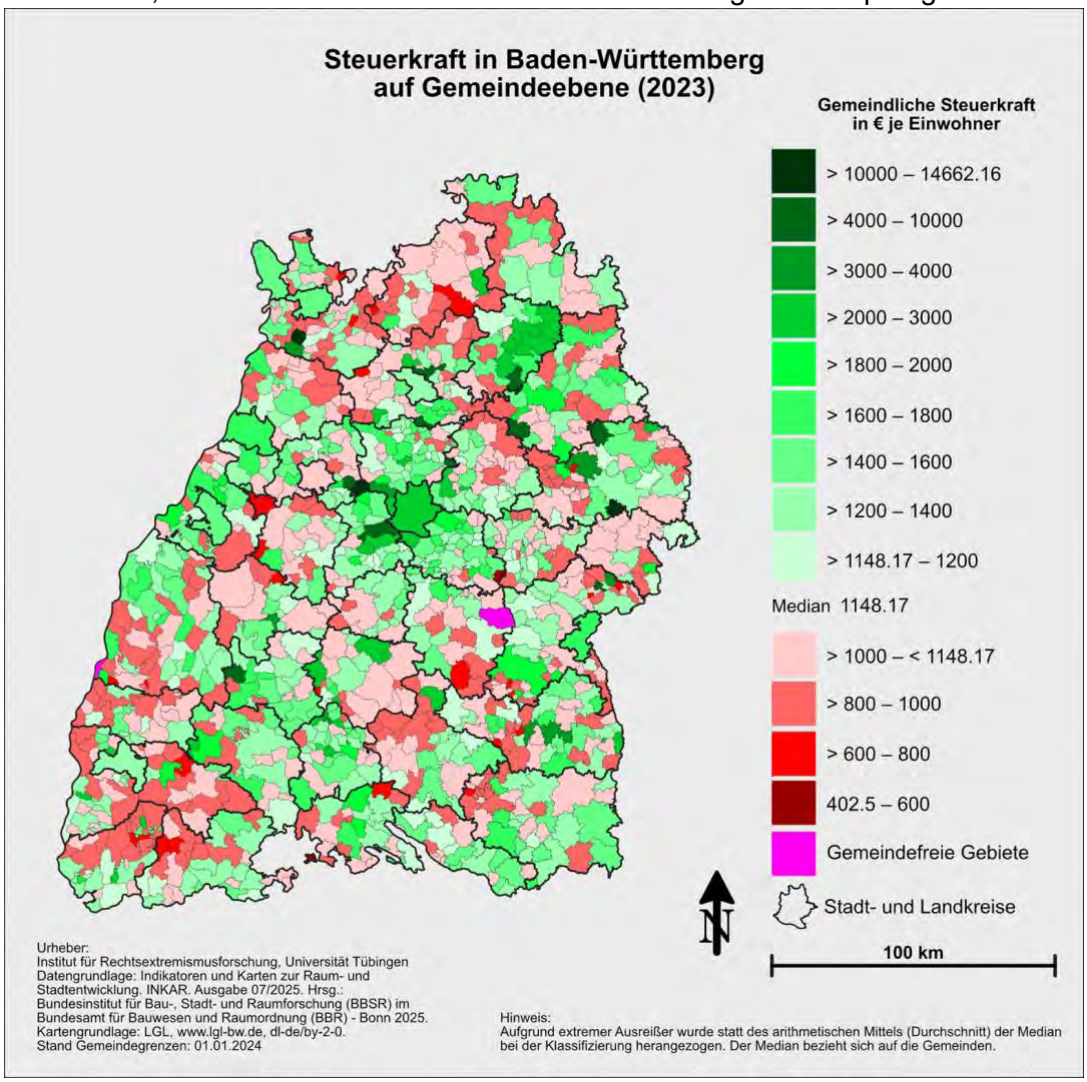


Abbildung 13: Steuerkraft in Baden-Württemberg

5.1.12 Verkehrsinfrastruktur

Die Betrachtung der Verkehrsinfrastruktur gibt einen guten Einblick in die Erreichbarkeit von Orten und damit auch darin, wie gut Personen vermittels Mobilität am öffentlichen Leben partizipieren können. Die Betrachtung erfolgt dabei auf drei Ebenen: Die Betrachtung des Öffentlichen Verkehrs (in Abbildung 14 Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit mindestens 20 Abfahrten am Tag) macht deutlich, wie Personen ohne ein privates Kraftfahrzeug Mobilität erleben. Ist hier die Versorgung nicht

ausreichend, steigt die Gefahr, dass Personen aus ökonomischen Gründen oder aufgrund sonstiger persönlicher Eigenschaften (Alter, Gesundheit etc.) von der Partizipation ausgeschlossen werden. Diese Gefahr besteht auch bei einer unzureichenden Versorgung mit Fernverkehrsinfrastruktur wie Autobahnen oder des (Fern-)Zugnetzes. Eine gute Versorgung erhöht hingegen die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft (z.B. Besuch von Kultur- oder Protestveranstaltungen) und eröffnet mehr Lebenschancen (z.B. erleichtertes Pendeln). Eine schlechte Versorgung kann zur Ablehnung demokratischer Prozesse sowie zu einem Vertrauensverlust in die Problemlösefähigkeiten des demokratischen Systems führen.

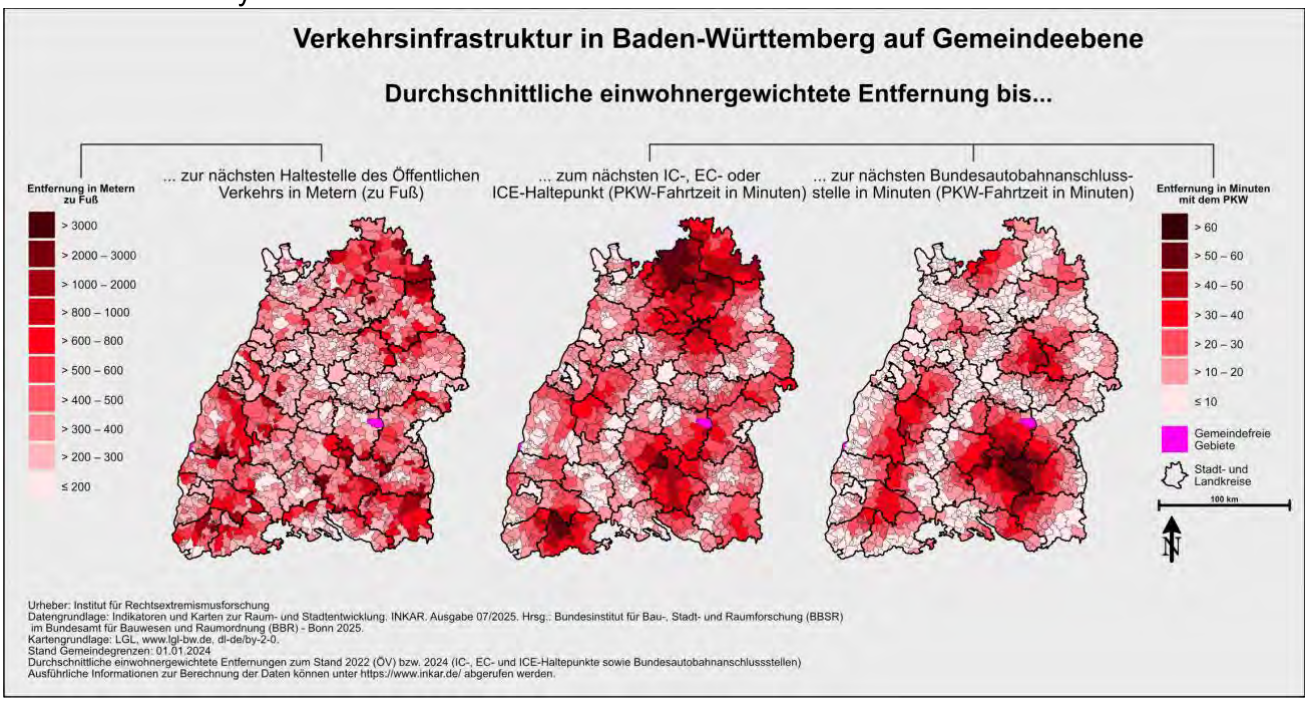


Abbildung 14: Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg

Bezüglich der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg zeigt sich eine deutliche Teilung zwischen Regionen mit gut ausgebauter Verkehrsinfrastruktur und Regionen, welche verkehrsinfrastrukturell abgehängt sind. Am deutlichsten zeigt sich dies bei der Entfernung zur nächsten Autobahnanschlussstelle. Der Schwarzwald, der Rems-Murr-Kreis sowie die anschließenden westlichen Teile des Landkreises Schwäbisch Hall und des Ostalbkreises, die nördlichen Teile des Neckar-Odenwaldkreises sowie insbesondere der südöstliche Teil Baden-Württembergs radial vom westlichen Teil des Landkreises Biberach ausgehend, stechen hier als infrastrukturell abgehängte Gebiete hervor. Die Versorgung mit Zugfernverkehrsstrecken und -haltestellen kann diese Unterversorgung nur bedingt ausgleichen, so etwa in Teilen des Schwarzwaldes. Ansonsten überschneiden sich hier Räume mit schlechter Autobahnanbindung mit Räumen schlechter Zugfernverkehrsanbindung. Besonders deutlich ist hierbei die Unterversorgung im nördlichen Teil Baden-Württembergs. Die Versorgung mit Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs (hier mit mindestens 20 Abfahrten am Tag) ergibt ein weniger eindeutiges Bild. Deutlich wird, dass die Versorgung insbesondere in städtischen Gebieten gut gewährleistet ist. Insbesondere die ländlichen Räume sind jedoch nur unterdurchschnittlich angebunden. Entfernungen von teilweise mehr als drei Kilometern zur nächsten Haltestelle erschweren die gesellschaftliche Teilhabe in diesen Räumen insbesondere für motorisch eingeschränkte Personengruppen. Gleichzeitig verweist dies auch auf eine generelle

niedrige Taktung in diesen Räumen, was allen Nutzer:innen dieses Verkehrsangebotes eine gesellschaftliche Teilhabe erschwert. Auch hier trifft dies auf im Besonderen bereits marginalisierte Gruppen zu, welche aus verschiedensten Gründen überproportional häufig nicht über Zugang zu einem privaten Kraftfahrzeug verfügen. Neben einkommensschwächeren Personengruppen trifft dies insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Frauen sowie ältere Personen.

5.2 Statistische Einordnung der Kommunen der Partnerschaft für Demokratie

Auf den kartographischen Ausführungen des allgemeinen baden-württembergischen Raumkontexts aufbauend ist es notwendig die lokale Situation der Kommunen zu betrachten, in denen die Partnerschaft für Demokratie aktiv ist. Als zentrale Bezugspunkte für die Alltagswelt der Menschen vor Ort kann die Wahrnehmung des räumlichen Kontexts Einstellungen, soziales Handeln und damit bspw. Partizipationsverhalten und zivilgesellschaftliches Engagement beeinflussen. Gleichzeitig kann die kommunale Situation allerdings auch als ein Indikator verstanden werden für die derzeitige und perspektivisch aufkommenden gesellschaftlichen Herausforderungen, entlang der beschriebenen Metatrends.

Insbesondere der Vergleich mit anderen Gemeinden in Baden-Württemberg kann dabei weiterführend helfen die Intensität und Dringlichkeit spezifischer Herausforderungen und Themen für die lokale Demokratieförderung und Demokratiebildung etwas näher zu beleuchten. Die Wahrnehmung der Alltagswelt und ihrer räumlichen Faktoren insbesondere im Vergleich mit bekannten Situationen im weiteren Lebensumfeld stellt eine zentrale Quelle für die Entstehung und spezifische Ausprägung von Einstellungen dar welche auch menschliches Handeln leiten und damit das Potential besitzen auch abhängig von der eigenen Situation, der Situation des wahrgenommenen Umfelds und der Evaluation im Vergleich mit dem weiteren regionalen Lebensumfeld demokratiefeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen zu fördern.

Für den räumlichen Vergleich kommunaler Situationen und damit potenziell unterschiedlicher Herausforderungen für die lokale Demokratieförderung und Demokratiebildung eignen sich aus quantitativer Perspektive insbesondere sogenannte Boxplots.

Boxplots erlauben es, die Verteilung der Gemeinden nach einer ausgewählten Variable bzw. einem Merkmal graphisch darzustellen (Tukey 1977: 39ff.). Abbildung 15 beschreibt die Zusammensetzung solcher Boxplots am Beispiel kommunalen Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2025 entlang der harmonisierten Kommunaldaten, die von der German Election Database bereitgestellt werden (Heddesheimer 2025).

Die Box in der Abbildung gibt dabei Aufschluss über den Wertebereich der Wahlbeteiligung in dem die mittleren 50% aller Gemeinden in Baden-Württemberg liegen, während der mittlere Strich den sogenannten Median angibt (Degen 2010: 96). Dieser stellt den Wert dar unter bzw. über welchem jeweils 50% der Gemeinden liegen (ebd.). Im konkreten Fall haben entsprechend 50% der Gemeinden in Baden-Württemberg eine Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2025 die größer als 85.59% ist, während die anderen 50% eine Wahlbeteiligung besitzen die niedriger als dieser Wert ist. Weiterführend teilt der Median und die Enden der Box die Verteilung der kommunalen Wahlbeteiligung in Quartile auf. Während das Linke Ende der Box bis zum Median die 25% der Gemeinden beinhaltet die eine höhere Wahlbeteiligung als 25% der Gemeinden mit den niedrigsten Wahlbeteiligungen beinhaltet (2. Quartil), beinhaltet die Spannweite vom Median bis zum rechten Ende der Box das dritte

Quartil und damit die 25% aller Gemeinden, die eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen als die 50% der Gemeinden, mit niedriger Wahlbeteiligung (1.- 2. Quartil).

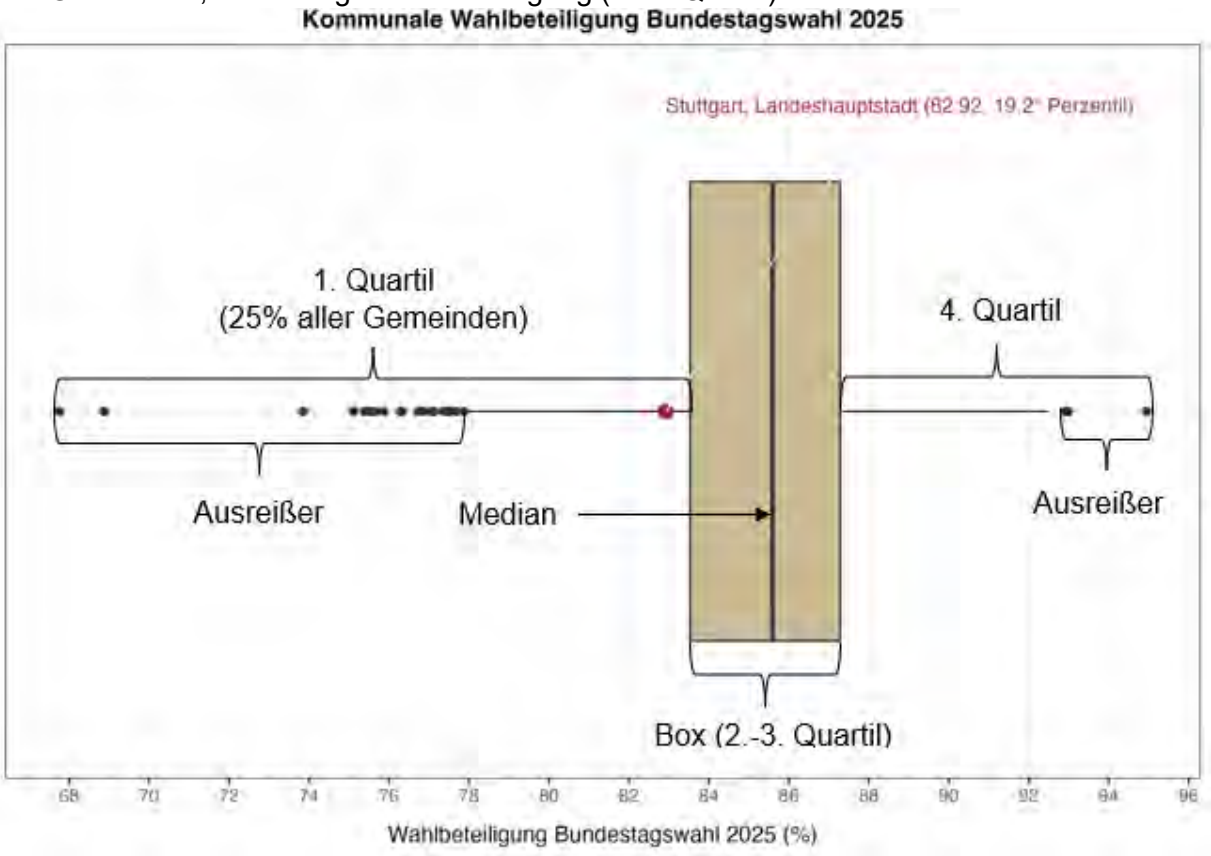


Abbildung 15: Boxplot zur kommunalen Wahlbeteiligung 2025

Im konkreten Fall bedeutet dies, dass 25% der Gemeinden eine Wahlbeteiligung zwischen 83.53% – 85.59% (2. Quartil) und weitere 25% der Gemeinden eine Wahlbeteiligung zwischen 85.59% - 87.25% (3. Quartil) besitzen (Kuckartz et al. 2010: 70f.). Die Linien am linken und rechten Ende der Box stellen weiterführend die sogenannten Whisker dar. Diese Enden an genau der Stelle, an der die letzte Gemeinde liegt, die einen Wert besitzt, der nicht größer ist als der 1.5-fache Inter-quartilsabstand (ebd.). Der Interquartilsabstand ist die Summe der Enden des ersten und dritten Quartils (das linke und rechte Ende der Box). Gemeinden, die in diesem Fall eine Wahlbeteiligung aufweisen, die niedriger bzw. höhere ist als der 1.5-fache Interquartilsabstand werden als sogenannte Ausreißer beschrieben und sind als einzelne Punkte in der Abbildung gekennzeichnet. Die Ausreißer zusammen mit dem Whisker bilden das erste und das vierte Quartil ab (ebd.). Das erste Quartil beschreibt dabei den Wertebereich an kommunaler Wahlbeteiligung in dem die 25% der Gemeinden in Baden-Württemberg aufzufinden sind, die die niedrigsten Wahl-beteiligungen besaßen. Entlang der Ausreißer besaß die Gemeinde mit der niedrigsten Wahlbeteiligung eine Wahlbeteiligung von ca. 67.8%. Diametral dazu weist der Whisker rechts von der Box inklusive Ausreißer den Wertebereich aus in dem die 25% der Gemeinden in Baden-Württemberg liegen, die die höchste Wahlbeteiligung aufweisen (4. Quartil), wobei die Gemeinde mit der höchsten Wahlbeteiligung einen Wert von ca. 93.9% aufweist. Entlang der Länge der Boxen, aber auch der Whisker und Ausreißern kann zudem abgelesen werden, wie dicht bzw. breit die entsprechende Streuung ist. Dabei gilt, je kleiner die Spannweite der Quartile, desto ähnlicher sind die Werte der Gemeinden, die sich in diesem Bereich befinden.

Um weiterführend bestimmte Gemeinden in dieser Verteilung entlang eines Boxplots besser darstellen zu können ist es weiterführend möglich einzelne Gemeinden in der Verteilung sichtbar zu machen. Im konkreten Fall kann man an dem Beispiel Stuttgart erkennen, dass diese Gemeinde mit einer Wahlbeteiligung von 82.92% bei der Bundestagswahl 2025 in das erste Quartil fällt und damit zu den 25% der Gemeinden in Baden-Württemberg gehört, die die niedrigsten Wahlbeteiligungen aufweisen. Gemessen am konkreten Perzentil besaßen nur 19.2% der Kommunen in Baden-Württemberg bei der Bundestagswahl 2025 eine niedrigere Wahlbeteiligung als Stuttgart. Im Folgenden werden zentrale Strukturdaten für die Partnerschaft für Demokratie im Landesvergleich eingeordnet[8].

5.2.1 Nahversorgung und Mobilität

Deprivationswahrnehmungen müssen allerdings nicht notwendigerweise finanzieller Natur sein, so kann bspw. auch die Wahrnehmung einer unzureichenden grundsätzlichen infrastrukturellen Nahversorgung und Mobilitätsmitteln ein zentraler Grund für Frustration mit dem politischen System und Entscheidungsträgern sein, die demokratiegefährdende Akteure entlang Verteilungskampf Narrativen und Narrativen angeblichen Ineffektivität demokratischer Prozesse instrumentalisieren können, um entsprechende demokratiegefährdende Einstellungen zu mobilisieren (Bernemann 2025: 79ff.; Rickardsson 2021; Deppisch 2022: 113f.; Hillje 2018: 13ff.). Weiterführend stellt insbesondere eine unzureichende Mobilitätsinfrastruktur eine zentrale Hürde für Bevölkerungsgruppen dar die bspw. aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen oder dem Alter nicht an Projekten in bspw. anderen Stadtteilen und Partnergemeinden teilnehmen können (Hölzel & Scheiner 2022).

Um das Potential einer solchen Entwicklung und Wahrnehmung entlang fehlender Nahversorgungs-, und Mobilitätsinfrastruktur zu untersuchen eignen sich auf Ebene der Strukturdaten Erreichbarkeitsmaße. Die Wahrscheinlichkeit der Wahrnehmung von fehlender Infrastruktur ist in Teilen immer an den lebensweltlichen Kontext der Bevölkerung gebunden. Entsprechend können Erreichbarkeitsmaße indirekt als Wahrscheinlichkeit dafür betrachtet werden, dass in der breiten kommunalen Bevölkerung entsprechende Unzufriedenheit und Frustration aufgrund der entsprechenden Versorgungslage- und Mobilitätschancen aufkommt.

Um Mobilitätsinfrastruktur und daraus entstehende Mobilitätschancen abzubilden kann die durchschnittliche Pkw-Fahrzeit zur nächsten Bundesautobahn-Anschlussstelle und zum nächsten IC/ICE-Bahnhof 31.12.2024 sowie die einwohnergewichtete Distanz zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag zum 31.12.2023 betrachtet werden, welche vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2025) bereitgestellt werden. Während in Bezug auf die Erreichbarkeit der Autobahn Urbach und Schorndorf mit einer Fahrzeit von um die 30 Minuten zu den 17% der Gemeinden mit den höchsten Pkw-Fahrzeiten bis zur nächsten Anschlussstelle einer Autobahn gehören, liegen die Gemeinden bezüglich der Fahrdauer nahe am kommunalen Median Baden-Württembergs. Insbesondere mit Bezug zur Erreichbarkeit öffentlicher Nahverkehrsangebote gehören die beiden Gemeinden jedoch zu den 15% mit den niedrigsten Entfernungen zu einer öffentlichen Nahverkehrshaltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag. Interpretiert als Indikator für die interkommunale Mobilität ist dieser Indikator von

8 Da es sich bei den im Folgenden dargestellten Variablen, um univariate Verteilungen handelt, die teilweise nicht Einwohnerbereinigt sind, kann es vereinzelt zu Ausreißerwerten kommen. Aufgrund der hohen Fallzahl sowie der Bemessung am Ausreißer robusten Median in der Verteilung, beeinflusst dies die Verteilungsdarstellung und Vergleiche in einem vernachlässigbaren Einfluss.

besonderer Wichtigkeit, um Einwohner:innen gerade mit niedriger Mobilität durch bspw. das Alter oder durch die finanzielle Situation, die Möglichkeit zu geben entsprechende Veranstaltungen wahrnehmen zu können.

Bezüglich der Erreichbarkeit grundlegender Nahversorgungsangebote ist die Situation hier noch besser. Bemessen an der einwohnergewichteten Distanz zum nächsten Supermarkt/Discounter, dem nächsten Hausarzt und der nächsten Apotheke jeweils zum 31.12.2023 und bereitgestellt durch das BBSR (2025) befinden sich die beiden Gemeinden jeweils mit Ausnahme der Erreichbarkeit von Hausärzten im Fall Schorndorf zu den 36% der Gemeinden mit den niedrigsten Entfernungen in Baden-Württemberg. Dabei stechen insbesondere die vergleichsweise geringen Entfernungen zu Supermärkten und Discountern, und Apotheken heraus. Urbach schneidet hierbei jeweils nochmal etwas besser ab als Schorndorf und gehört entlang aller drei Kategorien jeweils zu den 10% aller Gemeinden mit den niedrigsten Entfernungen zu den entsprechenden Nahversorgungsangeboten entlang besonders kleiner Werte von 416-523.

Insgesamt ergibt sich daher sowohl im Hinblick auf die Mobilitäts-, als auch Nahversorgungsinfrastruktur ein geringes Mobilisierungspotential für demokratiegefährdende Akteure entsprechende Diskurse massenwirksam zu mobilisieren.

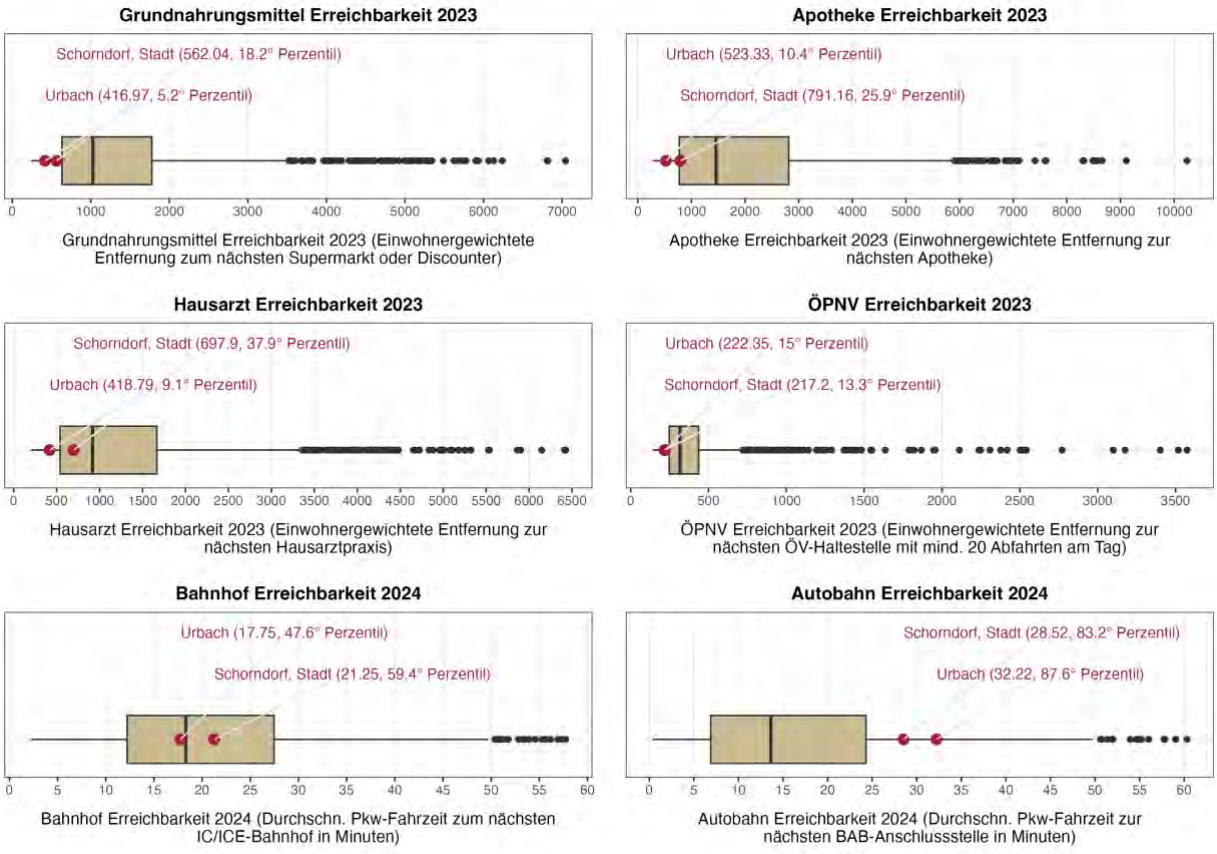


Abbildung 16: Nahversorgung und Mobilität im Vergleich

5.2.2 Finanzen

Weiterführend ist es notwendig die finanzielle Situation der privaten Haushalte sowie der Kommunen zu beleuchten. Insbesondere entlang der Modernisierungsverliererthese haben die Globalisierung, Deindustrialisierung, die damit einhergehende Tertiarisierung sowie Flexibilisierung und Deregulierung

der Arbeitsmärkte in einem internationalen, kompetitiveren Arbeitsmarkt mit schwächeren wohlfahrtstaatlichen Absicherungsmechanismen dafür gesorgt, dass insbesondere Menschen mit niedrigerem Humankapital und damit einhergehenden niedrigeren Einkommen und Bildungsabschlüssen stärkere soziale Abstiegsängste besitzen und häufiger sozialen Abstieg erfahren (Gidron & Hall 2020: 1032f.; Sachweh 2020: 372; Sommer 2010: 111f.; Lengfeld 2017: 213f.; Lux 2018: 257f.; Babst et al. 2024: 807ff.). Die damit verbundene negativere Selbstwahrnehmung des eigenen Status in der Gesellschaft und der geringeren Anerkennung von ihr sorgen dafür, dass insbesondere Menschen aus niedrigeren Einkommensschichten sich ungerecht behandelt fühlen und entsprechende Deprivationswahrnehmungen, definiert als ein „Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem“ (Rippl & Seipel 2005: 645), ausbilden (Shayo 2009; Gidron & Hall 2017: 62; Rippl & Seipel 2018: 239f.; Lengfeld 2017: 213f.). Gleichzeitig können Menschen in finanziell besser gestellte Position trotzdem solche Deprivationsängste entwickeln, indem Sie bspw. in einer Region leben, in der Sie ihre Mitmenschen als depriviert wahrnehmen (Salomo 2019: 112; McKay 2019; De Lange et al. 2023: 410; Koeppen et al. 2021; De Vries et al. 2018). Sowohl auf der Ebene der Individuen als auch auf der Ebene des räumlichen Kontext kann entsprechend davon ausgegangen werden, dass sowohl eine ungleiche Einkommensverteilung der privaten Haushalte als auch eine absolut hoher Anteil an Menschen in Armut die Wahrscheinlichkeit von allgemeinen Deprivationswahrnehmungen erhöhen, die bspw. von extrem Rechten Parteien mobilisiert werden können, um demokratiefeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen zu fördern (Rippl & Seipel 2018: 246ff.; Sachweh 2020; Lux 2018: 262ff.; Tutić & Von Hermanni 2018; Sthamer 2018). Gleichzeitig sind fehlende Ressourcen der privaten Haushalte auch ein Indiz auf für die Notwendigkeit direkterer und aufsuchender Arbeit der entsprechenden Bevölkerungsgruppen, da insbesondere finanzielle Engpässe dazu neigen soziale Teilhabechancen, Partizipation und soziale Integration zu verhindern (Sachweh 2020).

Auf der räumlichen Ebene sind entsprechend Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen, aber auch Kaufkraft und Kinderarmut relevante Indikatoren, um das Potential solcher Wahrnehmungen in der Bevölkerung zu erfassen, auch wenn keine Individualdaten zur Verfügung stehen, denn insbesondere Indikatoren in der Lebenswelt die auf Einkommen aber auch Bildungsqualifikationen basieren, werden für solche Evaluationen der Wahrnehmung herangezogen (Gidron & Hall 2020: 103; Lux 2018: 265: Tutić & Von Hermanni 2018: 284).

Betrachtet man entsprechend die vom BBSR (2025) bereitgestellten Indikatoren der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von unter 1500€ im Monat sowie die Haushalte mit einem sehr hohen Nettoeinkommen (über 3600€ im Monat) jeweils zum 31.12.2023 so zeigt sich für Schorndorf und Urbach eine im baden-württembergischen Vergleich durchschnittliche finanzielle Sicherheit der privaten Haushalte. So haben in Urbach 38.18% der Haushalte ein hohes Einkommen, während in Schorndorf 37.89% der Haushalte vergleichsweise stark finanziell abgesichert sind. Gleichzeitig liegt in beiden Gemeinden der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen sehr nah am baden-württembergischen Median und stellt damit einen vergleichsweisen niedrigen Anteil von um die 15-16% der Haushalte dar. Betrachtet man weiterführend die durchschnittliche einzelhandelsrelevante Kaufkraft pro Kopf[9] in Euro zum 31.12.2023 (BBSR 2025) in den beiden Gemeinden als Indikator für

9 Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft setzt sich aus dem Anteil des verfügbaren Einkommens zusammen, dass für die Wohnbevölkerung für Ausgaben im Einzelhandel verfügbar ist (BBSR 2025). Die Kaufkraft selbst setzt sich dabei aus dem Nettoeinkommen der privaten Haushalte zusammen und umfasst neben dem Erwerbseinkommen auch Kapitaleinkünfte,

die durchschnittliche Möglichkeit der Bevölkerung das alltägliche Leben finanziell zu bewältigen und als Indikator für wahrgenommene ökonomische Deprivation, so fällt insbesondere die Situation in Schorndorf auf. Die Stadt gehört hier zu den 6% der Gemeinden mit den höchsten pro Kopf einzelhandelsrelevanten Kaufkräften in Baden-Württemberg, während Urbach nahe am Median verweilt. Dies kann als ein Indiz dafür interpretiert werden, dass es auch unter dem Anteil der Haushalte mit einem hohen Einkommen (< 3600€) eine entsprechend große Varianz in Schorndorf gibt und damit eine potenzielle hohe finanzielle Ungleichheit innerhalb der Gemeinde, die entsprechend unterschiedlichste Potential für die Entstehung ökonomischer Deprivationswahrnehmungen entstehen lässt.

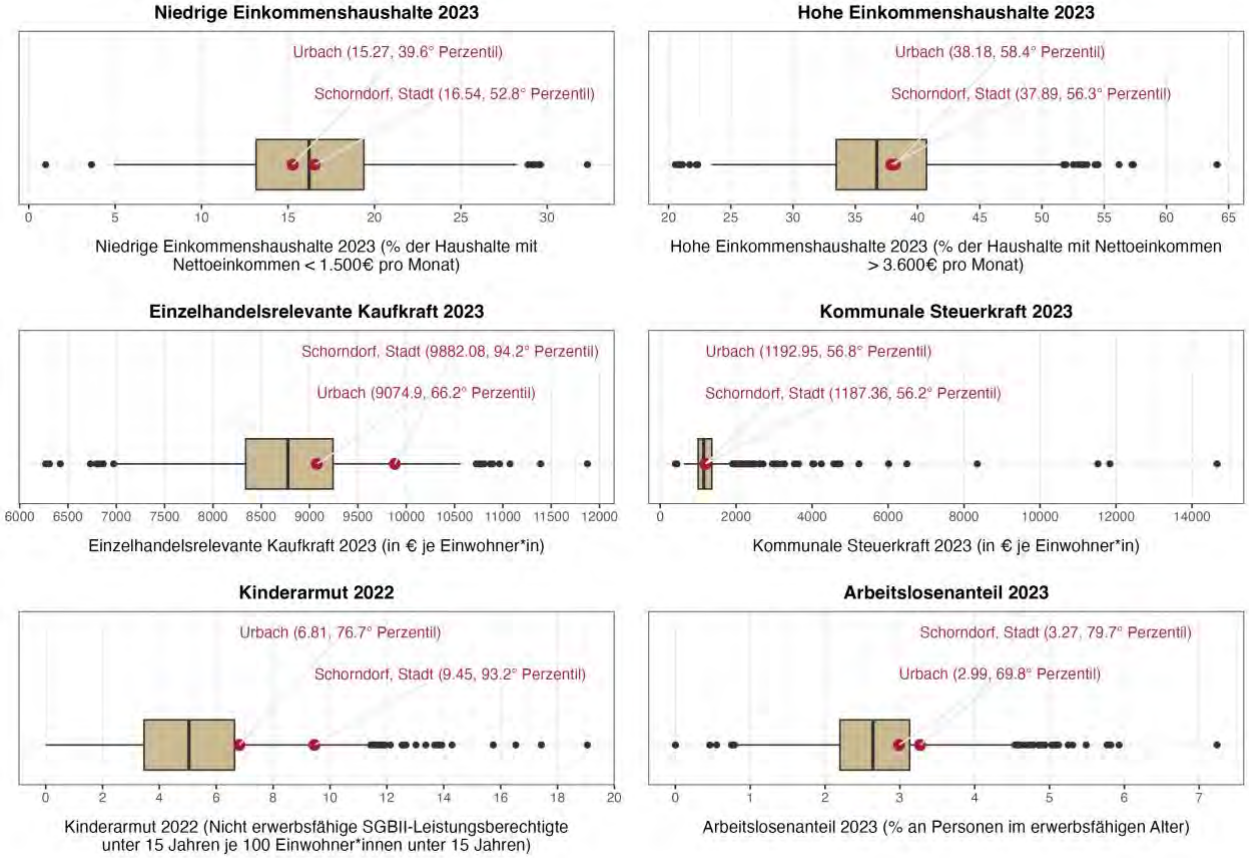


Abbildung 17:Kommunale Finanzen und private Haushalte im Vergleich

Mit Blick auf die Arbeitslosenanteile zum 31.12.2023 (BBSR 2025) befinden sich zwar beide Gemeinden über dem Landesmedian. Allerdings sind die absoluten Werte in Urbach sowie in Schorndorf vergleichsweise gering. Insbesondere, dass Schorndorf mit einem Arbeitslosenanteil von 3.27% bereits zu den 21% der Gemeinden mit den höchsten Arbeitslosenanteilen gehört, zeigt die derzeit relativ stabile Erwerbsituation in Baden-Württemberg auf. Eine ähnliche Situation ergibt sich im Hinblick auf die Kinderarmut, berechnet als der Anteil nicht erwerbsfähiger SGBII-Leistungsberichter unter 15 Jahren je 100 Einwohner:innen unter 15 Jahren (BBSR 2025). Gemessen an der Situation zum 31.12.2022 liegt Urbach gemessen an den absoluten Werten hier trotz ihrer Position im 4. Quartil nahe

Renten, Transferleistungen, Kinder- und Arbeitslosengeld sowie Vermietungs- und Verpachtungseinnahmen (ebd.). Steuern sowie gesetzliche Sozialbeiträge zählen allerdings nicht dazu (ebd.).

des vergleichsweise niedrigen kommunalen Medians Baden-Württembergs. Schorndorf hingegen liegt mit einem Anteil von 9.45% deutlich über dem baden-württembergischen Median und damit gleichzeitig zu den 7% der Gemeinden mit den höchsten Kinderarmutsanteilen in Baden-Württemberg. Obwohl der absolute Wert ebenfalls vergleichsweise gering ist, zeigt sich hier ein Potential der in den Interviews beschriebenen Ziel gerade die Schulprojektförderung weiter auszubauen und Schulen entsprechend einzubinden, um vererbter Armut und daraus resultierenden schlechteren Teilhabe und Partizipationschancen längerfristig entgegenzuwirken.

Zuletzt kann man die kommunale Steuerkraft als Indikator für die potenziell verfügbaren Ressourcen um grundlegende Infrastrukturen zu erhalten und beispielsweise lokale Vereine und Initiativen zu unterstützen betrachten (Melcher 2018: 383; Kuhn 2013: 49f.). Fehlende kommunale finanzielle Ressourcen und daraus erwachsende Engpässe haben das Potential kollektive Deprivationswahrnehmungen in der Bevölkerung zu fördern (Melcher 2018: 373; Stroppe 2023: 2; Salomo 2019: 104).

Betrachtet man hier die kommunale Steuerkraft je Einwohner:in in € zum 31.12.2023 so fällt zuerst die hohe Dichte in seiner Verteilung in Baden-Württemberg auf. So besitzen die mittleren 50% der Gemeinden in Baden-Württemberg eine kommunale pro Kopf Steuerkraft zwischen ca. 1000-1400€. Sowohl Schorndorf als auch Urbach liegen hier mit einer kommunalen pro Kopf Steuerkraft von ca. 1200€ sehr nahe am kommunalen, baden-württembergischen Median. Im Hinblick auf die sehr dichte Verteilung sollte dies allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies entlang der allgemeinen Situation der kommunalen Haushalte nicht zu bedeuten hat, dass keine Herausforderungen entlang der Investitionsherausforderungen und Konsolidierung bestehender infrastruktureller Angebote bevorstehen. So stehen entlang der Interviews sowohl Schorndorf als auch Urbach unter starkem finanziellen Druck, der langfristig auch Verteilungskämpfe, um grundlegende Förderungen von zivilgesellschaftlichen Beteiligungsformaten und demokratiefördernden Projekten gefährden kann.

Insgesamt zeigt sich mit Blick auf die finanzielle Situation der beiden Gemeinden, dass die vergleichsweise hohe finanzielle Ungleichheit der privaten Haushalte sowie die finanzielle Situation des kommunalen Haushalts perspektivisch erhöhte Potentiale aufweisen im Rahmen extrem rechter Verteilungskampfnarrative aufkommende und bestehende Deprivationswahrnehmung zu mobilisieren und die Entstehung demokratiefeindlicher und demokratiegefährdender Einstellungen in der Zukunft zu fördern. Entsprechend wichtig scheint es in diesem Kontext frühzeitig, die aus finanzieller Ungleichheit entstehende Nachteile in der sozialen und kulturellen Teilhabe dieser Bevölkerungsgruppen sowohl in den Projektkonzeptionen sowie in der Akteurseinbindung innerhalb der Partnerschaft für Demokratie zu berücksichtigen.

5.2.3 Bevölkerungsstruktur

Weiterführend kann ein Blick auf die Bevölkerungsstruktur helfen das Potential für demokratiefeindliche und demokratiegefährdende Einstellungen einzuschätzen, denn in Gemeinden mit einer größeren Einwohnerzahl und damit verbundenen höheren Urbanität haben Menschen im Durchschnitt mehr Kontakte zu sozial hetero-genen Gruppen und mehr Diversitätserfahrungen bei weniger sozialem Anpassungsdruck (Graeb & Bernhagen 2024: 479), sodass mehr diverse zivilgesellschaftliches Engagement vorhanden ist und mobilisiert werden kann (Belina 2022: 52f.). Gleichzeitig neigen solche räumlichen Kontextexte dazu mehr ausgeprägte kosmopolitische Werte bei Menschen auszuprägen, sodass antipluralistische Narrative die bspw. in Verbindung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen tendenziell weniger attraktiv sind (Melcher 2018:

377f.). Weiterführend neigen insbesondere Individuen mit mehr sozio-ökonomischen Ressourcen und kosmopolitischen Einstellungen dazu in solche urbaneren Kontexte zu migrieren (Huijsmans et al. 2021; Scala & Johnson 2017; Maxwell 2020).

Betrachtet man hierbei in einem ersten Schritt die reine Bevölkerungsanzahl in 1000 Einwohner:innen sowie die Siedlungsdichte (Einwohner:innen je Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche) zum 31.12.2023 (BBSR 2025) als Indikatoren für die grundlegende Urbanität und Ländlichkeit der Kommunen, so wird die im baden-württembergischen Vergleich hohe Urbanität sichtbar. Bezogen auf die Einwohnerzahl gehört Schorndorf hierzu den 4% der Gemeinden mit den höchsten Einwohner:innenzahlen, während Urbach knapp im dritten Quartil verbleibt. Diese Bild spiegelt sich auch in der Siedlungsdichte wider mit Einwohner:innenzahlen von 2697 (Urbach) und 3489 (Schorndorf) pro Quadratkilometer Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Gemeinden zu den 15% bzw. 5% der Gemeinden in Baden-Württemberg mit den höchsten Siedlungsdichten. Darüber hinaus verzeichnen beide Gemeinden ein langfristiges Bevölkerungswachstum wie der Vergleich zwischen den Jahren 2013 bis zum 31.12.2023 (BBSR 2025) aufzeigt. Sowohl Schorndorf als auch Urbach liegen hier im dritten Quartil und weisen entsprechend jeweils ein Bevölkerungswachstum auf welches leicht über dem Median der baden-württembergischen Gemeinden liegt. Dieses Wachstum speist sich dabei vor allem aus Wanderungs- und Migrationsbewegungen, denn mit Blick auf das natürliche Bevölkerungswachstum als Summe der Geburten abzüglich der Todesfälle im Jahr 2022 (BBSR 2025) , weisen die beiden Gemeinden jeweils ein marginales Defizit auf, welches sich stark am kommunalen Median der Gemeinden in Baden-Württemberg orientiert.

Wirft man weiterführend einen Blick auf die Komposition der Gemeinde bezüglich des Anteils an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zum 31.12.2024 (Ausländeranteil) als ein Maß kultureller Diversität sowie dem Anteil an Akademikern (gemessen am Anteil der sozialversicherungspflichtigen Einwohner:innen mit akademischem Abschluss an der Gesamtanzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter Einwohner:innen) zum 31.12.2023 bereitgestellt durch das statistische Landesamt Baden-Württemberg (2025b) , dann fällt ein vergleichsweise hoher Ausländer:innenanteil insbesondere in Schorndorf auf. Während Urbach hier ca. zwei Prozentpunkte über dem kommunalen Median von ca. 12.5% liegt, gehört Schorndorf mit 18.4% zu den 16% der Gemeinden mit dem höchsten Ausländer:innenanteil in Baden-Württemberg. Für die Region an sich bietet dies mit Bezug auf interkulturellen Austausch ein großes Potential entsprechende Akteure in Projekte der Partnerschaft für Demokratie einzubinden und dadurch entsprechenden Austausch zu fördern sowie Teilhabemöglichkeiten weiterführend zu eröffnen. Ohne diese Projekte könnten Segregationsprozesse sich weiter konsolidieren, sodass demokratiebildende und fördernde Projekte Partizipationsblasen entstehen lassen, die eine weitergreifende Wirkung auf Bevölkerungsgruppen, die sich weniger an Projekten der Partnerschaft für Demokratie beteiligen oder an ihnen teilnehmen verhindert werden. Insbesondere mit dem Rückgriff auf die beschriebene Wahrnehmung der Akteure vor Ort, dass die Mobilisierung dieser Bevölkerungsgruppen entlang der Organisationen und Vereinen, in welchen dieses vertreten sind, Mängel aufweist, speist sich eine zentrale Herausforderung für die Stadt Schorndorf, aber auch Urbach. Sowohl das aufgebaute Quartiersmanagement als auch weiterführende aufsuchende Arbeit entlang zentraler Organisationen und Vereinen, in denen insbesondere ausländische Bevölkerungsgruppen vertreten sind können hier einen großen Beitrag leisten. Vorsitzende und Leistungspersonal in diesen Vereinen können hier erlauben größere Bevölkerungsgruppen zielbringend in den Strukturen der Partnerschaft für Demokratie einzubinden.

Bei weiterführender Betrachtung der Akademikeranteile in den beiden Gemeinden, ebenfalls der vergleichsweise hohe Anteil an Menschen mit akademischem Abschluss in den Kommunen auf. Während, Urbach mit einem Anteil von 18.4% hier leicht über dem Landesmedian liegt, befindet sich Schorndorf mit einem Anteil von 21.1% bereits im vierten Quartil und gehört zu den 20% der Gemeinden mit dem höchsten Akademikeranteil in Baden-Württemberg. Da diese Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer Abschlüsse tendenziell eher in der Lage ist sich an den beschriebenen Strukturwandel und resultierende Transformationsprozesse anzupassen sind gerade diese Bevölkerungsgruppen tendenziell weniger empfänglich für die Mobilisierung demokratiegefährdender Akteure über Narrative des sozialen Abstiegs (Lengfeld 2017: 213f.; Lux 2018: 257f.). Gleichzeitig wurde argumentiert, dass höhere Bildung tendenziell zu liberaleren Werteorientierung führt, die demokratiegefährdenden Einstellungen diametral entgegenstehen (Arzheimer 2017: 284; Rooduijn et al. 2017: 545). Weiterführend, ergibt sich allerdings auch eine Gefahr aus dieser Komposition für die Partnerschaft für Demokratie, denn diese Bevölkerungsgruppe neigt auch aufgrund ihrer besseren finanziellen Situation sowie Neigung zu mehr liberalen Wertorientierungen ein höheres zivilgesellschaftliches Engagement aufzuweisen (Kitschelt 2017: 356) und dabei unbewusst andere Gruppen bzw. deren Interessen unterrepräsentiert werden. Es ist daher notwendig, dass sich entsprechende Bündnisse stets hinterfragen, inwiefern sie eine Partizipations- und Interessensblase abbilden und reproduzieren, bzw. inwiefern sie es schaffen in den Projekten sowie entlang der Teilnehmenden andere Bevölkerungsgruppen abzubilden, anzusprechen und einzubinden.

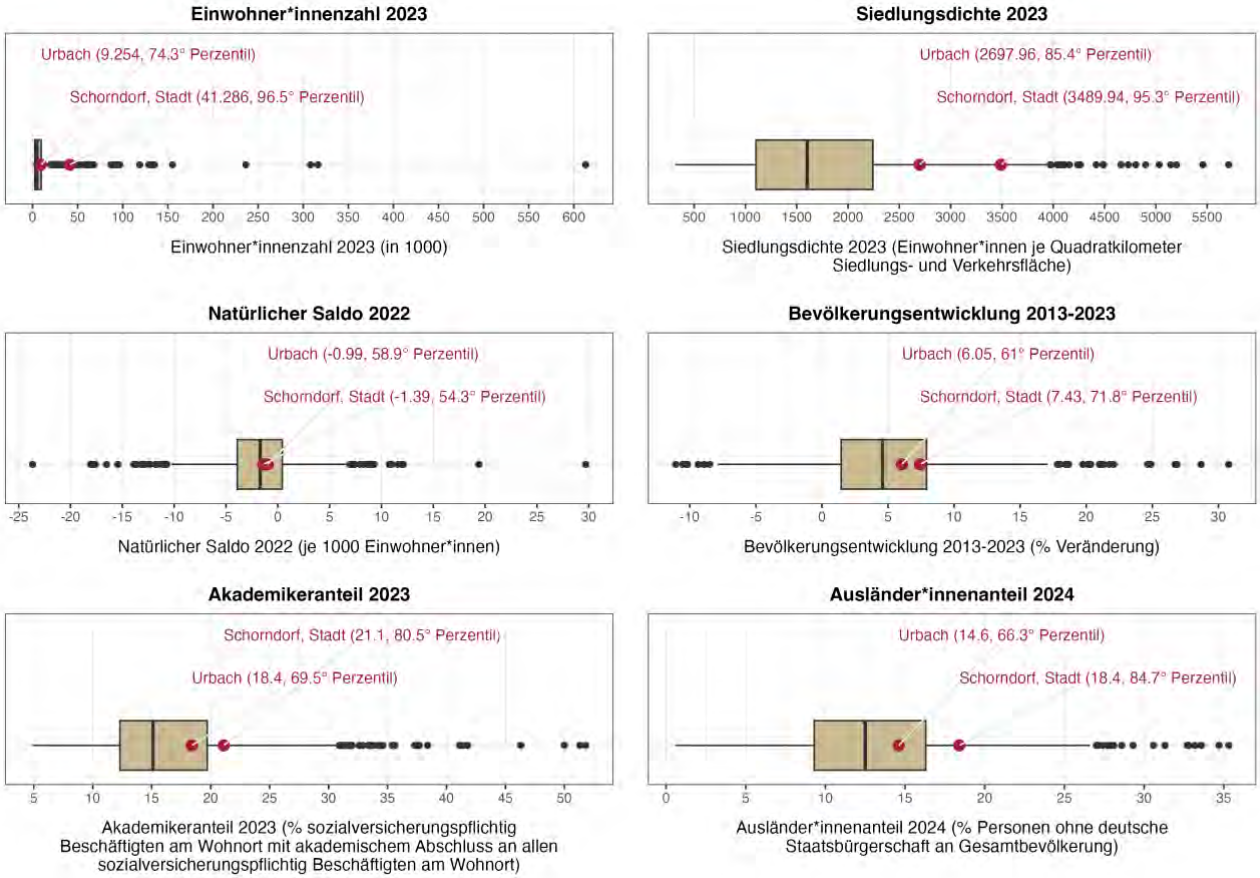


Abbildung 18: Bevölkerungsstruktur im Vergleich

5.2.4 Bevölkerungsentwicklung

Weiterführend haben Modernisierungsprozesse zu unterschiedlichen regionalen Entwicklungen geführt, sodass Regionen, die weniger von diesen Prozessen profitieren und in der Vergangenheit profitiert haben tendenziell stärker von Überalterungs- und Abwanderungsprozessen beeinflusst werden, die durch den daraus resultierenden Wegfall von kommunalen Einnahmen- und Finanzierungsberücksichtigung bei der Bevölkerung die Wahrnehmung entstehen lassen, man sei Teil einer abgehängten Region, die von demokratischen Prozessen nicht profitiert und so entsprechende demokratiegefährdende Einstellungen fördert (Rodríguez-Pose 2018; Essletzbichler et al. 2021: 3; Rickardsson 2021: 217f.; Schütze 2023: 3f.)

Betrachtet man hierauf aufbauend die demographische Situation der Gemeinden und ihre prognostizierte Entwicklung entlang des Jugend- und Altersquotienten 2024 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2024a) sowie ihre Vorausrechnungen für das Jahr 2045 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2024b), dann zeigen sich perspektivisch weitere Herausforderungen für die Gemeinden auf.

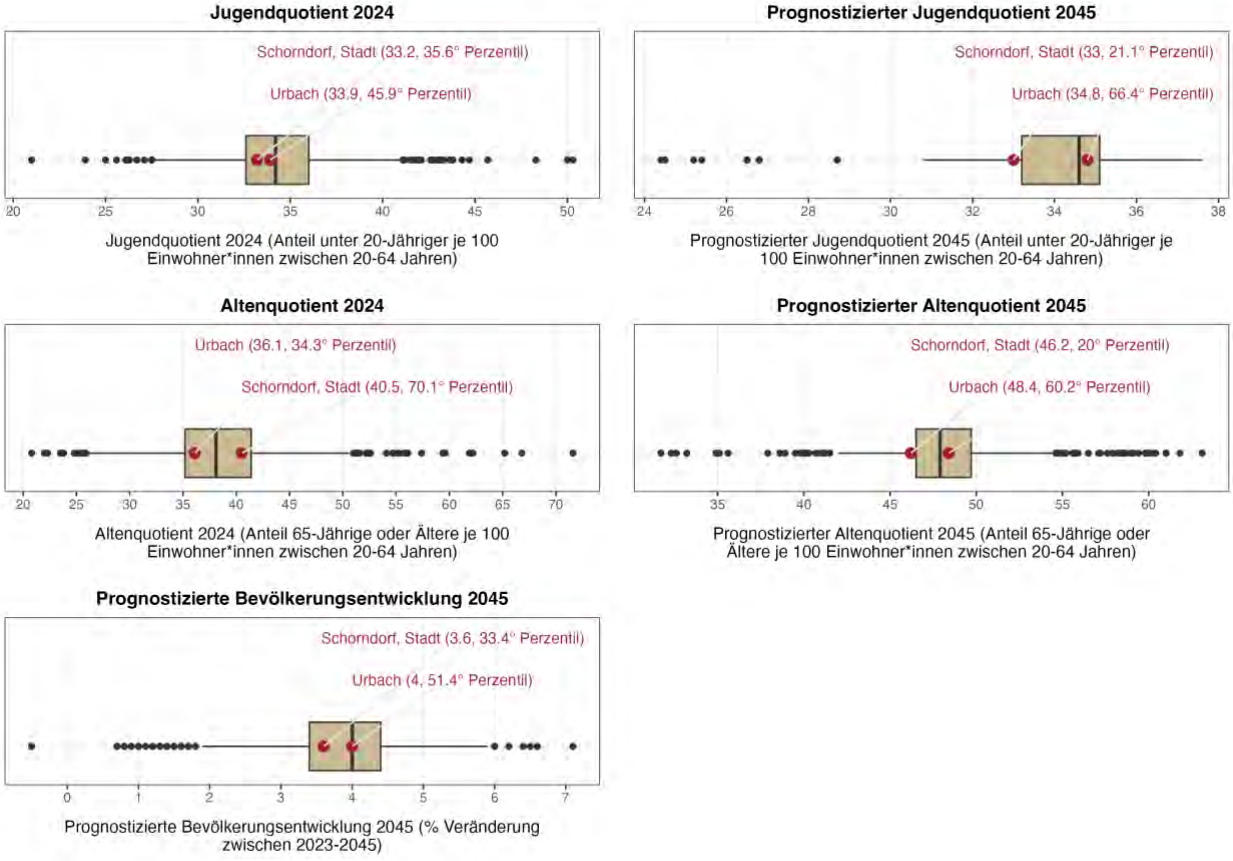


Abbildung 19: Bevölkerungsentwicklung im Vergleich

Bezogen auf den Jugendquotient 2024 gehören sowohl Schorndorf als auch Urbach im Landesvergleich zu den 50% der Gemeinden in Baden-Württemberg mit dem niedrigsten Anteil unter 20-Jähriger je 100 Einwohner:innen im Alter zwischen 20-64 Jahren. Allerdings liegen beide Gemeinden dabei entlang der absoluten Werte sehr nah am kommunalen Median mit Werten um die 33%. Im Vergleich zum Jahr 2045 ist in den Gemeinden hier tendenziell eine Stagnation im Fall Schorndorfs sowie eine marginale Zunahme im Fall Urbachs zu erkennen. Durch die prognostizierte

Stagnation im Fall Schorndorfs rutscht die Stadt hier auch im Vergleich mit den anderen Gemeinden Baden-Württembergs ab und wird voraussichtlich 2045 zu den 21% der Gemeinden mit den niedrigsten Jugendquotienten gehören.

Gleichzeitig sind mit Blick auf den Altenquotient deutliche Zuwächse in der Altersstruktur der beiden Gemeinden zu erwarten. Während in Urbach auf 100 Einwohner:innen zwischen 20-64 Jahren ca. 36 Einwohner:innen im alter von 65 Jahren oder älter kommen und damit leicht unter dem Landesmedian zu verorten ist, gehört Schorndorf mit einem Anteil von 40.5% im Jahr 2024 zu den 30% der Gemeinden mit dem höchsten Altenanteil. Prognostiziert auf das Jahr 2045 werden sich diese Anteile sowohl in Schorndorf (ca. + 6 Prozentpunkte) und Urbach (ca. + 12 Prozentpunkte) deutlich erhöhen, auch wenn im baden-württembergischen Vergleich der Kommunen Schorndorf entlang dieser Veränderung zukünftig zu den 20% der Gemeinden mit dem niedrigsten Altenquotienten zählen wird.

Zusammen mit Jugendquotient bedeutet diesen Entwicklungen einen prognostizierten anteilsmäßigen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 20-64 Jahren, während Einwohner:innen über 65-Jahren deutlich stärker repräsentiert sein werden in der kommunalen Bevölkerung. Gleichzeitig können die Gemeinden mit Blick auf das prognostizierte prozentuale Bevölkerungswachstum 2045 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2025b) mit einem Zuwachs von um die 4% entlang des baden-württembergischen Medians rechnen.

Perspektivisch stehen die Gemeinden der Partnerschaft für Demokratie daher nicht nur vor der Herausforderung eine Infrastruktur zu schaffen, die sowohl den zunehmenden Anteil der älteren Bevölkerung zufriedenstellt, während konträr dazu entsprechende Angebote für jüngere Bevölkerungsgruppen nicht vernachlässigt werden dürfen, um größere Abwanderung und damit eine stärkere Überalterung zu verhindern. Projekte der Partnerschaft für Demokratie müssen daher bereits jetzt schon entsprechende Akteure dieser Bevölkerungsgruppe stark in bestehende Netzwerkstrukturen einbinden und neue Akteure dazu gewinnen. Darüber hinaus steht die Erwerbstätigkeit häufig in direkten Wettbewerb mit ehrenamtlichem Engagement sowie Partizipation an entsprechenden Projekten der Partnerschaft für Demokratie. Hieraus resultiert die Herausforderung gerade auch diese Bevölkerungsgruppe für die Partnerschaft für Demokratie zu mobilisieren.

5.2.5 Weitere Erklärungen und Variablen, die nicht berücksichtigt werden können.

Über die bereits beschriebenen Erklärungsansätze zur Mobilisierung demokratiegefährdender und demokratiefeindlicher Einstellungen hinaus, gibt es auch noch weitere räumliche Kontexte, die einen Einfluss besitzen können. Aufgrund der dafür vorhanden Datenlage kann auf diese nicht näher statistisch eingegangen werden, allerdings seien sie im Folgenden kurz dargestellt, um der Partnerschaft für Demokratie potenziell unbekannte Einflussnahmen aufzuzeigen und für diese im kommunalen Kontext zu sensibilisieren.

Erstens, greifen insbesondere extrem Rechte Akteure entlang Bedrohungsnarrativen häufig auf lokale räumliche Strukturen zurück. Abhängig davon, inwiefern diese Strukturen in der Gemeinde und den Nachbargemeinden vorhanden sind, können diese Narrative ein höheres Mobilisierungspotential aufweisen, in dem die entsprechenden Strukturen als vermeintlicher Beweis der Bedrohung wahrgenommen wird. Beispiele für solche Strukturen sind bspw. Unterkünfte für geflüchtete Menschen (Bratti et al. 2020; Stecker & Debus 2019), internationale Grenzübergänge (Jäckle et al. 2018: 539), Moscheen (Gravelle et al. 2021), aber bspw. Windkraftanlagen (Otteni & Weißkircher 2022). Unabhängig davon, ob es lokale Akteure gibt, die diese Narrative öffentlichkeitswirksam benutzen ist es hier zentral die gesellschaftlichen Diskurse auch auf Bundesebene bzgl. solcher Räume, Orte und

Strukturen kritisch im Auge zu behalten, um frühzeitig in lokalen Projekten entsprechenden Narrativen entgegen treten zu können. Studien konnten hier bereits aufzeigen, dass solche Narrative, wenn Sie sich lokal in der Bevölkerung konsolidieren, das Potential besitzen Gewalt gegen entsprechende, in den Narrativen diffamierte, Gruppen zu fördern (Schilling & Stillman 2024; Jäckle & König 2017).

Zweitens sind die politischen Angebote insbesondere extrem rechter Akteure von unterschiedlicher Attraktivität abhängig von der Geschlechtszugehörigkeit, während unterschiedliche Narrative und Angebote jeweils im Durchschnitt tendenziell unterschiedlich attraktiv für unterschiedliche Geschlechter sind (Berwing et al. 2019: 117; Leidinger & Radvan 2018; Steinmetz & Asbrock 2024: 172f.; Oshri et al. 2023). Entsprechend ist es notwendig für die Partnerschaft für Demokratie auch hier lokale und nationale Diskurse und ihre Gendersensibilität zu berücksichtigen, um entsprechende Angebote daran anknüpfen zu können[10]. Weiterführend haben Männer entlang des zunehmenden Verlusts ihrer geschlechtsgebunden Privilegien im Rahmen der Liberalisierungs- und Modernisierungsprozesse eine höhere Wahrscheinlichkeit das Gefühl fehlender sozialer Anerkennung zu entwickeln, sodass sie volatiler für demokratiegefährdende Narrative des Antifeminismus sind sowie grundlegender Narrative der Retraditionalisierung und restorativen Nostalgie (Gidron & Hall 2017: 65).

Drittens spielen auch historische Sozialisationsprozesse eine zentrale Rolle für die Konsolidierung demokratiefeindlicher und demokratiegefährdender Einstellungen, so zeigt sich bspw., dass insbesondere dort, wo die NSDAP in den 1930er Jahren hohe Wahlergebnisse erzielen konnte auch heute noch eine überdurchschnittliche Zustimmung für extrem Rechte Ideologeme und Parteien vorherrscht (Cantoni et al. 2019; Schulte-Cloos 2022; Kölzer et al. 2025; Kroh et al. 2022). Die Sozialisierung damit zusammenhängender Einstellung und Ideologeme über Familien und die kommunale Gemeinschaft können hier zentrale Träger und Gegenspiel für Projekte der Partnerschaft für Demokratie sein.

5.3 Politische Situation vor Ort

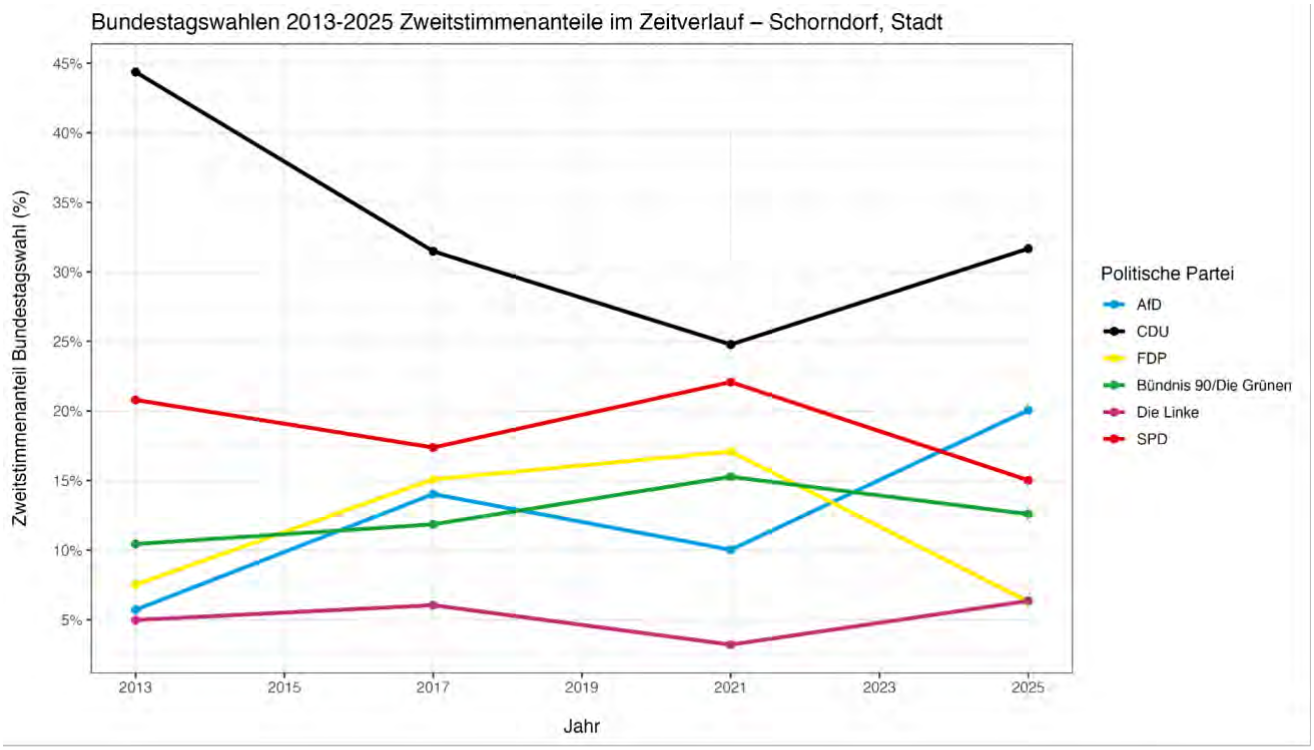
Wie bereits beschrieben können Wahlergebnisse als Indikatoren für die Komposition unterschiedlicher Einstellungsmuster auf kommunaler Ebene verwendet werden. Insbesondere unter der Wählerschaft der AfD sind demokratiegefährdende Einstellungen wie Syndrome gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die Ablehnung der Idee liberaler Demokratie sowie Kernideologeme des Rechtsextremismus wie Nativismus, Ethnozentrismus und Nationalismus in signifikanter Häufigkeit und Intensität vertreten (Decker et al. 2024: 55ff.; vgl. Kapitel zu Metatrends.

Um die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Potentiale für diese Einstellungen, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden in Baden-Württemberg kontextualisieren zu können kann auf den harmonisierten Datensatz der Bundestagswahlen der German Election Database (Heddesheimer et al. 2025) zurückgegriffen werden. Basierend auf den Daten der bisherigen Bundeswahlleiter:innen adjustiert dieser Datensatz die verfügbaren Daten zu den Zweitstimmenanteilen bei den Bundestagswahlen auf kommunaler Ebene entlang gemeinsamer Briefwahlbezirke. Im Gegensatz zu der amtlichen Statistik bezieht der Datensatz somit auch Briefwahlstimmen für die Gemeinden ein, die keinen eigenen Briefwahlbezirk besitzen (ebd.). Hierfür werden die Briefwahlstimmen aus gemeinsamen Briefwahlbezirken entlang der Anzahl der Briefwähler der jeweiligen Gemeinden in dem gemeinsamen Briefwahlbezirk gewichtet und abhängig davon auf die einzelnen Gemeinden verteilt

10 Auf räumlicher Ebene weisen Geschlechteranteile in Baden-Württembergs Gemeinden kaum Varianz auf, sodass auf eine entsprechende graphische Darstellung verzichtet wurde.

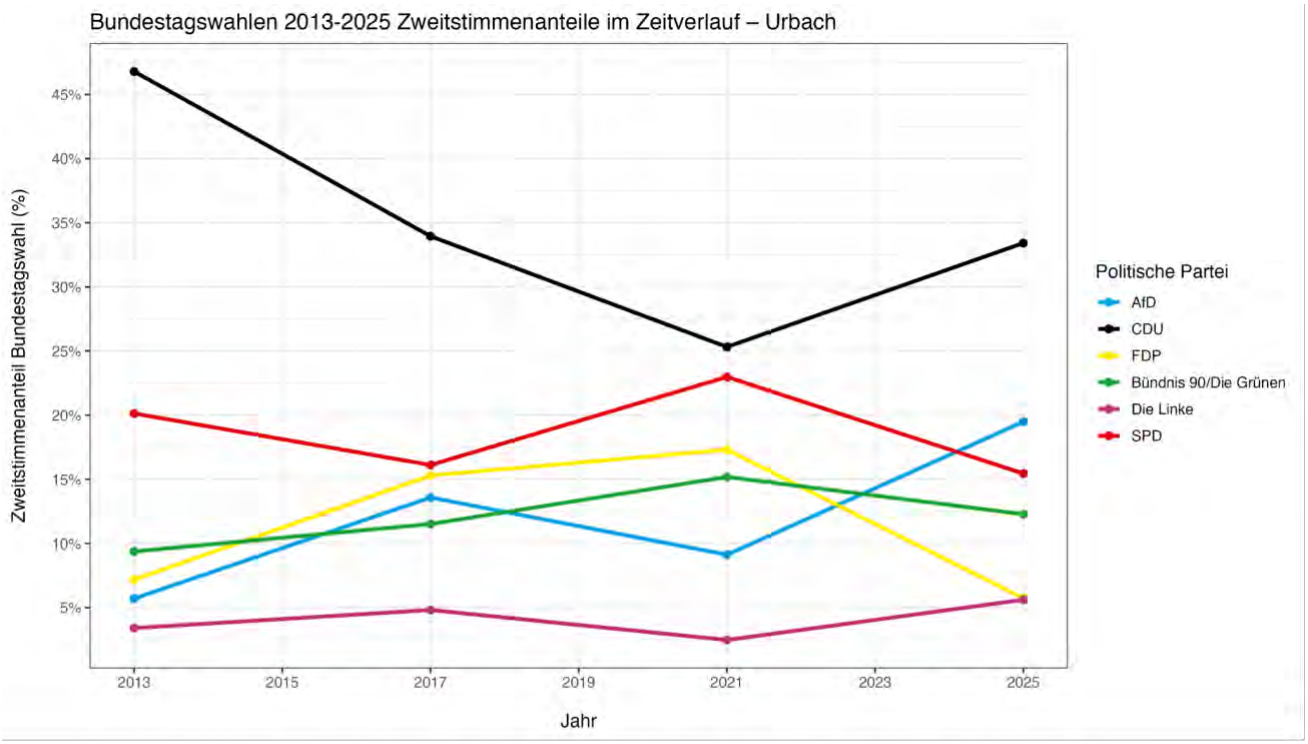
(ebd.: 7). Entsprechend verhindert der Datensatz größere Verzerrungen, die durch die Vernachlässigung dieser Briefwahlstimmen auf kommunaler Ebene entstehen könnten.

Betrachtet man in einem ersten Schritt die zeitliche Veränderung im kommunalen Wahlverhalten Schorndorfs und Urbachs entlang der Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen von 2013-2025 (Abbildung 20 und Abbildung 21), so gibt es in der Komposition der Parteiwahl sowohl in der aktuellen Bundestagswahl als auch in der Vergangenheit nur marginale Unterschiede zwischen den Gemeinden. Darüber hinaus folgen die beiden Gemeinden im Zeitverlauf stark den bundesweiten Trends. Obwohl die CDU zwischen 2013-2021 mit einem Rückgang von ca. 20 Prozentpunkten die größten Zustimmungsverluste verzeichnet, so ist sie 2025 mit einem Abstand von ca. 10 Prozentpunkten immer noch die Partei, welche die absolut höchste Zustimmung erfährt und dabei im bundesweiten Vergleich mit 31.67% in Schorndorf bzw. 33.42% in Urbach immer noch weit über dem bundesweiten Durchschnitt liegt. Auf der anderen Seite verweist die extrem Rechte AfD im historischen Verlauf die größten Zugewinne und konnte trotz einer Stagnation zwischen 2017-2021 insbesondere zwischen 2013-2017 sowie zwischen 2021-2025 ihrer Zustimmung erst jeweils fast verdreifachen und dann nach einem kleinen Rückgang nochmal verdoppeln. Dabei liegt die Partei zum Bundestagswahl 2025 entlang des Zweitstimmenanteils in beiden Gemeinden im bundesweiten Durchschnitt bei ca. 20%. Ebenfalls dem bundesweiten Trend folgend musste, zwischen 2021-2025, die FDP in Schorndorf und Urbach zur Bundestagswahl 2025 die größten Verluste in der Zustimmung hinnehmen (ca. -11-12 Prozentpunkte). Positionen des politischen linken Spektrums von der SPD, über das Bündnis90/Die Grünen bis zur Partei Die Linke folgen in der Entwicklung ebenfalls dem bundesweiten Trend und bleiben auch im historischen Zeitverlauf relativ stabil. Die Ausnahme für diese vergleichsweise hohe Stabilität stellt hier die SPD dar, die zwischen 2021-2025 einen Rückgang in der Zustimmung von ca. 7 Prozentpunkten verzeichnet.



Wahljahr	Wahlbeteiligung (%)	CDU (%)	SPD (%)	Bündnis90/Die Grünen (%)	FDP (%)	Die Linke (%)	AfD (%)
2013	74.77	44.37	20.79	10.43	7.51	4.97	5.7
2017	78.13	31.48	17.37	11.85	15.09	6.03	14.02
2021	77.67	24.78	22.08	15.27	17.08	3.2	10.02
2025	82.94	31.67	15.02	12.58	6.3	6.34	20.05

Abbildung 20: Bundestagswahlergebnisse in Schorndorf im Vergleich



Wahljahr	Wahlbeteiligung (%)	CDU (%)	SPD (%)	Bündnis90/Die Grünen (%)	FDP (%)	Die Linke (%)	AfD (%)
2013	78.36	46.79	20.13	9.38	7.18	3.41	5.7
2017	81.13	33.95	16.12	11.52	15.3	4.81	13.58
2021	81.02	25.32	22.98	15.19	17.31	2.48	9.12
2025	85.6	33.42	15.45	12.29	5.74	5.61	19.49

Abbildung 21: Bundestagswahlergebnisse in Urbach im Vergleich

Vergleicht man die kommunalen Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2025 in Schorndorf und Urbach weiterführend mit den entsprechenden Wahlergebnissen der Gemeinden in Baden-Württemberg (Abbildung 22), so zeigt sich die vergleichsweise hohe Zustimmung für sozialdemokratische und weiterführende, linkere Positionen. So gehören die beiden Gemeinden sowohl im Fall der Zustimmung für Positionen der SPD, der Partei Bündnis90/Die Grünen sowie der Partei Die Linke zu den 28% der Gemeinden in Baden-Württemberg mit den höchsten Zweitstimmen-anteilen für die Parteien bei der Bundestagswahl 2025. Gleichzeitig drückt sich dies aufgrund der relativ dichten Verteilung in den Wahlergebnissen dieser Parteien innerhalb Baden-Württembergs in nur leicht höheren, sich aufaddierenden Zustimmungswerten im Vergleich zum landesweiten kommunalen Median aus. Im Fall der Partei Bündnis90/Die Grünen liegt die Zustimmung hier ca. 2.4 Prozentpunkte über dem kommunalen Median Baden-Württembergs, während sie im Fall der SPD ca. 1.5 Prozentpunkte über dem Median liegt. Noch kleiner ist die absolute, überdurchschnittliche Zustimmung für die Partei Die Linke, insbesondere für Urbach. Schorndorf hingen liegt auch hier ca. 1.5 Prozentpunkte über dem Median. Entsprechend diametral dazu findet sich im baden-württembergischen Vergleich der beiden Kommunen eine schwächere Zustimmung zu Positionen der konservativeren CDU sowie zu Positionen der extrem rechten AfD. Während im Fall der AfD die beiden Gemeinden ca. 1.5 Prozent unter dem kommunalen Landesmedian liegen und im bundesweiten Durchschnitt verbleiben, liegen auch im Falle der CDU sowohl Schorndorf als auch Urbach unter dem baden-württembergischen, kommunalen Median, allerdings noch deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Die Zustimmung für die Parteien

der FDP verhält sich ähnlich wie die Zustimmung für die Partei die Linke, wobei sich auch hier beide Gemeinden über dem kommunalen Landesmedian befinden.

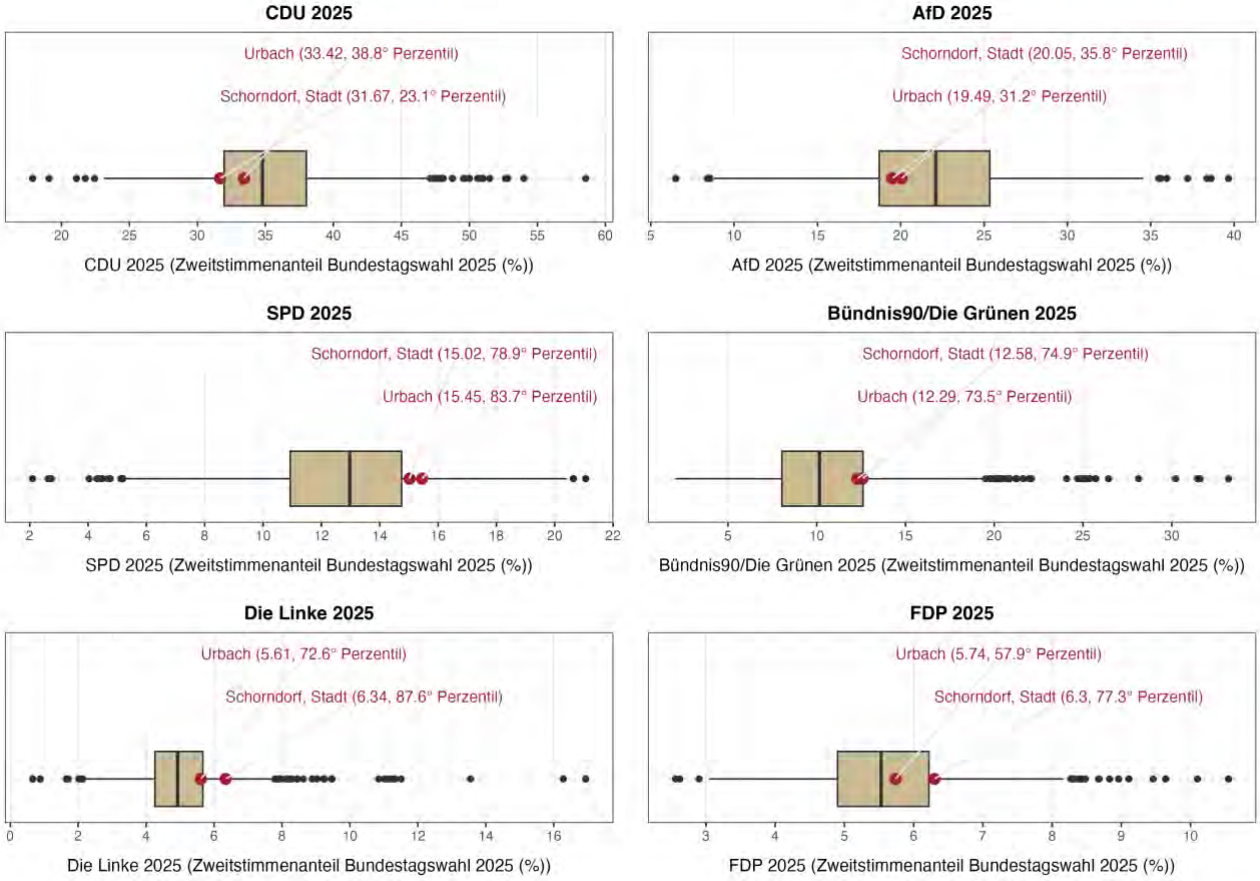


Abbildung 22: Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl im Vergleich

Die Betrachtung der politischen Situation entlang des Wahlverhaltens und sich darin spiegelnden Einstellungen in Schorndorf und Urbach zeigt damit insbesondere im Vergleich zu anderen Gemeinden in Baden-Württemberg die vergleichsweise hohe Vielfältigkeit politischer Positionen auf. Mit Bezug auf die Interviewsituation und die Wahrnehmung der politischen Stimmung ist es hier notwendig insbesondere in der Förderung von Projekten der Partnerschaft für Demokratie Einigkeit zu demonstrieren, um zivilgesellschaftliche Akteure nicht in ihrem Partizipationswillen abzuschrecken. Gleichzeitig gilt es die Akteure der demokratischen Parteien entsprechend in der Partnerschaft zu repräsentieren und zur Partizipation anzuregen.

5.4 Aktuelle Erfolge extrem rechter Parteien in Baden-Württemberg: Die AfD

Demokratieskepsis und Demokratiefeindlichkeit äußern sich nicht nur in Einstellungen. Ganz konkret sind die Wahlergebnisse extremer Parteien ein guter Indikator für solche Entwicklungen. Sie stellen einen Indikator auf Makroebene dar, in welchen Regionen und Gemeinden besonders starke Unzufriedenheit vorherrscht. Daher lohnt sich insbesondere für eine Situationsanalyse ein Blick auf die Wahlergebnisse extremer Parteien und der Erklärungsansätze für deren Erfolge. Während extrem linke Parteien in Baden-Württemberg bislang mit wenigen Ausnahmen auf lokaler Ebene kaum eine Rolle spielen, gibt es mit der Partei „Alternative für Deutschland“ eine Partei, die als rechtsextremistischer Verdachtsfall (vgl. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen 2024) zum Spektrum der

extrem rechten Parteien gehört und aufgrund ihrer letzten Wahlerfolge auf kommunaler, Landes- und Bundesebene von besonderer Bedeutung bei der Analyse extrem rechter Parteien ist. Die in weiten Teilen offen völkisch-nationalistische, fremdenfeindliche Alternative für Deutschland (AfD) ist die (eigentliche) Gewinnerin der Bundestagswahl 2025, bei der mit 83,5 Prozent Wahlbeteiligung ein seit 1990 nicht mehr erreichtes Niveau erlangt wurde. Mit einem Zweitstimmenanteil von 20,8 Prozent konnte die AfD ihr Ergebnis im Vergleich zu 2021 (10,3%) gut verdoppeln und realisierte das in Umfragen im Vorfeld der Wahlen prognostizierte Potential. Dabei konnte die AfD vor allem etwa 1,81 Millionen Nichtwähler:innen mobilisieren und von der Union etwa 1,01 Millionen Wähler:innen abziehen. Auch von der FDP (890.000) und der SPD (720.000) konnte die AfD Wähler:innen gewinnen, gab hingegen selbst kaum Wähler:innen ab[11].

In Baden-Württemberg war die Wahlbeteiligung mit 83,4 Prozent ebenfalls historisch hoch. Hier konnte die AfD zweistellig zulegen (+10,2 Prozent), kommt somit auf 19,8 Prozent und bleibt leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt erzielte sie in allen 1101 Gemeinden Zugewinne sowohl bei den Erst- als auch den Zweitstimmen. Die Zweitstimmenanteile konnte sie dabei fast überall verdoppeln, allerdings kein Direktmandat erringen. In 67 Gemeinden in Baden-Württemberg kommt die AfD auf über 30 Prozent. In 40 Gemeinden stellt sie die stärkste Kraft und in insgesamt 654 von 1.101 Gemeinden liegt sie sogar über dem Bundesergebnis von 20,8 Prozent. Sie bleibt hingegen in insgesamt zehn Gemeinden unter zehn sowie in weiteren 78 Gemeinden unter 15 Prozent. Dazu gehören unter anderen Ulm (13,60%), Esslingen (12,99%), Karlsruhe (13,73%), Stuttgart (11,35%), Konstanz (9,91%), Heidelberg (8,81%) und Freiburg (8,75%). In 97 Gemeinden gewann sie zwischen 15 und 20 Prozentpunkte und in weiteren 677 zwischen 10 und 15 Prozentpunkte hinzu.

Die Wahlergebnisse der AfD sind räumlich ungleichmäßig verteilt. Es zeigen sich wie schon bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024[12], den Bundestagswahlen 2021[13] und den Landtagswahlen 2021 deutliche räumliche Muster, die sich jedoch gravierend verschärft haben: Die eher ruralen Gebiete rücken nach rechts, die urbanen Zentren bleiben weitgehend resilient. In Abbildung 1 ist zu erkennen, dass insbesondere die großen und international wie universitär geprägten Städte und ihr Umland vergleichsweise resilient gegenüber der AfD sind: Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz und Ulm, insbesondere aber der Großraum Freiburg und sowie die Regionen Stuttgart und Tübingen weisen deutlich niedrigere AfD-Ergebnisse auf als der Rest des Landes. Besonders gute Ergebnisse erzielt die AfD in den eher ländlich geprägten Räumen Nordschwarzwald inklusive Pforzheim-Stadt, Schwarzwald-Baar, Zollernalb, Schwäbische Alb, Schwäbischer Wald und Hohenlohe. Letztere weisen fast durchgehend mehr als doppelt so hohe Werte auf wie die Zentren.

Und auch bei der Zunahme der Stimmenanteile finden sich erneut die fast identischen Muster. Die weitaus höchsten Zuwächse hat die AfD in den Regionen, in denen sie ohnehin schon stark war, während die Zugewinne in den urbanen Zentren sehr gering ausfallen. Damit vertieft sich die Kluft zwischen ruralen und urbanen Räumen weiter und trägt zu einer Polarisierung der Gesellschaft bei, die in einigen Kommunen an den Rändern oder Übergängen zwischen den beiden Raumtypen exemplarisch greifbar wird.

11 Vgl. https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2025-02-23-BT-DE/analyse-wanderung.shtml; 23.12.2025
12 https://uni-tuebingen.de/de/282585; 23.12.2025
13 https://uni-tuebingen.de/de/282576; 23.12.2025

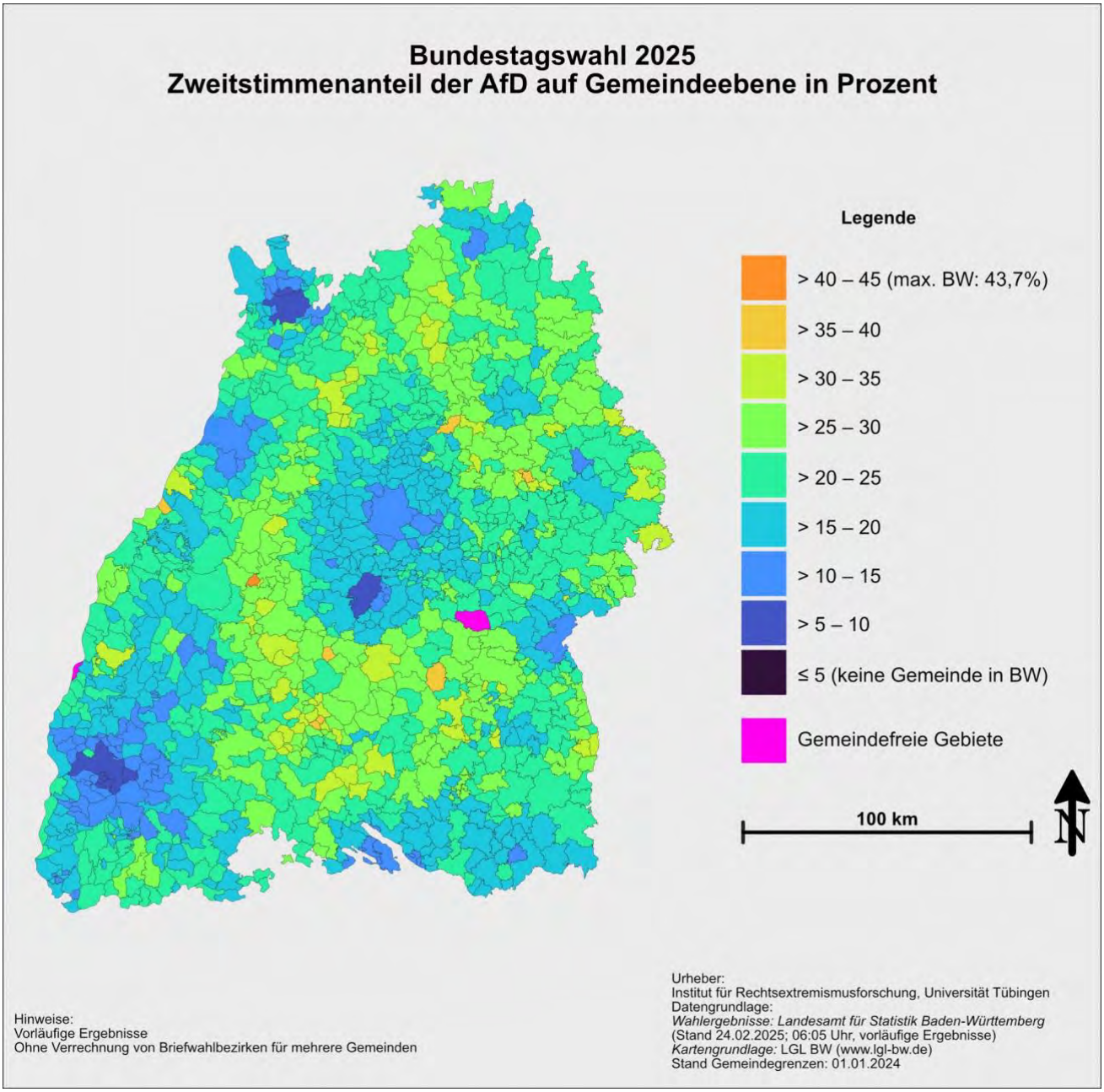


Abbildung 23: Zweitstimmenanteil der AfD in Baden-Württemberg bei der Bundestagswahl 2025

5.4.1 Strukturdatenanalysen und die Erklärung extrem rechter Wahlerfolge

Die Erfolge extrem rechter Parteien wurden in der Vergangenheit anhand verschiedener Ansätze erklärt, wie etwa denen zu Modernisierungsverlierern, sozialstruktureller Ungleichheit, kulturellen Bedrohungen, Nationalismus oder dem Gegensatz von Kommunitarismus und Kosmopolitismus (vgl. Pickel 2019). Auch wenn gesellschaftliche Entwicklungen ursächlich für diese Phänomene sind, werden sie meist auf der Ebene der Menschen, ihrer Einstellungen und Meinungen untersucht. Im Unterschied dazu verwenden wir Strukturdaten, also Daten, die die Eigenschaften, den Aufbau und die Organisation einer Gebietskörperschaft beschreiben. Für die Analyse der Wahlerfolge der AfD bei der Bundestagswahl 2025 haben wir wie schon für die Bundestagswahl 2021[14] solche Daten auf

14 https://uni-tuebingen.de/de/282576; 23.12.2025

Gemeindeebene verwendet. Dazu gehören Daten zu Siedlungsstruktur, Soziodemographie, Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur und Nahversorgung[15]. Kurz, all die Dinge, die eine Gemeinde ausmachen und somit das Lebensumfeld der Menschen prägen. Mit insgesamt dreizehn Variablen können wir für Baden-Württemberg 27,5 Prozent der Varianz des AfD-Wahlergebnisses bei den Bundestagswahlen 2025 erklären, ohne allerdings durchschnittliche Wahlentscheidungseffekte auf der Ebene der Individuen abbilden zu können. Das von uns verwendete Modell umfasst 12 Einzelvariablen und eine Faktorvariable. Eine detaillierte Beschreibung der Variablen inklusive Datenquelle findet sich im Anhang.

Tabelle 1: Variablen in der Regressionsanalyse

Dimension	Variable
Siedlungsstruktur	Einwohner:innendichte (EW/km2)*
Soziodemographie	Wanderungssaldo je 1000 Einwohner:innen
	Bevölkerungsanteil der 18-25-Jährigen (in %)
	Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen (in %)
	Bevölkerungsanteil Männer (in %)
	Bevölkerungsanteil römisch-katholische Religionsgemeinschaft (in %)
	Ausländer:innenanteil (in %)
Wirtschaft	Durchschnittliche Kaufkraft pro Einwohner:in (in 1000€)
	Steuerkraft pro Einwohner:in (in €)*
	Arbeitslose je 1000 Einwohner:innen
Infrastruktur	Durchschnittliche Luftdistanz zur nächsten ÖPNV-Haltestelle*
	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten IC/ICE-Bahnhof (in Minuten)
	Infrastrukturelle Nahversorgung (Faktorvariable)**

*Variable wurde aufgrund schiefer Verteilung logarithmiert. Die Koeffizienten sind daher entsprechend zu interpretieren
**Der Faktor besteht aus einwohnergewichteter Distanz zum nächstliegenden Supermarkt/Discounter, Grundschule und Apotheke. Hauptkomponentenanalyse, (Baden-Württemberg: KMO: 0,68; Bartlett: signifikant auf >0,0001-Niveau)

Die Variablen wurden in einem linearen Regressionsmodell auf Einflussgröße und Signifikanz getestet. Die Regression wurde auf Autokorrelation, Heteroskedastizität und Multikollinearität geprüft. Während erstere beide nicht vorliegen, findet sich Multikollinearität zwischen den Variablen Ausländeranteil und Arbeitslosigkeit (r=0.69). Ohne für die Arbeitslosigkeit zu kontrollieren, hat der Ausländer:innenanteil mit einem Regressionskoeffizienten von 0,7 einen höchstsignifikanten positiven Einfluss auf das Wahlergebnis der AfD. Wird für Arbeitslosigkeit kontrolliert, dann wird der Zusammenhang negativ und nicht signifikant. Welche kausalen Effekte hinter diesem Befund stecken, ist nur schwer zu interpretieren. Er bedeutet jedenfalls nicht, dass Ausländer:innen häufig AfD wählen oder arbeitslos sind, da es sich dabei um Strukturdaten handelt. Solche und ähnliche Rückschlüsse wären so genannte ökologische Fehlschlüsse.

15 Ähnliche Modelle verwenden beispielsweise Kiess und Dilling (2024a;b) für die Landtagswahlen und Europawahlen in Sachsen.

5.4.2 Strukturdatenanalyse für den Erfolg der AfD für Baden-Württemberg

Betrachtet man die Analyse für Baden-Württemberg, so wird klar, dass sowohl Siedlungsstruktur als auch zentrale Variablen der Soziodemographie, Wirtschaft und Infrastruktur signifikant zur Erklärung des AfD-Wahlergebnisses beitragen. Lediglich die Variablen Bevölkerungsanteil der 18-25-Jährigen (p: 0,295), Wanderungssaldo (p: 0,432); Ausländer:innenanteil (p:0,738), Steuerkraft pro Einwohner:in (p: 0,721) und Nahversorgung (p: 0,262) sind nicht signifikant. Während vier der fünf Variablen schon im Modell von 2021 nicht signifikant waren, ergibt sich eine zentrale Änderung: Hatte der Ausländeranteil für das Jahr 2021 noch signifikant negativen Einfluss auf die Wahl der AfD, so ist er für das Jahr 2025 nicht mehr signifikant.

Tabelle 2: Ergebnisse der Regressionsanalyse für Baden-Württemberg 2025

Dimension	Variable	Standardisierter Regressionskoeffizient
Siedlungsstruktur	Einwohner:innendichte	--
Soziodemographie	Wanderungssaldo	
	Bevölkerungsanteil 18-25-Jährige	
	Bevölkerungsanteil über 65-Jährige	--
	Bevölkerungsanteil Männer	++
	Bevölkerungsanteil röm.-kath. Rel.	--
	Ausländer:innenanteil	
Wirtschaft	Durchschnittliche Kaufkraft pro EW	--
	Steuerkraft pro EW	
	Arbeitslose je 1000 EW	++
Infrastruktur	Durchschnittliche Luftdistanz zur nächsten ÖPNV-Haltestelle	+
	Durchschnittliche PKW-Fahrzeit zum nächsten IC/ICE-Bahnhof	+
	Infrastrukturelle Nahversorgung	

Nicht signifikante Effekte sind in der Tabelle nicht aufgeführt. + zeigt positive Zusammenhänge an, - zeigt negative Zusammenhänge an. Die Anzahl der Zeichen zeigt die unterschiedliche Stärke an.

Wie Tabelle 2 verdeutlicht, finden sich folgende Einflüsse:

- Jeweils signifikant negativ wirken sich vier Variablen auf das AfD-Wahlergebnis aus: Je höher jeweils die Einwohner:innendichte, der Anteil der über 65-Jährigen, der Anteil der Mitglieder der römisch-katholischen Religionsgemeinschaft und die Kaufkraft, desto niedriger ist das AfD-Wahlergebnis.
- Die Variablen Kaufkraft sowie die nicht signifikanten Variablen Ausländer:innenanteil, Steuerkraft und ÖPNV-Dichte lassen sich als direkte oder indirekte Effekte der Siedlungsstruktur interpretieren: Je urbaner die jeweilige Kommune, desto schwächer die AfD.
- Dies wird auch durch eine separate Analyse der Nahversorgung unterstützt. Wird diese in einer eigenen Regressionsanalyse untersucht, ist deren Erklärungskraft signifikant und bleibt dies

auch bei der Verwendung von Kontroll-variablen. Je besser die Nahversorgung, desto niedriger die AfD-Ergebnisse.

- Der Katholik:innenanteil hingegen verweist auf eine starke Wertebindung, ist in bestimmten Regionen höher und zahlt dort auch auf die Resilienz ländlicher Räume ein, etwa in Südbaden und Teilen Oberschwabens.
- Jeweils positiv auf das AfD-Wahlergebnis wirken sich der Männeranteil, der Anteil Arbeitsloser, die Distanz zu Bahnhöfen und ÖPNV-Haltestellen aus. Je höher diese sind, desto höher der AfD-Anteil. Dies sind Hinweise darauf, dass die entsprechenden Kommunen sozial wie ökonomisch von der Modernisierung abgehängt sind. Hinzu kommen persönlichkeitspsychologische und soziologische Faktoren in Hinblick auf den Männeranteil, wie etwa die Sozialisation.

Das Modell bleibt insgesamt weitestgehend stabil und erklärt mit 27,5 Prozent sogar etwas mehr Varianz als für das Jahr 2021 (26,0 Prozent). Besonders auffällig ist, dass sich die standardisierten Beta-Koeffizienten für Einwohnerdichte und für den Anteil der über 65-Jährigen sowie für den Männeranteil für das Jahr 2025 vergrößert haben. Für sich genommen sind diese Veränderungen zwar mit Vorsicht zu interpretieren, nimmt man sie allerdings zusammen mit den Wahlergebnissen der AfD in den Blick, so ergeben diese Entwicklungen der Koeffizienten Sinn. Denn die AfD schneidet überdurchschnittlich gut bei Männern ab, während sie die geringsten Zuwächse in urbanen Räumen sowie bei den Älteren hat. Sollten gesellschaftliche Polarisierungseffekte innerhalb der Gesellschaft existieren, dann könnte man erwarten, dass sich diese auch entlang der Unterschiede in den sozio-ökonomischen, kommunalen Strukturen intensivieren.

Auch wenn eine Auftrennung der Effekte entlang des Individuums auf der einen Seite und seiner Umwelt auf der anderen Seite nicht möglich ist, gibt die Regression Hinweise auf die Wirkmächtigkeit regionaler und lokaler Faktoren. Darüber hinaus verweisen sowohl die Varianzaufklärung als auch die Wahlergebnisse auf Faktoren, die über Strukturdaten nur unzureichend erfassbar sind, zumal die Strukturdaten in den meisten Variablen nur minimale Schwankungen aufweisen. Interessanterweise zeigen sich sogar in den Daten für die Wahl 2025 höhere Mittelwerte für die Kaufkraft und die Steuereinnahmen sowie ein niedrigerer Arbeitslosenanteil. Diese ökonomischen Daten entwickeln sich also in eine Richtung, die der AfD-Wahl abträglich ist. Diese Befunde verweisen umso mehr auf Faktoren, die auf der Einstellungs- und Meinungsebene liegen und die den objektiven Gegebenheiten womöglich zuwiderlaufen. Dies dürfte insbesondere für eine gefühlte ökonomische Deprivation sowie Abstiegsängste gelten. Betrachtet man zudem die regionalen Muster der AfD-Ergebnisse, verfestigt sich der Eindruck, dass hier auch sozialisatorische Effekte der Weitergabe sowie der Normalisierung rechtsextremer Ideologeme und mithin die regionale politische Kultur von besonderer Bedeutung sind.

5.4.3 Welche Aussagen bezüglich des Wahlerfolgs der AfD sind auf der Basis von Strukturdaten möglich?

Die Analyse von Strukturdaten ermöglicht eine Vorhersage darüber, wo aufgrund verschiedenster Mechanismen höhere AfD-Zweitstimmenergebnisse zu erwarten sind, ohne Aussagen über den konkreten kausalen Mechanismus zuzulassen. Denn kausale Zusammenhänge können bei Wahlentscheidungen ausschließlich vermittelt über die Wähler:innen laufen. Das durchschnittliche Einhergehen von höheren Arbeitslosenanteilen mit höheren AfD-Zweitstimmenanteilen in einer Gemeinde ist hierfür ein gutes Beispiel. So bedeutet dies nicht notwendigerweise, dass Arbeitslose überdurchschnittlich häufig die AfD wählen, denn es wäre durchaus möglich, dass hohe Arbeitslosigkeit

ihrerseits dazu führt, dass insbesondere erwerbsfähige Menschen hier im Kontakt mit höherer Arbeitslosigkeit Abstiegsängste entwickeln, die von der AfD aufgegriffen werden. Dieses Beispiel verdeutlich zudem auch die notwendigen Abstraktionen, die innerhalb potentieller Erklärungen von Strukturdaten gemacht werden müssen.

Kontexteffekte und Kompositionseffekte

Es ist zudem anhand von Strukturdaten allein nicht möglich, zwischen sogenannten Kompositions- und Kontexteffekten zu unterscheiden. Handelte es sich um Kompositionseffekte, so wären unterschiedliche Wahlergebnisse der Gemeinden das Resultat von Unterschieden in der Zusammensetzung der Individualmerkmale von Bürger:innen in den Gemeinden. Entsprechend hätte die Struktur/der Raum der Gemeinde keine eigene Erklärungskraft. Handelte es sich hingegen um einen Kontexteffekt, dann hätte der Raum bzw. die Struktur der Gemeinde eine selbstständige Erklärungskraft, indem sie die Handlungs- und Erfahrungskontexte der Menschen prägten und dadurch deren Wahrnehmung und letztlich Wahlentscheidung beeinflussten.

Im Rahmen von Kompositionseffekten wäre ein höheres AfD-Zweitstimmenwahlergebnis zum Beispiel dem Umstand geschuldet, dass in entsprechenden Gemeinden mehr Menschen leben, die selbst häufiger Statusverlust und Benachteiligung erfahren haben. Im Rahmen von Kontexteffekten hingegen wäre ein höheres AfD-Zweitstimmenwahlergebnis zum Beispiel dem Umstand geschuldet, dass allgemeine Lebensumstände in entsprechenden Gemeinden durchschnittlich häufiger und unabhängig von der eigenen Situation als Benachteiligung empfunden werden. Hier hätte der Kontext dann einen eigenen Einfluss, sodass Strukturänderungen in der Gemeinde diese potenziell resilienter gegenüber AfD-Wahl machen könnten.

Nimmt man die weiter oben skizzierten Brückenhypothesen hier an, dann können Strukturdaten als wesentliche Bestandteile gesehen werden, die zu Unterschieden in den Wahlerfolgen der AfD führen. Sozio-demographische, ökonomische und infrastrukturelle Entwicklungen können dann als maßgebende Determinanten für die Lebenswelt von Individuen und deren potenziellem Wahlverhalten gesehen werden. Die genannten Faktoren bilden auf Gemeindeebene dabei die alltägliche Lebenswelt von Individuen ab. Die gemachten Erfahrungen und die Wahrnehmungen dieser Alltagswelt können sich durch schlechtere infrastrukturelle Versorgung, sozial-demographische Entwicklung und ökonomische Performanz sowie soziale-kulturelle Angebote verändern. Wenn diese Erfahrungen und Wahrnehmungen zunehmend negativ werden, nähern sie sich den Problem- und Krisenkonstruktionen der AfD an. Deren Lösungsangebote werden attraktiver und Menschen entscheiden sich für die Wahl der AfD. So erzielt die AfD Wahlerfolge.

Inwiefern die Struktur einer Gemeinde auf individueller Ebene tatsächlich auch Einstellungen beeinflusst und inwiefern die weiter oben beschriebenen Kausalmechanismen in einer Gemeinde tatsächlich greifen, kann durch die reine Analyse von Strukturdaten nicht überprüft werden. Auch ist es nicht möglich, auf Basis der Analyse konkrete Rückschlüsse auf das Wahlverhalten einzelner Gruppen innerhalb der Gemeinde zu ziehen. Sprich: statistische Analysen von Strukturdaten stoßen an ihre Grenzen, wenn es um die konkreten Mechanismen vor Ort und auf individueller Ebene geht.

5.4.4 Nach rechts und auseinander. Wie sich die Gräben zwischen ruralen und urbanen Räumen vertiefen.

Die Wahlergebnisse der AfD in Baden-Württemberg und ihre Verteilung bestätigen die These einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung bei gleichzeitiger Radikalisierung der extrem rechten

Kräfte. Die Polarisierung verläuft entlang einer Konfliktlinie, die räumlich und mental zu verstehen ist: Zwischen dem Ruralen und dem Urbanen. Die eher rural geprägten Gebiete und Lebenswelten rücken nach rechts, die urbanen Zentren und Lebenswelten bleiben weitestgehend resilient gegenüber der rechten Versuchung. Dies rückt regionale Produktions-, Kultur-, Denk- und Einstellungsmuster als weitere Faktoren zur Erklärung der Wahlergebnisse in den Mittelpunkt. Ländliche und städtische Gebiete begreifen wir dabei nicht nur als bauliche Siedlungsformen, sondern auch als mentale und soziale Konstrukte, die mit bestimmten Einstellungen, Erfahrungen und Traditionen – kurzum Lebenswelten – einhergehen (vgl. Lefebvre 2013; Förtner et al. 2019). Die in den Karten erkennbaren Muster stellen damit eine „Materialisierung sozialer Prozesse“ (Förtner et al. 2019: 29) dar.

Dass sich diese Muster räumlich zeigen, kann auf die Konzepte von Zentralität und Peripherie zurückgeführt werden (siehe Belina 2022, Lefebvre 2013). Das Urbane entsteht nach diesem Verständnis an Orten mit hoher Zentralität. Zentralität ist dabei als die Konzentration verschiedener Dinge und Ereignisse zu verstehen, die zu Differenzerfahrungen im Aufeinandertreffen des Unterschiedlichen führen. Das Urbane greift dabei durch ökonomische Globalisierung, Infrastrukturausbau, Mobilität und digitalen Medien immer weiter aus. Dem gegenüber steht das Rurale, welches durch die Raumform der Peripherie geprägt ist. Übergänge zwischen Urbanem und Ruralem werden dabei unschärfer, sie verwischen gleichsam. Dies zeigt sich, wenn urbane Raumformen wie Windkraftanlagen in zuvor rural konstruierte Räume eindringen. Und es zeigt sich gleichermaßen, wenn urbane Lebensweisen und -entwürfe wie Wohngemeinschaften, alternative Familienformen, nicht-binäre Identität oder gelebte räumliche und digitale Mobilität vermehrt in zuvor klassisch als rural verstandenen Räumen zu finden sind. Gleichzeitig dringen auch rurale (wenn auch vermutlich in kleinerem Maßstab) Einstellungen und Lebensweisen in urbane Räume ein, etwa durch (arbeitsmarktbedingte) Migration. Und so finden sich letztlich rurale Identitäten und Einstellungen auch in urbanen Kontexten, in denen ihnen die räumlichen Bezugspunkte fehlen.

Dort, wo das ‚Urbane‘ und das ‚Rurale‘ sich gegenseitig in Frage stellen, entstehen Konfliktpotentiale. Dies geschieht insbesondere dann, wenn zuvor rurale Räume immer stärkeren Urbanisierungsprozessen ausgesetzt sind und damit eine Wahrnehmung der Verdrängung des Ruralen verbunden wird. Werden urbane Manifestationen, Merkmale und Eigenschaften wie beispielsweise Globalität, Multikulturalität und Diversität mit negativen Folgen für den ruralen Raum und die mit ihm verbundenen Lebensweisen assoziiert, so bietet das Ansatzpunkte für eine Politisierung von Lebensweisen.

Extrem rechte Parteien setzen in vielerlei Hinsicht auf eine solche Politisierung, indem sie Bedrohungen des ‚Eigenen‘, des ‚Traditionellen‘, des ‚Ländlichen‘ konstruieren und mit extrem rechten Ideologemen verbinden. Das Globale, Urbane, Plurale wird so zu einem Feindbild konstruiert (vgl. Frankenberger et al. 2024). Diese Strategien sind insbesondere bei Personen anschlussfähig, die ein eher kommunitaristisches, partikulares und traditionales Weltbild haben und entsprechende Einstellungen teilen. Umfragen und Wahlergebnisse deuten darauf hin, dass ein solches Weltbild eher von Personen im ruralen Raum geteilt wird, die gleichzeitig von (als negativ wahrgenommenen) Urbanisierungsprozessen betroffen sind. Den Gegenpol, Personen mit kosmopolitischem Weltbild, finden wir hingegen verstärkt an Orten, welche stark von den Urbanisierungsprozessen profitieren bzw. die bereits in vollurbanen Räumen wohnen und das Urbane positiv assoziieren (vgl. Merkel 2019).

Dies bestätigt sich auch in der Analyse der Bundestagswahl 2025: Wir sehen, dass die AfD vor allem im ruralen Raum Stimmen hinzugewinnen konnte, die niedrigsten Zugewinne konnte sie in Universitätsstädten erzielen, also an Orten, denen wir eine hohe Urbanität sowie eine eher

kosmopolitisch geprägte Bevölkerung zuschreiben. Auch insgesamt wird dieses Muster deutlich: Urbane Zentren liegen bezüglich der Zweitstimmen unter dem bundesdeutschen Schnitt der AfD, wobei der Effekt dieser durch Zentralität geprägten Orte in das Umland auszugreifen scheint. Besonders deutlich wird dies im ‚Kerngebiet' Baden-Württembergs, in dem die Zentralität der Landeshauptstadt sowie der kosmopolitisch geprägten Universitätsstadt Tübingen deutlich wird. Die räumliche Nähe zu diesen Zentren, Binnenmigration und die dort anwesenden urban geprägten Personen bzw. der Kontakt zu diesen sind erste Erklärungsansätze, um dieses Ausgreifen des Urbanen und die damit einhergehenden verhältnismäßig niedrigen AfD-Wahlergebnisse zu erklären. Dies steht in starkem Kontrast zu den hohen Wahlergebnissen der AfD im ruralen Gürtel um dieses Kerngebiet. Unserem Erklärungsansatz folgend, sind diese Gebiete mit einer zunehmenden Urbanisierung ihrer zumal rural geprägten Lebenswelt konfrontiert. Dieses Aufeinandertreffen scheint hier jedoch, anders als im direkten Umland von urbanen Zentren, vermehrt zu Konflikten zu führen, welche sich möglicherweise durch die AfD instrumentalisieren lassen und damit eine Politisierung der Lebenswelten ermöglicht.

6. Fallprofil

6.1 Politische und soziale Situation

Der Gemeinderat der Stadt Schorndorf wurde zuletzt 2024 mit einer Wahlbeteiligungsrate von 56,99 Prozent gewählt. Von den 32 Sitzen hat die CDU 10 Sitze im Gemeinderat inne, die SPD 7 Sitze, das Bündnis90/Die Grünen und die Freien Wähler sind beide jeweils mit 5 Sitzen vertreten, die AfD hat 4 Sitze und die Lokalpartei Bürgerstimme Schorndorf (BSS) einen Sitz (Wahlleitung Schorndorf, 2024).

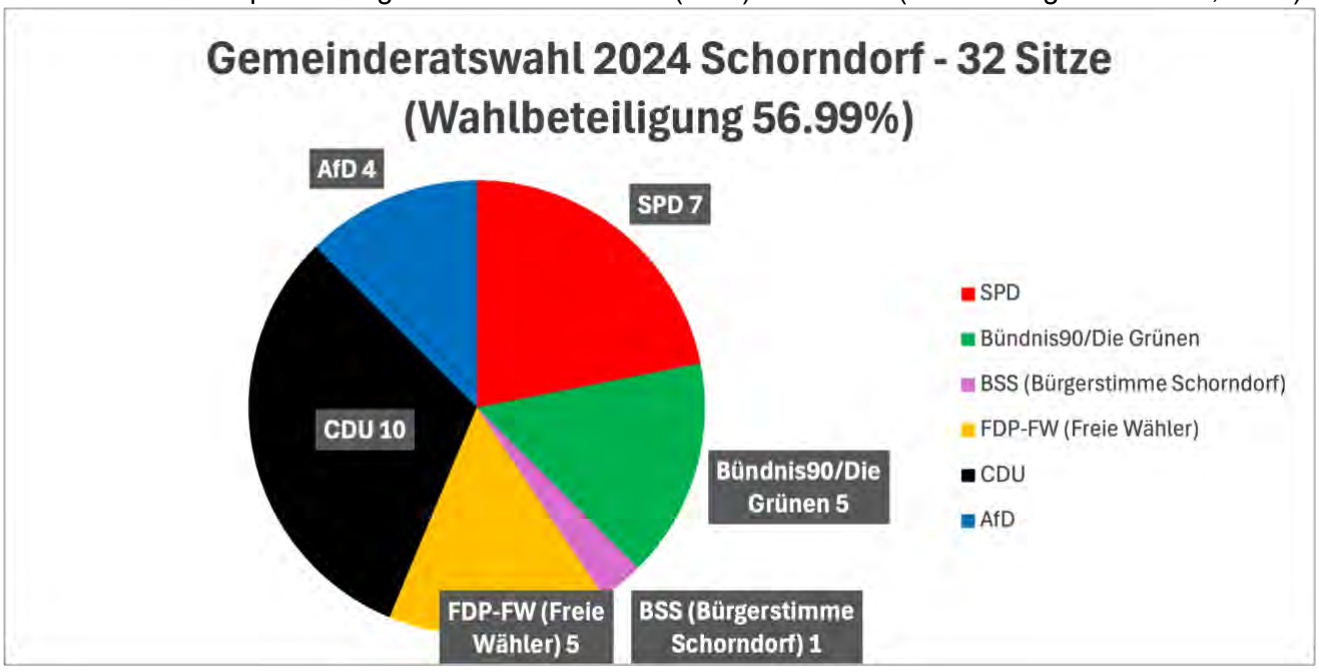


Abbildung 24: Zusammensetzung des Gemeinderats Schorndorf

Der Gemeinderat der Gemeinde Urbach hat 18 Mitglieder, diese wurden mit einer Wahlbeteiligung von 67,28 Prozent gewählt. 8 Sitze konnten sich die Freien Wähler sichern, 4 Sitze die CDU, Bündnis90/Die Grünen und die Bürgerliste Urbach erhielten jeweils zwei Sitze und die SPD und Lokalpartei Junges Urbach haben beide jeweils einen Sitz im Gemeinderat (Wahlleitung Urbach, 2024).

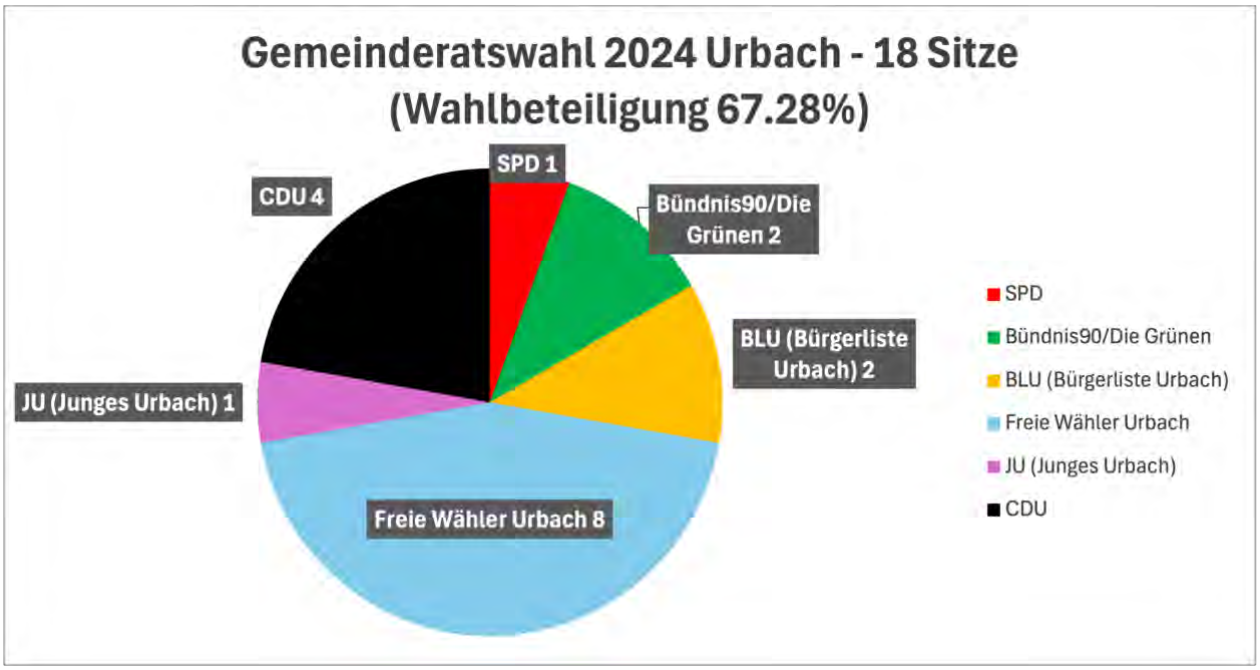


Abbildung 25: Zusammensetzung Gemeinderat Urbach

An der Kreistagswahl nahmen 60,76 Prozent der Bürger:innen des Rems-Murr-Kreises teil. Von 89 Sitzen konnte die CDU hier 25 sichern, die Lokalpartei „Die Freien“ 19 Sitze, Grüne und AfD haben jeweils 12 Sitze erhalten, SPD hat 11 Sitze, FDP-Freie Wähler 8 Sitze, und die ÖDP 2 Sitze (Wahlleitung Rems-Murr-Kreis, 2024).

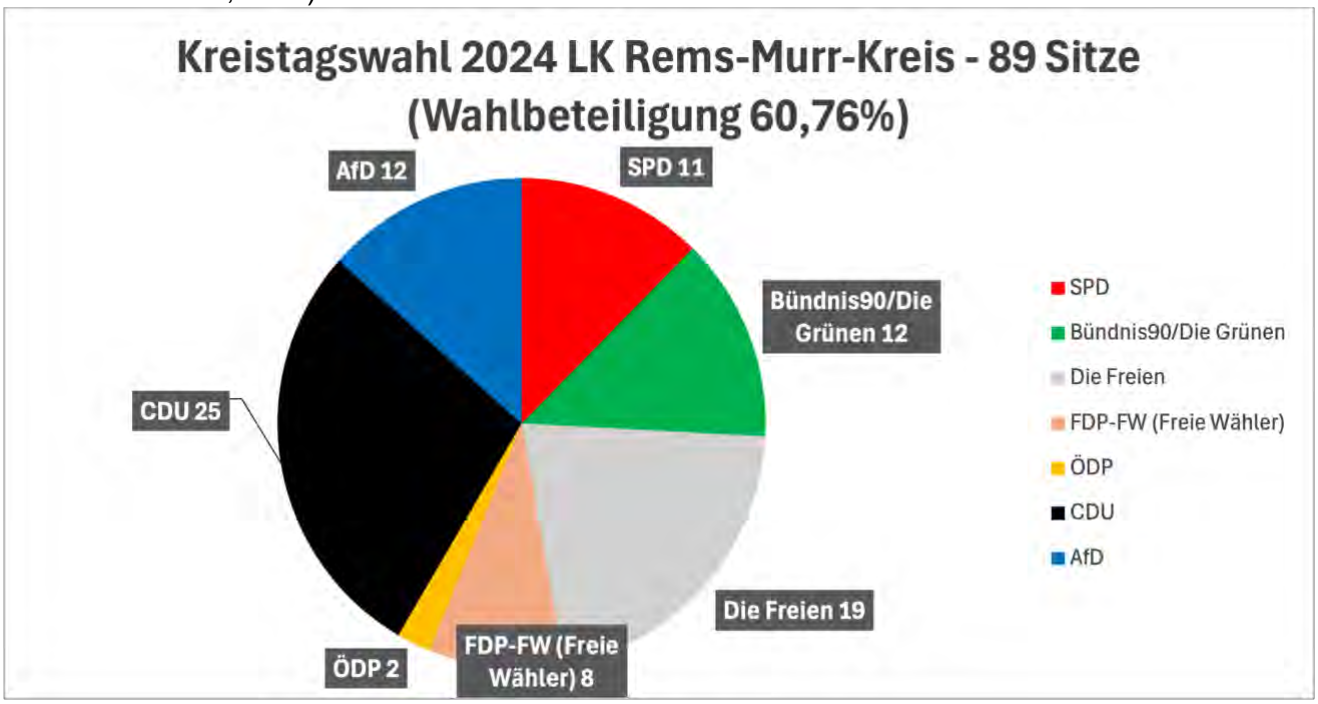


Abbildung 26: Zusammensetzung Kreistag Rems-Murr-Kreis

Gemäß Haushaltsplan 2025/26 der Stadt Schorndorf verfügt diese lediglich über schwache Finanzkraft, was in großem Maße dem geringen Gewerbesteuereinkommen von Schorndorf und insbesondere der Teilorte zu Grunde liege (Stadt Schorndorf, 2025a, S. 22). Im Vergleich sowohl zum Landesdurchschnitt als auch zu anderen großen Kreisstädten des Rems-Murr-Kreises schneidet

Schorndorf eher schlecht ab – mit den geringsten Gewerbesteuereinnahmen des Landkreises nach Weinstadt (ebd., S.23). Eine weitere große finanzielle Belastung für Schorndorf-Urbach ergab sich 2024 zudem aus einem Starkregenereignis, bei welchem es zu hohen Kosten für notwendige Aufräum- und Reinigungsarbeiten kam, die mit den Landeshilfen in Höhe von 3 Mio. Euro nicht ausreichend gedeckt werden konnten (ebd.).

Seit 2020 sind große Schwankungen im Ergebnishaushalt der Stadt Schorndorf feststellbar. Während sich das Ergebnis des Ergebnishaushaltes 2020 noch auf 2.315.500 Euro belief, sank dieses 2021 auf den Tiefststand der letzten 5 Jahre mit einem Negativergebnis von -680.400 Euro (Stadt Schorndorf, 2025a, S. 41). 2022 stieg das Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes auf 62.400 Euro an und 2023 auf 3.939.300 Euro (ebd.; S.16; 41). In Folge des Starkregen-/Hochwasserereignisses von 2024 verschlechterte sich das Ergebnis des Ergebnishaushaltes erneut und betrug am Jahresende -1.001.200 Euro (ebd., S.114). Das veranschlagte Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes für 2025 beträgt -6.202.300 Euro (ebd., S.77). Für den Finanzhaushalt ergab sich 2023 ein Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes aus laufender Verwaltungstätigkeit von 12.921.790 Euro, ein Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -18.093.933 Euro und somit ein Finanzierungsmittelbedarf von -5.172.203 Euro (ebd., S.117). 2023 konnten 3.262.228 Euro Schulden getilgt werden (ebd., 87). Die Kreditermächtigung für 2023 von 22,1 Millionen Euro blieb unangetastet und eine Darlehensaufnahme von 3,5 Mio. Euro wurde auf die Kreditermächtigung des Vorjahres angerechnet (ebd., S.16).

2024 verfügte der Haushalt der Stadt Schorndorf über einen Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes aus laufender Verwaltungstätigkeit von 3.281.173 Euro, einen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -18.789.395 Euro und damit einem Finanzierungsmittelbedarf von -15.508.221 Euro sowie einen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit von -12.312.900 Euro (ebd., S.87). Die Kreditermächtigung von 2023 in Höhe von 22,1 Mio. Euro wurde 2024 vollständig aufgenommen.

2025 veranschlagt der Haushaltsplan einen Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushaltes von 458.500 Euro (ebd.). Der Finanzmittelbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt 16.971.700 Euro, der Finanzierungsmittelbedarf somit -17.430.200 Euro (ebd.). Für das Jahr 2025 hat Schorndorf Kreditaufnahmen in Höhe von 21.796.800 Euro geplant (ebd., S.39). Die für 2025 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen betrugen 64.597.800 Euro (ebd., S.86). Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde für 2025 auf 28.000.000 Euro angesetzt.

Der Schuldenstand von Schorndorf betrug 2022 38,4 Mio. Euro, 2023 dann 38.629.856 Euro, 2024 lag er bei 65.265.933 Euro und 2025 wird mit einem Schuldenstand von 96.514.433 Euro gerechnet, womit Schorndorf schwer verschuldet ist (ebd., S,16; 87). Die Liquidität entwickelte sich von 0,85 Mio. Euro in 2022, zu -8 Mio. Euro in 2023, -17 Mio. Euro in 2024 zu einem Liquiditätsdefizit von -4.825.100 Euro in 2025 und erfuhr somit eine Verbesserung im Vergleich zu den vorherigen Jahren (ebd., S.16; 21; 40).

Für die Gemeinde Urbach beläuft sich das korrigierte geschätzte Gesamtergebnis der Ergebnishaushaltes 2020 auf 1.299.481 Euro, im Jahr 2021 auf -18.118 Euro, 2022 auf 730.928 Euro, 2023 auf -1.229.613 Euro, 2024 auf geplante 1.000.000 Euro und für 2025 ist mit -639.419 Euro ebenfalls ein Negativergebnis veranschlagt (Gemeinde Urbach, 2025, S.13; 15; 17; 19; 21; 23).

Für den Finanzhaushalt ergeben sich für das Jahr 2023 ein Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von 1.058.483 Euro, ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -1.469.257 Euro und damit ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von -

410.773 Euro sowie ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit von -311.661 Euro (ebd., S.66; 68). Für 2024 ergibt sich für den Finanzhaushalt ein veranschlagter Zahlungsmittel-überschuss des Ergebnishaushalts von 522.895 Euro, ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -4.057.219 Euro und damit ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von -3.534.324 Euro sowie ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit von -261.671 (ebd., S.66; 68). Für 2025 ergibt sich im Finanzhaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts von 791.323 Euro, ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von -6.503.218 Euro und damit ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von -5.711.895 Euro sowie ein veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit von 2.738.319 Euro (ebd., S.66; 68).

Der Schuldenstand der Gemeinde Urbach belief sich 2020 auf 8.67.135 Euro, 2021 auf 9.051.119 Euro, 2022 auf 7.954.835 Euro, 2023 auf 7.879.990 Euro, 2024 auf 8.301.803 Euro sowie Ende 2025 planmäßig auf 5.847.122 Euro (ebd., S.14; 16; 18; 20; 22; 50). Für das Jahr 2025 belief sich die Kreditermächtigung von Urbach auf 3.000.000 Euro (ebd., S.7). Die für 2025 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen betrugen 5.680.000 Euro (ebd.). Der Höchstbetrag für Kassenkredite wurde für 2025 auf 2.500.000 Euro festgesetzt (ebd.).

Schorndorf und Urbach weisen aktuell und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren eine zunehmende Verschuldung auf. Diese hat verschiedene Ursachen: Zusätzliche Aufgaben von Land und Bund, die an die Kommunen übertragen werden (bspw. Verluste von Kliniken, steigende Kreisumlage, Unterbringung und Integration von Geflüchteten, Kosten der Ganztagesschulen im Grundschulbereich, Ausbau der Kitaplätze, Schulsozialarbeit, Digitalisierung an Schulen), steigende Energiepreise, Lohnkosten im öffentlichen Dienst, Unterhaltungsaufwendungen für Infrastruktur, sowie Unterstützungszahlungen für die Stadtwerke. Diese Situation wird voraussichtlich in Kürzungen münden, welche Bürger:innen potenziell negativ betreffen werden, was eine Herausforderung für die Demokratie in den Gemeinden sein wird und diese potenziell gefährden kann. Wo genau in Zukunft Einsparungen vorgenommen werden sollen, steht abschließend noch nicht fest, die Ergebnisse einer Haushaltsstrukturkommission sollen im Jahr 2026 in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderats beraten und beschlossen werden. Nach Abzug der entsprechenden Einnahmen wendet Schorndorf jährlich ca. 42 Millionen Euro für Pflichtaufgaben auf, während sich die Freiwilligkeitsleistungen auf ca. 20 Millionen Euro belaufen. Da Einsparungen bei den Pflichtleistungen kaum möglich erscheinen, werden die größten Kürzungen voraussichtlich bei den Freiwilligkeitsleistungen erfolgen. Ein Viertel der Ausgaben für Freiwilligkeitsleistungen entfällt derzeit auf den Bereich kulturelles Leben, also Freizeit- und Sportflächen (z.B. Sportpark Rems), Veranstaltungsräumlichkeiten sowie auf Zuschüsse für Vereine. Ebenfalls fallen die Bäder (Freibäder und Oskar Frech SeeBad) sowie Leistungen im Bereich Bildung in die Kategorie der Freiwilligkeitsleistungen. Insbesondere in diesen Bereichen wird mit Kürzungen zu rechnen sein (Stadt Schorndorf Stadtnachricht 2025).

Schorndorf stellt sich als sozial und lebensräumlich stark segregierte Kommune dar[16]. Seit der „Konzeption für Vielfalt“ von 2014 verändere sich die Stadt zwar, es habe 2014 jedoch „immer noch Quartiere, die von der Bevölkerung und der Stadtverwaltung als „Problemviertel“ wahrgenommen werden“ gegeben. Dies waren damals die Quartiere Wiesenstraße und der Hammerschlag sowie der Teilort Weiler (Aschenbrenner-Wellmann et al., 2014, S.84). Auch heute ist der Schorndorfer Norden

16 https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/aktuelles/stadtnachrichten/stadtnachricht?view=publish&item=article&id=11532

(u.a. Wiesenstraße, Schorndorfer Straße, Hammerschlag) der Stadtteil, auf welchen sich Quartiersentwicklungsprojekte besonders fokussieren und wo sich Einrichtungen wie Geflüchtetenunterkünfte, Obdachlosenheime und die Jugendhäuser der Stadt zentrieren. So beherbergt das Quartier Hammerschlag heute beispielsweise die größte Container-Geflüchtetenunterkunft der Stadt, eine Obdachlosenunterkunft sowie den Jugendtreff Hammerschlag.

Seit 2006 gilt zudem der Teilort Weiler mit der Gaststätte „Linde“ als „Brennpunkt und als Treff von Neonazis“, auch wenn sich die dortige Lage heute vergleichsweise entspannt darstellt. Denn mit dem rechten Treffpunkt hat sich auch die Bürgerinitiative „Weiler gegen Rechts“ gegründet. Die Zeit zwischen 2000 und 2011 war eine besondere für den Rems-Murr-Kreis, was rechte Aktivitäten angeht. Der brutale Angriff von NPD-Anhängern auf einen griechischen Geschäftsmann in der Schorndorfer Innenstadt im November 2000 hat zur Gründung des „Schorndorfer Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ durch engagierte Bürger:innen geführt, das bis heute fortbesteht. Im Rems-Murr-Kreis brannten Asylunterkünfte, es kam zu vermehrten Übergriffen auf Migrant:innen, die Nachbargemeinde Winterbach war jahrelang Skinhead-Treffpunkt, Korb beherbergte mehrfach die Landesparteitage der NPD und 2011 kam es schließlich zu einem lebensgefährlichen Brandanschlag auf Jugendliche mit türkischem und italienischem Migrationshintergrund in Winterbach durch Rechtsextreme.

Auch heute noch verzeichnet der Rems-Murr-Kreis vermehrt rechtsextreme Aktivitäten und liegt dabei im Vergleich zum Ostalbkreis und Landkreis Schwäbisch Hall höher. (BKA, 2025, S.59). Im Vergleich zu den Gesamtstraftaten (-2,4%) und den Straftaten im öffentlichen Raum (-0,2%) ist die politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Rems-Murr-Kreis 2024 laut Kriminalstatistik um 52,9% angestiegen (ebd., S.10). Hierbei ist fast die Hälfte aller PMK-Straftaten rechts motiviert, wie in folgender Abbildung deutlich wird (ebd., S.59).

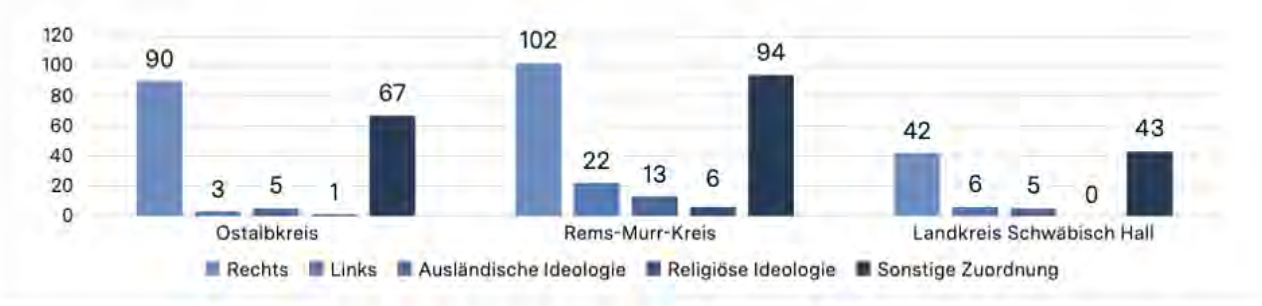


Abbildung 27: Politisch Motivierte Kriminalität im Rems-Murr-Kreis

6.2 Die Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach

Seit 2023 existiert die „Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach“, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird (Stadt Schorndorf, 2025c)[17]. Der Kreisjugendring Rems-Murr e.V. fungiert als Träger der externen Koordinierungs- und Fachstelle der PfD[18] und steht in enger

17 https://www.demokratie-leben.de/dl/projektpraxis/projekte-finden/partnerschaft-fuer-demokratie-stadt-schorndorf-und-gemeinde-urbach-260602#:~:text=Partnerschaft%20f%C3%BCr%20Demokratie%20Stadt%20Schorndorf%20und%20Gemeinde,Demokratie%20und%20ein%20gutes%20menschliches%20Miteinander%20engagieren.

18 https://jugendarbeit-rm.de/partnerschaft-fuer-demokratie/

Zusammenarbeit Abstimmung mit dem federführenden Amt der PfD, angesiedelt beim Fachbereich Familie und Soziales der Stadtverwaltung Schorndorf. Weiterer zentraler Akteure ist das Bündnis der PfD Schorndorf-Urbach, das verantwortlich für die Umsetzung der Projekte ist (Kreisjugendring Rems-Murr e.V., 2025b). Das Bündnis Schorndorf-Urbach setzt sich aus Vertreter:innen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche zusammen, darunter Bildungseinrichtungen, der Fachrat Integration, Kirchen und andere religiöse Gemeinschaften, Kultur- und Sportvereinen, Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung, Wohlfahrtsverbänden, Kommunalpolitik und Stadtverwaltung, engagierte Bürger:innen sowie Vertreter:innen des Jugendforums (ebd.). Das Jugendforum der PfD, etabliert durch die Jugendinitiative Schorndorf, ist ebenfalls Teil der Verwaltungsstruktur der PfD und gewährleistet die selbstbestimmte Beteiligung von jungen Menschen innerhalb der PfD (ebd.).

Zur Umsetzung der Projekte unterstützt das BMFSFJ die PfD Schorndorf-Urbach im laufenden Jahr 2025 mit 140.000 Euro, wovon rund 32.000 Euro für Projekte des Aktions- und Jugendfonds vorgesehen sind (Stadt Schorndorf, 2025c). Die Projekte der PfD Schornbach-Urbach konzentrieren sich auf folgende Hauptziele: Demokratieskepsis entgegenzuwirken, Extremismusprävention zu stärken und Menschenfeindlichkeit zu bekämpfen sowie interkulturellen Austausch und Miteinander fördern (Kreisjugendring Rems-Murr e.V., 2025b).

Kooperiert wurde zwischen 2023 und 2025 mit unterschiedlichsten Akteur:innen in über 40 Projekten. Darunter vielfach mit dem Geschichtsverein Urbach e.V., dem Stadtjugendring Schorndorf, Kreisjugendring Rems-Murr e.V. (KJR) mit Bündnispartner:innen wie dem Fachrat Integration Schorndorf, mit Kirchen, verschiedenen Schulen, der Diakonie, dem „Bündnis gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, dem CVJM Schorndorf, der CDU Schorndorf, der Jugendinitiative Schorndorf, der Jugendgruppe der christlichen Gemeinschaft SV Schorndorf, dem soziokulturellen Zentrum Club Manufaktur e.V., dem Mehrgenerationenhaus und Familienzentrum Schorndorf, den Organisator:innen der Interkulturellen Wochen sowie mit der Gruppe „who.am.I.creative academy“ (ebd., Kreisjugendring Rems-Murr e.V., 2025a).

Die Projekte der PfD Schorndorf-Urbach adressieren verschiedene Zielgruppen, allen voran Jugendliche und Schüler:innen sowie junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund, darunter auch hin und wieder geschlechtsspezifisch Jungen oder Mädchen, Menschen mit und ohne Behinderung, geflüchtete Kinder und Jugendliche sowie auch oftmals die gesamte Stadtgesellschaft (ebd.).

Der Geschichtsverein Urbach e.V. bot zwischen 2023 und 2025 vor allem Aktivitäten für Jugendliche an, die größtenteils auf die Stärkung sozialer, kommunikativer, konfliktlösungsorientierter und demokratischer Kompetenzen der Jugendlichen abzielen (ebd.). so gab es Workshops zur Gewaltprävention, zum Ausbau von Teamfähigkeit, ein Coolness-Training sowie eine Streitschlichter:innenausbildung. Außerdem hat der Geschichtsverein Urbach e.V. 2023 eine Studienfahrt nach Berlin zum Zweck der Bildung über das Leben in der DDR organisiert sowie 2024 einen Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau, um Jugendliche für Antisemitismus und Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Ebenfalls im Jahr 2024 fand der Workshop „Diversity erleben“ statt, in dem Schüler:innen zur Auseinandersetzung mit LSBTIQ*-Themen angeregt wurden, um Vielfalt zu normalisieren und Vorurteilen entgegenzutreten (ebd.).

Der Kreisjugendring Rems-Murr e.V. deckt in seinen unterschiedlichen Projekten alle Leitziele ab und adressiert dabei ebenfalls größtenteils junge Menschen, aber auch häufig die gesamte Stadtgesellschaft. So führte der KJR von 2023 bis 2025 Begegnungsprojekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderung durch, beteiligte sich jährlich an den Interkulturellen Wochen – 2024 z.B.

durch die gemeinsame Organisation einer Lesung von Fatih Cevikkollu zu den Themen Diskriminierung, Migration und Zugehörigkeit mit dem Fachrat Integration Schorndorf sowie das „Fest der Vielfalt“ im Verbund mit Kirchen, Schulen, der Diakonie und dem Bündnis gegen Rassismus und Rechtsextremismus (Stadt Schorndorf, 2025b). Ebenfalls 2024 organisierte der KJR mit Jugendlichen die Ausstellung „100% Mensch“ zu sexueller und geschlechtlicher Diversität. Speziell zur Förderung von Partizipation und Demokratie stellte der KJR 2024 eine Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl mit Fokus auf Integration und Vielfalt auf die Beine, gründete die Kampagne „Make your voice count“, mit der der KJR seit 2023 für demokratische Beteiligung wirbt und insbesondere Erstwähler:innen zur Stimmabgabe motivieren will (Stadt Schorndorf, 2025e). Außerdem bietet der KJR jährlich das Demokratietraining Quararo für Jugendliche an, das zuletzt im Herbst 2025 im Mehrgenerationenhaus und Familienzentrum Schorndorf stattgefunden hat (Stadt Schorndorf, 2025d). Ebenfalls 2023 führte der KJR die digitale Demokratielernplattform „Bildungshappen“ zu Themen wie Beteiligung, Vielfalt und Extremismusprävention ein, die sich vor allem an Schulen und Jugendgruppen richtet (ebd.).

Der CVJM Schorndorf richtet sich mit seinen PfD-Projekten vor allem an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung und zielt auf deren Empowerment und positive Gemeinschaftserfahrungen im geschützten Raum ab. So gab es im Sommer 2024 ein interkulturelles Ferienprogramm mit sportlichen, kulturellen und kreativen Angeboten und Ausflügen, begleitet von einem religions- und kultursensiblen Team. Ebenso fand die Empowermentfreizeit „Freestyle Girls“ für geflüchtete Mädchen zum Aufbau von Selbstwertgefühl und Vertrauen in geschütztem Rahmen statt (ebd.). Auch die Baptistengemeinde Urbach beteiligte sich 2023 mit dem inklusiven Projekt „Stärke durch Vielfalt“ zu Sinneswahrnehmungen und den Beeinträchtigung derselben.

Während der Großteil der Projekte Schüler:innen bzw. Jugendliche – in all ihrer körperlichen, funktionalen, sexuellen, geschlechtlichen, kulturellen, religiösen und soziokulturellen Diversität – adressiert, wie oben exemplarisch gezeigt, könnte zukünftig ein wenig mehr Fokus auf Erwachsene und Senior:innen gelegt werden, zumal politischer Extremismus kein jugendspezifisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt .Diese Erkenntnis sollte sich auch in der Präventionsarbeit widerspiegeln. Auch könnte zukünftig ein klarerer Bezug zur Bedrohung der Demokratie durch Rechtsextremismus und dessen Prävention in den Projekten hergestellt werden, da dieser bisher nur marginal in den durchgeführten Projekten behandelt wird. Rechtsextremismus sollte außerdem in all seinen zugehörigen ideologischen Bestandteilen bearbeitet werden – darunter beispielsweise Sozialdarwinismus, der oft unbeachtet und unbearbeitet bleibt. Zudem könnte es mehr Projekte geben, die an marginalisierte Gruppen gerichtet sind und diese empowern, anstatt lediglich nicht-marginalisierte Gruppen aufzuklären oder zu sensibilisieren – so könnten beispielsweise gezielt Projekte für queere, migrantische und behinderte Menschen umgesetzt werden[19].

6.3 Demokratiegefährdende Akteur:innen und Strukturen

Die Demokratie wird in Schorndorf vor allem durch rechtsextreme Akteur:innen bedroht, es gibt jedoch auch linke Akteur:innen, Einrichtungen mit Affinität zu einem radikalen Islam sowie verschiedene Freikirchen, bei welchen potenziell demokratiegefährdende Bestrebungen vorliegen könnten.

19 Weitere Quellen: https://jugendarbeit-rm.de/partnerschaft-fuer-demokratie/; https://our-voices.de/; https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/quartiersentwicklung/partnerschaft-fuer-demokratie. Stadt Schorndorf

Mit Lars Haise und Daniel Lindenschmid hat die AfD Schorndorf jeweils einen lokalen Abgeordneten im Bundestag und im Landtag. Zudem veranstaltet sie seit 2023 immer wieder Events in städtischen Veranstaltungsräumen. Darunter 2023 eine „Alternative Runde“ mit Miguel Klauß (MdL) und Lars Haise, ein Vernetzungstreffen der Schorndorfer AfD-Stadträte mit weiteren AfD-Kreis- und Regionalräten im Alten Rathaus und die Kreisdelegiertenversammlung in der Schurwaldhalle zur Kandidatenauswahl für die Kreistagswahlen und der Erstellung des Kommunalwahlprogramms(AfD Fraktion Gemeinderat Schorndorf, o. J.; AfD Kreisverband Rems-Murr, 2023; Pöschko-Kopp, 2023). Auch im Januar und April 2024 konnte die AfD in der Barbara-Künkelin-Halle in Schorndorf für Vortragsveranstaltungen zusammenkommen – die erstere mit Christina Baum, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Markus Frohnmaier, Marc Jongen, Martin Hess, Malte Kaufmann, Thomas Seitz und Dirk Spaniel (alle MdB) und die zweite mit Anton Baron, Daniel Lindenschmid, Hans-Peter Hörner (alle MdL) und René Aust (MdL Thüringen) – das zweite Mal jedoch mit der Gegenwehr durch ein breites Bündnis aus rund 500 Menschen, das sicht- und hörbar gegen die AfD demonstrierte (Pöschko-Kopp, Jutta, 2024).

Bereits seit 2017 gibt es auch außerhalb parlamentarischer Arbeit der AfD extrem rechte Aktivitäten in Schorndorf zu beobachten. 2017 kam es vermehrt zu rechten Schmierereien, Schriftzügen und rechten Symbolen wie Hakenkreuze und rechte Parolen auf Wänden, Wahlplakaten und Wegwanderkarten[20] Auch kam es zu Protesten gegen und Übergriffen auf Geflüchtetenunterkünfte in Schorndorf und Urbach sowie zu Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfenden[21] Ein weiterer Vorfall ereignete sich im Rahmen der Schorndorfer Woche, während der „Der III. Weg“ und die „Identitäre Bewegung“ Flugblätter mit falschen, hetzerischen Behauptungen zu Vorfällen sexualisierter Gewalt durch Asylbewerber auf dem Stadtfest verteilten.[22]

2018 kam es zu Fällen von Volksverhetzung und Sachbeschädigung sowie zu Bedrohung, Beleidigung und dem Brüllen verfassungswidriger Parolen wie „Heil Hitler“ durch einen Mann gegenüber Nachbar:innen und Passant:innen, sowie zur Belästigung von Besucher:innen der „Weihnachtswelt“ durch zwei junge Männer mit Pitbull, die antisemitische Parolen von sich gaben und Polizist:innen angriffen.

2019 zog eine dreiköpfige Personengruppe „Sieg Heil“ rufend durch die Schorndorfer Innenstadt und im Zuge der Gartenschau aufgestellte Holzfiguren wurden mit einem Hakenkreuz, SS-Runen und weiteren Schmierereien versehen, ebenso ein Gullideckel in Urbach.

Im Juli 2020 wurde ein Wegweiser zur Şems Camii–Moschee in der Heinkelstraße mit Farbe beschmiert. 2021 und 2022 kam es in Urbach zu mehreren Fällen von Sachbeschädigung und Volksverhetzung und die AfD traf sich 2021 in Urbach.[23]

Im Februar 2024 „nach einer Veranstaltung mit der Grünen-Parteivorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Ricarda Lang im Schorndorfer Club Manufaktur wurde diese von einem Pulk von rund 40 Personen hasserfüllt, sexistisch und ableistisch beleidigt. Die regional aktive „Querdenken“-Szene hatte in den Tagen zuvor zu Protesten aufgerufen und mischte sich unter Landwirt:innen und Spediteure.“ Im Mai beschmierten Unbekannte zwei Wahlplakate mit

20https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/3740166 ; https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/3791137.
21 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf; http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf,
22 https://www.zvw.de/inhalt.schorndorf-rechtsextreme-hetze-nach-schowo-vorfaellen.baf6a329f330-4228-b3d6-33367a20b39a.html
23 https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf, https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004618.pdf

Hakenkreuzen und einem Adolf Hitler-ähnlichen Bild, im Dezember wurde ein Bürogebäude beschmiert.[24]

Die rechten Aktivitäten scheinen überwiegend von der AfD, dem III. Weg oder Einzelpersonen auszugehen, die Fälle geben keinen Aufschluss darüber, ob und inwiefern es sich um Gruppenstrukturen handelt.

Unbeantwortet bleiben diese Geschehnisse nicht, auf einen AfD-Wahlstand in Schorndorf 2021 reagierte die antifaschistische Gruppierung OAT Rems-Murr mit Blockaden, bei der der AfD-Landtagskandidat Stephan Schwarz verletzt wurde. Auch der AfD Wahlkampfauftakt in der Auerbachhalle in Urbach 2021 wurde vom OAT mit einer Demonstration empfangen, bei der es zu Rangeleien zwischen rechten und linken Bürger:innen kam. Ebenso demonstrierte das OAT gegen Neujahrsempfang und Wahlkampfauftakt der AfD in der Barbara-Künkelin-Halle im April 2024 mit jeweils 700 und 400 Schorndorfer:innen vor der Barbara-Künkelin-Halle.[25]

2022 wurde der AfD-Kreischef Lars Haise in seiner Nachbarschaft geoutet, Bauschaum in seinen Briefkasten gefüllt und Flugblätter verteilt.[26] .

Auch hat es einen Farbangriff auf den Laden des AfD Gemeinderates Frank Laslo im Jahr 2021 gegeben, im selben Jahr blockierten antifaschistische Organisationen einen Wahlkampfstand der AfD in Schorndorf (Butschek, 2021; Pienek, 2021). Insgesamt richteten sich die Aktionen der linksradikalen Szene in Schorndorf weitestgehend gegen Veranstaltungen der AfD und der weiteren extremen Rechten. Über den Grad an Organisation innerhalb der Szene in Schorndorf ist es schwierig anhand dieser Einzelfälle eine Aussage zu treffen.

Im Bereich des ausländischen Extremismus findet sich in Schorndorf vor allem die Milli Görüs Moschee (IGMG) in der Heinkelstraße, die derzeit 70–80 Mitglieder hat, aber stadtgesellschaftlich weitestgehend isoliert ist, da diese Gruppierung von vielen als zu extrem angesehen wird (joinHalal, o. J.). Der Verfassungsschutz beobachtet diese Gruppierung bundesweit, da antidemokratische und antisemitische Tendenzen festgestellt wurden und ihre Auslegung des Islams in weiten Teilen als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar eingestuft wird (Verfassungsschutz Baden-Württemberg, 2024, S. 153–154). Inwieweit die Schorndorfer IGMG-Moschee-Mitglieder als extrem eingestuft werden, ist offen.

Die **„Milli-Görüs"-Bewegung** („Nationale Sicht") will die westliche „Ordnung des Unrechts" durch eine islamische „Gerechte Ordnung" ersetzen. Sie ist ein Sammelbecken von Anhängern des früheren türkischen Politikers Necmettin Erbakan, dessen Ideologie bis heute eine große Rolle in allen Teilen der Bewegung spielt – trotz vorgeblicher Distanzierung nach außen. In Baden-Württemberg betätigen sich etwa 2.300, bundesweit etwa 10.000 Personen aktiv für „Milli-Görüs"-Organisationen. Laut Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2024 ist die politische Agenda unter anderem anti-westlich und antisemitisch und in weiten Teilen nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar. Bedeutendster Teil der Bewegung in Deutschland ist die **„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V." (IGMG)**. Diese versteht sich selbst als „Gemeinschaft, die der umfassenden Religionsverwirklichung dient"; sie arbeitet also darauf hin, normativen Vorgaben der Religion

24 https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/5936768

25 https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.demo-vorm-afd-treffen-in-urbach-rangeleien-mit-der-antifa.fa111a76-5a7f-4f7f-b8ff-404cd3683829.html
https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/demo-gegen-die-afd-in-schorndorf-100.html
https://oatrm.org/?s=schorndorf

26 https://oatrm.org/2022/09/29/zur-dokumentation-des-politischen-zeitgeschehens-gefunden-auf-indymedia/

langfristig politisch-gesellschaftliche Geltung zu verschaffen. Um ihre islamistische Agenda voranzubringen, nutzt sie die Mittel des Rechtsstaats. Das Gesellschaftsideal der IGMG ist auf Konformität und Homogenität ausgerichtet. Wesentliches Identitätsmerkmal ist für sie die Zugehörigkeit zum Islam. Mit umfassender religiöser Bildungsarbeit versucht die Organisation, dieses Bewusstsein bei ihren Anhängern zu festigen. Das Angebot richtet sich an alle Altersstufen und insbesondere an Frauen. Hinzu kommen unterschiedliche religiöse und soziale Dienstleistungen. Auffällig ist, dass die IGMG bei ihren Aktivitäten auf Geschlechtertrennung achtet. Darüber hinaus erklärt sie die islamkonforme Verhüllung für Frauen zur Pflicht und fördert diese bereits bei Mädchen. Die IGMG ist im „European Council for Fatwa and Research" (ECFR) vertreten, ihre Studentenorganisation gehört dem „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations" (FEMYSO) an. Dies zeigt eine Affinität zum Spektrum der „Muslimbruderschaft". Ebenso bestehen Kontakte zur türkisch-rechtsextremistischen „Ülkücü-Bewegung". In der Türkei ist die **„Saadet Partisi" („Partei der Glückseligkeit", SP)** die wichtigste Vertreterin der „Milli-Görüs"-Bewegung. Seit mehreren Jahren baut sie auch in Deutschland Strukturen auf und unterbreitet hier Bildungsangebote, in denen sie Bezug auf die Ideologie Erbakans nimmt. Ebenfalls zur Bewegung zählt die mystische Bruderschaft „**Ismail Aga Cemaati**". Sie folgt einer äußerst konservativen Islamauslegung und propagiert die umfassende Gültigkeit der Scharia. Ihre Aktivitäten finden jedoch abseits der Öffentlichkeit statt.

6.4 Demokratiefördernde Akteur:innen und Strukturen

Die Stadt Schorndorf bietet eine breite Palette an sozialen und kulturellen Angeboten für verschiedenste Bevölkerungsgruppen – Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senior:innen, Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit und ohne Migrations- und Fluchthintergrund, Menschen mit verschiedenen sozioökonomischen Ressourcen, die in Kooperation mit verschiedensten städtischen, kirchlichen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen umgesetzt werden. Somit haben verschiedene Gesellschaftsgruppen die Möglichkeit, am Stadtgeschehen teilzuhaben.

Familien erfahren in Schorndorf Unterstützung durch das städtische Bündnis für Familie Schorndorf, welches über ein Netzwerk von sozialen Einrichtungen, Schulen, Vereinen, Kirchen, Verwaltung und Ehrenamt verfügt, das sich für bessere Lebensbedingungen, familienfreundliche Strukturen und Teilhabe einsetzt. Angebote des Bündnisses reichen von einem jährlichen inklusiven Kinderfest, über Elternbildungsangebote im Familienzentrum Schorndorf zu Themen wie Alltagsbewältigung mit Kleinkindern, Medienerziehung, Pubertät und Familienleben, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.(Mehr Generationen Haus Schorndorf e.V., o. J.) Das Schorndorfer Mehrgenerationenhaus & Familienzentrum bietet außerdem Geburtsvorbereitung, Stillfrühstück mit Erfahrungsaustausch, Beikosteinführung, Elternseminare, Sprechstunden Jugendamt, Mütterkur-Beratung, Babysittervermittlung und Tageselternvermittlung an. Für Kinder gibt es dort eine Krabbelgruppe, Kinderbetreuung, einen Leseclub und den Secondhand Kleider- und Spielwarenladen Pfiffikus, sowie eine Trauergruppe für Kinder (ebd.).

Schorndorf bietet Familien mit insgesamt neun Ganztageseinrichtungen ein Betreuungsangebot von bis zu 40 Wochenstunden für Babies und Kleinkinder an. Außerdem gibt es drei Kindergärten mit besonderem Förderangebot, darunter der Schulkindergarten Pusteblume (für körperlich behinderte Kinder) und der Schulkindergarten Christian-Morgenstern-Schule (für sprachbehinderte Kinder). Ferienbetreuungsangebote gibt es an der Rainbrunnenschule für Grundschulkinder, sowie bei den Feriensportwochen der Sportgemeinschaft Schorndorf, der Erlebnistage/-Woche für Schüler:innen auf dem Aktivspielplatz von Aktive Kinder e.V., die Stadtranderholung der Arbeiterwohlfahrt oder ein

offenes Sommerferienprogramm. In Schorndorf gibt es neun Grundschulen, eine Gesamtschule, eine Realschule, zwei Gymnasien, zwei Berufsschulen, die Albert-Schweitzer-Schule mit Förderschwerpunkt Lernen, die Fröbelschule Schorndorf mit Förderschwerpunkt geistige und körperliche Entwicklung sowie die Christian-Morgenstern-Schule mit Förderschwerpunkt Sprache. Alle Schorndorfer Grundschulen bieten zudem Nachmittagsbetreuung an und es gibt Schulsozialarbeit an insgesamt zwölf Schulen. Außerdem gibt es verschiedene Schulmensen, in denen bedürftige Kinder und ihre Familien Unterstützung bei der Finanzierung des Mittagessen durch das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) des Bundes erhalten. Ebenso wird Familien, deren Kinder auf eine städtische Schorndorfer Schule gehen und die kein mobiles Endgerät beschaffen können, kostenlos ein Leihgerät für die Dauer des Schulbesuchs zur Verfügung gestellt.

Außerhalb der Betreuungseinrichtungen gibt es in Schorndorf Angebote städtischer Einrichtungen für Kinder. Darunter z.B. Events wie der „Kleine Ingenieure Workshop“ im Stadtmuseum Schorndorf, das Kindermuseum Forscherfabrik oder eine wöchentliche Lesestunde mit Hund in der Stadtbücherei für Kinder mit Leseschwierigkeiten von der 1.-4.Klasse und eine wöchentliche Vorlesestunde für Fünfjährige bis Siebenjährige.

Auch für Jugendliche gibt es verschiedene Angebote in Schorndorf, darunter die offene und mobile Jugendarbeit, beispielsweise im Jugendzentrum Hammerschlag oder dem Jugendhaus Altlache. Letzteres richtet sich an junge Menschen von 8 bis 21 Jahren und bietet neben Freizeitbeschäftigung auch Einzelfallhilfe. Besucher:innen ab 21 können bei Bedarf intensive Betreuung in den Bereichen Arbeitswelt und Familie erhalten. Außerdem verfügt das Jugendhaus über ein Spielmobil, das Schulklassen, Vereine oder andere gemeinnützige Organisationen sich für verschiedene Einsätze ausleihen können. Ein weiterer Jugendtreffpunkt ist das Jugendcafé Hotspot, wo Jugendliche Freunde treffen, Tischkicker, Dart, Fifa oder Gesellschaftsspiele spielen und Angebote wie interkulturelle Kochabende und den Escape Room wahrnehmen und mitgestalten können.

Die Partizipation Jugendlicher am Stadtgeschehen wird durch die Jugendinitiative Schorndorf gewährleistet, innerhalb derer Jugendliche in Entscheidungsprozesse der Kommunalpolitik integriert werden. Daneben verfügt die Stadt Schorndorf über das Jugendreferat, das die koordinierende kommunale Anlaufstelle für Jugendliche, Jugendinitiativen, Eltern, Offene und Vereinsjugendarbeit und in der Jugendarbeit tätige Institutionen ist.

Schorndorf beherbergt zudem eine große Jugendmusikschule mit circa 2.900 Schüler:innen sowie eine Volkshochschule, in welcher unter anderem auch Kurse zu politischer Bildung angeboten werden wie z.B. zu den Themen „BW wählt jung: Next Gen Politics., Pressefreiheit - ein Grundrecht wird bedroht“, „Desinformation entlarven - Tipps und Tricks gegen Fake News“, „BW wählt: Wählen. Wen? Warum? Was bewegt Baden-Württemberg?“, „Freiheit - Ein kostbares Gut“ oder zu „Erinnerungskultur“27

Ansonsten bietet Schorndorf jährlich stattfindende Veranstaltungen für die ganze Stadtbevölkerung wie beispielsweise die Sommermeile, den Gässlesmarkt, die Veranstaltung Summer in the City, die Schorndorfer Woche, den Stadtmarkt, das Frühlingserwachen, den Tag des offenen Denkmals, die Schorndorfer Weintage, den dreiwöchigen Schorndorfer Weihnachtsmarkt oder den lebendigen Adventskalender. Es gibt verschiedene Kunst- und Kultureinrichtungen, darunter das Stadtmuseum Schorndorf, den Kunstverein Schorndorf e.V., die Q Galerie für Kunst Schorndorf, das Figurentheater Phoenix, den Jazzclub Session88, in welchem regelmäßig Konzerte und Literaturabende stattfinden,

27 (https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/familie-bildung/schulen/volkshochschule).

das Kino Traumpalast oder den Club Manufaktur e.V. Letzterer ist ein soziokulturelles Zentrum, welches das Speiselokal „Club Kneipe“ beherbergt, das Programmkino „Kleine Fluchten“ und Veranstaltungsort für Konzerte, Lesungen, Vorträge, Podien, eine Tanzwerkstatt, Ausstellungen, Theaterprojekte, Flohmärkte, Sommerprogramm im Garten sowie Raum für Kinderevents wie Kinderkino und -fasching ist. Die Manufaktur kooperiert in ihren Events mit Schulen, Vereinen und gesellschaftlichen Initiativen – darunter auch mit der Partnerschaft für Demokratie[28] (Weitere Veranstaltungsorte sind „Die Schatzkiste e.V.“ oder die Barbara-Künkelin-Halle, wo von größeren Konzerten über Veranstaltungen des Theater Liberi oder des Chocolate Gospel Choir allerlei Veranstaltungen stattfinden.

Es gibt in Schorndorf zudem das Schorndorfer Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, welches sich aus ehrenamtlichen Mitgliedern von Verbänden, Parteien und Kultureinrichtungen, von Gewerkschaften und Kirchen sowie privat engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzt. Das Bündnis ist aktives Mitglied im „Fachbeirat gegen Rechtsextremismus des Landkreises Rems-Murr“ und wird von über 20 Organisationen und Kooperationspartnern getragen. Es ist maßgeblich an der Organisation der Schorndorfer interkulturellen Woche und den Internationalen Wochen gegen Rassismus beteiligt. Außerdem verfügt der Rems-Murr-Kreis über die Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention, kurz "DeRex" – eine zentrale Informations- und Anlaufstelle für alle Fragen, die den (Rechts-)Extremismus im Rems-Murr-Kreis betreffen.

Schorndorf beherbergt zudem eine evangelische und eine katholische Kirche, die Freikirchen SCALA Schorndorf, die Baptistengemeinde Schorndorf, die Christengemeinde Schorndorf e.V., die SV-Schorndorf, die PlusPunkt Leben Schorndorf und die Adventgemeinde Schorndorf. Außerdem gibt es mit der DITIB-Moschee Schorndorf und der IGMG Moschee Şems Camii zwei Moscheen in Schorndorf (Stadt Schorndorf, 2025). Auch die Kirchengemeinden engagieren sich für ein Vielfalt wertschätzendes Miteinander. So finden beispielsweise in der evangelischen Kirche griechisch-orthodoxe Gottesdienste statt; der katholische Gottesdienst wird in mehreren Sprachen (kroatisch, italienisch und polnisch) abgehalten. Im Nachgang zu den Friedenswochen 2009 hat sich zudem eine muslimisch-christliche Frauengruppe gegründet, die einmal monatlich ein Frauenfrühstück im Martin-Luther-Haus, der Versöhnungskirche und der DITIB-Moschee organisiert. Auch Die Süddeutsche Vereinigung (SV Schorndorf) veranstaltet regelmäßig Eltern-Cafés im Gemeindezentrum, bei denen Frauen aus Ägypten, Irak, Jordanien und Italien und Deutschland zusammenkommen.

Auch für Senior:innen gibt es Angebote in Schorndorf. So gibt es z.B. im Begegnungscafé des Mehrgenerationenhaus & Familienzentrum Schorndorf wöchentlich die Sprechstunde „DigitalKompass Schorndorf“, bei welcher Mentor:innen bei Fragen zu Smartphone, PC oder Internet unterstützen, ein wöchentliches Senior:innencafé zu verschiedenen Themen sowie das Café „DenkMal“, ein offenes Gedächtnistraining für Menschen jeden Alters und einen Hilfepunkt für Demenzkranke. Auch christliche Gemeinden und Vereine der Schorndorfer Teilorte bieten Senior:innentreffs an – der Krankenpflegeverein Weiler e.V. dabei auch einen wöchentlichen Mittagstisch und regelmäßige Spielenachmittage. In Schorndorf gibt es zudem 8 Wohneinrichtungen für Senior:innen, verschiedene Angebote des Essens auf Rädern. Hier gebe es auch Ansatzpunkte für die PfD zur Kooperation, um auch Senior:innen besser mit der PfD zu vernetzen und damit die Schorndorfer Gesellschaft breiter abzudecken.

28 http://www.club-manufaktur.de

Für Menschen mit Fluchthintergrund steht der Fachrat für Integration zur Verfügung, der sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Politik und Stadtverwaltung einsetzt, sowie das städtische Integrationsmanagement mit Integrationsbeauftragtem, das unter anderem kostenlos beratet, begleitet, vermittelt und unterstützt in persönlichen, familiären, sozialen oder behördlichen Anliegen (Stadt Schorndorf, 2025). Für die lokale Integration von Migrant:innen stellt Schorndorf außerdem jährlich Integrations- und Quartiersfonds für entsprechende Projekte zur Verfügung (ebd.). Zudem hat die Stadt Schorndorf einen „Wegweiser für Zugewanderte“ auf ihrer Homepage eingerichtet, welcher viele zuwanderungsbezogene Fragen beantwortet (ebd.). Auch das Mehrgenerationenhaus & Familienzentrum Schorndorf bietet verschiedene Aktivitäten an, die sich gezielt oder indirekt an Menschen mit Fluchthintergrund wenden, so z.B. das Begegnungscafé, Infrastruktur wie freies WLAN, einen PC mit Drucker, eine offene Spielecke, Spielekiste, eine Schätze-Ecke mit Gebrauchtwaren, Ausfüllhilfe bei Dokumenten, eine kostenlose Hebammensprechstunde, einen wöchentlichen Treffpunkt für ukrainische Senior:innen und eine zentrale Beratungs- und Unterstützungsstelle durch verschiedene Träger vor Ort (ebd.). Die AWO Schorndorf bietet außerdem eine Spielgruppe für ukrainische Familien an, die ein offener und zentraler Treffpunkt und Vernetzungsort für Ukrainer:innen sein soll, an welchem Kinder betreut werden und Eltern z.B. zeitgleich einen Sprachkurs erhalten. Die Stadt Schorndorf bietet zudem Sprachförderung für Kinder aus Flüchtlings – und Zuwandererfamilien, sowie für deutsche Kinder mit erhöhten Förderbedarf an.

https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/integration-migration/integrationsmanagement Stadt Schorndorf, 2025

Schorndorf bietet ein an Nachhaltigkeit und niedrigschwelliger Teilhabe orientiertes Mobilitätskonzept („Fokuskonzept nachhaltige Mobilität“). Sie fördern die Verwendung nachhaltiger Verkehrsmittel durch Angebote wie Carsharing, das Schorndorfticket, welches vergünstigt für den Busverkehr in der Kernstadt und den Stadtteilen, die S-Bahn zwischen Weiler und Schorndorf und die Wieslauftalbahn zwischen Miedelsbach und Schorndorf von Erwachsenen erworben werden kann, sie fördern die Verwendung von Fahrrädern durch die Einführung von Fahrradboxen, E-Bike Ladestationen, Aktionen wie „Stadtradeln“ und Bauprojekte wie die Radabstellanlagen Bahnhof, die Fahrradstraße Lortzingstraße, der Radweg Robert-Bosch-Straße oder die Weiterführung des Radschnellwegs.

Schorndorf hat sich seit 2021 zum Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu sein, wofür ein neues Klimaschutzkonzept eingeführt wurde, welches im November 2025 durch eine öffentliche Auftaktveranstaltung zur Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes für Schorndorf mit Bürger:innenbeteiligung stattgefunden hat. Bürger:innen, Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft und Verbände haben dort über Stadt- und Raumplanung, Mobilität und Infrastruktur, Gesundheit, Landwirtschaft, Freizeit, Tourismus und Erholung, Wasser, Wirtschaft und Energie sowie Wald, Stadtgrün und Biodiversität in Kleingruppen diskutiert. Zudem finden in Schorndorf regelmäßige öffentliche Vorträge zu Klimaschutz statt, die mal theoretischer Natur sind, wie zum Thema „Klimawandel in Deutschland und seine Auswirkungen auf den Niederschlag“, aber auch praktischer Natur, direkt für Bürger:innen, wie „Pumpe, Pellet und Co: Wie Sie richtig heizen“.

Schorndorf verfügt über einige marginalisierte Quartiere, welchen mit Projekten zur sozialen Quartiersentwicklung begegnet wird, in welchen es um bessere Treffpunkte, mehr Grünflächen oder auch neue Wohnformen und Ideen für ein gutes Zusammenleben geht. Ein Projekt stellt hierbei das Quartiersprojekt CONNECT dar, in welchem die Stadt Schorndorf und der kirchliche Träger SV Schorndorf, den Aufbau eines neuen Begegnungszentrums in der Südoststadt mit innovativen

Beteiligungs- und Kommunikationsformaten kombinieren. Mit dem Begegnungszentrum gibt es eine Anlaufstelle vor Ort, in welcher ein Quartiersmanager Angebote als Beteiligungs- und Begegnungsmöglichkeiten bedarfsorientiert und partizipativ entwickelt, unterstützt und begleitet.

Ziel ist, im Stadtteil vielfältige Räume für alle Generationen, Kulturen und bedarfs- und zielgruppengerechte Beteiligungsformate zu entwickeln sowie die Kommunikation und den Austausch innerhalb der Nachbarschaft zu fördern, um die Lebensqualität aller Generationen positiv zu beeinflussen und zu einer starken und solidarischen Nachbarschaft beizutragen.

Schorndorf ist zudem Teil des Bundesprogramms „Engagierte Stadt“ – einem deutschlandweiten Netzwerk, das Städte und Gemeinden dabei unterstützt, bürgerschaftliches Engagement strategisch zu stärken und nachhaltige Strukturen dafür aufzubauen.

Zudem gibt es in Schorndorf Bürger:inneninitiativen zur Agenda 21, die Projektgruppe Fairtrade-Stadt Schorndorf, die Projektgruppe Klimaentscheid, Mobilität und Streuobstwiesen/Schorndorfer Apfelsaft und Honig, „nest“-Mehrgenerationenwohnen und die Projektgruppe Stadtentwicklung.

In Schorndorf gibt es über 500 unterschiedliche Vereine, darunter internationale Kulturvereine wie A.C.I.T. Deutsch-Italienischer Kulturverein Schorndorf oder der Griechische Schulverein Schorndorf u. Umgebung e.V., aber auch Kultur- und Heimatpflegevereine wie die Arbeitsgemeinschaft "Schorndorfer Weiber" e.V., Berg- und Wanderfreunde Schorndorf und Umgebung e.V., der Buhlbronner Fläggaverei e.V., der Förderverein zur Erhaltung und Entwicklung der Dorfgemeinschaft Haubersbronn e.V., der Heimatverein Schorndorf e.V., der Kleingartenverein Schorndorf e.V., der LandFrauenverein Schorndorf oder der Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland e.V. Kreisgruppe Schorndorf. Auch Musik- und Gesangvereine gibt es zahlreich, darunter der Chor der Heilig-Geist-Kirche Schorndorf, die Funny Stars e.V. / Square Dance Club, der Gesangverein "Sängerlust 1902 Miedelsbach" e.V., Griechischer Tanz und Folklore Verein Schorndorf und Umgebung e.V, die Jugendmusikschule Schorndorf und Umgebung e.V., die Orchestervereinigung Schorndorf e.V. oder PopUp Der Frauenchor. Auch im Bereich Natur, Umwelt und Tierschutz gibt es vielfältige Vereine, darunter der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) Schorndorf, Christliche Pfadfinder Schorndorf-Weiler, der Hundefreunde-Schorndorf e.V, der Imkerverein Remstal e.V., Obst- und Gartenbauvereine, der Naturheilverein Schorndorf und Umgebung e.V., der Verein der Vogel- & Aquarienfreunde Schorndorf und Umgebung e.V. Für Senior:innen gibt es Vereine wie Gute Nachbarschaft im Mühlenviertel Schorndorf e.V., den Kneipp-Verein Schorndorf e.V. oder das Seniorenforum Schorndorf e.V. An sozial orientierten Vereinen gibt es unter Anderem den Verein Aktive Kinder e.V. Aktivspielplatz, den Arbeitskreis Depressionen und Ängste, den DRK-Ortsverein Schorndorf, den Kinderspielplatzverein Schorndorf, den REGENBOGEN "Glücklose Schwangerschaft" e.V., das Christliche Zentrum Scala, das Schorndorfer Bündnis gegen Rassismus und Rechtsextremismus e.V. oder auch den Verein für Behinderte Schorndorf e.V., den Briefmarkensammler-Verein Schorndorf e.V., die Christengemeinde Schorndorf e.V., den Feng Shui Verein Schorndorf, den Frauenbund Schorndorf sowie die Reservistenkameradschaft Schorndorf, der VCL Verbreitung christlicher Literatur e. V. Sportvereine ranken von Aikischodo – Aikido in Schorndorf, über Bonito, den Verein für Unterwassersport, der HVSG (Herz- und Versehrtensportgruppe) Schorndorf e.V., dem Reit- und Fahrverein Schorndorf e.V., dem TC Schorndorf 1902 e.V., dem Turnverein 1899 e. V. Weiler/Rems sowie der Schützengilde Haubersbronn 1957 e.V.

Auch in Urbach gibt es eine aktive lebendige Zivilgesellschaft abseits der PfD. Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ist dort zum Beispiel die „Bürgerstiftung Urbach“ zu erwähnen, die sich neben

Förderung von Ausbildung auch für Sportangebote, kulturelle Angebote und Integration für und von jungen Menschen engagiert[29].

Auch für Senior:innen hat die Gemeinde Urbach abseits des PfDs diverse Angebote, um diese am Stadtleben zu beteiligen. Urbach hat z.B. ein eigenes Senior:innen Programm, in dessen Rahmen verschiedene gesellige Veranstaltungen wie Vortrage oder Exkursionen angeboten werden. Teil des Senior:innen Programms sind aber auch verschiedene Hilfestellungen für Senior:innen, um ihnen den Alltag zu erleichtern[30]. Es gibt außerdem ein von der Stadt organisiertes Computerforum, in dem Computer- und EDV-Probleme von Senior:innen gemeinsam gelöst werden und gelehrt werden soll mit diesen Technologien und Programmen auf Dauer selbst umgehen zu können. Senior:innen sollen also befähigt werden, um die digitalen Hürden des Alltages auch selbst meistern zu können[31]. Auch hier gäbe es Kooperationsmöglichkeiten für die PfD zum Beispiel im Bereich der Erkennung von Desinformation, Algorithmisierung von Meinung und ähnliches.

Für migrantische Menschen gibt es in Urbach z.B. eine Integrationsberatung für Erwachsene und Jugendliche durch die Caritas, die Migrant:innen dabei hilft, sich in das Stadtleben zu integrieren und daran teilzuhaben[32]. Einen Integrationsbeirat wie in Schorndorf gibt es jedoch nicht. Dafür hat die Gemeinde eine spezifisch mit Integration beauftragte Person, die sich mit den Problemstellungen von Migrant:innen und geflüchteten Menschen beschäftigt, so etwa Wohnraum- oder Asylfragen [33]. Urbach hat außerdem eine eigene Moschee, in der muslimische Menschen ihren Glauben praktizieren können[34]. Fehlende Gebetsorte sind eine Synagoge und eine orthodoxe Kirche [35].

Im Vereinsangebot von Urbach sind zwar sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen vertreten, gleichzeitig sind jedoch einige Gruppen unterrepräsentiert. Während es beispielsweise Vereine von Senior:innen und Migrant:innen gibt (z.B. der „Türkische Elternbeirat“ und den „Arbeitskreis Senioren“), sind Menschen mit Behinderungen und queere Menschen kaum repräsentiert[36]. Diese fehlende Repräsentation spiegelt sich auch in den Strukturen der Stadt wider. Im Rahmen der Recherche konnten keine bis wenige spezifischen Angebote in Urbach abseits der PfD für queere oder behinderte Menschen gefunden werden. Nur für behinderte Menschen gibt es ein einzelnes Angebot in Form einer Tagesförderstätte in Urbach, die von einem Verein in Schorndorf organisiert wird[37]. Hier gäbe es dann entsprechend auch Kooperationspotential für die PfD, um das Angebot besonders für behinderte Menschen in Urbach auszubauen. bei queeren Menschen sollte die PfD den Aufbau eines Programmes für queere Menschen in Urbach so gut wie nur möglich zu unterstützen.

7. Befunde aus den Interviews

Für die Partnerschaft für Demokratie Schorndorf/Urbach wurden insgesamt Interviews mit 12 Stakeholdern geführt. Die Auswertung erfolgte nach den Richtlinien der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015, Kuckartz 2018) unter Verwendung der Software MAXQDA 24. Im Zuge der Analyse

29 https://www.urbach.de/unsere-gemeinde/buergerstiftung
30 https://www.urbach.de/leben--wohnen/senioren/seniorenprogramm
31 https://www.urbach.de/leben--wohnen/senioren/urbacher-computer-forum
32 https://www.urbach.de/-/lebenslagen/foerderung-der-integration/leb5000280
33 https://www.zvw.de/lokales/urbach/omid-waselzada-ist-in-urbach-mit-dem-thema-integration-beauftragt-was-er-erlebt_arid-488621
34 http://urbacher-moschee.de/
35 https://www.urbach.de/leben--wohnen/kirchen--religionsgemeinschaften
36 https://www.urbach.de/site/Urbach-2023/node/21431944/page1/page1?zm.sid=zmfl3e0lkvt3
37 https://www.verein-fuer-behinderte.de/einrichtungen/tagesfoerderstaette-urbach/

wurde ein Schwerpunkt auf von den Interviewpartner:innen wahrgenommene Demokratiegefährdungen vor Ort, demokratiefeindliche und vielfaltsgefährdende Vorfälle und Gewalttaten sowie Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie besondere Situationen in Sozialräumen, Stadtteilen, Teilgemeinden und Nachbargemeinden gelegt. Damit wurde gezielt abgefragt, welche Herausforderungen sich nach Einschätzung der Stakeholder für die Demokratieförderung durch die Partnerschaft für Demokratie stellen. Gleichzeitig wurde ein Fokus auf wahrgenommene Ressourcen wie demokratiefördernde Akteure gelegt, um so zu überprüfen, welche Netzwerke und mögliche Partner:innen im Aufmerksamkeitsfokus der Interviewpartner:innen sind. Nicht zuletzt wurde nach der Partnerschaft für Demokratie selbst gefragt, wobei neben einer Beschreibung dezidiert nach Problemen und Herausforderungen für die konkrete Arbeit der Partnerschaft sowie mögliche Perspektiven der Veränderung und Verbesserung der Arbeit gefragt wurde. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt. Die jeweils in Klammern angegebenen Referenzen (z.B. (I1)) verweisen auf einzelne Interviews und zeigen zudem auf, von wie vielen Gesprächspartner:innen bestimmte Themen angesprochen wurden.

7.1 Demokratiegefährdung vor Ort

In den mit Stakeholdern vor Ort geführten qualitativen Interviews wurden mehrere Entwicklungen benannt, die die Demokratie vor Ort potenziell oder akut gefährden, so etwa Populismus, Rechtsruck und Rechtsextremismus, Polarisierung, Fragmentierung und Ausgrenzung sowie Anomie, Demokratieskepsis und Politikverdrossenheit. Ebenso wurde vermehrt von Rassismus, Druck auf die Zivilgesellschaft und drohenden Verteilungskämpfen berichtet. Die Befunde werden im Folgenden zusammengefasst.

7.1.1 Populismus

Populismus wird in insgesamt fünf Interviews explizit als Demokratiegefährdung benannt (Quellen: I1, I3, I4, I5, I11). Dabei wird betont, dass demokratische Strukturen nach innen sehr verletzlich seien und unter Beschuss durch Kräfte stünden, die das demokratische System zerstören, abschaffen oder durch autokratische/oligarchische Strukturen ersetzen wollten (I1). Diesen würde zu viel Interpretationshoheit zugestanden (I5). Dabei werde oft mit Ängsten operiert: In der Bevölkerung bestehende Ängste würden genutzt, um demokratieskeptische populistische Narrative zu verbreiten (I5, I4, I3). In einem Interview wird diese populistische Diskursverschiebung als „stochastischer Terrorismus“ (I3) bezeichnet, bei dem eine Stimmung erzeugt werde, die demokratiefeindliche Handlungen begünstige, ohne, dass es zu direkten Aufrufen komme. So etwa dazu etwa zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu „denunzieren“. Vor Ort gebe es eine Gruppierung, die Themen aufgreife, radikalisiere und so populistische Meinungen mobilisiere (I11).

7.1.2 Rechtsruck

In insgesamt sieben Interviews wird auf einen gesellschaftlichen Rechtsruck verwiesen, der als problematisch wahrgenommen wird (Quellen: I2, I4, I5, I8, I9, I10, I12). Dabei wird immer wieder Bezug auf die Christlich Demokratische Union (CDU) genommen. Diese nähere sich im Sprachgebrauch immer mehr der AfD an, so dass das, was früher als extrem rechts galt, in der Mitte angekommen sei und Aussagen getätigt würden, die früher undenkbar gewesen seien (I2). Auch im Gemeinderat gebe es mehrere CDU-Politiker, die „immer das Schlechte an allem sehen" und "Hass verbreiten" (I4). Einige CDU-Mitglieder grenzten sich nicht von der AfD ab und griffen deren Themen auf. Dies wird als "große

Gefahr" für Schorndorf angesehen (I12). Dies gehe einher mit einer rechtskonservativen Wende auf bundespolitischer Ebene, durch die auch Programme wie die Partnerschaft für Demokratie unter Druck gesetzt würden (I5). Auch die Bundestagsabgeordnete Christina Stumpp (CDU) treffe "öfters mal problematische Aussagen" (I8). Und auch in der Bevölkerung sei ein Rechtsruck zu beobachten, da ein „sehr, sehr großer, sehr konservativer Teil" eine „große Nähe auch zur AfD hat" (I9) Diese Nähe manifestiere sich inhaltlich, beispielsweise durch die Fokussierung auf Straftaten von Migranten und problematische Aspekte, anstatt auf positive Entwicklungen (I9). Zu beobachten sei der Rechtsruck auch in der Region und äußere sich insbesondere in den zum Teil sehr hohen Wahlergebnissen der AfD (I9).

7.1.3 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

In zehn der zwölf Interviews werden extrem rechte Parteien als Gefahr für die Demokratie genannt (Quellen: I2, I3, I4, I5, I6, I7, I8, I10, I11, I12). Während die Präsenz des III. Wegs in der Region lediglich in einem Interview benannt wird (I2), identifizieren alle zehn Interviewten die AfD als Gefahr für die Demokratie. Diese ist im Schorndorfer Gemeinderat mit vier Sitzen präsent. Ihr Erstarken wird als klares Zeichen für eine negative Entwicklung wahrgenommen (I2). Insbesondere Lars Haise, MdB und Gemeinderat wird als „gefährlicher Akteur“ bezeichnet, der es mit der Wahrheit nicht so genau nehme und fremdenfeindliche, rassistische Vorurteile bediene (I3, I2, I4, I5). Die AfD agiere insgesamt aggressiv, demokratiefeindlich, polarisierend und vielfaltsgefährdend und kritisiere ständig den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung (I4, I5). Zudem nutze sie auch auf Social Media jede Gelegenheit, um Ängste zu schüren und Lügen zu verbreiten (I6, I12, I11). Sie nutze Themen wie Polizeistatistiken oder Flüchtlingsunterkünfte, um Stimmung zu machen und die eigene Agenda zu fördern (I11).

In Urbach gibt es keine sichtbaren rechtsradikalen Umtriebe oder Populisten. Die AfD hat keine Vertreter im Gemeinderat, und es gab keine Kandidaturen bei der Kommunalwahl. Es gibt zwar Personen, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind oder AfD-Mitglieder sind, diese treten jedoch nicht öffentlich in Erscheinung. Es sind keine negativen Meinungsführer bekannt (I1).

7.1.4 Querdenker, Reichsbürger und Delegitimierung des Staates

Insgesamt beziehen sich fünf Interviews explizit auf die Querdenker-Szene und angrenzende Phänomene als Demokratiegefährdung (Quellen: I2, I3, I9, I10, I12).

Die Querdenkerszene wird als bedenklich und einflussreich beschrieben, da sie vor Ort immer noch fleißig demonstriere (I2, I10,)12) und „relativ gut organisiert“ sie (I9). Sie sei "absolut auf dem rechten Flügel", verberge dies aber geschickt, indem sie sich als Befürworter von Frieden und Freiheit oder sogar als Feministen darstelle (I9) Innerhalb der Querdenkerszene gebe es zumindest Personen, die als "total rechts" und "hängengeblieben" beschrieben werden und eine bedrohliche Ausstrahlung haben können, insbesondere im Wahlkampf (I2). Es gebe mindestens 30 aktive Querdenker in Schorndorf, die auch eine eigene Kandidatenliste für den Gemeinderat aufgestellt hatten (I12). Die "Bürgerstimme Schorndorf" wird als Nachfolger der Partie "Die Basis" beschrieben, die als Querdenkerpartei bekannt wurde und ebenfalls faktenfrei agiere und mit der AfD in Klimathemen zusammenarbeite (I3). Weiterhin wird berichtet, es gebe Überschneidungen und Schnittstellen zwischen der Querdenker-Szene und AfD-Anhängern und Rechtsauslegern (I12). In und um Schorndorf gebe es zudem eine sehr aktive rechtsradikale Szene sowie eine Vermischung von

Querdenkern und Bauernschaft. Diese Gruppen träten aggressiv auf, wie bei einem Vorfall mit Traktoren und Morddrohungen gegen Ricarda Lang, MdB (I12).

7.1.5 Linksextremismus

In vier Interviews wird die Antifa als Herausforderung für die Demokratie benannt (Quellen: I4, I9, I10, I11). Dabei wird deren Arbeit an sich als inhaltlich wichtig erachtet, aber kritisiert, dass die verwendeten Mittel, insbesondere Gewalt, demokratiefeindlich seien und oft keine Dialogbereitschaft bestehe (I11). So gab es Berichte über mehrere Vorfälle mit der Antifa im Umfeld von AfD-Veranstaltungen: Polizeieinsätze bei Demonstrationen, wenn die AfD in Schorndorf ihre Sitzungen hatte (I4); Überfall auf einen Wahlkampfstand der AfD, bei der ein AfD-Vertreter zu Boden geworfen wurde (I9; Sachbeschädigungen und Vandalismus gegen Versammlungslokale (I9). Insgesamt werden auch „linkere Stimmen“ kritisch gesehen, wenn sie die Haltung vertreten, mit gewissen Leuten nicht mehr reden zu können, da dies eine Spaltung fördere (I10).

7.1.6 Ausländischer Extremismus und Religiöser Extremismus

In den Interviews 10 und 12 wird auf ausländischen Extremismus und religiösen Extremismus eingegangen. So wird über die DITIB-Moschee in Schorndorf berichtet, sie stehe stark unter dem Einfluss des autokratischen Systems in der Türkei (I10). Der Milli Görüs Verein IGMG Schorndorf e.V., der vom Verfassungsschutz beobachtet wird, wird interessanterweise nicht direkt erwähnt. Auf „sektiererische Gruppen“ aus dem christlichen Spektrum in Schorndorf und Umgebung wird in Interview 12 hingewiesen. Es gebe einen "ganz, ganz hohen Sektenanteil" in Schorndorf und den Nachbarorten, darunter die Volksmission entschiedener Christen, Süddeutsche Gemeinschaft und andere Freikirchen. Diese Gruppen werden als in weiten Teilen queerfeindlich, antifeministisch und ausländerfeindlich beschrieben (I12).

7.1.7 Polarisierung, Fragmentierung und Ausgrenzung

In sechs Interviews (I5, I7, I8, I10, I11, I12) werden unterschiedliche Formen der Polarisierung, Fragmentierung und Ausgrenzung beschrieben, die insgesamt als problematisch für die lokale Demokratie bewertet werden. Dies betreffe erstens die Parteien und Wählergruppen im Gemeinderat in Schorndorf (I5) wobei die CDU stark nach rechts schiele und die FDP/Freien Wähler disparat in extremen Positionen seien, was die demokratische Konsensbildung erschwere. Zweitens gebe es in Schorndorf eine innerstädtische Polarisierung und Kluft zwischen Nord- und Südstadt, die sich in unterschiedlichen Wahlergebnissen und sozialen Gegebenheiten widerspiegelte(I7). Zudem hätten sich in bestimmten Sozialräumen aufgrund von Migration Subgesellschaften gebildet, die sich abkapseln würden und teilweise keine Anbindung an die Demokratie hätten oder nicht wahlberechtigt seien (I11) Diese Gruppen seien dennoch Bestandteil der Stadtgesellschaft, was Herausforderungen berge (I11). Drittens finde sich eine mehrfache Meinungspolarisierung. Insbesondere bei Russlanddeutschen in bestimmten Wohngebieten sei es schwierig, argumentativ heranzukommen. Auch nach Hilfsaktionen werde die SPD für Probleme verantwortlich gemacht, und Diskussionen mit Querdenkern führten zu verhärteten Fronten (I12). Auch wurde beobachtet, dass Hass auf marginalisierte Gruppen projiziert werde, die teilweise nichts dafür könnten. Dies äußere sich in "blöden Kommentaren" im privaten Umfeld, aber auch in den Nachrichten (I8). Insbesondere in Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen würden andere Meinungen immer weniger akzeptiert. Die Vielfalt der Zwischentöne gehe dabei verloren, wenn nur noch Schwarz und Weiß

gesehen werde. (I11). Auch bestehe die Gefahr, dass keine andere Meinung mehr akzeptiert würden, wobei doch gerade Diskussionen und unterschiedliche Ansichten – auch innerhalb von Parteien – für die Demokratie essenziell seien (I11). Zudem wird davon berichtet, dass Menschen immer mehr dazu neigten, Gespräche mit Stimmen, die man nicht befürworte, gänzlich zu vermeiden. Nicht zuletzt wurde darauf hingewiesen, dass die allgemeine politische Lage auf Bundesebene sich auf die lokale Toleranz und das soziale Klima auswirken könne, insbesondere, wenn Feindlichkeit öffentlich wird (I7). Auch in Schorndorf und Umgebung sei der Umgang miteinander deutlich härter geworden, sowohl im Alltag (Einkaufen, Umgang mit Jugendlichen) als auch in der Kommunalpolitik (I2).

7.1.8 Anomie, mangelnde Kenntnisse und Politikverdrossenheit

In fünf Interviews werden verschiedene Aspekte von Anomie und Politikverdrossenheit als Herausforderungen für die Demokratie vor Ort genannt (Quellen: I1, I3, I4, I8, I10). Dabei wurde insbesondere betont, dass es ein fehlendes Bewusstsein dafür gebe, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei (I1), es ein „seltsames Verständnis von Demokratie" gebe, das oft in Unkenntnis übergehe, beispielsweise bei der Wahrnehmung von Rechten wie bei Demonstrationen (I3). Ein weiteres Problem wird darin gesehen, dass sich viele Leute "komplett gar nicht" mit demokratischem Engagement beschäftigten und sich "komplett rausnehmen aus dem ganzen Thema" (I8). Demokratie werde zunehmend als anstrengend empfunden und Menschen kämen mit dieser Anstrengung nicht zurecht (I10). Es gebe eine 'Politikmüdigkeit' und einen gewissen Frust, dass manche Dinge nicht wie gewünscht funktionieren (I10), die sich zu einer grundsätzlichen Demokratieskepsis verdichten könnten.

7.1.9 Demokratieskepsis

Daran anschließend berichten sechs Interviewpartner:innen von Demokratieskepsis (Quellen: I5, I6, I7, I9, I10, I11). Bei vielen Bürger:innen lasse sich ein Vertrauensverlust in die Demokratie beobachten, der sich in Unsicherheiten vor Wahlen und bei polarisierenden Themen wie Flüchtlingspolitik, Zuwanderung und Klimakrise zeige. Es bestehe ein Mangel an Vertrauen in den Staat und staatliche Institutionen (I6). Diese resultiere insbesondere aus einer Unzufriedenheit mit dem Handeln von staatlichen Institutionen, sowohl auf kommunaler Ebene (z.B. Kommunalverwaltung) als auch auf Landes- und Bundesebene (I6). Prozesse dauerten in der Demokratie manchmal länger, da verschiedene Meinungen Kompromisse erfordern würden, welche für einzelne Personengruppen unzufriedenstellend sein könnten (I10). Das Misstrauen, das von bestimmten Akteuren wie der AfD auf verschiedenen Ebenen (Leserbriefe, Montagsdemonstrationen, soziale Medien) gestreut werde, zersetze die Demokratie, da es dazu führe, dass Dinge hinterfragt würden, die eigentlich nicht politisch diskutiert werden müssten. In der Konsequenz schwinde das Grundvertrauen (I10).

Auch Bürokratie wird als nicht demokratiefördernd angesehen, da sie oft Frust erzeuge und das Vertrauen in Verantwortungsträger und den Staat mindere. Dies zeige sich insbesondere im Umgang mit Migrant:innen bei Ausländerbehörden und Jobcentern, wo Prozesse kompliziert und langwierig seien (I10). Nicht zuletzt gebe es eine allgemeine Unzufriedenheit bei den Menschen, insbesondere im Zusammenhang mit der Inflation, die der Demokratie zugeschrieben werde und die als Nährboden für extremistische Tendenzen dienen könne (I7). Es bestehe insgesamt die Gefahr, dass die Demokratieform als nicht richtig angesehen werde oder dass politische Vertreter die eigene Meinung nicht mehr repräsentieren würden (I7). Dies lasse sich auch in sozialen Brennpunkte beobachten, etwa

bei Personen, die in einem Siedlungsgebiet in der Nordstadt von Schorndorf wohnen und Hass sowie Anfeindungen gegenüber Demokraten zeigten (I7).

7.1.10 (Soziale) Medien als Gefahr

In mehreren Interviews wird Bezug auf (soziale) Medien genommen (I1, I4, I5, I11). Medien, insbesondere soziale Medien, könnten eine Gefahr für die Demokratie darstellen, wenn sie sich in eine bestimmte Richtung entwickelten und keine Kontrolle darüber bestehe, was dort verbreitet wird (I4). Dabei seien insbesondere Fake News ein Problem für die Demokratie, da sie die Meinungsbildung erschwerten und grundsätzlich das soziale Klima bedrohten (I5). Entwicklungen in Sozialen Medien, in denen sich diffuse Akteure tummelten und für negative Stimmung sorgten, sei kaum etwas entgegenzusetzen (I5).

Besonders herausfordernd sei auch, dass die politische Sozialisierung junger Menschen zunehmend über das Handy und soziale Netzwerke stattfinde, was eine grundlegende Veränderung der Situation darstelle und nur unzureichend bearbeitet werde(I1). Gerade das kritische Hinterfragen von Quellen finde zu wenig statt. (I11). Informationen aus sozialen Medien wie TikTok, Instagram oder Snapchat würden als alleinige oder gültige Meinung angesehen. (I11). Es bestehe die Gefahr, dass nicht mehr breit und aus verschiedenen Quellen Informationen eingeholt würden und sich so Filterblasen und Meinungsblasen verfestigten (I11).

7.1.11 Finanzieller Druck, Kürzungen und Schließungen

Auch Schorndorf steht vor finanziellen Herausforderungen, wie in sieben Interviews berichtet wird (I3, I4, I5, I8, I10, I11, I12). Dies führe zu Sparzwängen und in der Zukunft zu Verteilungskämpfen. Steigende Ausgaben durch gesetzliche Vorgaben (z.B. Kinderbetreuung) bei gleichzeitig stagnierenden oder sinkenden Einnahmen führten dazu, dass freiwillige Leistungen wie Jugendarbeit, Theater oder Musikclubs zur Diskussion stünden und gegebenenfalls gekürzt werden müssten, was die Demokratieförderung beeinträchtige (I12). Rückzugstendenzen des Landkreises bei der Finanzierung langfristiger Präventionsprojekte würden präventive Ansätze untergraben (I5). Konkret benannt wird zum Beispiel die Schließung des Zentrums für Internationale Begegnungen, das als wichtiger Ort für Begegnung und Integration angesehen wurde. Die Entscheidung basiere auf einer rein zahlenmäßigen Bewertung (Besucherzahlen vs. Kosten) und nicht auf dem tatsächlichen "Impact" auf das Leben der Menschen, so ein:e Interviewpartner:in (I4). Auch Programme der offenen Jugendarbeit stünden vor Kürzungen (I8), was dazu führen könne, dass Jugendliche in "komische Bubbles abrutschen" (I8).

In Zeiten knapper städtischer Haushalte (z.B. in Schorndorf) seien mehr Kompromisse nötig, was dazu führe, dass nicht alle Gruppen gleichmäßig bedient werden könnten. Dies erschwere Kompromisse und mindere das Verständnis dafür (I10). In zwei Interviews wird konkret Bezug genommen auf Verteilungskämpfe. Wenn Geld knapper werde, könnten Debatten über die Verteilung von Ressourcen (z.B. für Flüchtlingsunterkünfte) von bestimmten Parteien verstärkt werden (I11). Es entstehe die Vorstellung, dass langjährige Bürger mehr Rechte hätten als neu hinzugezogene Personen (I11). Auch wird davon berichtet, dass Versprechen auf Bundesebene (z.B. Infrastrukturpakete) nicht vor Ort in Schorndorf ankommen würden und dies zu Vertrauensverlusten führe (I11). Insgesamt reiche die Finanzkraft der Kommune Schorndorf nicht aus, um alle Probleme zu lösen, was zu Frustration führe (I11). Insbesondere die Jugendarbeit liege "ganz arg brach", da die Verwaltung organisatorisch nicht in der Lage sei, sie umzusetzen. Es fehle an Personal und finanziellen Mitteln, um ein neues Jugendhaus zu bauen und die Jugendarbeit zu stärken (I12).

7.1.12 Individualisierung als Herausforderung

Mangelnde Kompromissbereitschaft und Konflikte um Ressourcen werden durch eine beschleunigte (Hyper-)Individualisierung befördert, wie in drei Interviews (I6, I9 und I12) argumentiert wird. Die zunehmende Fokussierung der Menschen auf die eigene Person, eigene Träume, Bedürfnisse und Stärken wird als eine Herausforderung für die Demokratie gesehen, da sie dem gemeinschaftlichen Blick auf das Wohl aller entgegenwirke (I6). Die Haltung „mein Interesse ist das Allerwichtigste und das muss durchgesetzt werden" führe zu bösartigen Diskussionen, die dem Ansehen der Stadt schaden könnten, wie am Beispiel der Parkplatzdiskussion erläutert wird (I9). Es bestehe eine wachsende Tendenz zu einer "100 Prozent oder gar nichts"-Mentalität, die die Zusammenarbeit erschwere (I9). Diese zunehmende Ellbogenmentalität, bei der Menschen fordern, was sie ihrer Meinung nach verdienen, ohne Eigeninitiative zu zeigen, äußere sich beispielsweise in überzogenen Forderungen an die Kinderbetreuung (I12). Sie sei in letzter Konsequenz demokratiegefährdend, da sie weder Kompromiss noch Minderheitenschutz kenne.

7.1.13 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

In den Interviews I2, I6 und I7 wird dezidiert auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als demokratiegefährdende Umstände eingegangen. So gab es im Kontext der Eröffnung einer neuen Geflüchtetenunterkunft in Schorndorf kritische Stimmen aus der Bevölkerung, die Vorurteile äußerten und die Eröffnung verhindern wollten, noch bevor die Menschen eingezogen waren. Dies habe sich in einem "Wir und die"-Denken und dem Stecken von Menschen in Schubladen manifestiert (I6). Auch wird wahrgenommen, dass Räume fehlen, in denen unterschiedliche Ansichten und Meinungen ausdiskutiert werden können und ein legitimer Streit stattfinden kann, der sich auch im öffentlichen Raum abbildet (I6). Weiterhin wird berichtet, dass Gruppen, die sich in bestimmten Bars oder Kneipen in Schorndorf aufhalten, "krasse Parolen" rufen, die als ausländerfeindlich interpretiert werden (I7). Analog wird von "klarer Ausgrenzung" berichtet, die in Feldern wie Rassismus im Klassenzimmer sichtbar werde (I2).

7.1.14 Druck auf die Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen sind Träger einer lebendigen Demokratie. Vielfach stehen sie auch für die Verteidigung der Demokratie ein. Gleichzeitig geraten sie unter Druck durch Angriffe von Gegner:innen, die ihre Aktivitäten kritisch hinterfragen oder einschränken wollen. Von entsprechenden Aktivitäten berichten drei Interviewpartner:innen (I2, I3, I10). So sei versucht worden, dem Bündnis gegen Rechts die Gemeinnützigkeit abgesprochen, weil es gegen die AfD demonstriert habe, was die Arbeit erschwert habe und als Verschiebung wahrgenommen wird (I2). Das Finanzamt habe versucht, dem Bündnis die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, mit der Begründung, es betreibe Parteipolitik, da der Anteil der Ausgaben, der sich gegen die AfD richtet, gestiegen sei. Dies wird als "Instrumentalisierung des Staates" und "völliger Quatsch" bezeichnet (I3). Bezüglich Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure wird auf Kampagnen wie die "551 Fragen" in einer kleinen Anfrage der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag verwiesen. Sie setzten die Zivilgesellschaft unter Druck, und es gebe politische Forderungen, die Finanzierung dieser Akteure zu überprüfen, was im Interview als demokratiefeindlich eingestuft wird (I3). Auch wird von gezielten Versuchen extrem rechter Akteure berichtet, in zivilgesellschaftliche Bündnisse einzusteigen, um Informationen zu sammeln. Zwei Personen wären aus dem Bündnis ausgeschlossen worden, da sie sich an rechten Kampagnen beteiligten (I3). Das Bündnis gegen Rechts wird gelegentlich kritisch gesehen, obwohl es sich für

Demokratie einsetzt, da seine Demonstrationen manchmal als ausgrenzend empfunden werden und gegen politische Parteien (z.B. CDU) gewettert werde, die nicht extrem rechts oder links seien. Dies führe dazu, dass Menschen sich nicht mehr darin wiederfänden und der Zulauf verloren gehe (I10).

7.1.15 Schwäche der Zivilgesellschaft

Von einer Schwäche der Zivilgesellschaft in unterschiedlicher Hinsicht wird in fünf Interviews (I1, I2, I5, I9, 10) berichtet. Eine wahrgenommene Selbstverständlichkeit der Demokratie führe dazu, dass nicht mehr wahrgenommen werde, dass man dafür investieren müsse (I10).Zunächst wird die Sprachlosigkeit gegenüber multiplen Krisen und die mangelnde Fähigkeit, Sicherheit zu vermitteln, kritisiert (I5). Viele Bürger seien nicht bereit, populistisch-demokratiefeindlichen Thesen im privaten Umfeld (z.B. Freundeskreis, Bekanntenkreis) entgegenzutreten, um des lieben Friedens willen. Dies wird als "Schwächung des demokratischen Immunsystems" beschrieben (I1). Zudem seien viele Menschen mit einer guten Grundhaltung zu leise und engagierten sich nicht, solange es sie nicht direkt betreffe. Es besteht die Annahme, dass die meisten es zulassen und die Gefahr unterschätzen würden (I2). Es besteht daher die Sorge, dass die Gesellschaft nicht ausreichend wehrhaft sei, um demokratische Strukturen vor Angriffen von innen zu schützen (I1).

Auch auf eine mangelnde Kontinuität und Führung in zivilgesellschaftlichen Initiativen wird hingewiesen. In Bündnissen gebe es oft eine Person, die "ganz, ganz, ganz viel" organisiere und dem Ganzen ihren Stempel aufdrücke, was dazu führe, dass andere sich zurückzögen, wenn sie mit diesem Stempel nicht leben könnten (I9) Dies führe zu einer geringen "schlagkräftigen und beeindruckenden Masse" bei Aktionen (I9). Die Abhängigkeit von einzelnen Personen wird als problematisch angesehen, da dies die Nachhaltigkeit der Initiativen gefährde (I9).

7.2 Demokratiefeindliche und vielfaltsgefährdende Vorfälle und Gewalttaten, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Während für Urbach in den Interviews kaum Befunde vorliegen, wird für Schorndorf eine wachsende Zahl an demokratiefeindlichen und vielfaltsgefährdenden Vorfällen berichtet. Insbesondere Anfeindungen, Aggression und Gewalt sowie verschiedene Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Etabliertenvorrechte und Homophobie spielten dabei eine Rolle. Diese Entwicklungen werden als zunehmende Verrohung und Polarisierung des politischen Diskurses interpretiert und stellten eine wachsende Bedrohung des demokratischen Miteinander dar.

Interessant ist dabei, dass einerseits zahlreiche Beispiele für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit genannt werden und diese also offen sichtbar ist, andererseits aber darauf verwiesen wird, dass diese "sehr verdeckt" stattfinde und in Gesprächen, nicht unbedingt aber in offensichtlichen Kampagnen (I2), sichtbar werde. Auch wird darauf verwiesen, dass die Aufklärungsbereitschaft bezüglich Diskriminierung gering sei, viele wollten sich nicht damit beschäftigen (I2). Insgesamt wird Schorndorf im Vergleich zu anderen Städten als deutlich konservativer und weniger weltoffen beschrieben. Hier seien Ängste größer und man sei vorsichtig in der Positionierung in Bezug auf Vielfalt.

7.2.1 Anfeindungen, Aggression und Gewalt

In Urbach gab es laut Gesprächspartner:in I1 in den letzten Jahren keine rechtsradikalen Umtriebe, Demonstrationen gegen Migranten oder andere öffentlich sichtbare demokratiefeindliche Aktivitäten

(I1). Es gibt keine AfD-Fraktion im Gemeinderat von Urbach, und es gab keine Kandidaturen bei der Kommunalwahl (I1).

Anfeindungen, Aggression und Gewalt im politischen Kontext stellen in Schorndorf eine wachsende Gefahr dar. Davon berichten zehn der zwölf Interviewpartner:innen (Quellen: I2, I3, I4, I5, I7, I8, I9, I10, I11, I12). Besonders hervorzuheben sind dabei Bedrohungen des Schorndorfer Oberbürgermeisters Bernd Hornikel, die bis hin zu einer Morddrohung reichten (I2, I5, I10). Diese gingen vom „rechten Rand“ aus und wurden zur Anzeige gebracht. Laut I2 war dabei ein Akteur der AfD beteiligt. Gleichzeitig wird berichtet, dass die AfD und insbesondere Lars Haise Vorfälle instrumentalisierten. Er habe zum Beispiel behauptet, ihm sei der Zugang zu einem Biergarten verwehrt worden, weil die SPD Einfluss genommen hätte (I3).

Es wird zudem berichtet, dass es zu Übergriffen auf einen AfD-Wahlstand kam, für den die Antifa verantwortlich zeichnete. Dabei sei der Stand zerstört und eine Person verletzt worden (I12, I5, I9, I10). Auch wenn diese Aktion in ihrer Intensität unterschiedlich beschrieben wird – von Lappalie und aufgebauscht bis sehr aggressiv – wird sie als undemokratisch bewertet. Ferner wird berichtet, dass es zu Hass und Anfeindungen in einem Siedlungsgebiet in der Nordstadt von Schorndorf gekommen sei, wo Wahlkampf von demokratischen Parteien auf Ablehnung stoße (I7).

7.2.2 Rechtsextremismus, extrem rechte Demonstrationen und Ereignisse

Zwei Interviewpartner:innen (I2, I3) berichten von Hinweisen auf Fackelmärsche des III. Weg in den Wäldern rund um Schorndorf und gelegentliche Sichtungen von "klar faschistischen Kennzeichen" wie "schwarze Sonnen" auf T-Shirts von Motorradfahrern (I3).

In sieben Interviews wird von extrem rechten Demonstrationen und Veranstaltungen berichtet, bei denen es zum Teil zu Auseinandersetzungen gekommen sei (Quellen: I4, I5, I6, I7, I8, I11, I12). Bei AfD-Sitzungen in Schorndorf gab es Demonstrationen, bei denen die Polizei eingreifen musste (I4). Der AfD-Parteitag 2024 in Schorndorf war polizeilich stark geschützt, es gab keine Zusammenstöße mit der Antifa (I5). Nach einer "dubiosen AfD Konferenz"[38] habe es eine Mahnwache oder Kundgebung gegeben, die gut besucht gewesen sei (I8). Bei Versammlungen, insbesondere der AfD, sei es immer wieder zu verbalen Reibereien zwischen beiden Seiten (AfD und Antifa) gekommen. Physische Auseinandersetzungen habe es jedoch nicht gegeben. (I11). Der Höhepunkt bezüglich negativer Empfindungen seien Versammlungen der AfD in einer öffentlichen Veranstaltungshalle in Schorndorf (I11) gewesen. Eine Kundgebung der AfD in der Stadthalle von Schorndorf, gegen die eine große Gegendemonstration stattfand (I7).Auch wird über rechte Medienblasen in Schorndorf berichtet. Gerüchte über Banden, die durch die Stadt zögen, erwiesen sich als hinfällig (I5). Ein Politiker der AfD-Fraktion im Gemeinderat von Schorndorf habe gefilmt, wie eine Person mit Migrationshintergrund Gegenstände vom Sperrmüll nach einem Hochwasser nahm, und dies mit der Aussage betitelt, Geflüchtete würden die Situation ausnutzen. Das Video sei später entfernt worden(I6). Es habe aggressive Bauernproteste gegen Ricarda Lang gegeben(Schorndorf). Bauern mit "Riesentraktoren" seien aggressiv in eine enge Gasse zum Club, wo Ricarda Lang sprach, gefahren und es habe Morddrohungen gegeben(I12).Diese Ereignisse deuten darauf hin, dass es eine aktive extrem rechte

38 Es handelt sich hier um einen Verweis auf ein Treffen von Rechstextremisten und Personen aus dem extrem rechten Spektrum, unter anderem aus der AfD am 25.November 2023 am Lehnitzsee in Potsdam, das durch Recherchen zum „Geheimplan gegen Deutschland“ des Recherchenetzwerks Correctiv öffentlich bekannt wurde. Vgl. https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/, zuletzt besucht am 22.5.2026.

Szene rund um die AfD in Schorndorf gibt und dass es zu einer zunehmenden ideologischen Polarisierung rund um deren Präsenz kommt.

7.2.3 Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Abwertung von Flüchtlingen

In allen Interviews wird über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit berichtet. (Quellen: I1, I2, I3, I4, I5, I6, I7, I8, I9, I10, I11, I12). Im Kontext lokaler Aushandlungsprozesse zu Migration wird berichtet, dass die Unterbringung von Geflüchteten in Urbach zwar öffentliche Diskussionen und Bürgerveranstaltungen mit zahlreichen Wortmeldungen auslöste, die dezentrale Unterbringung jedoch nicht zu einer Destabilisierung des Gemeinwesens geführt habe (I1). Demgegenüber werden für Schorndorf verschiedene Formen migrationsbezogener Ängste und Ablehnung beschrieben: Teile der Bevölkerung äußerten Befürchtungen, Zugewanderte könnten Arbeitsplätze „wegnehmen“, kulturelle Veränderungen herbeiführen, generell kriminell sein oder eine „Islamisierung“ anstreben (I4). In diesem Zusammenhang wird auch die ablehnende Stimmung bei der Eröffnung eines Flüchtlingsheims im Schornbacher Weg thematisiert, wobei Sorgen über sinkende Immobilienwerte und steigende Kriminalität sowie pauschalisierende Aussagen gegen „zu viele Ausländer“ genannt werden; solche Positionen seien vereinzelt auch von Personen mit Migrationshintergrund geäußert worden (I4). Ergänzend wird berichtet, dass sich Vorurteile insbesondere dort verdichteten, wo Migrantinnen und Migranten sichtbar im öffentlichen Raum präsent sind: Es komme zu Warnungen und Gefährlichkeitsunterstellungen gegenüber Personen, die den Äußernden persönlich nicht bekannt seien (I10). Diese Beobachtungen werden in einen breiteren Deutungsrahmen menschenfeindlicher Einstellungen eingebettet. Ein Experte hebt hervor, dass Sozialisation in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft notwendigerweise mit der Internalisierung rassistischer bzw. menschenfeindlicher Denkmuster einhergehe; problematisch sei vor allem eine mangelnde Reflexionsfähigkeit bzw. das fehlende Bewusstsein über diese Prägungen (I3). Korrespondierend dazu wird auf ein „ganz hohes Maß an Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit“ verwiesen (I9) sowie auf wahrgenommene „Kommentare“, die Ablehnung, Ausgrenzung und Spott gegenüber bestimmten Gruppen ausdrückten und diese Gruppen zugleich als vermeintliche Ursache gesellschaftlicher Probleme markieren (I8). Auch parteipolitische Dynamiken werden als relevant beschrieben. Die AfD wird als Akteur wahrgenommen, der Rassismus systematisch begünstige und Werte vertrete, die als nicht demokratisch eingeordnet werden (I7). Zudem kann ein TikTok-Video eines AfD-Politikers, in dem Geflüchteten die Ausnutzung einer Notlage unterstellt wird, als Abwertung asylsuchender Menschen interpretiert werden (I6). Schließlich wird auf zivilgesellschaftliche Handlungsdilemmata hingewiesen: Im Rahmen eines Projekts des CVJM („Sage Nein“ gegen Nazis, Fremdenhass und Diskriminierung) habe es vereinsintern Zurückhaltung gegeben, sich öffentlich zu positionieren. Dies sei mit der Sorge begründet worden, nicht einschätzen zu können, wofür man „sein Gesicht hinhält“, und damit als Angst vor negativen Konsequenzen bzw. möglichen Sanktionen in einem sich verändernden politischen Klima gedeutet worden (I4).

7.2.4 Homophobie, Queer- und Transfeindlichkeit

Im Hinblick auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird Queerfeindlichkeit in vier Interviews (I2, I7, I9, I12) als ein zentraler Problembereich beschrieben. So wird die Ablehnung der queeren Community als „Riesen Punkt“ hervorgehoben; zugleich sei die queere Community in Schorndorf bislang nur wenig sichtbar und fühle sich zunehmend bedroht (I2). Vor diesem Hintergrund wird die geplante Durchführung eines Christopher-Street-Day (CSD) in Schorndorf im kommenden Jahr als

Hinweis für einen Bedarf nach größerer Sichtbarkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz interpretiert (I7). In parteipolitischen Zuschreibungen wird zudem eine verbreitete Abneigung eines großen Teils der AfD-Wählerschaft gegen „Vielfalt“ berichtet, die sich gegen Migrantinnen und Migranten, die LGBTQ+ Community sowie weitere Gruppen richte; die AfD wird in diesem Zusammenhang als Partei genannt, die die LGBTQ+ Community ausgrenze und nicht als gleichwertig anerkenne (I7). Ergänzend werden pietistische Milieus und kirchliche Sekten in der Region als „queerfeindlich“ beschrieben, womit insbesondere Abwertungen gegenüber trans* und homosexuellen Menschen verbunden seien (I12).

7.2.5 Antisemitismus und Antimuslimismus

Neben Queerfeindlichkeit werden antimuslimische und antisemitische Tendenzen als relevante Erscheinungsformen menschenfeindlicher Einstellungen benannt. Es wird berichtet, dass Ablehnung gegenüber muslimischen Menschen in Gesprächen sichtbar werde (I2) und zugleich wachsende Tendenzen von Antisemitismus und Antiislamismus beobachtbar seien, teils verbunden mit „idiotische(n) Verwechslungen“ (I9). In diesem Kontext wird auch auf institutionelle und transnationale Einflussfaktoren verwiesen: Die DITIB-Moschee, die als in der Vergangenheit kooperativ beschrieben wird, sei durch die politische Situation in der Türkei beeinflusst, was sich auch auf die Moschee vor Ort auswirke (I12). Ein weiterer Konfliktpunkt wird aus dem kirchlichen Umfeld berichtet: Die Dekanin der Stadtkirche habe sich rechtfertigen müssen, nachdem in einer Friedensmesse ein Muezzin zum Gebet aufgerufen hatte; der Vorfall habe überregionale mediale Aufmerksamkeit erhalten („deutschlandweit durch die Presse“) (I12).

7.2.6 Etabliertenvorrechte und Abwertung von Minderheiten

Formen von Etabliertenvorrechten und damit verbundener Abwertung von Minderheiten werden in vier Interviews thematisiert (I2, I7, I9, I11). Es wird berichtet, dass sich zunehmend der Eindruck verfestige, gesellschaftliche Aushandlungen zielten nicht mehr primär darauf, Minderheitenschutz zu gewährleisten, sondern dass deren Anliegen relativiert würden. So würden Bedenken von Minderheiten – etwa von Frauen, die sich in bestimmten Situationen unwohl fühlten – belächelt und als übertrieben abgetan (I2). In migrationspolitischen Debatten zeigten sich zudem narrative Muster der Abwertung und Delegitimierung von Unterstützungsleistungen: Im Kontext der Diskussion um den Bau einer neuen Flüchtlingsunterkunft habe eine Partei die Notwendigkeit der Einrichtung in Frage gestellt und die geplante Ausstattung als zu luxuriös für die Bewohner bewertet; ergänzend sei problematisiert worden, wie mit bereitgestelltem Wohlstand und Unterstützung umzugehen sei, wenn etwa Kühlschränke nach kurzer Zeit defekt seien (I11). Ähnlich wird von Feindseligkeit gegenüber einem neuen Wohnheim berichtet, die insbesondere von „ganz, ganz viele(n) Russlanddeutsche(n) und Aussiedler(n)“ artikuliert worden sei, verbunden mit der Behauptung, Zuwandernden werde alles „nachgeschmissen“ (I9).

Parallel dazu werden Hinweise auf soziale Spaltung innerhalb der Stadt beschrieben. Eine Kluft zwischen einer eher wohlhabenden „Südstadt“ und einer weniger wohlhabenden „Nordstadt“ manifestiere sich in unterschiedlichen Wahlergebnissen und der ungleichen Verteilung sozialer Problemlagen (I7). Diese Wahrnehmung werde durch Beschreibungen „gehobenerer Wohnorte“ gestützt, in denen man „dumm und dämlich zahlen“ könne, was als Indikator räumlich-sozialer Segregation gedeutet werden kann (I7). Schließlich wird berichtet, dass Diskriminierung nicht nur entlang der Grenze zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen auftrete, sondern auch innerhalb migrantisch geprägter Kontexte: In Klassen mit hohem Migrantenanteil gebe es Hierarchisierungen

(„schlechtere und bessere Migranten“) sowie Zuschreibungen ungleicher Zugehörigkeits- und Anspruchsrechte („ein größeres Recht haben als andere“) (I9).

7.2.7 Sexismus und Antifeminismus

Es wird in zwei Interviews (I3, I9) von Formen des Sexismus berichtet. So wird darauf hingewiesen, dass sich geschlechterbezogene Ungleichheitsvorstellungen in „prinzipiellen Rollenbildern“ manifestieren, die das alltägliche Leben strukturierten und prägten (I3). In diesem Zusammenhang werden unterschiedliche Kontexte benannt, in denen problematische Frauenbilder sichtbar würden: Zum einen wird darauf verwiesen, dass einige Migranten ein als „tatsächlich schwierig“ beschriebenes Bild von Frauen hätten (I9). Zum anderen werden Erfahrungen aus Wohneinrichtungen geschildert, in denen Frauen, die nicht entsprechend vertrauter Kleidungsnormen auftraten, als „zur Verfügung“ stehend wahrgenommen worden seien (I9). Daraus wird die Notwendigkeit von Bildungs- und Aufklärungsarbeit abgeleitet, um insbesondere die normativen Grenzen von Zustimmung und sexueller Selbstbestimmung zu verdeutlichen und Missdeutungen – etwa die Gleichsetzung freizügiger Kleidung (z. B. Hotpants) mit sexueller Verfügbarkeit – explizit zurückzuweisen (I9). Ergänzend wird berichtet, dass auch pietistische Milieus und kirchliche Sekten in der Region durch „total erschreckende“ Frauenrollenbilder (u. a. im Sinne einer „Straight wife“) auffielen, wodurch Sexismus als milieuübergreifendes Phänomen sichtbar werde (I12).

7.2.8 Klassismus

Es wird beobachtet, dass Leute ihren Hass auf marginalisierte Gruppen projizieren (I8). Der soziale Stand und der Bildungsgrad werden als Gründe für Anfeindungen und Hass in bestimmten Gebieten genannt (I7).

7.3 Situation in Sozialräumen, Stadtteilen und Teilgemeinden

In elf der zwölf Interviews wird Bezug genommen auf Sozialräume und Stadtteile, die als besonders herausfordernd oder bedrohlich wahrgenommen werden. Dabei wird Urbach als eine "Insel der Glückseligen" beschrieben, auf der es keine hohe Kriminalitätsrate, keine Stadtbildproblematik und ein sehr harmonisches Zusammenleben gebe. Es gebe wenig Anzeichen für soziale Konflikte oder schichtenspezifische Auseinandersetzungen (I1). Dem gegenüber werden für Schorndorf zahlreiche Sozialräume thematisiert (Quellen: I2, I3, I4, I5, I6, I7, I9, I10, I11).

Im lokalen Raum Schorndorf werden insbesondere die nördlichen Stadtteile als sozialräumlich verdichtete Problemlagen beschrieben. So gilt die Nordstadt als „heißes Pflaster“, in dem demokratiefeindliche Einstellungen häufiger beobachtet würden; dies wird mit der sozioökonomischen Lage eines vergleichsweise einkommensschwachen Viertels begründet, in dem viele Menschen „ökonomisch unter Druck stehen“, was häufig mit der Unterstützung demokratiefeindlicher Positionen einhergehe (I3). Zugleich wird die Nordstadt als Standort nahezu aller größeren Flüchtlingsheime dargestellt, was wiederkehrend Gegenstand kommunaler Auseinandersetzungen bei der Einrichtung neuer Unterkünfte sei (I4). In diesem Zusammenhang wird ein hoher, subjektiv als auffällig wahrgenommener Anteil von Ausländer:innen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund beschrieben, teils räumlich konzentriert in bestimmten Gebäuden und entlang zugeschriebener Herkunftsgruppen (z.B. russische, afrikanische, syrische Herkunft) (I4). Korrespondierend dazu werden für die nördlichen Stadtteile eine tendenziell höhere AfD-Wählerklientel, vergleichsweise schlechterer Wohnraum sowie größere Unterbringungseinrichtungen genannt (I5). Schorndorf-Nord wird zudem als besonders

gefährdet eingeschätzt, da dort ein erhöhter Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung lebe, verbunden mit beobachteter Distanz zu staatlichen Institutionen, Misstrauen gegenüber Politik und einer entsprechenden Spiegelung in den Wahlergebnissen; zugleich werden Armutslagen, Sozialwohnungen und Obdachlosenunterkünfte als prägende Faktoren benannt (I6). Besonders ein Hochhaus-Siedlungsgebiet wird als Ort beschrieben, an dem Wahlkampf auf Ablehnung, Anfeindungen und Hass stoße (I7). Insgesamt wird die Nordstadt geografisch als besonders gefährdeter Raum identifiziert, gekennzeichnet durch hohen Migrationsanteil, Unterkünfte für Geflüchtete und (Aus-)Siedler sowie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Schulen, Kitas) mit entsprechend hohem Anteil; zugleich sei die Kommune hier mit Unterstützungsangeboten am präsentesten, während eine stärkere sozialräumliche Durchmischung als langfristiger Stadtentwicklungsprozess bewertet werde (I11).

Innerhalb dieser nördlichen Stadtbezirke wird die Wiesenstraße als spezifischer Bereich hervorgehoben, der „ein bisschen verloren“ wirke und „mehr Unterstützung“ benötige (I2). Dort lebten viele Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich allein gelassen fühlten und eher zur AfD neigten; als Ursache wird ein historisches Integrationsversäumnis benannt, da Zugewanderte in früheren Jahrzehnten in denselben Wohnlagen konzentriert worden seien, anstatt eine breitere Integration zu fördern (I2). Die Wiesenstraße wird zugleich als Quartiersprojekt, unter anderem im Zusammenhang mit einem „russlanddeutschen Quartier“, eingeordnet (I5).

Im Kontrast dazu wird die Südstadt als besser aufgestellt beschrieben, mit geringerer Armutsbetroffenheit und einem niedrigeren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund (I6). Über den städtischen Kontext hinaus werden außerdem ländlichere Räume im (weiteren) Umkreis – etwa Regionen wie der Schwarzwald oder sehr kleine Dörfer – als politisch stärker gefährdet eingeschätzt, da dort deutlich höhere AfD-Anteile beobachtet würden (I7).

Ein:e Gesprächspartner:in geht darauf ein, dass sich in einzelnen Wohngebieten besonders hohe AfD-Stimmenanteile konzentrieren (I5). Hervorgehoben wird dabei eine Siedlung mit vielen Russlanddeutschen, die als sozialräumlich „ghettoisiert“ beschrieben wird und überwiegend im sozialen Wohnungsbau liege; in diesen Kontexten werde es als schwierig wahrgenommen, die Bewohner:innen argumentativ zu erreichen (I12). Ergänzend wird die Ansprache russlanddeutscher Communities als spezifische Herausforderung benannt, wobei insbesondere Migrant:innen der zweiten Generation als schwer erreichbar gelten (I5).

In zwei Interviews wird berichtet, dass die Teilorte Schorndorfs eine deutlich andere kulturelle und gesellschaftliche Struktur aufweisen als die Kernstadt (I11). In kleineren Teilorten – etwa mit wenigen hundert Einwohner:innen – träten demnach weniger der Problemlagen auf, die für die Kernstadt beschrieben werden (I11). Zugleich wird auf eine Differenzierung innerhalb der Teilorte hingewiesen: Zwei größere Teilorte seien stärker an die Kernstadt angebunden und sozial eher durchmischt (I11).Mit Blick auf Diskurslagen wird zudem berichtet, dass in den „äußeren Stadtteilen“ bzw. „je ländlicher es wird“ häufiger soziokritische Kommentare zu hören seien, während diese in der Schorndorfer Innenstadt seltener wahrgenommen würden (I8). Die politischen Ansichten in den außerhalb gelegenen Teilorten werden in diesem Zusammenhang insgesamt als „rechter“ charakterisiert (I8). Innerhalb der Kernstadt werden wiederum Wohnbereiche und Institutionen (insbesondere Kitas und Schulen) mit hohem Migrationsanteil sowie Unterbringungsorten für Geflüchtete beschrieben (I11). Für diese Räume wird eine doppelte Konfliktlinie berichtet: Kritik äußere sich sowohl aus einer linken Perspektive („macht zu wenig“) als auch aus einer rechten Perspektive („macht zu viel“), wodurch kommunales Handeln zugleich als unzureichend und als übermäßig problematisiert werde (I11).

Im Zusammenhang mit sicherheitsbezogenen Wahrnehmungen im öffentlichen Raum werden insbesondere die Bereiche in Bahnhofsnähe als problematisiert beschrieben. Diese gälten als „Hotspot“ von Personen, „die Böses tun“, wobei von einer „migrantischen Gang“ Jugendlicher berichtet wird, die dort durch kleinere Diebstähle und Beleidigungen auffällig geworden sei (I9). Korrespondierend dazu wird der Bahnhof als Ort genannt, an dem sich Migrant:innen aufhielten und an den von Teilen der Bevölkerung Sorgen geknüpft würden (I10). Vergleichbare Zuschreibungen werden auch für den Stadtpark berichtet, der ähnlich wie der Bahnhof mit migrationsbezogenen Befürchtungen in Verbindung gebracht werde (I10).

Es wird vereinzelt berichtet, dass in Schorndorf ein Mangel an „angemessene(n) Räume(n)“ bestehe, insbesondere für junge Menschen, die sich treffen möchten, ohne dafür Geld ausgeben zu müssen, und in denen Begegnungen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft möglich wären (I9). In diesem Zusammenhang wird das Jugendzentrum als „unattraktiv geworden“ beschrieben, unter anderem aufgrund von Verschmutzung sowie einer starken Ausrichtung auf eine spezifische Nutzergruppe (v.a. Skater), wodurch es andere Jugendliche weniger anspreche (I9). Zudem wird berichtet, dass frühere informelle Treffpunkte wie der Stadtpark am Abend zunehmend nicht mehr akzeptiert würden und ordnungsrechtliche Interventionen (z.B. durch das Ordnungsamt) zu einer weiteren Verdrängung aus solchen Aufenthaltsorten beitrügen (I9).

7.4 Situation in den angrenzenden Gemeinden

Die neun Befragten, die sich zur Situation in angrenzenden Gemeinden äußern (I1, I2, I3, I5, I6, I7, I9, I11, I12), beziehen sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Perspektiven in der Beschreibung auf verschiedene Orte und beziehen zum Teil auch Schorndorf und Urbach mit ein. Dies wird aufgrund der von den Interviewten gezogenen Vergleichen hier mit berichtet, auch wenn diese zwei Gemeinden Teil der Partnerschaft für Demokratie sind.

In Bezug auf Urbach wird berichtet, dass sich die kommunalpolitischen Konstellationen zwischen der Gemeinde und der Kreisebene nur geringfügig unterscheiden und die Wahlergebnisse im Kreistag und im Gemeinderat ähnlich ausfallen. Charakteristisch sei eine starke Fraktion der Freien Wähler als bürgerliche Mitte, gefolgt von CDU, SPD und Grünen; insgesamt werde die politische Situation als deutlich konsensorientiert beschrieben (I1). In diesem Zusammenhang wird zudem hervorgehoben, dass zentrale Themen im Landkreis weitgehend denjenigen in Schorndorf entsprechen, da sie auf Landkreisversammlungen beraten und anschließend in die Kommunen weitergetragen würden (I7).

Parallel dazu verweisen die Interviews auf regional heterogene rechte bzw. rechtsextreme Aktivitäten und auf unterschiedliche Intensitäten rechtspopulistischer Unterstützung innerhalb des Kreises. So wird berichtet, dass AfD-Vertreter in Backnang und Waiblingen Schulen aufsuchten, um Jugendliche zu beeinflussen (I2). Darüber hinaus werden weitere Gebiete mit hohen AfD-Wahlergebnissen genannt, darunter Alfdorf und Lichtenwald (I3). Für einzelne ländliche Gemeinden werden besonders hohe Werte angegeben, etwa für Kaisersbach im Welzheimer Wald („30 % oder so“) sowie für das Gebiet in Richtung Wieslauftal und Rudersberg („unglaublich viel“, „zwischen 20 bis 40%“) (I9). Ergänzend wird die Wahrnehmung geäußert, der Rems-Murr-Kreis sei „einmal rechtsextremistisch ziemlich stark insgesamt“ gewesen (I5). Zugleich wird auf Unterschiede zwischen Kommunen hingewiesen: Während etwa Murrhardt als aktiver im Hinblick auf rechtsextreme Gruppen wahrgenommen werde, gälten Schorndorf und Waiblingen im Vergleich als weniger einschlägig aktiv (I6). In diesem Kontext wird auch erwähnt, dass die Identitäre Bewegung Treffen im Rems-Murr-Kreis angekündigt hätte, jedoch keine gesicherten Informationen dazu vorlägen, ob diese tatsächlich in

Schorndorf stattfanden (I6). Darüber hinaus wird eine „starke rechte Szene in der Umgebung“ beschrieben, wobei Schwäbisch Gmünd als besonders stark und Backnang sowie Marbach als „Hochburgen“ genannt werden; für Alfdorf wird in diesem Zusammenhang auf einen Gastwirt verwiesen, der „in den Osten gegangen“ sei (I12). Zusätzlich wird berichtet, dass es Orte gebe, in denen die politische Lage als „hoch kritisch“ wahrgenommen werde und „es um anderes geht“ (I11).

Im Rahmen einer Stadt-Land-Perspektive wird Schorndorf dem Großraum Stuttgart zugeordnet, dem ein „Stadtbezug“ und eine „gewisse Aufgeklärtheit“ als demokratiestärkender Gegenpol zugeschrieben werden; gleichzeitig wird die Lage als angespannt beschrieben („noch nicht komplett verloren“, aber „auf dem Weg dahin“) (I2). Demgegenüber wird für ländliche Bereiche des Rems-Murr-Kreises (z. B. Alfdorf oder Althütte) berichtet, dass die Wahlergebnisse „nicht gut“ aussähen und dies auf eine abweichende politische Situation hindeute (I4). Auch überregional wird auf ländliche Räume verwiesen, in denen demokratische Orientierung und Zufriedenheit als schwächer ausgeprägt wahrgenommen werden: So wird angegeben, dass bereits wenige Kilometer außerhalb Schorndorfs sowie in Regionen wie dem Schwarzwald der AfD-Anteil „deutlich größer“ sei und die Situation „etwas schlechter“ aussehe (I7). Ergänzend wird für den Rems-Murr-Kreis, für Hohenlohe und die Schwäbische Alb eine besondere Rolle der Bauernschaft beschrieben, einschließlich einer Vermischung von Querdenker-Szene und bäuerlichen Milieus (I12). Als weiterer kontextueller Faktor wird das Remstal als Region mit einem Problem des Pietismus charakterisiert, der als Nährboden für freikirchliche und sektiererische Gruppen fungiere (I12).

Schließlich werden Aspekte lokaler gesellschaftlicher Infrastruktur und kommunaler Steuerungsfähigkeit thematisiert. So wird berichtet, dass Feuerwehrvereine in kleineren Kommunen leichter von extremistischen Gruppierungen unterwandert werden könnten und dass Nachbarkommunen Angebote einstellten, weil diese politisch nicht mehr durchsetzbar seien (I5).

Im Vergleich mit Weinstadt, Kirchheim oder Fellbach wird Schorndorf als gut aufgestellt beschrieben, da dort ein eigener Fachbereich für Familie und Soziales sowie Sozialplanung vorhanden sei (I5). Für Städte wie Tübingen und Esslingen wird zudem eine höhere wahrgenommene Fortschrittlichkeit und Offenheit – auch gegenüber „Fremden“ und Projekten – berichtet; dort scheine es weniger Konflikte zu geben und der Eindruck entstehe, dass „was vorankommt“ (I4).

7.5 Demokratiefördernden Akteure und Ressourcen vor Ort

Zivilgesellschaft und **Ehrenamt** sind für elf der zwölf Befragten die wichtigsten Stützen der Demokratie. (Quellen: I1, I2, I3, I5, I6, I7, I8, I9, I10, I11, I12). In Schorndorf wird insgesamt eine sehr aktive Zivilgesellschaft wahrgenommen, die gut mit der Verwaltung vernetzt ist und sich in die Gestaltung einbringt (I6). Dabei sind zahlreiche Gruppen von Bündnis gegen Rechts, über das Frauenforum, Critical Mass, Offene Gesellschaft Schorndorf, Omas gegen Rechts, Lola und das Klimaschutzbündnis bis hin zum Ehrenamtsnetzwerk aktiv. Für Schorndorf wird das Bündnis gegen Rechts bzw. gegen Rassismus und Rechtsextremismus als zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur beschrieben, der seit mehreren Jahren kontinuierlich aktiv ist, Aktionen organisiert, gut vernetzt agiert und sich explizit gegen Rechtsextremismus positioniert (I2) (I5) (I6) (I7). In diesem Zusammenhang wird berichtet, dass das Bündnis unter anderem Mahnwachen durchführt und – gemeinsam mit der Partnerschaft für Demokratie (PfD) – das „Fest der Vielfalt“ organisiert; es wird als ausgesprochen aktiv charakterisiert und es wird hervorgehoben, dass die Gruppe „ganz viel“ leiste (I2). Ergänzend wird das Frauenforum genannt, das im Kontext der Schorndorfer Gruppe eine Mahnwache gegen Gewalt an Frauen gestaltet (I2). Historisch wird das Bündnis als bereits langfristig in Schorndorf

„verankert“ beschrieben und seine Entstehung wird auf einen konkreten Anlass zurückgeführt, nämlich einen Angriff von Nazis auf einen griechischen Mitbürger, (I12). Zudem wird auf organisationsförmige Weiterentwicklungen verwiesen: Die „Offene Gesellschaft Schorndorf“ bzw. die „Initiative Offene Gesellschaft Schorndorf“ sei ursprünglich mit dem Schwerpunkt Klimaschutz gegründet worden und habe sich später zu einem Bündnis gegen Rassismus und Rechtsextremismus weiterentwickelt (I3). In der rückblickenden Bewertung wird das Bündnis als „relativ aktiv“ sowie als „wichtiger Akteur“ und „wichtiges Netzwerk“ eingeordnet, das in der Vergangenheit auch größere Aktionen geplant habe, um breite Teile der Bevölkerung zu erreichen (I8). Flankierend dazu wird für Schorndorf ein „hohes Potenzial“ ehrenamtlichen Engagements berichtet, insbesondere in der Geflüchtetenbetreuung und Kinderbetreuung, bei Ausflügen, Fürsorge und Sprachförderung sowie in der Unterstützung von Menschen in Not. Dieses Engagement umfasse auch praktische Versorgungsangebote wie Tafelläden und Kleiderläden und wird damit als tragende zivilgesellschaftliche Infrastruktur beschrieben, die soziale Teilhabe und Zusammenhalt unterstütze (I12).

In zehn Interviews werden **Vereine** als weitere wichtige Stützen der Demokratie benannt (I1, I2, I3, I4, I6, I7, I8, I9, I10, I11). In Urbach wird besonders der Geschichtsverein Urbach hervorgehoben. Dieser widme sich primär der lokalen Geschichtsforschung und kooperiere mit Schulen, um Demokratiebildung zu unterstützen (I). Ergänzend wird der Geschichtsverein als insgesamt „sehr aktiv“ beschrieben und ihm wird eine fördernde Rolle bei Aktionen zugeschrieben (I6). Insgesamt wird die lokale Vereins- und Gemeindelandschaft in Schorndorf als bedeutsame Ressource demokratischer Praxis dargestellt. So wird berichtet, dass zahlreiche Vereine und Kirchengemeinden – insbesondere auch freikirchliche Gemeinden – in einem guten Zustand seien und durch ehrenamtliches Engagement zur Demokratiepflege beitrügen. Sie werden zugleich als eigenständige demokratische Strukturen charakterisiert, in denen interne Wahlen, Ausschüsse und organisierte Beteiligungsformen stattfänden (I1). Eine besondere integrative Funktion wird Sportvereinen zugeschrieben, die in den Ortsteilen eine zentrale Rolle spielten und wesentlich zu Integration, sozialem Zusammenhalt, Gemeinschaft und zur Stabilisierung eines lokalen Gemeinschaftsgefühls beitrügen (I2). Konkret werden Vereine wie der SC Schorndorf und der ASV Schorndorf als Orte des Zusammenkommens und der Integration genannt (I7). Ebenso werden weitere bürgerschaftliche Zusammenschlüsse (z. B. „Schorndorf Weiber“, Rotarier, Lionsclub) als Akteure beschrieben, die Projekte unterstützten und damit in die lokale Förderlandschaft hineinwirkten (I6). Schließlich wird ein Nachbarschafts- bzw. Stadtquartiersverein in Schorndorf erwähnt, der eine Maßnahme zum Abbau von Barrieren und zur Reduktion von Vorurteilen gegenüber Geflüchteten umgesetzt habe, indem ein gemeinsames Straßenfest organisiert wurde (I8).

Auf **religiöse Vereine** und **Kirchengemeinden** wird in sieben Interviews Bezug genommen (Quellen: I1, I2, I3, I4, I5, I9, I10). Sie seien selbst demokratische Strukturen, in denen Wahlen und Ausschüsse stattfänden (I1). Bezüglich der Kirchen in Schorndorf wird berichtet, dass sie als Partner insbesondere bei der Entwicklung von Quartiersprojekten und der Ansprache von Menschen mit weniger Interesse an kirchlichen Angeboten gesehen werden (I5). Für Schorndorf wird übereinstimmend berichtet, dass Kirchen einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisteten und als Orte sozialer Begegnung fungierten. Sie organisierten u. a. die Vesperkirche, Seniorennachmittage, Krabbelgruppen, Mutter-Kind-Gruppen sowie Familiengottesdienste, mit dem Ziel, Menschen zusammenzubringen und insbesondere dem Thema Einsamkeit entgegenzuwirken (I2). In diesem Kontext wird zudem auf eine muslimische Gemeinde verwiesen, die wieder verstärkt Kontakte suche, sowie auf Gottesdienste in verschiedenen Sprachen (u. a. Polnisch, Vietnamesisch), die auf eine pluralisierte religiöse Infrastruktur und niedrigschwellige Zugänge für unterschiedliche

Gruppen hinweisen (I2). Darüber hinaus werden kirchliche Akteure als ausdrücklich demokratierelevante Partner beschrieben. So wird berichtet, dass sich Kirchen in Schorndorf auch in öffentlichen Formaten engagierten, etwa bei Festen mit Angeboten für Kinder und Familien (I4), und dass die Stadtkirche sich explizit als „offene Kirche“ bezeichnet, womit sie an das Leitbild einer „offenen Gesellschaft“ anschließe (I3). Insbesondere der evangelischen Kirche werden Angebote zur Demokratieförderung zugeschrieben; sie gelte als wichtiger Ansprechpartner in entsprechenden Kontexten (I9) und wird als expliziter Partner in der Demokratieförderung benannt (I10). Als Beispiel für eine veränderte, inklusivere Praxis wird eine Aufführung eines modernen Stücks mit muslimischen Gesängen in einer Kirche angeführt, die nach Einschätzung der Quelle noch vor etwa zehn Jahren „undenkbar“ gewesen wäre (I9). Mit dem CVJM Schorndorf wird zudem ein kirchennaher Verein als Beispiel für eine offene und aktiv kooperierende zivilgesellschaftliche Struktur genannt. Er wird als „sehr offen“ beschrieben und beteilige sich an Projekten gegen Fremdenhass und Diskriminierung (z. B. „Sage Nein“) (I4).

Auch die **Stadt Schorndorf** und die **Gemeinde Urbach** selbst spielen eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Demokratie (Quellen: I1, I2, I4, I5, I6, I10, I12). Für die Gemeinde Urbach wird berichtet, dass sie sich bemühe, solche Förderprogramme in Anspruch zu nehmen, die aus Sicht von Gemeinderat und Bürgermeisterin als sinnvoll erachtet werden, wobei dies häufig in Kooperation mit Vereinen erfolge (I1). Für die Stadtverwaltung Schorndorf wird ebenfalls ein aktives kommunales Handeln beschrieben: Sie engagiere sich in erheblichem Umfang für den Erhalt der Offenheit der Stadt, wobei zugleich der Bedarf nach einer koordinierenden Stelle bzw. einer Plattform formuliert wird, die einen systematischen Überblick über die unterschiedlichen Aktivitäten und Akteurskonstellationen ermöglicht (I2). Im Bereich Integration und Teilhabe werden mehrere institutionelle und finanzielle Instrumente benannt. So wird der Rat für Integration in Schorndorf als Gremium beschrieben, das den Gemeinderat in Integrationsfragen berät, sich jedoch noch im Aufbau befinde und daher „viel Luft nach oben“ habe, grundsätzlich aber als wichtige Einrichtung eingeschätzt werde (I4). Ergänzend wird ein städtischer Integrations- und Quartierfonds genannt, über den Projekte der Integration und Quartiersarbeit finanziert werden könnten; als Beispiel wird die Nutzung zur Förderung interkultureller Freizeiten angeführt (I4). Zudem wird mit „Schorndorf engagiert“ eine städtische Kampagne zur Ehrenamtsvermittlung beschrieben, die engagierte Personen mit Unterstützungsbedarfen zusammenführe und damit zivilgesellschaftliche Beteiligung strukturell unterstütze (I4). Darüber hinaus wird die kommunale Sozialpolitik der Stadt Schorndorf im weiteren Sinne als demokratiefördernd charakterisiert, insbesondere durch Quartiersarbeit, Inklusionsarbeit, aufsuchende Seniorenarbeit sowie durch demografische Konzepte und Planungen mit freien Trägern (I5). In diesem Kontext wird der Fachbereich Familie und Soziales als Verwaltungsakteur hervorgehoben, der „stille“ Gruppen ohne eigene Lobby vertrete und anwaltschaftliche Arbeit für Klientinnen und Klienten aller Altersgruppen leiste (I5). Der Fachbereich Quartiersentwicklung und -arbeit wird zudem als federführend für die „Partnerschaft für Demokratie“ beschrieben und ordne diese als Kooperationsprojekt ein (I6). Schließlich wird berichtet, dass kultur- und bildungspolitische Förderpraxis zur Demokratieförderung beitrage, etwa durch städtische Unterstützung von Ausstellungen, Wortbeiträgen und Lesungen zu den Themen Demokratie und Geschichte (I10).

In sechs Interviews (I1, I2, I6, I8, I11, I12) werden **Schulen** und **Jugendarbeit** explizit genannt, wenn es um die Stärkung der Demokratie geht. Für Urbach wird berichtet, dass Schulen zentrale Partner der Demokratiebildung darstellten. Projektideen gingen dabei häufig von Lehrkräften aus und bezögen sich insbesondere auf Diversität, Konfliktlösungsstrategien sowie auf die Qualifizierung von

Mediatorinnen und Mediatoren bzw. Streitschlichterinnen und Streitschlichtern (I1). Auch allgemein wird Schulen eine eigenständige Rolle in der Demokratieförderung zugeschrieben, da sie über Bildungspläne und schulische Aktionen verfügten und teils eigene Demokratiebeauftragte oder von Schülerinnen und Schülern gestaltete Arbeitsgemeinschaften eingerichtet hätten (I6). Ergänzend wird hervorgehoben, dass Jugendzentren vor Ort Demokratiebildung betrieben und damit niedrigschwellige Lern- und Erfahrungsräume außerhalb des Unterrichts bereitstellten (I6). Für Schorndorf wird zudem berichtet, dass die Stadt im Bereich Schulsozialarbeit „eigentlich gut ausgestattet" sei, was als unterstützende Infrastruktur für schulische und außerschulische Bildungs- und Präventionsarbeit verstanden werden könne (I12). Im Bereich der Jugendbeteiligung werden in Schorndorf spezifische Beteiligungsformate beschrieben, die über die Partnerschaft für Demokratie (PfD) angebunden sind (I2). Dabei wird die Jugendinitiative bzw. das Jugendforum als offene Beteiligungsform charakterisiert, in der Jugendliche nicht nur Projekte initiieren und umsetzen, sondern auch über finanzielle Mittel mitentscheiden können (I11). Darüber hinaus wird dem Jugendforum eine integrative Funktion zugeschrieben, indem es die Durchmischung unterschiedlicher Schulformen begünstige und die Auseinandersetzung mit verschiedenen Meinungen fördere (I11). Flankierend wird berichtet, dass Jugendarbeit für einzelne Akteure ein besonderes Schwerpunktfeld („Steckenpferd") darstelle, was auf die Relevanz personaler Trägerschaft und Expertise in diesem Handlungsfeld verweist (I8).

Einzelpersonen spielen für fünf Gesprächspartner:innen eine wichtige Rolle für die Förderung der Demokratie (I1, I2, I4, I9, I11). Der Oberbürgermeister von Schorndorf, Bernd Hornikel, wird als relevanter Akteur dargestellt: Er positioniere sich klar, spreche sich für die Aufnahme von Menschen aus Kriegsgebieten aus (I4) und vertrete zugleich eine eindeutig ablehnende Haltung gegenüber demokratiegefährdenden Entwicklungen bzw. Themen (I11). Als weiterer Akteur wird der Journalist Alexander Roth im Remstal genannt, dem eine hohe Recherchequalität zugeschrieben wird; er fördere durch seine Arbeit „echt Sachen an den Tag" (I2) (I9). Joachim Wilke engagiere sich sowohl als Privatperson als auch in seiner Funktion als Vorsitzender des Geschichtsvereins Urbach in der Demokratiebildung und -förderung. Dabei nutze er familiäre und soziale Netzwerke sowie den Geschichtsverein als zentrale Plattformen, um seine Vorstellung einer liberalen und freiheitlichen Demokratie zu vermitteln (I1). Für eine Lehrerin an der Gemeinschaftsschule in Schorndorf (S2) wird berichtet, dass sie sich zugleich in Schorndorf breit engagiere. Sie sehe sich dabei explizit in der Verantwortung, dem Erstarken der AfD entgegenzutreten und Freiheit sowie demokratische Grundwerte zu bewahren (I2).

In vier Interviews (I1, I2, I8, I12) wird auf die Rolle von **Stiftungen** bei der Demokratieförderung hingewiesen. Für Urbach wird berichtet, dass die Bürgerstiftung Projekte fördere, die auf eine Stärkung des demokratischen Bewusstseins abzielen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, und dass sie durch Mittel aus der Bürgerschaft finanziert werde (I1). Auch für Schorndorf wird der Bürgerstiftung eine fördernde Funktion zugeschrieben: Über sie könnten finanzielle Mittel für Aktionen oder einzelne Projekte beantragt werden, womit sie als Instrument zur Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen beschrieben wird (I8). Zudem wird die Palm-Stiftung mit ihrem spezifischen Schwerpunkt auf Bildungs- und Demokratieförderung genannt. Diese unterstütze Schulen in hohem Maße, indem sie Budgets für demokratiebildende und präventive Maßnahmen bereitstelle (I2). Darüber wird sie als Stiftung beschrieben, die sich für Pressefreiheit einsetze und u. a. Lesungen organisiere, wodurch sie demokratiefördernde Impulse auch über den schulischen Kontext hinaus setze (I12).

Auch den demokratischen **Parteien** wird eine Funktion bei der Demokratiestärkung zugeschrieben, wenn auch nur in fünf der zwölf Interviews (I2, I3, I7, I9, I11). Für Schorndorf wird berichtet, dass sich

die Parteien bzw. Fraktionen – insbesondere die SPD – deutlich für den Erhalt demokratischer Strukturen engagiere und dass zwischen den Parteien eine „gewisse Grundkooperation“ angenommen werde (I2). In diesem Zusammenhang wird die SPD als aktiv beschrieben und als Akteur wahrgenommen, der im lokalen Austausch präsent sei („im Gespräch“) (I2). Auf organisationaler Ebene werden in Schorndorf zudem Ortsvereine bzw. Parteistrukturen von SPD, Grünen und Linken genannt (I3); gleichzeitig wird berichtet, dass auch die CDU punktuell an Demonstrationen beteiligt gewesen sei (I3). Mehrere Befragte betonen darüber hinaus eine wiederkehrende Aktivität demokratischer Parteien im Kontext von Demokratieförderung und Abgrenzung gegenüber antidemokratischen Tendenzen. So wird berichtet, dass insbesondere Grüne und SPD sich „da Mühe“ gäben und „immer wieder aktiv“ würden, wobei die SPD im Vergleich als stärker aktiv wahrgenommen werde als die Grünen (I9). Insgesamt wird auf das Engagement demokratischer Parteien in Schorndorf verwiesen, insbesondere von Grünen, Linken und SPD (I7), und es wird festgestellt, dass die übrigen politischen Parteien geschlossen hinter demokratischen Werten und entsprechenden Maßnahmen stünden (I11).

Die **Partnerschaft für Demokratie** (PfD) wird in fünf Interviews aktiv benannt (I2, I3, I5, I8, I10).Dies ist angesichts ihrer zentralen Aufgabe, Demokratie zu fördern, eher erstaunlich wenig. Zur PfD wird berichtet, dass sie die Stärkung der kommunalpolitischen Demokratie unterstütze und zugleich als zentrale Förderstruktur für die Finanzierung vielfältiger Demokratieprojekte fungiere (I5). In ihrer Arbeitsweise wird die PfD als Netzwerk- und Kooperationsplattform beschrieben: Sie verbinde zahlreiche Mitgliedsorganisationen, deren Räumlichkeiten bei Bedarf genutzt werden könnten, wobei die Zusammenarbeit auf dieser Ebene als „einwandfrei“ eingeschätzt wird (I3). Entsprechend wird betont, dass „schon viel“ durch die PfD geschehe und sie als Akteur wahrgenommen werde, der in der Kommune umfangreich organisiert; als sichtbares Beispiel wird die Mitorganisation des „Fests der Vielfalt“ genannt (I2). Darüber hinaus wird der PfD eine strukturierende Funktion für lokale Netzwerkbildung zugeschrieben. Sie bringe unterschiedliche Gemeinschaften und Gruppierungen zusammen, ermögliche Austausch und gemeinsame Planung und werde damit als wesentlich angesehen, um zu verhindern, dass Engagement „im Sande verläuft“ (I8). Konkret wird berichtet, dass die PfD dazu beigetragen habe, dass verschiedene Vereine und Institutionen – etwa Naturjugend, Sportvereine, Volkshochschule und Paritätischer Bund – in gemeinsamen Vorhaben zusammengekommen seien, um Projekte der Demokratieförderung zu initiieren und zu unterstützen (I10). Zugleich wird als Entwicklungsbedarf formuliert, die PfD solle sich stärker mit Schulen vernetzen und insgesamt präsenter auftreten (I2).

Soziale Träger und **Wohlfahrtsorganisationen** spielen gerade in der sozialen Demokratietheorie eine wichtige Rolle für die Förderung der Demokratie, da sie soziale Sicherungsstrukturen bereithalten, die zentral für Teilhabe sind. Sie werden in sechs Interviews thematisiert (I3, I4, I5, I6, I8, I10). Für Schorndorf werden Wohlfahrtsverbände und freie Träger als zentrale sozialräumliche Akteure beschrieben, die durch ihre Angebote soziale Teilhabe ermöglichten und damit indirekt wie auch explizit demokratiefördernd wirkten. So wird zur AWO (Arbeiterwohlfahrt) berichtet, dass sie sich zu zahlreichen Themen engagiere, teilweise als „SPD-getrieben“ wahrgenommen werde und Projekte organisiere, die Menschen zusammenbrächten, etwa Nachbarschaftsfeste und informative Aktionen (I4) (I3). Vergleichbar wird der Diakonieverband als Träger beschrieben, der Projekte der Begegnung realisiere und „schöne informative Aktionen“ anbiete (I4). Ergänzend wird die Tafel als Unterstützungsstruktur genannt, die Menschen versorge, die sich ansonsten nicht ausreichend Lebensmittel leisten könnten (I4). Auf einer strukturellen Ebene wird betont, dass große Träger wie Diakonie, Caritas und paritätische Wohlfahrtsverbände wichtige Partner darstellten, mit denen stärker

kooperativ und abgestimmt gearbeitet werden müsse (I5). Zudem wird berichtet, dass freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf Landkreisebene finanzielle Mittel erhielten und als wichtige Akteure im Feld verankert seien (I5). Diakonie und Caritas werden darüber hinaus ausdrücklich zu den demokratiefördernden Akteuren gezählt (I10). Im Zusammenhang lokaler Netzwerke wird zudem ein Wohlfahrtsverband erwähnt, der im Bündnis vertreten sei, über gute Kontakte zu Trägern der Sozialen Arbeit verfüge und dadurch auch Zugänge zu Klientinnen und Klienten habe, was für Outreach- und Beteiligungsformate als relevant angesehen werden kann (I6). Ergänzend wird festgehalten, dass auch freie Träger und Kirchengemeinden teilweise in der Demokratieförderung aktiv seien (I6). Als weiteres Beispiel für verbandliche Demokratieförderung wird das Deutsche Rote Kreuz (DRK) bzw. das Jugendrotkreuz angeführt, das eine Kampagne zu Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Demokratieförderung durchführe (I8). In ähnlicher Weise wird der Stadtjugendring Schorndorf als Zusammenschluss von Vereinen beschrieben, in dem Demokratie als wichtiger Schwerpunkt verstanden werde (I8).

Für Schorndorf wird die „**Manufaktur**“ in vier Interviews (I3, I9, I10, I12) als soziokulturelles Kulturzentrum und mitsamt ihrem Umfeld wiederholt als relevanter demokratiefördernder Akteur beschrieben (I9). Sie wird als „großer demokratischer Player“ eingeordnet, der im Rahmen eines „Forum Politik“ regelmäßig Veranstaltungen organisiert und dabei insbesondere Informations- und Diskussions-formate zu demokratienahen Themen wie Pressefreiheit, Fake News und Antisemitismus anbiete (I3). Ergänzend wird berichtet, dass der Club Manufaktur bereits seit mehreren Jahrzehnten Demokratiearbeit leiste, Vorträge durchführe und gezielt über Rechtsextremismus informiere (I12).

Abschließend wird von einer Person (I10) auf strukturelle Bedingungen lokaler Demokratieförderung verwiesen: Die kleinstädtische Sozialstruktur Schorndorfs – geprägt durch hohe soziale Bekanntschaft und dichte informelle Netzwerke – begünstige den Austausch und die Kontakte über unterschiedliche Milieus hinweg und wirke damit tendenziell demokratiefördernd, indem demokratiegefährdende Tendenzen weniger stark ausgeprägt seien (I10). In diesem Zusammenhang wird auch die Funktion von Vereinen betont, da sie Personen mit unterschiedlichen Überzeugungen in gemeinsamen Aktivitäten zusammenführten und so Verbindungen ermöglichten, die sich nicht primär entlang politischer Konfliktlinien organisierten (I10).

7.6 Die Partnerschaft für Demokratie (PfD)

Zur Partnerschaft für Demokratie (PfD) Schorndorf und Urbach wird allgemein berichtet, dass sie seit ihrer Einrichtung im Jahr 2023 noch in einer Aufbauphase sei. Im Zuge der neuen Förderperiode hat sich das Bündnis weiterentwickelt, wobei die bisherigen Akteure weiterhin beteiligt seien und zugleich neue hinzugekommen seien; insgesamt werde angestrebt, das Bündnis systematisch auszubauen (I6). Für die aktuelle Arbeitsausrichtung wird berichtet, dass das zuständige Bundesfamilienministerium den Schwerpunkt des betreffenden Jahres zunächst auf eine Analyse lege, um darauf aufbauend ein Handlungskonzept zu entwickeln. Dieses solle dem Bündnis eine stärker strategische und planvolle Arbeitsweise ermöglichen (I6). Zugleich wird der PfD ein breiter Anspruch zugeschrieben: Sie solle Demokratie „erlebbar“ machen, insbesondere für Personen, die kein Wahlamt ausübten oder sich bislang nicht aktiv mit dem Thema auseinandersetzten, und damit grundsätzlich alle Bevölkerungsgruppen erreichen (I11).

Als **Ermöglichungsstruktur** charakterisieren sieben Befragte die PfD (I2, I3, I5, I6, I8, I10, I11).Die PfD wird in Schorndorf als zentraler organisatorischer Akteur beschrieben, der „viel organisiert“ und zugleich als besonders geeigneter Partner für Demokratiearbeit wahrgenommen wird, nicht zuletzt,

weil die Zielsetzung bereits im Titel explizit benannt sei (I2) (I3). Darüber hinaus wird sie als politisch-struktureller Hebel interpretiert: Einerseits stärke sie die Verantwortung für das Gemeinwohl im Sinne einer partnerschaftlich verstandenen kommunalen Sozialpolitik (I5), andererseits werde sie als wichtiges Instrument zur Stärkung der kommunalpolitischen Ebene gegen Tendenzen einer als „abgehoben“ wahrgenommenen föderalen Politikarchitektur eingeordnet (I5). Ergänzend wird hervorgehoben, dass die PfD dem lokalen Diskurs ein legitimierendes „Mandat“ verleihe, aktiv und sichtbar über Demokratieförderung zu sprechen, was ansonsten nicht selbstverständlich wäre (I5).

Zugleich wird auf Wirkmechanismen und potenzielle Risiken in der Außenwirkung verwiesen. So wird berichtet, dass die PfD Kooperationen ermöglicht habe, indem sie Vereine und Gruppierungen zusammenführte, die zuvor nicht miteinander arbeiteten, um sich gemeinsam für Demokratie einzusetzen (I10). In diesem Sinne werde sie auch als „Marke“ verstanden, die Initiativen bekannter mache und dazu beitrage, dass Schulen oder andere Organisationen die Ziele der PfD besser einordnen und unterstützen könnten (I10). Als praktischer Ermöglichungsfaktor wird zudem die finanzielle Förderlogik hervorgehoben: Die PfD eröffne einen Zugang zu Mitteln, insbesondere für lose Bündnisse ohne eigene Finanz- und Trägerstrukturen (I8). Gleichzeitig wird die Gefahr benannt, dass die PfD überwiegend symbolträchtig bleiben könnte und die Bevölkerung nicht in ausreichendem Maß erreiche, wenn Sichtbarkeit, Anschlussfähigkeit und Beteiligung nicht hinreichend gelingen (I5).

Als Kern der Arbeit der PfD wird die **Projektarbeit** gesehen (I1, I4, I5, I6, I7, I11). Sie wird als projekt- und förderorientierte Struktur beschrieben, die die Initiierung und Umsetzung vielfältiger Demokratievorhaben ermöglicht. Sie bringe sich demnach selbst mit eigenen Formaten ein, insbesondere über die Demokratiekonferenz bzw. Demokratiewoche (I4), und wird zugleich als zentrale Finanzierungs- und Ressourcenquelle dargestellt, über die „verschiedenste“ Demokratieprojekte angestoßen und unterstützt werden könnten (I5) (I7). In dieser Funktion werde sie in der Praxis häufig primär als „Geldquelle für Unterstützung bei Projekten für Demokratieförderung“ genutzt (I4). Ergänzend wird berichtet, dass insbesondere über die Fonds eine große Zahl kleinerer Projekte gefördert werden konnte, was auf einen spürbaren Andrang von Initiativen in Schorndorf und Urbach hinweise (I6). Organisatorisch wird die PfD als Kooperationsprojekt verortet, in dem der Fachbereich Quartiersentwicklung und -arbeit der Stadt Schorndorf die federführende Rolle übernehme (I6). Zugleich wird ihre Arbeitsweise als zivilgesellschaftlich anschlussfähig beschrieben, da sie unterschiedliche Projekte der Zivilgesellschaft fördere und hierfür Ressourcen bereitstelle (I7). Rückblickend wird berichtet, dass die Zusammenarbeit mit Schulen insbesondere in den ersten Jahren als effektiv und pragmatisch wahrgenommen wurde und dadurch eine Vielzahl schulbezogener Projekte realisiert werden konnte (I1).

Ein weiterer Schwerpunkt wird in der **Förderung von Jugendbeteiligung** gesehen. So wird berichtet, dass die PfD Jugendlichen Selbstgestaltung ermögliche, einschließlich der Mitentscheidung über finanzielle Mittel für Projekte (I11). Darüber hinaus fördere sie Diskussionen sowie die Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen, etwa im Rahmen von Sitzungen des Jugendforums (I11). Partizipation werde zudem durch die Förderung kleinerer baulicher oder organisatorischer Vorhaben konkret erfahrbar, indem sichtbare Veränderungen im Alltag umgesetzt werden könnten (I11).

Im Hinblick auf personelle und institutionelle **Rahmenbedingungen** wird berichtet, dass die PfD aktiv nach Personen suche, die zeitliche Ressourcen mitbringen und sich engagieren sowie in die Arbeit einbringen wollen würden; dies wird als Chance für die Weiterentwicklung der PfD-Strukturen interpretiert (I4). Als weitere günstige Voraussetzung wird die Unterstützung durch den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung in Schorndorf hervorgehoben, die ebenfalls als Chance

für die Wirksamkeit und Sichtbarkeit der PfD wahrgenommen wird (I4). Gleichzeitig wird auf strukturelle Begrenzungen verwiesen: Die lokalen PfD-Strukturen litten unter Unterbesetzung, was die Umsetzung und kontinuierliche Durchführung von Projekten erschwere (I1).

Zur Sichtbarkeit und Entwicklungsdynamik der PfD wird berichtet, dass sie in der Bevölkerung bzw. selbst in relevanten sozialen Umfeldern nur begrenzt bekannt sei. So wird hervorgehoben, dass viele Personen im Umfeld eines Experten nicht wüssten, was die PfD ist, und dass auch der Experte selbst die PfD vor seinem eigenen Engagement nicht kannte (I4). Gleichzeitig wird eine Lern- und Konsolidierungsphase beschrieben: In der Anfangszeit sei der „Weg" der PfD weniger klar gewesen als heute, was die Umsetzung erschwert habe (I11). Im Zeitverlauf hätten sich jedoch die Handlungsmöglichkeiten und die als unkompliziert wahrgenommenen Umsetzungswege stärker etabliert und seien inzwischen besser bekannt (I11). Parallel dazu wird berichtet, dass die beteiligten Akteure mittlerweile besser geschult seien und entsprechend in der Lage seien, anders bzw. professioneller zu kommunizieren (I11).

Herausforderungen für die Arbeit der PfD werden in vier Interviews beschrieben (I1, I5, I9, I11). Hinsichtlich der Evaluation und öffentlichen Nachvollziehbarkeit wird berichtet, dass es schwierig sei, die konkrete Wirkung der Partnerschaft für Demokratie (PfD) zu belegen und das Programm so zu operationalisieren, dass es nicht zur bloßen „Worthülse" werde (I5). In diesem Zusammenhang wird zudem betont, dass der PfD noch „die richtigen Hebel" fehlten, die tatsächlich wirksam seien und auch für „Normalbürger" als sichtbare Neuerung erfahrbar würden (I9). Als Reichweitenproblem wird ergänzend kritisiert, dass bestimmte Veranstaltungsformate – etwa die interkulturelle Woche – häufig vor allem das „Bildungsbürgertum" erreichten und damit nicht primär jene Gruppen, die aus Sicht der Quelle stärker adressiert werden müssten (I9). Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die strategische Ausrichtung: Es wird ein mangelnder Fokus bemängelt, nach dem Prinzip, dass „dadurch, dass man versucht, alles zu machen, aber nichts irgendwie richtig" gelinge (I9). Strukturell wird auf Belastungen und Umsetzungshemmnisse hingewiesen, die sich aus Programmarchitektur und Förderlogik ergeben. So wird berichtet, die PfD sei mit einem „ungeheuer großen theoretischen Ballast" verbunden, der abgearbeitet werden müsse und Kapazitäten binde, die eigentlich für konkrete Projektarbeit benötigt würden (I1). In eine ähnliche Richtung zielt die Kritik, die Bundespolitik wolle das Programm möglicherweise „loswerden", indem die Förderbedingungen so komplex gestaltet würden, dass selbst professionelle Akteure Schwierigkeiten hätten, sie zu durchdringen (I1). Zugleich wird eine inhaltliche Verengung des Programms problematisiert: Die PfD habe sich zu stark auf einen bestimmten politischen Denkkanal reduziert, der Demokratie vor allem über Diversität, Migration, soziale Gerechtigkeit und Identitätsdiskussionen definiere, wodurch die Gefahr eines „Echokammer"-Effekts entstehe, in dem sich eine bereits überzeugte Community wechselseitig bestätige, anstatt breitere gesellschaftliche Anschlüsse herzustellen (I1). Neben programmbezogenen Einwänden werden auch institutionelle Passungen und Synergien hervorgehoben. So wird die PfD als Ergänzung für den Fachbereich Familie und Soziales beschrieben, da sie Synergieeffekte mit bestehenden Arbeitsfeldern wie Quartiersarbeit und Inklusion ermögliche (I5). Auch wird berichtet, dass die offene Struktur der PfD Beteiligung erleichtern könne, aber mitunter Konstanz und Kontinuität von Projekten erschwere (I11). In diesem Zusammenhang wird auch auf fehlende Anschlussfähigkeit verwiesen: Es habe nur wenige direkte Anknüpfungspunkte an frühere Vorhaben gegeben, allenfalls als Ausnahme möglicherweise das Projekt „Café Hotspot" (I11).

7.7 Herausforderungen für die PfD

Die von den Interviewpartner:innen diskutierten Herausforderungen für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie lassen sich in strukturelle und akteurs- sowie handlungsbezogenen Faktoren unterteilen. Strukturell werden vor allem Finanzen und Bürokratie und das politische Umfeld als Probleme benannt. Akteurs- und handlungsbezogene Faktoren sind Mobilisierung und Unterstützung, Konzeptentwicklung, Kommunikation und Organisation, die die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie vor Herausforderungen stellen.

7.7.1 Bürokratie, Strukturen und Finanzierung.

In acht der zwölf Interviews werden bürokratische und finanzielle Rahmenbedingungen sowie Strukturen als Herausforderungen beschrieben (I1, I2, I3, I4, I6, I10, I11, I12). Im Hinblick auf administrative und finanzielle Rahmenbedingungen der Partnerschaft für Demokratie (PfD) wird wiederholt ein Spannungsverhältnis zwischen Förderlogik und praktischer Umsetzbarkeit beschrieben. So wird der Aufwand für Antragstellung und Abrechnung von Fördermitteln – selbst bei kleinen Beträgen – als im Verhältnis zum Nutzen „vollkommen absurd“ bewertet, was in einem Fall dazu geführt habe, dass sich ein Experte aus der aktiven Projektgestaltung zurückgezogen habe (I1). Damit verbunden wird der Wunsch formuliert, die PfD solle nicht den „neuen“, als unpraktikabel wahrgenommenen, Rahmenbedingungen unterliegen, sondern stärker pragmatische Förderwege ermöglichen (I1). Ähnlich wird der bürokratische Aufwand der Mittelbeantragung als hoch und „nicht ohne“ charakterisiert; insbesondere für Jugendbeteiligung werde die Komplexität selbst zur Hürde, wenn Jugendliche aufgefordert würden, mit Ideen auf die PfD zuzukommen (I2).

Neben der Bürokratie werden finanzielle Unsicherheiten und veränderte Förderbedingungen als zentrale Herausforderungen markiert. Es wird berichtet, die Existenz der PfD sei unsicher, da sie nicht dauerhaft kommunal abgesichert sei und im Folgejahr wegfallen könne, falls keine Mittel mehr verfügbar seien (I4). Zudem wird auf Budgetkürzungen und geänderte Fördervorgaben verwiesen, wonach stärker Eigenmittel eingebracht werden müssten, die im Bündnis nicht in ausreichendem Maß vorhanden seien; dies gefährde die Realisierung größerer Vorhaben wie etwa eines internationalen Festes (I3). Entsprechend wird auch allgemein festgestellt, dass die Finanzierung von Projekten eine wiederkehrende Schwierigkeit darstelle (I10).

Darüber hinaus werden Fragen der Strukturstabilität und institutionellen Verstetigung angesprochen. Es wird berichtet, dass es herausfordernd sei, nachhaltige Strukturen aufzubauen, die auch ohne die PfD handlungsfähig bleiben und dauerhaft Empfehlungen geben könnten (I6). In ähnlicher Weise wird die offene Anlage der PfD ambivalent bewertet: Sie erleichtere zwar Beteiligung, könne aber dazu beitragen, dass Projekte nicht kontinuierlich fortgeführt würden und nur begrenzte Anschlussfähigkeit an frühere Vorhaben entstehe (I11).

Zudem wird auch eine strukturelle Unübersichtlichkeit thematisiert, indem eine Expertin angibt, die PfD-Struktur „noch nicht ganz“ zu überblicken (I12). Diese Wahrnehmung wird durch den Verweis auf eine anfangs unklare Startphase ergänzt, in der Wege und „einfache Möglichkeiten“ der Umsetzung weniger transparent gewesen seien als heute (I11).

7.7.2 Konzeptionelle Probleme

Auch konzeptionelle Herausforderungen werden in mehreren Interviews benannt (I1, I5, I6, I12). Im Hinblick auf Kommunikations- und Legitimationsanforderungen der PfD wird berichtet, dass ein Teil der verfügbaren Kapazitäten in eine lokale „Selbstrechtfertigungsstrategie“ investiert werde, wodurch

Ressourcen für inhaltliche Arbeit und praktische Umsetzung gebunden würden (I1). In ähnlicher Weise wird eine Diskrepanz zwischen programmatischem Anspruch und erreichbarer Wirkung beschrieben: Marketinggetriebene Mobilisierungsansätze im Kontext von Demokratiebildung würden als zu theorielastig wahrgenommen und fänden in der Praxis nur begrenzte Akzeptanz, was dazu führe, dass gewünschte Ergebnisse nicht in dem Maß erzielt würden wie intendiert (I1).

Mehrere Quellen problematisieren zudem eine inhaltliche und sprachliche Verengung bzw. Unzugänglichkeit. So wird kritisiert, dass sich das Programm zu stark auf Diversität, Migration und soziale Gerechtigkeit konzentriere und dadurch der breitere Horizont des Demokratiebegriffs in den Hintergrund trete (I1). Dazu passt die Beobachtung, dass abstrakte, dekontextualisierte Schlagworte wie „Antirassismusarbeit“ oder „Menschenrechtsförderung“ bei Gemeinderäten und Teilen der Bevölkerung nur geringe Resonanz erzeugten und damit kommunikativ nicht anschlussfähig seien (I5). Ebenso wird berichtet, dass bestimmte Begriffe und Formate – etwa „Demokratiekonferenz“ – als sperrig wahrgenommen würden und den Zugang für eine breite Öffentlichkeit erschwerten (I6).

Schließlich wird betont, dass finanzielle Förderinstrumente allein nicht ausreichten: Der Demokratiefonds sei wenig hilfreich, „wenn das nicht richtig gut inhaltlich gefüllt ist“, womit ein Bedarf nach klarer inhaltlicher Profilierung, verständlichen Zielsetzungen und praxisnahen Formaten angezeigt wird (I12).

7.7.3 Fehlender Rückhalt

Im kommunalpolitischen Umfeld der PfD wird berichtet, dass ihre Legitimation nicht durchgängig als selbstverständlich gelte. So gebe es im Gemeinderat vereinzelt Stimmen, die den Mehrwert der PfD infrage stellten, insbesondere vor dem Hintergrund knapper kommunaler Haushalte und konkurrierender Ausgabenprioritäten (I6). Diese wahrgenommene Skepsis wird durch Hinweise auf ein verändertes politisches Klima ergänzt: Das Programm sei unter Druck geraten, weil Themen wie Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamfeindlichkeit in ihrer „Wertigkeit“ neu bewertet würden und die PfD dadurch stärker in eine defensive Position gerate (I5). Darüber hinaus wird berichtet, dass bei der Vorstellung konkreter Projekte auch explizite Gegenstimmen aufträten, die die PfD ablehnten, weil sie als „zu offen, zu liberal, zu vielfältig“ wahrgenommen werde (I4). Insgesamt weisen diese Beobachtungen auf Konfliktlinien hin, die weniger die reine Projektumsetzung als vielmehr die politische Rahmung, Prioritätensetzung und Deutung der PfD als demokratieförderndes Instrument betreffen (I4) (I5) (I6).

7.7.4 Kommunikation, Bekanntheit und Reichweite

In sechs Interviews wird das Themenfeld Kommunikation als Herausforderung angesprochen (I2, I4, I5, I6, I7, I10). Im Hinblick auf Reichweite und öffentliche Sichtbarkeit wird wiederholt berichtet, dass die PfD ihre Zielgruppen nur eingeschränkt erreiche und ihre Präsenz in der Stadtgesellschaft als unzureichend wahrgenommen wird. So wird die Reichweite bei manchen Themen als „leider immer noch ein bisschen zu kurz“ beschrieben; selbst bei guter Planung und vorhandenen Materialien – etwa Plakaten zur Interkulturellen Woche – erreichten Angebote die Bevölkerung nicht immer (I2). In diesem Zusammenhang wird kritisiert, dass Veranstaltungen häufig vor allem jene ansprächen, die Demokratie „ohnehin schon“ befürworteten bzw. „dafür feierten“, während die eigentlich zu überzeugenden Gruppen nur begrenzt erreicht würden (I2).

Eng damit verbunden wird ein niedriger Bekanntheitsgrad der PfD und ihrer Fördermöglichkeiten als zentrales Problem markiert. Es wird berichtet, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht wüssten,

dass sie Anträge stellen können oder welche Veranstaltungen stattfinden (I6). Mehrfach wird zudem hervorgehoben, dass die PfD selbst in relevanten sozialen Umfeldern kaum als Begriff präsent sei: Ein Experte habe erst durch die Nachfrage im Interview erfahren, was die PfD ist und welche Möglichkeiten sie bietet (I7); ebenso wird berichtet, dass die PfD weder im Umfeld eines Experten noch bei ihm selbst vor dessen Engagement bekannt gewesen sei, was als „große Herausforderung“ eingeordnet wird (I4). Auch auf Ebene der Stadtöffentlichkeit wird eine geringe Wahrnehmung konstatiert: Die PfD werde eher von aktiven Vereinen, Bündnispartnern und politisch-sozialen Gruppierungen wahrgenommen, während viele Bewohnerinnen und Bewohner Schorndorfs die PfD nicht kennen würden (I10).

Als Ursache wird insbesondere eine unzureichende Öffentlichkeitsarbeit benannt. Demnach sei bislang nicht laut genug und nicht über ausreichend vielfältige Kanäle für Aktionen geworben worden, die klar der PfD zuzuordnen seien (I10). Dadurch entstehe ein Zuordnungsproblem: Obwohl Projekte umgesetzt würden, wüssten nur wenige, dass diese durch die PfD initiiert oder ermöglicht wurden (I10). In der Konsequenz wird erneut die Gefahr beschrieben, dass die PfD überwiegend symbolträchtig bleibe und bei der breiten Bevölkerung nicht ankomme (I5).

7.7.5 Mobilisierung, Engagement und Ressourcen

In sieben Interviews wird auf unterschiedliche Dimensionen der Mobilisierung von Unterstützung eingegangen (I2, I5, I6, I8, I10, I11, I12). Hinsichtlich der Einbindung relevanter Akteure und der Zielgruppenerreichung wird berichtet, dass die PfD vor erheblichen Mobilisierungs- und Beteiligungshürden steht. So werde es bereits als schwierig beschrieben, zentrale Stakeholder wie Schulen, Kindertageseinrichtungen und Sportvereine für PfD-Angebote zu interessieren (I5). Darüber hinaus bestehe eine grundlegende Herausforderung darin, die angestrebten Zielgruppen tatsächlich zu erreichen, insbesondere Jugendliche außerhalb etablierter Kurs- und Engagementstrukturen sowie Personen, die nicht ohnehin schon beteiligt sind; dies schließe die Frage ein, wie institutionelle Hürden überwunden und die breite Stadtgesellschaft angesprochen werden könnten (I6).

Mehrere Personen verweisen zudem auf Unterrepräsentationen und Zugangsprobleme, insbesondere im Hinblick auf migrantische und bildungsbenachteiligte Gruppen. So wird berichtet, dass „migrantische Gruppen“ zeitweise unterrepräsentiert gewesen seien und Treffen als „sehr, sehr deutsch“ wahrgenommen wurden; trotz Einladungen seien die angesprochenen Gruppen teils nicht gekommen (I8). Ergänzend wird betont, dass es herausfordernd sei, Menschen mit Migrationshintergrund oder geringerer Bildung über Demokratie ins Gespräch zu bringen, da die Themen häufig intellektuell und sprachlich anspruchsvoll vermittelt würden; diese Gruppen seien anders vernetzt und daher schwerer zu erreichen (I10).

Auch die Kontinuität der Beteiligung wird als begrenzt beschrieben. Zwar blieben Organisationen als solche häufig beteiligt, jedoch wechselten die konkreten Personen oft, sodass nur wenige langfristig aktiv blieben und stabile Vernetzung erschwert werde (I10). Zusätzlich werden kapazitative Engpässe als strukturelles Problem benannt: Gruppen, die gut vernetzt sind und die PfD kennen, verfügten häufig nicht über ausreichende Ressourcen, um neue Projekte zu initiieren, oder benötigten Mittel eher für bereits bestehende Vorhaben, die nicht zwingend den Zielsetzungen der PfD entsprächen (I6).

Besonders deutlich werden diese Schwierigkeiten am Beispiel einer geplanten Demokratiekonferenz für Jugendliche, die wegen zu geringer Anmeldungen abgesagt werden musste. Als Gründe werden ein ungünstiger Termin (Samstag) sowie die Lage mitten im Prüfungszeitraum (Realschul- und Hauptschulabschluss) genannt, wodurch die avisierte Zielgruppe nicht erreicht wurde (I2). Dies habe Frustration bei Jugendlichen ausgelöst, die in der Jugendinitiative aktiv waren, da sie

den Eindruck gewonnen hätten, „nichts reißen“ zu können (I2). Insgesamt wird die Beteiligung an der PfD zudem als zusätzlicher Zeit- und Planungsaufwand beschrieben: Für Akteure bedeute die Mitarbeit weitere Termine, während ihre Kalender bereits stark gefüllt seien (I8). In ähnlicher Weise wird berichtet, dass Personen, denen Demokratieförderung wichtig ist, häufig schon in anderen Vereinen oder Organisationen engagiert seien und daher kaum zusätzliche Zeit aufbringen könnten (I10); auch innerhalb der PfD müssten engagierte Akteure ihre Ressourcen zwischen mehreren Aufgabenfeldern aufteilen, was Umfang und Stabilität der Beteiligung beeinflusse (I11).

7.7.6 Wirkungsmessung

Hinsichtlich der Evaluation wird in vier Interviews (I3, I5,I6, I12) übereinstimmend berichtet, dass die Wirkung der Partnerschaft für Demokratie (PfD) nur schwer sichtbar zu machen sei. Es gilt als große Herausforderung, zu zeigen, was die PfD konkret bewirkt und wie ihre Arbeit so operationalisiert werden kann, dass sie nicht zur „Worthülse“ werde (I5). In diesem Zusammenhang wird zudem ein fehlender Feedback-Loop problematisiert: Der PfD fehle belastbares Wissen darüber, welche Maßnahmen tatsächlich wirkten und welche nicht, sodass Lern- und Steuerungsprozesse nur eingeschränkt möglich seien (I3).

Auch auf Projektebene wird die Messbarkeit von Erfolgen als schwierig beschrieben. So wird berichtet, dass sich Wirkungen etwa bei öffentlichen Festen nur begrenzt anhand von Besucherzahlen beurteilen ließen, da diese stark von äußeren Faktoren wie dem Wetter abhängen könnten (I6). Vor diesem Hintergrund wird zugleich ein Ausbauanspruch formuliert: Ein:e Expert:in äußert die Einschätzung, die PfD könne „schon noch mehr machen“ und müsse insgesamt mehr leisten, was auf wahrgenommene Potenziale bzw. eine Lücke zwischen Anspruch und tatsächlichem Output verweist (I12).

7.8 Wie könnte die Partnerschaft für Demokratie besser funktionieren?

Die Befragten äußerten zu verschiedenen Aspekten der Rahmenbedingungen und der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie Verbesserungsvorschläge. Diese beziehen sich insbesondere auf Ziele, Konzepte und Formate, Bürokratie(abbau), Mobilisierung und Vernetzung .

7.8.1 Ziele, Konzepte und Formate

In neun Interviews (I1, I3, I4, I5, I6, I7, I10, I11, I12) wurden Empfehlungen hinsichtlich der Ziele, Konzepte und Formate der PfD gegeben. Für die Weiterentwicklung der PfD wird empfohlen, dass einzelne Ansätze als längerfristige Zielperspektiven verstanden werden müssten, etwa die Stärkung von Schulen sowie der Ausbau der Zusammenarbeit mit der Pfarrerschaft in Schorndorf (I5). Zugleich wird ein stärker lern- und wirkungsorientiertes Vorgehen gefordert: Die PfD solle systematischer prüfen, welche Formate funktionierten und welche nicht, erfolgreiche Ansätze verstetigen und wenig wirksame Formate einstellen (I3). Als Beispiel wird angeführt, dass anmeldungsbasierte Workshops häufig nicht mehr tragen und „leer“ bleiben, während „dialogischere Formate“ – etwa Bürgerräte oder Liberating Structures – als geeigneter beschrieben werden (I3).

Darüber hinaus wird ein strategischer, übergreifender Ansatz empfohlen, der über einzelne kleinteilige Projekte hinausweist. Eine Ressourcenanalyse und ein „größer Denken“, das das „große Ganze“ in den Blick nimmt, werden als geeignete Grundlage bewertet, um die Arbeit der PfD kohärenter und wirksamer zu gestalten (I4). In ähnlicher Richtung wird gefordert, abstrakte Begriffe

wie Demokratieförderung stärker in bestehenden lebensweltlichen Strukturen und Institutionen zu verankern, um Reichweite und Wirksamkeit zu erhöhen und nicht vor allem jene zu erreichen, die bereits organisiert sind (z. B. Bündnis gegen Rechts) (I5). Damit verbunden ist der Anspruch, Demokratie für alle erlebbar zu machen, insbesondere für Personen ohne Wahlamt bzw. ohne bisherige aktive Auseinandersetzung mit dem Thema (I11).

Als zentrale Voraussetzung wird außerdem eine höhere Konflikt- und Reflexionsbereitschaft der beteiligten Akteure betont. So wird berichtet, PfD-Akteure müssten bereit sein, „in Clinch zu gehen" und sich „zur Disposition zu stellen", um die Legitimität ihres Handelns zu begründen und die Bevölkerung aktiver einzubeziehen, etwa durch die Einladung, alternative Vorschläge einzubringen („Wenn du eine bessere Idee hast, dann mach mir einen Vorschlag") (I5). Ergänzend wird die PfD als Beitrag zur Handlungssicherheit gegenüber rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Gruppen adressiert, beispielsweise durch Argumentationstrainings (I6). Schließlich wird eine gezieltere Förderung bestehender Bündnisse und sozialer Themen empfohlen, etwa über Fördermittel oder Wissensartikel, um Expertise zu stärken und lokale Kompetenzen systematisch auszubauen (I7).

7.8.2 Bürokratieabbau, Vereinfachung und Strukturbildung

Bürokratieabbau und Strukturbildung sind in sechs Interviews wichtige Themen zur Verbesserung der Arbeit der PfD (I1, I2, I6, I7, I9, I10). Im Hinblick auf strukturelle Weiterentwicklungsbedarfe wird wiederholt ein stärker pragmatischer Zuschnitt der Förder- und Verwaltungslogik gefordert. So wird berichtet, dass die Förderbedingungen insgesamt vereinfacht und pragmatischer gestaltet werden sollten, um die Umsetzung von Projekten zu erleichtern (I1). In gleicher Richtung wird eine Vereinfachung der bürokratischen Prozesse zur Mittelbeantragung angemahnt, um insbesondere Vereinen eine niedrigschwellige Teilnahme zu ermöglichen (I2). Über die PfD hinaus wird Bürokratie zudem als Vertrauensfaktor thematisiert: Eine Vereinfachung und Beschleunigung administrativer Abläufe – insbesondere im Umgang mit Migrantinnen und Migranten – könne Frustration reduzieren und das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken (I10). Ergänzend wird eine stärker nutzerorientierte Perspektive eingefordert, indem das Sozialdezernat den Fokus von der politischen Verwaltungsebene stärker auf die „Nutzerebene" verlagern und mehr Energie darauf verwenden solle, was Aktivitäten konkret für Bürgerinnen und Bürger bedeuteten (I9).

Als zentrale organisatorische Voraussetzung wird zudem der Bedarf nach Koordination und Transparenz beschrieben. Es wird berichtet, dass eine Stelle bzw. Plattform benötigt werde, die die Vielzahl an Aktivitäten und Angeboten überblickt, bündelt und koordiniert („Organigramm"), um Synergien zu heben und neue Akteure systematisch zu informieren (I2). Eine solche Struktur wird zugleich als potenzielle Anlaufstelle für Projektentwicklung verstanden, die Ideen aufnimmt, prüft und bei der Ausarbeitung unterstützt (I7). Spezifisch für Jugendbeteiligung wird ergänzend betont, dass es eine Person brauche, die Jugendliche aktiv begleite und anleite, also Beteiligung nicht nur ermögliche, sondern prozessual mittrage („wir machen das jetzt und jetzt nehme ich euch mit") (I2).

Schließlich wird darauf hingewiesen, dass bei der Weiterentwicklung auf institutionelle Kohärenz und Nachhaltigkeit zu achten sei. So wird es als wichtig erachtet, keine Doppelstrukturen zu schaffen, sondern stattdessen nachhaltige Strukturen aufzubauen (I6). Dazu gehöre auch, das Wissen über andere Akteure und Programme zu verbessern, um Überschneidungen zu erkennen, Doppelungen zu vermeiden und Kooperationen zu suchen, insbesondere bei ähnlichen Projekten oder Fördermodalitäten (I6). In einer langfristigen Perspektive wird zudem eine Abkehr von kurzfristiger „Projektitis" gefordert: Statt für jedes Vorhaben neue Anträge schreiben zu müssen, solle eine

Verstetigung erfolgreicher Projekte angestrebt werden, sodass diese „selbstverständlich“ werden würden und nicht nur für ein oder zwei Jahre finanziert seien, da die wiederholte Antragstellung Ressourcen binde und als nicht nachhaltig bewertet werde (I9).

7.8.3 Bessere Kommunikation, Ansprache und Aktivierung von Gruppen

Für die Weiterentwicklung der PfD wird ein Schwerpunkt auf Kommunikation, Sichtbarkeit und Aktivierung formuliert (I1, I5, I6, I7, I9, I10, I11, I12). So wird berichtet, dass anstelle aufwendiger Förderprogramme stärker bestehende Plattformen zur Kommunikation genutzt und Personen aktiviert werden sollten, die sich bereits für Demokratie engagieren (I1). In ähnlicher Richtung wird wiederholt eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit gefordert: Die PfD solle „lauter“ und über verschiedene Kanäle für ihre Aktionen werben, um ihre Bekanntheit zu erhöhen und Projekte klar der PfD zuzuordnen (I10). Entsprechend wird betont, dass der Bekanntheitsgrad der PfD und ihrer Angebote gesteigert werden müsse, damit mehr Bürgerinnen und Bürger wüssten, welche Möglichkeiten bestünden; kommunale Mandatsträger könnten hierzu beitragen, indem sie das Projekt stärker positiv erwähnten und aktiv dafür werben würden (I6). Auch aus Akteursperspektive wird hervorgehoben, dass die PfD aktiver über Angebote informieren und „Werbung für die Partnerschaft für Demokratie“ machen müsse, um die geringe öffentliche Präsenz zu überwinden (I7).

Als zentral wird zudem eine zielgruppenadäquate, anschlussfähige Sprache beschrieben. Um Resonanz bei Gemeinderäten und in der breiteren Bevölkerung zu erzeugen, müssten verständlichere, kontextualisierte Begriffe genutzt werden, statt abstrakter Buzzwords wie „Antirassismusarbeit“ oder „Menschenrechtsförderung“, die als dekontextualisiert wahrgenommen würden und Widerstand auslösen könnten (I5). Flankierend wird berichtet, dass die beteiligten Akteure gut geschult sein und effektiv kommunizieren können sollten, um die Potenziale der PfD auszuschöpfen; eine klare und „saubere“ Kommunikation über Möglichkeiten und Verfahren erleichtere die Umsetzung für alle Beteiligten (I11). Ergänzend wird gefordert, die PfD solle stärker öffentlich verdeutlichen, welche Konsequenzen der Verlust demokratischer Strukturen für das Alltagsleben hätte, und nachvollziehbar machen, was eine autokratische Regierung für den Einzelnen bedeuten würde (I12).

Schließlich wird die Einbindung in kommunale Planungsprozesse als Voraussetzung für Wirksamkeit und Selbstwirksamkeit hervorgehoben. Es wird berichtet, die Stadt – insbesondere das Sozialdezernat – solle die PfD deutlich früher in Planungen einbeziehen, nicht erst nach Abschluss der Konzeption, um zu verhindern, dass die PfD lediglich als Präsentations- und Unterstützungsorgan für bereits feststehende Vorhaben fungiere; eine frühzeitige Beteiligung könne dagegen das Gefühl von Selbstwirksamkeit stärken (I9).

7.8.4 Bestehendes Netzwerk stärken, breiteres Netzwerk aufbauen.

Für die Weiterentwicklung der PfD wird eine aktive Ausweitung und Vertiefung der Bündnisarbeit vorgeschlagen (I4, I5, I6, I8, I10). So wird berichtet, dass weitere Akteure gezielt angesprochen und in das Bündnis einbezogen werden sollten, indem man nach ihren Chancen und Bedarfen frage (I6). In diesem Zusammenhang wird insbesondere die stärkere Einbindung von Schulen als Partner hervorgehoben, um PfD-Angebote bekannter zu machen und direkte Rückmeldungen („Stimmen“) aus dem schulischen Kontext einzuholen, auch wenn deren Kapazitäten begrenzt seien (I6). Schulen werden zudem als „zentrale Schaltstelle“ beschrieben, wobei die Lehrerschaft als „am Wendepunkt“ stehend wahrgenommen wird; entsprechend solle die PfD hier ansetzen, um die Befähigung der jüngeren Generation und die Förderung von Diversität zu unterstützen (I5). Ergänzend wird eine

intensivere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure gefordert, für die einzelne Verantwortliche direkt zuständig seien (I5).

Parallel dazu wird eine strategische Stärkung der PfD über Reichweite, Bekanntheit und Zielklarheit adressiert. Es wird berichtet, die PfD solle „größer werden“ und bekannter sein, damit Bürgerinnen und Bürger Angebote tatsächlich nutzen und Vereine von der Existenz der PfD wüssten – insbesondere, weil viele Vereine Mittel für Projekte benötigen würden (I4). Zugleich wird angeregt, das Bündnis durch klarere Zielsetzungen und definierte Schwerpunkte zu stärken, also zu präzisieren, was die PfD in Schorndorf bewirken möchte (I6). Damit verbunden ist der Anspruch, eine tragfähige Vernetzung zwischen den aktiven Akteuren in Schorndorf und Urbach aufzubauen, um ein gemeinsames Verständnis zentraler Themen sowie klare Strukturen zu entwickeln (I6).

Schließlich wird die Nachhaltigkeit der Netzwerkbildung als Notwendigkeit betont. Es wird berichtet, dass Vernetzung nicht nur während der Förderlaufzeit wichtig sei, sondern darüber hinaus Bestand haben müsse (I8). Entsprechend sollten Vernetzungstreffen so ausgerichtet werden, dass gemeinsame Aktionen auch ohne direkte Organisation durch die PfD möglich werden, was als „A und O“ bewertet wird (I8). In diesem Sinne wird zudem gefordert, alle demokratisch Engagierten zu stärken und zu unterstützen, um Engagement zu stabilisieren und langfristig handlungsfähig zu halten (I8). Als besonders wirksame Anknüpfungspunkte werden dabei Vereine, insbesondere Sportvereine, beschrieben: Sie könnten als „gute und wichtige Adresse“ dienen, um Menschen zur Übernahme von Verantwortung zu befähigen, da sie eine breite gesellschaftliche Reichweite besitzen und lebensweltnah „andocken“ würden; dies gelte umso mehr vor dem Hintergrund zunehmender Überforderungstendenzen und eines wachsenden Stützungsbedarfs wichtiger Institutionen (I5)

7.8.5 Jugend und Schule

Schule und Jugendarbeit sind Thema in fünf Interviews (I2, I7, I9, I11, I12). Für eine wirksamere Jugendansprache wird übereinstimmend eine deutlich engere Kooperation der PfD mit Schulen empfohlen. Dazu zählt eine präsentere Sichtbarkeit der PfD im schulischen Kontext, etwa durch Vorstellungen in Gesamtlehrerkonferenzen zu Beginn des Schuljahres, sowie eine intensivere Vernetzung mit der Schulsozialarbeit (I2). Zugleich wird eine bedarfsorientiertere Planung gefordert, die schulische und lebensweltliche Zeitstrukturen Jugendlicher berücksichtigt, etwa indem Veranstaltungen eben nicht auf Samstage oder in Prüfungsphasen gelegt werden (I2). In diesem Zusammenhang wird außerdem betont, Jugendlichen müsse mehr Selbstwirksamkeit zugesprochen werden, um Frustration zu vermeiden und Beteiligung zu stärken; Schulen sollten hierfür aktiv eingebunden werden, etwa indem sie Jugendliche für Veranstaltungen freistellen (I2).

Ergänzend wird eine Stärkung außerschulischer Jugendarbeit als präventiver Ansatz beschrieben. So wird eine Revitalisierung und stärkere Unterstützung von Jugendhäusern als niedrigschwellige Anlaufstellen vorgeschlagen (I7). Darüber hinaus wird ein starker Fokus auf Demokratiebildungsangebote in Schulen als besonders wichtig eingeordnet, weil „dort die Zukunft liegt“ und Jugendliche als offener gelten; dies solle ausdrücklich nicht auf Gymnasien begrenzt bleiben, sondern ebenso Hauptschulen und Berufsschulen einbeziehen, um gerade jene Gruppen zu erreichen, die aus Sicht der Quelle einen besonders hohen Bedarf haben (I9). Zudem wird die Schaffung „angemessener Räume“ für junge Menschen gefordert, in denen sie sich treffen, „abhängen und chillen“ können, ohne konsumieren zu müssen. Diese Räume sollten über bestehende Angebote (z. B. ein Skaterzentrum) hinausgehen, vielfältigere Nutzungen ermöglichen und durch Angebote sowie verlässliche Betreuungspersonen Kontinuität sichern (I9).

Schließlich wird die Notwendigkeit betont, Jugendliche als Zielgruppe der Demokratieförderung konsequent „mitzunehmen“, auch mit Blick darauf, dass die AfD Jugendliche „gnadenlos gut“ anspreche (I12). Entsprechend wird argumentiert, dass Demokratiebildung weniger auf ältere Kohorten (z. B. 60–70-Jährige) zielen solle, sondern prioritär bei Jugendlichen ansetzen müsse (I12). Diese Schwerpunktsetzung wird durch die Annahme gestützt, dass es entscheidend sei, junge Menschen frühzeitig für Demokratie und Teilhabe zu gewinnen; wenn Demokratie von Beginn an erlebbar und greifbar vermittelt werde, steige die Wahrscheinlichkeit späterer Beteiligung, was als wirksamer angesehen wird, als erst in späteren Lebensphasen für Wahlteilnahme oder demokratisches Engagement zu werben (I11).

7.8.6 Diversifizierung, Ansprache, Stärkung von Zielgruppen

Soll Demokratie gestärkt werden, ist es notwendig, unterschiedlichste Zielgruppen zu erreichen. Dies wird in sechs Interviews thematisiert (I2, I3, I8, I9, I10, I11).

Quartiersarbeit, die Menschen aufsucht und auf der unmittelbaren lokalen Ebene zusammenbringt, sollte weiter gezielt unterstützt werden. Sie ermögliche zufällige Begegnungen und fördere Austausch, wodurch zugleich das Gefühl gestärkt werden könne, als Einzelperson in der Gemeinschaft wirksam zu sein (I10). Daneben werden Potenziale für bürgerschaftliche Aktivierung über Lebensphasen hinweg benannt: So wird die Idee eines „Aktionskreises“ beschrieben, der fitte Rentnerinnen und Rentner als Lesepaten in Schulen oder für andere gesellschaftliche Beiträge gewinnen solle und ihnen damit ein Gefühl des Gebrauchtwerdens vermittle (im Sinne eines „freiwilligen sozialen Jahres für Ältere“) (I2).

Gleichzeitig wird auf Ressourcenengpässe hingewiesen. Es wird berichtet, dass es zwar viele Ideen und Akteure gebe, die gestärkt werden könnten, jedoch fehlten hierfür häufig finanzielle Mittel sowie Nachwuchs bzw. personelle Verstärkung (I3). Vor diesem Hintergrund wird die Notwendigkeit betont, Zugänge zu bislang unterrepräsentierten Gruppen systematischer zu gestalten. So wird gefordert, dass die PfD Wege finden müsse, Moscheevereine bzw. migrantische Vereine aktiv anzusprechen, sodass diese sich „wirklich eingeladen fühlen“ und nicht lediglich formal „auf der Liste stehen“ (I9). Ergänzend wird berichtet, dass mehr und andere Wege erforderlich seien, um Menschen mit Migrationshintergrund über Demokratie ins Gespräch zu bringen; hierzu müssten Zugänge angepasst werden, da sprachliche und intellektuelle Hürden bestünden (I10).

Auf kommunaler Ebene wird zudem ein aktiverer, systematischer Austausch mit der Vereinslandschaft empfohlen: Die Stadt Schorndorf solle stärker mit Vereinen ins Gespräch kommen, sich besser vernetzen und ein klareres Bild darüber gewinnen, welche Vereine aktiv sind und welche Aktivitäten sie verfolgen (I10). In ähnlicher Weise wird angeregt, kontinuierlich im Gespräch mit Kirchen sowie islamischen bzw. muslimischen Gruppierungen – einschließlich der DITIB-Moschee – zu bleiben, auch wenn kritische Tendenzen wahrgenommen werden (I10). Schließlich wird betont, dass neben Schulen auch Volkshochschulen und kirchliche Träger als zentrale Ansprechpartner und Multiplikatoren einzubeziehen und zu unterstützen seien, wobei insbesondere die evangelische Kirche in Schorndorf hervorgehoben wird (I9).

7.8.7 Sonstiges

Als mögliche thematische Schwerpunktsetzung wird das Thema Einsamkeit empfohlen, da Einsamkeit als Nährboden für „Hetze“ und „schräge Gedanken“ beschrieben wird und alle Altersgruppen betreffe. Entsprechend wird angeregt, Konzepte zu entwickeln, wie die Stadt dieser Problemlage begegnen könne (I2). Darüber hinaus wird als langfristige Perspektive genannt, dass die PfD Projekte

unterstützen könnte, die Integration und Wohnraumschaffung verbinden und damit zu mehr Wohnraum sowie zu einer stärkeren sozialen Durchmischung beitragen könnten. Dies wird als Ansatz verstanden, um soziale Spaltungen zu reduzieren bzw. zu überwinden (I7).

7.9 Zusammenfassung

Der Interviewkorpus (I1-I12) zeichnet ein Bild lokaler Demokratie, in dem Belastungen und Ressourcen gleichzeitig präsent sind. Demokratiegefährdungen werden nicht ausschließlich als Ergebnis einzelner Ereignisse beschrieben, sondern als Ergebnis kumulierter Dynamiken: parteipolitische Polarisierung, populistische Deutungsangebote, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, ein rauer werdender Alltagston sowie strukturelle Engpässe in kommunalen Haushalten und Institutionen. Zugleich wird wiederholt betont, dass es in Schorndorf und Umgebung weiterhin zivilgesellschaftliche und institutionelle Akteure gibt, die demokratische Verfahren stabilisieren, Dialog ermöglichen und Integrationsleistungen tragen (I1, I5, I6, I10).

Mit deutlichem Abstand wird die AfD als zentraler demokratiegefährdender Akteur beschrieben. In mehreren Interviews wird hervorgehoben, dass die Partei kommunale Themenfelder wie Migration, Unterbringung, Klima- und Energiepolitik oder Kriminalität konfliktiv zuspitze, Ängste verstärke und dabei insbesondere soziale Medien als Resonanzraum nutze (I2-I7, I11-I12). Mehrfach werden in diesem Zusammenhang aggressive Kommunikationsstile, die Delegitimierung demokratisch getroffener Entscheidungen sowie personalisierte Kampagnen gegen Amtsträger genannt. Die Bedeutung der AfD wird dabei nicht nur an Mandatszahlen festgemacht, sondern an der Fähigkeit, lokale Debatten zu verschieben und zivilgesellschaftliche Akteure unter Druck zu setzen (I2, I3, I5, I10, I12).

Neben parteipolitischen Konfliktlagen werden verschiedene Gruppen als Risiko diskutiert, insbesondere querdenkende, staats- und wissenschaftsskeptische Szenen, die in Schorndorf Einfluss haben (I2, I5, I9, I12). Als Kontext wird zudem eine diskursive Normalisierung rechter Positionen angesprochen, etwa durch rhetorische Annäherungen etablierter Parteien oder eine Verschiebung dessen, was als „sagbar“ gilt (I2, I5, I8, I12). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit) wird als teils verdeckt, teils offen sichtbar beschrieben und reicht von abwertenden Kommentaren und Vorurteilsstrukturen bis zu Anfeindungen und einzelnen Übergriffen (I6-I12).

Ein wiederkehrendes Querschnittsthema ist der finanzielle und administrative Druck auf die Kommune. Kürzungen freiwilliger Leistungen, Schließungen von Begegnungsorten oder das brachliegende Potenzial der Jugendarbeit werden als Faktoren beschrieben, die Prävention, Integration und demokratische Sozialisation schwächen können (I3-I5, I8, I10-I12). Damit werden Ressourcenfragen selbst zu Demokratierisiken: Wenn niedrigschwellige Angebote wegfallen, steigen die Anforderungen an zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, während zugleich Polarisierung und Misstrauen zunehmen können. In mehreren Interviews wird deshalb die Notwendigkeit betont, soziale Infrastruktur und Bildungsarbeit als Teil demokratischer Daseinsvorsorge zu begreifen (I4, I5, I10, I11).

Demokratiefördernde Potenziale werden vor allem in Vereinen, Ehrenamt, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Quartiersarbeit und kulturellen Einrichtungen verortet, die Begegnung ermöglichen und pluralitätsfähige Praktiken einüben (I1-I6, I8, I10-I12). Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) wird überdurchschnittlich häufig als Ermöglichungs- und Vernetzungsstruktur genannt, zugleich aber auch in ihrer Reichweite, Sichtbarkeit und strategischen Fokussierung diskutiert (I2, I5, I6, I8, I10-I12).

Insgesamt deuten die Befunde aus den Interviews auf eine insgesamt noch tragfähige demokratische Infrastruktur hin, deren Stabilität jedoch zunehmend von Polarisierungsimpulsen, digitaler Radikalisierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und vor allem von Ressourcenverknappung abhängig wird. Die zentrale Empfehlung, die aus der Gesamtschau ableitbar ist, lautet daher, Demokratieförderung nicht nur als Projektlogik, sondern als langfristige Infrastruktur- und Netzwerkaufgabe zu behandeln (I5, I6, I10, I12).

8. Handlungsfelder und Empfehlungen

Die Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach liegt im weiteren Einzugsgebiet Stuttgarts. In der Metropolregion sind vor allem Unternehmen mit Bezug zur Automobilindustrie wichtige Treiber des Wohlstands. Dieser zeigt sich auch in Schorndorf. So ist die Kaufkraft der privaten Haushalte in Schorndorf im Landesvergleich überdurchschnittlich hoch, während sie in Urbach eher durchschnittlich ist. In beiden Kommunen verfügen jeweils fast 40 Prozent der Haushalte ein hohes Nettoeinkommen. Auch die öffentliche Infrastruktur und Nahversorgung sind gut ausgebaut. So sind beide Kommunen über die ausgebaute Bundesstraße 29 sowie über den öffentlichen Nahverkehr sehr gut an die Region angebunden. Die Distanzen zu Supermärkten, Hausärzten und Apotheken sind gering. Insgesamt ergibt sich daher sowohl im Hinblick auf die Mobilitäts-, als auch Nahversorgungsinfrastruktur ein geringes Potential für demokratiegefährdende Akteure entsprechende Diskurse massenwirksam zu mobilisieren. Gleichzeitig zeichnen sich aufgrund der Transformation in der Automobilindustrie Herausforderungen für die Region ab, die mittelfristig deutliche Änderungen bei der ökonomischen Situation mit sich bringen werden und zu einer ökonomischen Polarisierung führen können. Diese zeichnet sich bereits jetzt partiell ab. So weisen etwa Unterschiede bezüglich der Wohnbezirke in Schorndorf etwa zwischen Nord- und Südstadt auf eine räumliche Verdichtung ökonomischer Herausforderungen hin. Und sowohl Schorndorf als auch etwas weniger deutlich Urbach weisen eine erhöhte Kinderarmutsquote auf. Ebenso sind die Arbeitslosenquoten sind im baden-württembergischen Vergleich leicht erhöht. Vor dem Hintergrund der Transformation sollten diese Entwicklungen im Auge behalten werden, da sie unmittelbaren Einfluss auf Teilhabe und Lebenszufriedenheit der Menschen haben und leicht politisiert werden können.

Angesichts sinkender Steuereinnahmen und nicht ausreichenden Zuweisungen von Bund und Land bei gleichzeitig wachsenden Aufgaben für die Kommunen ist die finanzielle Situation beider Kommunen angespannt. Zwar liegen sowohl Schorndorf als auch Urbach mit einer Steuerkraft pro Kopf von etwa 1200€ sehr dicht am baden-württembergischen Durchschnitt. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass keine Schwierigkeiten entlang der Investitionsherausforderungen und Konsolidierung bestehender infrastruktureller Angebote bevorstünden. So stehen entlang der kommunalen Haushalte wie auch hinsichtlich der Interviews sowohl Schorndorf als auch Urbach unter starkem finanziellen Druck, der langfristig auch Verteilungskämpfe, um grundlegende Förderungen von zivilgesellschaftlichen Beteiligungsformaten und demokratiefördernden Projekten verursachen kann.

Vor allem Schorndorf weist eine vielfältige Bevölkerungsstruktur auf und zählt zu den 16 Prozent der Gemeinden in Baden-Württemberg mit dem höchsten Ausländer:innenanteil. Gleichzeitig finden sich in beiden Kommunen, vor allem aber in Schorndorf überdurchschnittlich viele Menschen mit akademischem Abschluss in der Stadtbevölkerung. Diese Gruppe gilt als vergleichsweise krisenresilient und wenig empfänglich für eine rechtspopulistische Mobilisierung über Narrative des sozialen Abstiegs. Diese Struktur bietet großes Potential für interkulturellen Austausch und vielfältige Teilhabe. Gleichzeitig bringt dies die Herausforderung mit sich, Gruppen mit sehr unterschiedlichen

Interessen und Sprechfähigkeiten zusammenzubringen. Während migrantisch gelesene Gruppen häufig zu den so genannten stillen Gruppen in der Beteiligung gehören, neigt die Gruppe der Akademiker:innen auch aufgrund ihrer besseren finanziellen Situation sowie liberalen Wertorientierungen zu einem höheren zivilgesellschaftlichen Engagement, was dazu führen kann, dass dabei unbewusst andere Gruppen bzw. deren Interessen unterrepräsentiert bleiben. Es erscheint daher notwendig, dass Aktive und Bündnisse in der Demokratieförderung stets hinterfragen, inwiefern sie eine Partizipations- und Interessensblase abbilden und reproduzieren, bzw. inwiefern sie es schaffen in den Projekten sowie entlang der Teilnehmenden andere Bevölkerungsgruppen abzubilden, anzusprechen und einzubinden. Ohne integrative und niedrigschwellige Projekte könnten sich bereits abzeichnende Segregationsprozesse weiter konsolidieren, sodass demokratiebildende und fördernde Projekte Partizipationsblasen entstehen lassen, die eine weitergreifende Wirkung auf Bevölkerungsgruppen, die sich weniger an Projekten der Partnerschaft für Demokratie beteiligen oder an ihnen teilnehmen verhindert wird.

Die politischen Situation zeigt entlang des Wahlverhaltens und den dahinter liegenden Einstellungen in Schorndorf und Urbach im Vergleich zu anderen Gemeinden in Baden-Württemberg eine hohe Vielfältigkeit politischer Positionen auf. Die extrem rechte AfD liegt in beiden Kommunen (noch) unter dem Bundesdurchschnitt, verzeichnete aber deutliche Zugewinne. Ebenso konnte die CDU bei den Bundestagswahlen deutlich zulegen, während SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP zum Teil deutliche Verluste hinnehmen mussten. I m Bundestrend liegt auch das Erstarken der Partei „Die Linke“. Letztlich findet so eine politische Fragmentierung bei gleichzeitiger Polarisierung und einem wahrgenommenen Rechtsruck statt. Auch im Gemeinderat von Schorndorf zeigt sich die Polarisierung entlang der Links-Rechts-Achse des Parteiensystems. Mit Bezug auf die Interviews und die Wahrnehmung der politischen Stimmung erscheint es notwendig, dass die demokratischen Parteien insbesondere bei der Förderung von Projekten der Partnerschaft für Demokratie Einigkeit demonstrieren, um zivilgesellschaftliche Akteure nicht in ihrem Partizipationswillen abzuschrecken. Gleichzeitig gilt es die Akteure der demokratischen Parteien entsprechend in der Partnerschaft zu repräsentieren und zur Partizipation anzuregen.

Dies gilt umso mehr, als dass die Legitimation der liberalen Demokratie und ihrer Akteur:innen wie Parteien, Amts- und Mandatsträger:innen von verschiedenen Akteur:innen aktiv in Frage gestellt wird. Neben der in Schorndorf sehr umtriebigen extrem rechten Partei Alternative für Deutschland, deren Vertreter:innen aktiv an der Delegitimierung von Entscheidungen und Gremien vor Ort mitwirken, findet sich eine ebenso aktive Querdenken-Szene, die Demokratieskepsis und die Delegitimierung des Staates weiter befördert und ebenso wie die AfD als einflussreich in Schorndorf und der Region wahrgenommen wird. Beide Szenen sind auch auf Social Media aktiv. Darüber hinaus wird ein Erstarken populistischer Positionen und Argumentationsmuster wahrgenommen, das zu Polarisierung und Verhärtung öffentlicher Diskurse beiträgt und demokratische Aushandlungsprozesse erschwert. Der wahrgenommene Rechtsruck, der neben dem Erstarken der AfD auch in Diskursverschiebungen und Positionsübernahmen durch konservative Parteien und Akteur:innen zum Ausdruck kommt, zeitigt auch Gegenreaktionen. Insbesondere lokale und regionale Gruppen der Antifa positionieren sich deutlich und in ihrem Handeln radikal gegen rechts. Dies trägt zu einer weiteren Polarisierung bei, insbesondere, wenn auf nichtdemokratische Handlungsformen und Gewalt als Mittel zurückgegriffen wird.

Eine weitere Entwicklung hängt mit der Lage und Siedlungsstruktur sowie den zu beobachtenden Mobilisierungsbestrebungen der extremen Rechten zusammen. So sind Schorndorf und etwas weniger

Urbach eher als rurale Siedlungsgebiete in der Großregion Stuttgart einzuordnen. Ähnlich wie in anderen Regionen verwischen die Grenzen zwischen Stadt und Land zunehmend, so dass sich hybride Formen des Zusammenlebens zwischen eher urbanen und eher ruralen Lebensformen bilden. Auf der anderen Seite sind insbesondere die nördlich an Schorndorf und Urbach angrenzenden Gebiete rural geprägt und verfügen wie weitere Teile des Rems-Murr-Kreises über eine Geschichte der extrem rechten Mobilisierung. Diese werden von extrem rechten Akteur:innen und der AfD zur Konstruktion vermeintlicher politischer Gegensätze genutzt, etwa wenn es um Infrastrukturprojekte geht. Entwicklungen nicht nur in Schorndorf und Urbach, sondern auch im Umland sollten in der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie berücksichtigt werden. Durch Binnenmigration und Siedlungsdruck entstehen hier ggf. Spannungen. Auch in den Ortsteilen gibt es hier deutliche Unterschiede nicht nur in den Herausforderungen, sondern auch in den Wahrnehmungen aktueller und zukünftiger Problemlagen, die in einer liberalen Demokratie moderiert werden müssen.

Dem gegenüber steht sowohl in Urbach wie auch in Schorndorf eine sehr aktive Zivilgesellschaft und ein breites Spektrum an demokratiefördernden Akteur:innen und Netzwerken. Demokratiefördernde Potenziale werden vor allem in Vereinen, Ehrenamt, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Quartiersarbeit und kulturellen Einrichtungen verortet, die Begegnung ermöglichen und pluralitätsfähige Praktiken einüben. Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) wird als Ermöglichungs- und Vernetzungsstruktur genannt, zugleich aber auch in ihrer Reichweite, Sichtbarkeit und strategischen Fokussierung diskutiert. Gleichzeitig gibt es Potentiale, die demokratiefördernden Netzwerke zu erweitern und zu stärken, indem eher konservativ ausgerichtete Teile der Stadtgesellschaft und vor allem Vereine, Kirchen, soziale Träger und migrantische Selbstorganisationen intensiver eingebunden werden.

Insgesamt deuten die Befunde aus den Interviews auf eine insgesamt noch tragfähige demokratische Infrastruktur hin, deren Stabilität jedoch zunehmend von Polarisierungsimpulsen, digitaler Radikalisierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und vor allem von Ressourcenverknappung abhängig wird. Die zentrale Empfehlung, die aus der Gesamtschau ableitbar ist, lautet daher, Demokratieförderung nicht nur als Projektlogik, sondern als langfristige Infrastruktur- und Netzwerkaufgabe zu behandeln. Um die Potentiale der Partnerschaft für Demokratie ausschöpfen zu können, ergeben sich auf der Basis der Befunde mehrere die Mittlerziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ übergreifende Empfehlungen.

Erstens besteht der Bedarf, Partizipations- und Informationshürden im Rahmen der PfD abzubauen. Denn gerade die Komplexität von Strukturen und Förderbedingungen erschwert Teilhabe. Trotz der Vorgaben des Bundes sollte ein für die Menschen vor Ort verständlicher Förderweg bereitgestellt werden, der vor allem den bürokratischen Aufwand reduziert. Die Partnerschaft für Demokratie könnte durch aktive Kommunikation die Netzwerkbildung demokratiefördernder Akteur:innen unterstützen und den eigenen Bekanntheitsgrad steigern. Dies würde dazu beitragen, dass sich Akteur:innen untereinander besser kennen lernen, mehr Austausch über gemeinsame Ziele und Projekte stattfinden kann und somit Synergien erzeugt werden. Gleichzeitig könnte die PfD noch stärker die Rolle als Anlaufstelle für neue Akteur:innen einnehmen, die sich für Demokratie engagieren wollen. Nicht zuletzt könnten so breitere demokratische Aushandlungsprozesse gestaltet werden

Zweitens, und eng damit verbunden, könnte die Partnerschaft für Demokratie die Ermöglichungsstruktur zur Stärkung eines institutionalisierten Netzwerks bzw. einer Plattform sein, die vor allem zivilgesellschaftliche Akteure zusammenbringt, um gemeinsam Ziele zu formulieren, Projekte zu planen und neue Akteure einzubeziehen. Diese Netzwerkstrukturen könnten Raum für

herrschaftsfreiere Diskurse schaffen. Die Stadtverwaltung könnte dabei als Host oder Moderator agieren, um entsprechendes zivilgesellschaftliches Engagement zu fordern und weiter zu fördern sowie in Hinblick auf die konkrete Umsetzung unterstützen. Es wäre auch zu überlegen, wie die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie noch inklusiver gestaltet werden kann. Einige Akteure haben den Eindruck, dass sie von der Stadtverwaltung vor allem als Multiplikator:innen angesehen werden, aber nicht als aktiver und handlungswirksamer Teil in der Planung und Konzeption von Projekten. Es sollte dementsprechend versucht werden, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zu ermöglichen, selbstständig Projekte mitgestalten und diskutieren zu können, und sie im Umkehrschluss weniger mit abgeschlossenen Planungen zu konfrontieren. Dadurch könnten Selbstwirksamkeitserfahrungen und Engagement weiter gestärkt werden.

Nicht zuletzt könnte die Rolle von Echokammern in der Gesellschaft wie in der PfD selbst kritisch reflektiert werden. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass Aktionen nicht stets von denselben Akteuren ausgehen, sondern auch neue Zielgruppen und Themen adressiert werden. Dazu wäre es notwendig, insbesondere marginalisierte und vulnerable Gruppen zu mobilisieren und zu repräsentieren. Dies bedeutet auch, zielgruppengerechte Formate zur Ansprache der jeweiligen Gruppen zu entwickeln. Den Schlüssel dazu bildet aufsuchende Arbeit vor Ort und in den Netzwerken, um neue Akteure für die Partnerschaft für Demokratie zu mobilisieren. Ein erfolgversprechender Weg wird mit dem Quartiersmanagement in Schorndorf bereits beschritten und sollte unbedingt gestärkt werden.

In der Folge werden einzelne Anregungen entlang der Mittlerziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gegliedert dargestellt:

Mittlerziel 1: Die Partnerschaft konzipiert „gemeinsam mit Zielgruppen teilhabeorientierte Maßnahmen und innovative Formate, die das Erleben von demokratischer Selbstwirksamkeit im unmittelbaren Lebensumfeld ermöglichen“:

- Maßgeblich für das Erreichen dieses Mittlerziels ist eine systematische Identifikation und Definition von Zielgruppen für Maßnahmen und Formate. Dabei zu beachten wären Entwicklungen wie die ökonomische und politische Polarisierung, die zum Beispiel Gruppen in den Fokus rücken, die von Armut besonders betroffen sind. Insgesamt wäre ein Fokus auf gesellschaftlich marginalisierte Gruppen zu empfehlen. Dazu gehören neben von Armut und Einsamkeit betroffene Personen auch migrantische Gruppen. Die Berücksichtigung intersektionaler Aspekte bei der Bearbeitung der Fragestellungen wäre hierbei zu beachten. Daneben gibt es gesellschaftliche Gruppen, die in der Partizipationsforschung als „stille Gruppen“ bezeichnet werden, weil sie sich kaum von Beteiligungsformaten ansprechen lassen. Diese überschneiden sich mit den genannten Gruppen, umfassen aber auch etwa Unternehmer, Selbständige, traditionelle bürgerliche Milieus.
- Um gemeinsam mit Zielgruppen Formate entwickeln zu können, ist ein Aufsuchen dieser Zielgruppen unerlässlich, denn diese sind meist nicht durch herkömmliche Ansprache zu erreichen. Ein möglicher Weg wäre das Übertagen von Konzepten aus der gemeinwohl- und gemeinwesenorientierten Arbeit, wie dies in Schorndorf schon beim Quartiersmanagement geschieht. Dabei sollte es vor allem um die Stärkung von Selbsthilfe und Selbstorganisation, Teilhabe und Vernetzung gehen. Um das Empowerment von Zielgruppen zu fördern, wären Bottom-Up Ansätze zu stärken, in denen die Zielgruppen eigene Projekte im Rahmen der Vorgaben des Bundesprogramms entwickeln und durchführen können.

- Bei der Entwicklung von Projekten wäre eine Sozialraumorientierung ebenso wie eine Handlungsorientierung gegenüber den Zielgruppen wünschenswert. Hier gibt es mit dem Quartiersmanagement bereits einen vielversprechenden Ansatz. Dabei wäre zu beachten, dass Informationen und Ansprachen zielgruppengerecht aufbereitet und kommuniziert werden.
- Angesichts der schon sichtbaren Polarisierung der Gesellschaft sollten einige Projekte einen breiten präventiven Charakter zur Stärkung demokratischen Bewusstseins haben. Hier könnten von der Partnerschaft auch Themenfelder identifiziert werden und entlang dieser Themen die im Vorfeld zu identifizierenden Zielgruppen aktiv zur Entwicklung von Projekten und dem Einreichen entsprechender Anträge aufgefordert und entsprechend unterstützt werden.
- Es wäre zu empfehlen, für die Partnerschaft für Demokratie ein Leitbild zu erarbeiten und dieses in den Folgejahren stetig zu aktualisieren. Der dazu notwendige Selbstverständigungsprozess sollte einerseits darauf abzielen zu definieren, welches Selbstverständnis und welche Ziele die Partnerschaft hat und welche Projekte sie im Rahmen des Programms erarbeiten möchte. Gleichzeitig sollte eine Reflektion über die Chancen und Grenzen paternalistischer und bürgerlicher Vorstellungen von Demokratie und Demokratielernen stattfinden. Auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Perspektive und deren Einschränkungen in Abhängigkeit von der jeweils aktuellen Zusammensetzung des Bündnisses ist hier zu empfehlen.
- Gemeinsam mit neu zu gewinnenden Mitgliedern und Unterstützer:innen wären das Selbstverständnis und das Leitbild der Partnerschaft dauerhaft zu aktualisieren und darauf basierend Leitlinien für Projekte zu entwickeln.

Mittlerziel 2: Die Partnerschaft setzt sich ausdrücklich zum Ziel, „in der Breite Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Bündnispartnerinnen und Bündnispartner zu gewinnen und ihren Resonanzraum“ stetig zu erweitern und zu stabilisieren. Ziel soll die „Schaffung einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft“ sein.

- Die Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach hat für dieses Mittlerziel sehr gute lokale Bedingungen, da es viel zivilgesellschaftliches Engagement, Vereine und Organisationen vor Ort gibt, die sich für Demokratie und Teilhabe einsetzen oder potentiell einsetzen könnten. Einige zentrale Akteur:innen sind bereits in die Partnerschaft eingebunden. Allerdings zeigen sich deutliche Fragmentierungen und Polarisierungen zwischen politisch eher konservativ und politisch eher progressiv ausgerichteten Akteur:innen. Diese müssten aktiv bearbeitet werden, um das Bündnis zu erweitern.
- Aufbauend auf den vorhandenen Ressourcen sollten weitere lokale Akteur:innen identifiziert, informiert und eingebunden werden. Gerade die Sportvereine, aber auch Kirchen und Religionsgemeinschaften, migrantische Vereine und traditioneller orientierte Vereine könnten stärker eingebunden werden. Denn die stärker konservativ ausgerichtete bürgerliche „Mitte“ findet sich kaum wieder in der Partnerschaft.
- Deutlich ausbaufähig sind Verbindungen und Netzwerke, die die beiden Kommunen der Partnerschaft für Demokratie übergreifen. Hier wäre eine engere Kooperation und Aktivierung von Personen, Gruppen und Organisationen in beiden Kommunen sowie ggf. weiteren angrenzenden Orten empfehlenswert. Dabei ginge es vor allem um das Herstellen von Gemeinsinn und Zusammengehörigkeit über die beteiligten Kommunen hinweg.

- Auch die Intensivierung von Kontakten zu Unternehmen und Selbständigen, Handels- und Gewerbevereinen, Unternehmerverbänden, der IHK und zu Gewerkschaften könnte im Sinne der Ausweitung des Netzwerkes angestrebt werden.

Mittlerziel 3: Die Akteur:innen der Partnerschaft „sind handlungssicher im Umgang mit lokalen Herausforderungen".

- Entlang der S&R-Analyse und der vor Ort vorhandenen Expertise können die lokalen Herausforderungen präziser gefasst und in Handlungsziele übersetzt werden. Gleichzeitig könnte eine intensivere Kooperation mit kreisweiten Akteur:innen wie DeRex oder der „Initiative sicherer Landkreis", aber auch sozialen kirchlichen und anderen Trägern, Beratungsstellen und Hilfsorganisationen angestrebt werden, um Trends und Entwicklungen noch frühzeitiger erfassen zu können. Exemplarisch seien hier Suchtberatung, Frauenberatungsstellen, Schuldnerberatungen, Betroffenenberatungsstellen wie OFEK, Leuchtlinie oder RIAS, psychologische Beratungsstellen, das Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die Landeszentrale für politische Bildung oder die mobile Beratung von mobirex genannt.
- Insgesamt wäre es empfehlenswert, für Mitglieder der Partnerschaft und Multiplikator:innen bedarfsgerechte Weiterbildungen etwa zu den Themen Rechtsextremismus, religiöser Extremismus, Armut, Ungleichheit und Einsamkeit zu ermöglichen, so dass Expertise und Monitoringkapazitäten vor Ort gestärkt werden.
- Die Partnerschaft für Demokratie könnte stärker überregional vernetzt werden. Neben dem Austausch mit den anderen Partnerschaften im Rems-Murr-Kreis könnte dies andere Partnerschaften in Baden-Württemberg und darüber hinaus umfassen. Dadurch kann nicht nur ein Austausch über bisherige Erfahrungen, Best-Practices und Problemfelder ermöglicht werden, sondern das (möglicherweise arbeitsteilige) Entwickeln von Strategien, innovativen Formaten und Projekten zur Förderung der Demokratie. Konkret wäre ein Vorschlag, ein Wiki für die bereits bestehende Partnerschaften anzulegen, in dem Erfahrungen, Projekte und Ressourcen dokumentiert werden. Auch könnten hier Antworten des BAFZA auf Fragen der Partnerschaften dokumentiert werden, was der Transparenz und letztlich auch der Vereinheitlichung von Antworten dienen könnte.

Mittlerziel 4: Die Partnerschaft entwickelt „einen proaktiven Umgang mit dem Thema Demokratieskepsis". Sie versucht „demokratieskeptische Menschen durch teilhabeorientierte Maßnahmen in ihrer jeweiligen Lebenssituation anzusprechen, ihnen Artikulations- und Reflexionsräume zu geben sowie sie zu ermutigen im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates an demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten zu partizipieren und darin Selbstwirksamkeit zu erfahren".

- Demokratieskeptische und demokratiefeindliche Gruppen vor Ort sind weitestgehend bekannt, allerdings womöglich nicht im Bewusstsein aller Beteiligten der Partnerschaft für Demokratie. Es sollte eine Sensibilisierung für Phänomene jenseits des Rechtsextremismus etwa in Hinblick auf religiösen Extremismus und für alltagsweltliche Diskriminierungen und Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stattfinden.
- Ein möglicher Ansatz wäre es, die Quartiers- und Gemeinwesenarbeit noch stärker als bisher als Türöffner für Demokratiebildung zu verstehen. Diese schafft Vertrauen und öffnet Türen, die bei einer direkten Ansprache des Themas Demokratie womöglich verschlossen bleiben würden. Und sie macht demokratische Prinzipien erlebbar, die im Nachhinein begründet und in den größeren Gesamtkontext eingeordnet werden können. Insbesondere soziale Aushandlungsprozesse können dabei als gelebte Demokratie genutzt werden

- In diesem Bereich ist eine aufsuchende und annehmende Arbeit mit demokratiefernen Gruppen unbedingt angezeigt, denn diese werden selbst kaum an demokratischen Formaten teilnehmen oder diese vielmehr als Plattform für ihre Demokratieskepsis verwenden. Es wäre zu denken an niedrigschwellige Diskussionsräume im Alltag, die nicht primär demokratiebezogen sind, sondern sich an den lebensweltlichen Erfahrungen der jeweiligen Gruppen orientieren und von zuhören geprägt sind.
- NICHT aufgesucht werden sollten offen extremistische und sonstige gewaltbereite Gruppen. Dies kann nicht nur überfordernd, sondern tatsächlich physisch wie psychisch gefährlich sein und ist im Rahmen der Partnerschaft nicht leistbar. Die Arbeit mit extremistischen Gruppen muss professionell erfolgen, etwa über mobile Arbeit, Deradikalisierungsprojekte oder die Sicherheitsbehörden.

Mittlerziel 5: Die Partnerschaft unterstützt „Voraussetzungen zur demokratischen Konfliktbearbeitung vor Ort“ und hilft beim Ausbau von Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung.

- Auch hier wäre es empfehlenswert, Trainings oder Fortbildungen für Engagierte und Multiplikator:innen in der Partnerschaft einzukaufen oder anzubieten. Zu den notwendigen Themen gehören Kommunikation, Mediation und Konfliktbearbeitung. Auch müssten hier stärker Kenntnisse zu Grundlagen des Zusammenlebens, der Teilhabe und des demokratischen Diskurses vermittelt werden, um Handlungssicherheit der Beteiligten zu erhöhen. Auch Schulungen zu Chancen und Grenzen zivilcouragierten Handelns könnten hier eine wichtige Rolle spielen.
- Die Partnerschaft kann hier vor allem eine ermöglichende Funktion einnehmen, indem sie zwischen Angebot und Nachfrage nach entsprechenden Formaten vermittelt, entsprechende Angebote selbst organisiert und finanziert.

Mittlerziel 6: Koordinierungs- und Fachstelle und Federführendes Amt „erarbeiten ein eigenes Schutzkonzept“ und unterstützt andere Akteur:innen dabei, „eigene Schutzkonzepte zu entwickeln“.

- Die Bedarfe für ein Schutzkonzept sind relativ klar. Es geht vor allem um zivilgesellschaftlich Engagierte sowie Amts- und Mandatsträger:innen, die bereits Bedrohungen ausgesetzt sind. Darüber hinaus könnte ermittelt werden, welche Gruppen und Personen zusätzlich einen erhöhten Schutzbedarf haben könnten. Dabei sollten unbedingt auch die Sicherheitsbehörden mit einbezogen werden, um eine Bewertung der allgemeinen und jeweils konkreten Sicherheitslage vorzunehmen.
- Auf dieser Basis könnte das Schutzkonzept für die PfD entwickelt werden. Es empfiehlt sich, auch hier auf Zusammenarbeit und Professionalisierung zu setzen. Kooperationen mit anderen Partnerschaften für Demokratie, insbesondere auch in Ostdeutschland, wären hier sicherlich anzuraten, da dort zum Teil bereits Erfahrungen mit der Entwicklung und Umsetzung von Schutzkonzepten gesammelt wurden, auch in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Mobile Beratung. Eine Zusammenarbeit mit mobilen Beratungsstellen, der Sozialen Arbeit, Wissenschaft und Sicherheitsbehörden kann hier helfen, da es in diesen Kontexten zahlreiche Ansätze und Konzepte gibt, die vor Ort angepasst, erprobt und evaluiert werden könnten. An dieser Stelle sei angemerkt, dass Sicherheitskonzepte in regelmäßigen Abständen überprüft und auf aktuelle Gefährdungslagen und Veränderungen angepasst werden müssen – ein veraltetes oder dysfunktionales und nicht auf aktuelle Gegebenheiten angepasstes Sicherheitskonzept ist zuvorderst ein Risiko.

- Wichtig wäre es, bei der Entwicklung von Schutzkonzepten immer Supervision, Notfallplanung und Krisenkommunikation mitzudenken. Auch braucht es gegebenenfalls spezifische Konzepte für Veranstaltungen, bei denen eine Bewertung der Sicherheitslage erfolgen sollte, eine Hausordnung erstellt werden sollte, eine Anmeldepolitik eingeführt werden sollte, die Bedarfe der jeweiligen Referent:innen berücksichtigt werden und bei Bedarf Security vor Ort und Polizei informiert sind.
- Nicht zuletzt sollte der Eigenschutz berücksichtigt werden, der körperliche und psychische Gefahren und Belastungen umfasst.

Die Partnerschaft für Demokratie ist eingeladen, sich mit dem Bericht und den hier formulierten Anregungen kritisch auseinanderzusetzen.

9. Literaturverzeichnis

AfD Fraktion Gemeinderat Schorndorf. (o. J.). AfD-Fraktion im Gemeinderat Schorndorf. Abgerufen 29. Dezember 2025, von https://www.facebook.com/AfDFraktionSchorndorf

AfD Kreisverband Rems-Murr. (2023). Trotz Antifa-Sabotageversuch: AfD Rems-Murr führt erfolgreich Alternative Runde an neuem Veranstaltungsort durch – AfD Rems-Murr. https://afd-rems-murr.de/pressemitteilung/trotz-antifa-sabotageversuch-afd-rems-murr-fuehrt-erfolgreich-alternative-runde-an-neuem-veranstaltungsort-durch/

Alisch, M. (2008). „Armut und soziale Teilhabe: Ein Überblick“, in M. Alisch und M. May (Hrsg.) Kompetenzen im Sozialraum: Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt. Opladen: Ver-lag Barbara Budrich (Beiträge zur Sozialraumforschung, 1), S. 85–108.

Allianz Vielfältige Demokratie (2017). Qualität von Bürgerbeteiligung. Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen, Gütersloh. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Qualitaet_von_Buergerbeteiligung_final.pdf

Almond, G. & Verba, S. (1963). The civic culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton: Princeton University Press

Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, https://www.afd.de/grundsatzprogramm/, zuletzt besucht am 14.04.2020.

Arzheimer, K. (2017). „Electoral Sociology – Who Votes for the Extreme Right and Why – and When?“, in C. Mudde (Hrsg.) The Populist Radical Right: A Reader. London New York: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy), S. 277–289. Verfügbar unter: https://doi.org/10.4324/9781315514574.

Arzheimer, K. (2017). „Electoral Sociology – Who Votes for the Extreme Right and Why – and When?“, in C. Mudde (Hrsg.) The Populist Radical Right: A Reader. London New York: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy), S. 277–289. Verfügbar unter: https://doi.org/10.4324/9781315514574.

Backes, U. (2001). Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte B 46/2001, S.24-30

Baden-Württemberg-Stiftung (Hrsg). (2019). Demokratiemonitoring Baden-Württemberg 2016/17. Wiesbaden: Springer VS.

Barber, B. (1984). Strong Democracy. Participatory Politics for a new Age. Berkeley: University of California Press.

Barber, B.R. (2009) Strong democracy: participatory politics for a new age. 20. anniversary ed., with a new preface. Berkeley: University of California Press.

BBSR, (Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung) (2025). „INKAR: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung“. Verfügbar unter: https://www.inkar.de/ (Zugegriffen: 22. Juli 2025).

Beaumont, E. (2011) „Promoting Political Agency, Addressing Political Inequality: A Multilevel Model of Internal Political Efficacy“, The Journal of Politics, 73(1), S. 216–231. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1017/S0022381610000976.

Beck, U. & Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.). (1994). Riskante Freiheiten: Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp).

Beetham, D. (1994). Key Principles and Indices for a Democratic Audit. In: Beetham, D. (Hrsg.), Defining and Measuring Democracy. (S. 25-43). London: Sage.

Behringer, J., Kowall, N., Theobald, T. & Van Treeck, T. (2020). „Inequality in Germany: A Macroeconomic Perspective“, German Politics, 29(3), S. 479–497. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/09644008.2019.1621297.

Belina, B. (2022). „Land im Westlichen Marxismus. Adorno und Lefebvre“. in Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript Verlag.

Belina, B. (Hrsg.) (2022). Ungleiche ländliche Räume: Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. Bielefeld: transcript Verl (Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen).

Bernemann, T. (2025). Krisengefühle statt Kontextbedingungen: Erklärungsansätze für die geografische Varianz rechtspopulistischer Wahlerfolge. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Wahlen und politische Einstellungen). Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-46971-9.

Bernemann, T. (2025). Krisengefühle statt Kontextbedingungen: Erklärungsansätze für die geografische Varianz rechtspopulistischer Wahlerfolge. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Wahlen und politische Einstellungen). Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-46971-9.

Bernstein, E (1969 [zuerst 1898]). Evolutionary Socialism. New York: Schocken.

Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014 (Hrsg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh

Berwing, K., Fischer, C. & Kowalski, J. (2019). „Mann wählt AfD: Psychologische Erklärungsansätze für den ‚Radical Right Gender Gap‘“, in E. Walther & S.D. Isemann (Hrsg.) Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105–120. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25579-4.

Bilden, H. (2007). Das vielstimmige, heterogene Selbst. Zum Verständnis „postmoderner” Subjektivitäten. In: R. Frankenberger, S. Frech, D. Grimm (Hrsg.), Politische Psychologie und politische Bildung. Schwalbach, Ts.: Wochenschau-Verlag.

Blatter, J. K., Janning F. & Wagemann, C. (2007). Qualitative Politikanalyse, Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. Wiesbaden: VS-Verlag.
Bohn, I., Hallmann, J., Karpf, M., Korn, A., Mastetten, R., Saßmannshausen, J., Behn, S., Karliczek, K.M., Köhler, J., & Schnarr, D. (2019). Verfügbar unter:
Borucki, I., Michels, D. & Marschall, S. (2020). „Die digitalisierte Demokratie. Ein Überblick“, Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30(2), S. 163–169. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s41358-020-00224-5.
Bötticher, A. (2017). Towards Academic Consensus Definitions of Radicalism and Extremism, in: Perspec-tives on Terrorism 11, H. 4, S. 73–77.
Bourdieu, P. (2001). Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK.
Bratti, M., Deiana, C., Havari, E., Mazzarella, G. & Meroni, E.C. (2020). „Geographical Proximity to Refugee Reception Centres and Voting“, Journal of Urban Economics, 120, S. 103290. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.jue.2020.103290.
Buhr, D. (2015). Innovationspolitik für die Industrie 4.0, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
Buhr, D. (2017). Industrie 4.0. Neue Aufgaben für die Innovationspolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
Buhr, D., Frankenberger, R. & Gensheimer, T. (2019). Mehr Demokratie ertragen? In Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/17, Hrsg. Baden-Württemberg Stiftung, 85–102. Wiesbaden: Springer VS.
Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV): Rechtsextremismus – Begriff und Erscheinungsformen. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html
Bundesamt für Verfassungsschutz, Fachinformation: Einstufung des „Flügel“ als erwiesen extremistische Bestrebung, 2020, https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2020-002-fachinformation-einstufung-des-fluegel-als-erwiesen-extremistische-bestrebung, zuletzt besucht am 14.04.2020.
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (o. J.) INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. Verfügbar unter: https://www.inkar.de/
Bundeskriminalamt (2025) Politisch motivierte Kriminalität (PMK). Verfügbar unter: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html
Bundesministerium des Innern (BMI): Lexikon-Eintrag Rechtsextremismus. Verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/DE/service/lexikon/functions/bmi-lexikon.html?lv2=9391124&lv3=9398282
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) (2024). Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie (Förderrichtlinie „Demokratie leben!“) vom 20. November 2024. https://www.demokratie-leben.de/resource/blob/266152/17814457cd457846a86f076e9200d073/foerderrichtlinie-demokratie-leben-barrierefrei-data.pdf; zuletzt besucht am 13.12.2025
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017). Die Landes-Demokratiezentren im Bundesprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus,Gewalt und Menschenfeindlichkeit«. Verfügbar unter: https://www.BMFSFJ.de/resource/blob/121574/46cfe8ce4cf02abb1183145e6c2fdc66/landes-demokratiezentren-im-bundesprogramm-demokratie-leben—data.pdf
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020a). Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Land im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!". Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerdergrundsaetze/200210_grundsaetze_der_foerderung_land.pdf
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2025). Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Programmbeschreibung, Ziele und Förderlogik. Online verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020b). Grundsätze der Förderung im Handlungsbereich Kommune im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!". Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerdergrundsaetze/200813_Grundsaetze_der_Foerderung_Komune.pdf
Butschek, I. (2021). Vorfall in Schorndorf: Antifas blockieren AfD-Wahlstand. stuttgarter-nachrichten.de. https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.vorfall-in-schorndorf-antifas-blockieren-afd-wahlstand.ba078a4b-9693-4689-b3e0-e88226b553a8.html
Butterwegge, C. (2014) „Ungleichheit und politische Repräsentation“, in M. Linden & T. Winfried (Hrsg.) Die politische Repräsentation von Armen und Reichen – ein Problem für die Legitimation der Demokratie? Baden-Baden: Nomos, S. 27–54.
Canovan, M. (1999). Trust the people! Populism and the two faces of democracy. Political Studies, 47 (1), 2-16.
Cantoni, D., Hagemeister, F. & Westcott, M. (2019). „Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology“, Rationality & Competition Discussion Paper, 143, S. 1–86.
Caritasverband für den Rhein-Neckar-Kreis e. V. (2025). Caritas – Rhein-Neckar-Kreis: Soziale Dienste und Angebote. Verfügbar unter: https://caritas-rhein-neckar.de/

Castles, F. & McKinlay, R. D. (1979). Does Politics matter? An analysis of the public welfare commitment in advanced democratic states. In: European Journal of Political Research, Jg. 7, S. 169–186.
Castles, F. G. (1978). The Social Democratic Image of Society. A Study of the Achievements and the Ori-gins of Scandinavian Social Democracy in Comparative Perspective. London: Routledge & Kegan Paul.
Corbin, J. M. & Strauss, A. (1990). “Grounded Theory Research: Procedures, Canons, and Evaluative Criteria.” Qualitative Sociology 13 (1): 3–21.
Corcoran, K.E., Pettinicchio, D. & Young, J.T.N. (2011) „The context of control: A cross-national investigation of the link between political institutions, efficacy, and collective action“, British Journal of Social Psychology, 50(4), S. 575–605. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/j.2044-8309.2011.02076.x.
Crouch, C. (2004). Post-Democracy. Cambridge: Polity Press.
Dahl, R. (2015 [zuerst 1998]). On Democracy. 2. Aufl. mit einem Vorwort und zwei Kapiteln von Ian Shapiro. New Haven: Yale University Press.
Dahlbeck, E., Flögel, F. & Gärtner, S. (2024). „Kommunale Haushalte im Lichte der aktuellen Krisen“, For-schung Aktuell, 1(2024).
Dahlberg, L. (2011). Re-constructing digital democracy: an outline of four “positions”. New Media & Society 13(6):855–872
Dalton, R. J. (2008). Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies. Oxford: Oxford University Press.
Dalton, R. J. &Klingemann, H.-D. (2007). The Oxford handbook of political behavior, Oxford: Oxford University Press
De Lange, S., Van Der Brug, W. & Harteveld, E. (2023). „Regional Resentment in the Netherlands: A Rural or Peripheral Phenomenon?“, Regional Studies, 57(3), S. 403–415. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/00343404.2022.2084527.
De Vries, C.E., Hobolt, S.B. & Tilley, J. (2018). „Facing up to the facts: What causes economic perceptions?“, Electoral Studies, 51, S. 115–122. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.electstud.2017.09.006.
Decker, F. (2018). Was ist Rechtspopulismus? Politische Vierteljahresschrift 59(2), 353-369.
Decker, O., Kiess, J., Heller, A., & Brähler, E. (2024). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Gießen: Psychosozial.
Degen, H. (2010). „Graphische Datenexploration“, in C. Wolf & H. Best (Hrsg.) Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 91–116. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-92038-2_5.
Demirović, A. (2018). Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. PROKLA, 190, 27–42.
Deppisch, L. (2022). „Die AfD und das »Dornröschenschloss« — über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch“, in D. Mullis & J. Miggelbrink (Hrsg.) Lokal extrem Rechts: Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. 1. Aufl. Bielefeld, Germany: transcript Verlag (Sozial- und Kulturgeographie), S. 103–121. Verfügbar unter: https://doi.org/10.14361/9783839456842.
Deutscher Bundestag (2018). Drucksache 19/5516: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im dritten Quartal 2018 (PDF). Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, 6. November 2018. Verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/19/055/1905516.pdf
Deutscher Bundestag (2019a). Drucksache 19/12981: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im zweiten Quartal 2019. Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode. 3. September 2019. Verfügbar unter: https://web.archive.org/web/20250117113905/https:/www.martinarenner.de/fileadmin/MartinaRenner/user/upload/191 2981.pdf
Deutscher Bundestag (2019b). Drucksache 19/12877: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im zweiten Quartal 2019. Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode, 30. August 2019. Verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/19/128/1912877.pdf
Deutscher Bundestag (2020). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – „Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im ersten Quartal 2020“ – Drucksache 19/20631. Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, 1. Juli 2020. Verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/19/206/1920631.pdf
Die Bundesregierung (2016). Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Zugriff am 16.04.2021. Verfügbar unter https://www.BMFSFJ.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/stategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demo kratiefoerderungdata.pdf

Die Bundeswahlleiterin (2025). Bundestagswahl 2025. Verfügbar unter: https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html (Zugegriffen: 20. November 2025).
Dümig, K. (2015). Wirtschaftspolitische Performanz. In: Wenzelburger, G. & Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): Hand-buch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 535–564.
Dye, T. R. (2014). Understanding Public Policy. Harlow: Pearson.
Easton, D. (1953). The Political System. An Inquiry into the State of Political Science, New York.
Easton, D. (1965). A Systems Analysis of Political Life, New York, NY.
Easton, D. (1973). Systems Analysis and its classical critics, in: The Political Science Reviewer 3, 269-301.
Easton, D. (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. British Journal of Political Science, 5, 435-457.
Easton, D. (1976). Theoretical Approaches to Political Support. Canadian Journal of Political Science, 9, 431-448.
Eden, M., Sandal-Önal, E., Zick, A. & Ackermann, K. (2025). „Demokratievorstellungen und Demokratie-wahrnehmung in der Mitte“, in A. Zick, B. Küpper, N. Mokros, & M. Eden (Hrsg.) Mitte-Studie 2024/25 Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. 1. Auflage. Bonn: Dietz, J.H.W., Nachf, S. 180–214.
Entman, R. (1993). Framing: Toward Clarification of a fractured Paradigm, in: Journal of Communication 43.3, 50—-58.
Esping-Andersen, G. & van Kersbergen, K. (1992). Contemporary Research on Social Democracy. In: Annu-al Review of Sociology, Jg. 18, Heft 1, S. 187–208.
Essletzbichler, J., Moser, M., Derndorfer, J. & Staufer-Steinnocher, P. (2021). „Spatial Variation in Populist Right Voting in Austria, 2013–2017“, Political Geography, 90(102461). Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102461.
Etzioni, A. (1968). The Active Society. A theory of Societal and Political Processes. New York & London: Collier-Macmillan.
Fachstelle mobirex (2021). Über die extreme Rechte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Baden-Württemberg in Pandemie-Zeiten. https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2023/02/2021-Fachstelle-mobirex-Einsichten-01-Ueber-die-extreme-Rechte-und-Gruppenbezogene-Menschenfeindlichkeit-in-Baden-Wuerttemberg-In-Pandemie-Zeiten.pdf
Featherstone, M. (1991). Consumer Culture and Postmodernism. London: Sage.
Fenner, D. (2024). „Digitalisierung – Revitalisierung oder Bedrohung der Demokratie? Reflexionen zur demo-kratischen Qualität digitaler Öffentlichkeit“, Zeitschrift für philosophische Forschung, 78(3), S. 385–407. Verfügbar unter: https://doi.org/10.3196/004433024839033013.
Finkbeiner, F. (2022). Corona-Proteste, Verschwörungsmythen und Antisemitismus. Demokratie-Dialog 10/2022 (FoDEx). https://univerlag.uni-goettingen.de/bitstream/handle/3/eissn-2748-0127_Democracy_dialog_series10.7/FoDEx_DemDi10_7_finkbeiner.pdf
Flick, U. (2018). Doing grounded theory. London: Sage.
Förtner, M., Belina, B. & Naumann, M. (2019). „Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung“. Suburban - Zeitschrift für kritische Stadtforschung (Band 7, heft 1/2):23–44.
Frankenberger, R. (2007). Gesellschaft-Individuum-Gouvernementalität: Theoretische und empirische Beiträge zur Analyse der Postmoderne. Münster: LIT Verlag.
Frankenberger, R. (2016). Gegenbewegungen – rechtspopulistische Weltenentwürfe wider die offene Gesellschaft. In: In: Franz, M. & Karger, A. (Hrsg.). Männer. Macht. Therapie, Göttingen, S. 161-180.
Frankenberger, R. (2018). Nachschlagen, was das ist, ein Diktator. Zur politikwissenschaftlichen Analyse von Autokratien. Politikum 2018 (1), S.18-27.
Frankenberger, R. (2021). Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer
Frankenberger, R. (2023). Grundlagen der Politikwissenschaft. Forschungsmethoden und forschendes Lernen. Stuttgart: Kohlhammer.
Frankenberger, R. & Buhr, D. (2020). ""For me democracy is…" meanings of democracy from a phenomeno-logical perspective." Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 14.4: 375-399.
Frankenberger, R. & Buhr, D. (2024). Alltagsästhetik, Lebenswelt und (Rechts)Extremismus. Für eine quali-tative, alltagskulturelle Analyse extrem rechter Ideologien, Narrative und Akteure. In: Bundesamt für Ver-fassungsschutz (Hrsg.): Wissenschaftskonferenz 2023. Meinungsbildung 2.0 – Strategien im Ringen um Deutungshoheit im digitalen Zeitalter. Köln. https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/zaf/tagungsband-wissenschaftskonferenz-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
Frankenberger, R. & Seeleib-Kaiser, M. (2020). Krise der Demokratie oder Krise des Demos? In: In: Christian Timm and Konrad Hummel (Hrsg.), Demokratie und Wohlfahrtspflege. Blätter der Wohlfahrtspflege / Sozialwirtschaft Special Issue 2020, Baden-Baden, 2020, pp.113-140
Frankenberger, R., Baur, R., Rieger-Ladich, M., Schmid, J., Stauber, B., Thiel, A., & Thomas, T. (2023). Researching far right extremism—a transdisciplinary, lifeworld, and political culture perspective. Zeit-schrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 17(3), 275-295.

Frankenberger, R., Buhr, D. & Gensheimer, T. (2019). Zwischen Mitmachen und Dagegen sein. Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017, Wiesbaden, 2019, S. 149-172.
Frankenberger, R., Buhr, D. & Schmid, J. (2015). Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg. In: Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013 / 2014. Wiesbaden: Springer VS, S.151–221.
Frankenberger, R., Fröhlich, T. & Pfau, B. (2025). Stadt in der Wüste? Räumliche Muster extrem rechter Wahlergebnisse in Deutschland. In M. Böick, C. Goschler & R. Jessen (Hrsg.), Jahrbuch Deutsche Einheit 2025 (S. 65–84). Aufbau Verlage.
Frankenberger, R., Fröhlich, T., Klodt, C. & Pfau, B. (2025a). Ein Blick zurück. Die AfD bei der Bundestagswahl 2021. IRex. https://uni-tuebingen.de/de/282576
Frankenberger, R., Fröhlich, T., Klodt, C. & Pfau, B. (2025b) Baden-Württemberg polarisiert sich. Ein Blick auf die Bundestagswahlen 2025. IRex. https://uni-tuebingen.de/de/282573
Frankenberger, R., Hinz, L., Kühne, O., Pfau, B. & Schmid, E. (2024). Raumkonstruktionen extrem rechter Parteien in Deutschland. Eine explorative Studie. Wiesbaden: Springer VS.
Fröhlich, T., Frankenberger, R. & Endreß, S. (2024). Erfolge der AfD auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Was kann man mit Strukturdaten erklären und was nicht? IRex. https://uni-tuebingen.de/de/282588
Fuchs, Dieter. 2007. The political culture paradigm. In The Oxford handbook of political behavior, Hrsg. Russell j. Dalton & Hans-Peter Klingemann, 161–184. Oxford: Oxford University Press
Gemeinde Dielheim (2025). Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 mit Wirtschaftsplan 2025. Dielheim: Gemeinde Dielheim. Verfügbar unter: https://www.dielheim.de/fileadmin/Dateien/Website_Dielheim/Dateien/Amtliche_Bekanntmachungen/Haushaltsplan_2025_mit_Wirtschaftsplan_2025.pdf
Gemeinde Nussloch (2025a). Vereine in Nußloch. Verfügbar unter: https://www.nussloch.de/freizeit-tourismus/vereine/nusslocher-vereine/seite-1/suche-none
Gemeinde Nussloch (2025b). Beratungsstellen und Sozialdienste. Verfügbar unter: https://www.nussloch.de/leben-in-nussloch/gesundheit-soziales/beratungsstellen-sozialdienste
Gidron, N. & Hall, P.A. (2017). „The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right“, The British Journal of Sociology, 68(1), S. 57–84. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/1468-4446.12319.
Gidron, N. & Hall, P.A. (2020). „Populism as a Problem of Social Integration“, Comparative Political Studies, 53(7), S. 1027–1059. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1177/0010414019879947.
Graeb, F. & Bernhagen, P. (2024). „Lokale Hauptwahl oder nationale Nebenwahl?: Der Einfluss von Gemeindegröße, Wahlsystem und Parteiensystem auf die Beteiligung an Kommunalwahlen“, Politische Vierteljahresschrift, 65(3), S. 475–504. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11615-023-00506-x.
Gravelle, T.B., Medeiros, M. & Nai, A. (2021). „In the Shadow of the Tower: Spatial proximity to mosques, visible diversity, and support for the radical right“, Political Geography, 91, S. 102499. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102499.
Grix, J. (2001). Review article: social capital as a concept in the social sciences: the current state of the debate. Democratization, 8(3), 189-210.
Groß, E., Neckel, S., Pullen, M., Gundlach, J. & Verhovnik-Heinze, M. (2022). „‚Merkel-Goldstücke‘, ‚Rapefugees‘, ‚System-Medien‘ und die ‚Volksverräter-Regierung‘. Eine Analyse rechtsgerichteter Online-Diskurse und emotionaler Mobilisierungsprozesse in Social Media“, in S. Reinke De Buitrago (Hrsg.) Radikalisierungsnarrative online. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 75–108. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-37043-5_5.
Habermas, J. (1962.). Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied.
Habermas, Jürgen (1981). Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main.
Häder, Michael 2006: Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. Wiesbaden.
Häusler, A. (2016). Themen der Rechten. In F. Virchow & Langebach, Martin, Häusler, Alexander (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus (S. 135–180). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Häusler, A. (2018). Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg.
Hebenstreit, J., Holtmann, E., Jaeck, T., Pollak, R., Reiser, M., Sand, M., & Zissel, P. (2025). Deutschland-Monitor 2024: Gesellschaftliche und politische Einstellungen; Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Berlin, Halle, Jena und Mannheim:
Heddesheimer, V., Hilbig, H., Sichart, F. & Wiedemann, A. (2025) .„GERDA: The German Election Database“, Scientific Data, 12(618), S. 1–14. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1038/s41597-025-04811-5.

Heddesheimer, V., Hilbig, H., Sichart, F. & Wiedemann, A. (2025). GERDA: German Election Database. Nature: Scientific Data, 12: 618.
Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg (2025). Die Identitären im Südwesten. Verfügbar unter: https://www.boell-bw.de/de/2025/08/06/die-identitaeren-im-suedwesten
Heitmeyer, W. (1991). Individualisierungsprozesse und Folgen für die politische Sozialisation von Jugendlichen. In W. Heitmeyer, J. Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung: Perspektiven und Chancen (S. 15–34). Weinheim: Beltz.
Heitmeyer, W. (1992). Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Juventa-Verl..
Heitmeyer, W. (1993). Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie: Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Juventa-Verl..
Heitmeyer, W. (1997). Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems? In W. Heitmeyer (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd.2. Was hält die Gesellschaft zusammen? (S. 23–66). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Hepp, G. (1996). Wertewandel und Bürgergesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte, B, 52, 3-12.
Hermann, D. & Wachter, E. (2025). „Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten“, Kriminologie - Das Online-Journal | Criminology - The Online Journal, (7), S. 347–362. Verfügbar unter: https://doi.org/10.18716/OJS/KRIMOJ/2025.2.4.
Hillje, J. (2018). Rückkehr zu den politisch Verlassenen: Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Berlin: Das Progressive Zentrum e.V. Verfügbar unter: https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2022/06/Ru%CC%88ckkehr-zu-den-politisch-Verlassenen_500-Gespra%CC%88che-in-rechtspopulistischen-Hochburgen-in-Deutschland-und-Frankreich_Studie-von-Johannes-Hillje_Das-Progressive-Zentrum-1.pdf (Zugegriffen: 13. November 2024).
Hitzler, R. (1997). Politisches Wissen und politisches Handeln: einige phänomenologische Bemerkungen zur Begriffsklärung. In S. Lamnek (Hrsg.), Soziologie und politische Bildung (S. 115-132). Leverkusen: Leske & Budrich.
Hölzel, D. & Scheiner, J. (2022) .„Mobilität und Segregation in Raum und Zeit: Implikationen für soziale Teilhabe und aktuelle Forschungsfragen“, Journal für Mobilität und Verkehr, (14), S. 11–17. Verfügbar unter: https://doi.org/10.34647/jmv.nr14.id88.
https://www.demokratie-leben.de/resource/blob/252438/699a8df5b62e79df459710d4108f99c7/fp1-bundesprogramm-abschlussbericht-2015-2019-data.pdf
Huijsmans, T., Harteveld, E., Van Der Brug, W. & Lancee, B. (2021). „Are Cities ever more Cosmopolitan? Studying Trends in Urban-Rural Divergence of Cultural Attitudes“, Political Geography, 86, S. 102353. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102353.
Hummelsheim, D., Oberwittler, D. & Pritsch, J. (2014). „Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und generalisiertem Vertrauen – Mehrebenenanalysen zur Rolle individueller und kontextueller Faktoren“, in S. Eifler und D. Pollich (Hrsg.) Empirische Forschung über Kriminalität. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 405–438. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18994-9_15.
Ibrahima Erben, K.M. (2025). „‘Criminal foreigners out!’ On the normalization of extreme far-right positions through politically motivated communication on crime“, in M. Faust-Scalisi und S. Arndt (Hrsg.) Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. 1. Aufl. Bielefeld, Germany: transcript Verlag, S. 107–120. Verfügbar unter: https://doi.org/10.14361/9783839419267-007.
Inglehart, R. (1977). The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
Inglehart, R. (1998). Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Innenministerium Baden-Württemberg (09.12.2020). Pressemitteilung „‚Querdenken 711‘ wird beobachtet“. Verfügbar unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet
Internationaler Bund (IB) (2025). Informationen zur Trägerschaft, Aufgaben und Arbeitsfeldern. Verfügbar unter: https://www.internationaler-bund.de
Jäckle, S. (2022). „Improving the Explanation of Electoral Behavior Through a Combination of Historical and Local Context – The Case of the AfD’s Results at the Federal Election in Germany in 2017“, Statistics, Politics and Policy, 13(2), S. 163–199. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1515/spp-2021-0032.
Jäckle, S. & König, P.D. (2017). „The Dark Side of the German ‘Welcome Culture’: Investigating the Causes behind Attacks on Refugees in 2015“, West European Politics, 40(2), S. 223–251. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1215614.
Jäckle, S., Wagschal, U. & Kattler, A. (2018). „Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern?“, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 12(3), S. 539–566. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s12286-018-0395-8.

Jarjoura, G.R., Triplett, R.A. & Brinker, G.P. (ohne Datum). „Growing Up Poor: Examining the Link Between Persistent Childhood Poverty and Delinquency“, Journal of Quantitative Criminology, 18(2), S. 2002.
joinHalal. (o. J.). IGMG Moschee Schorndorf—Şems Camii—joinHalal. Abgerufen 29. Dezember 2025, von https://joinhalal.com/moscheen/igmg-moschee-schorndorf-sems-camii-3369/
Jörke, D. & Selk, V. (2017). Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
Jun, U. (2011). Die Repräsentationslücke der Volksparteien: Erklärungsansätze für den Bedeutungsverlust und Gegenmaßnahmen, in: Linden, M. & Thaa, W. (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden, 94-123.
Kaase, M., & Marsh, A. (1979). Political action repertory: Changes over time and a new typology. In Marsh, A., & Kaase, M. (Hrsg.), Political Action. Mass Participation in five Western Democracies (S.137-166). Beverly Hills: Sage.
Kiess, J., Dilling, M., Heller, A. & Brähler, E. (2024). „Soziale Ungleichheit, Deprivation, sozialräumlicher Kontext und rechtsextreme Einstellung“, in O. Decker, J. Kiess, A. Heller, & E. Brähler (Hrsg.) Vereint im Ressentiment. Psychosozial-Verlag, S. 101–132. Verfügbar unter: https://doi.org/10.30820/9783837962864-101.
Kim, Y., Sommet, N., Na, J. & Spini, D. (2022) „Social Class—Not Income Inequality—Predicts Social and Institutional Trust“, Social Psychological and Personality Science, 13(1), S. 186–198. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1177/1948550621999272.
Klages, H. &. Gensicke, T. (1999). Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung.
Koeppen, L., Ballas, D., Edzes, A. & Koster, S. (2021). „Places that Don’t Matter or People that Don’t Matter? A Multilevel Modelling Approach to the Analysis of the Geographies of Discontent“, Regional Science Policy & Practice, 13(2), S. 221–246. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/rsp3.12384.
Kölzer, J., Debus, M. & Stecker, C. (2025) .„Alte Wurzeln, neue Wurzeln? Zum Einfluss früherer rechtsradikaler Unterstützung auf den AfD-Wahlerfolg bei der Europawahl 2024“, Politische Vierteljahresschrift [Preprint]. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11615-025-00590-1.
Kreisjugendring Rems-Murr e.V. (2025a). Interkulturelle Woche – Partnerschaft für Demokratie Schorndorf-Urbach. https://our-voices.de/interkultruelle-woche/
Kreisjugendring Rems-Murr e.V. (2025b). Partnerschaft für Demokratie – Kreisjugendring Rems-Murr e.V. https://jugendarbeit-rm.de/partnerschaft-fuer-demokratie/
Kroh, M., Fetz, K. & Jacobsen, J. (2022). „Neue Partei und rechte Traditionen: Die Unterstützung der AfD aus intergenerationaler Perspektive“, in H.U. Brinkmann und K.-H. Reuband (Hrsg.) Rechtspopulismus in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 227–253. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-33787-2_10.
Kronauer, M. & Goebel, J. (2025). „Poverty and Inequality in the Federal Republic of Germany“, in J. Singel-mann & D.L. Poston (Hrsg.) International Handbook of the Demography of Poverty and Inequality. Cham: Springer Nature Switzerland (International Handbooks of Population), S. 223–245. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-031-87101-6_16.
Kuckartz, U. (2018). Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa.
Kuckartz, U., Rädiker, S., Ebert, T. & Schehl, J. (2010). Statistik: Eine verständliche Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-92033-7.
Kuhlmann, C. (2024). „Bildungsarmut und die soziale ‚Vererbung‘ von Ungleichheiten“, in E.-U. Huster & J. Boeckh (Hrsg.) Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesba-den, S. 445–464. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-37806-6_20.
Kuhn, S. (2013). „Lokale Orientierungen“, in J.W. Van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.) Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 35–65. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-19249-9_2.
Küpper, B. (2016). Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom "Gruppenbezogener Menschenfeindli-ckeit". In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Ideologien der Ungleichwertigkeit (Schriften zur Demokratie, Bd. 42, S. 21–35). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2025). Statistiken und Jahresberichte. Verfügbar unter: https://lka.polizei-bw.de/statistiken/
Landman, T. (Hrsg.). (2008). Assessing the Quality of democracy. An Overview of the International IDEA Framework. Stockholm: IDEA.
Landtag Baden-Württemberg (2017). Drucksache 16/2019 – Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen im Rhein-Neckar-Kreis, insbesondere in Sinsheim. Verfügbar unter: https://www.landtag-bw.de/resource/blob/236798/85e0433df93e306a74150c0578fe7ac2/16_2019_D.pdf

Landtag Baden-Württemberg (2019). Drucksache 16/5594 – Angriff auf das linke Zentrum Mannheim und mögliche rechtsextreme Hintergründe. Verfügbar unter: https://www.landtag-bw.de/resource/blob/243992/4b8bfabcbd21deb5e738a86e4114a761/16_5594_D.pdf
Landtag Baden-Württemberg (2020). Drucksache 16/9568 – Proteste gegen Corona-Auflagen. Verfügbar unter: https://www.landtag-bw.de/resource/blob/251814/58320d58a83091c3cfb8908fff21f363/16_9568_D.pdf
Landtag Baden-Württemberg (2021). Drucksache 17/485 – Proteste gegen Corona-Auflagen, insbesondere durch sogenannte Querdenker. Verfügbar unter: https://www.landtag-bw.de/resource/blob/254098/91852c847296237538cb1bfa85e117ce/17_0485_D.pdf
Landtag Baden-Württemberg (2022). Drucksache 17/1754 – Aktivitäten der Identitären Bewegung in Baden-Württemberg. Verfügbar unter: https://www.landtag-bw.de/resource/blob/256526/e2eec0722175621c65daba08f0e612d7/17-1754-d-pdf-data.pdf
Landtag Baden-Württemberg (2022). Drucksache 17/1874 – Versammlungen im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmen. https://www.landtag-bw.de/resource/blob/256664/1ea4cc00e201007dd998d15dbd59ad84/17_1874_D.pdf
Landtag Baden-Württemberg (2024). Drucksache 17/6166 – Beobachtung der Baptistenkirche „Zuverlässiges Wort“ Pforzheim. Verfügbar unter: https://www.landtag-bw.de/resource/blob/265244/02aef9759ffc0e816c9eacabe115cb73/17_6166_D.pdf
Lane, J.E., & Wagschal, U. (2012). Culture and Politics. London: Routledge.
Lefebvre, H. (2013). „From the City to urban Society“. S. 36–51 in Planetary Urbanization. JOVIS.
Leidinger, C. & Radvan, H. (2018). „Antifeminismus und Familismus von rechts“, in A. Häusler (Hrsg.) Völkisch-autoritärer Populismus: der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg: VSA Verlag, S. 93–100.
Lengfeld, H. (2017). „Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69(2), S. 209–232. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11577-017-0446-1.
Linden, M. & Thaa, W (2011). (Hrsg.). Krise und Reform politischer Partizipation. Baden-Baden: Nomos.
Lipset, S. M. (1981): Political Man. The Social Bases of Politics. Baltimore (MD): Johns Hopkins University Press.
Lux, T. (2018). „Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die ‚Alternative für Deutschland‘: eine Partei für Modernisierungsverlierer?“, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70(2), S. 255–273. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11577-018-0521-2.
Marchlewska, M., Cichocka, A., Panayiotou, O., Castellanos, K., Batayneh, J. (2018). Populism as identity politics: perceived in-group disadvantage, collective narcissism, and support for populism. Social Psychological and Personality Science, 9 (2), 151-162.
Marcks, H. & Pawelz, J. (2022). „From Myths of Victimhood to Fantasies of Violence: How Far-Right Narratives of Imperilment Work“, Terrorism and Political Violence, 34(7), S. 1415–1432. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/09546553.2020.1788544.
Marshall, T. H. (1950). Citizenship and Social Class. And Other Essays. Cambridge: Cambridge University Press.
Maxwell, R. (2020). „Geographic Divides and Cosmopolitanism: Evidence From Switzerland“, Comparative Political Studies, 53(13), S. 2061–2090. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1177/0010414020912289.
Mayring, P. (2015). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12. Aufl. Weinheim.
McKay, L. (2019). „‘Left behind’ people, or places? The role of local economies in perceived community representation“, Electoral Studies, 60, S. 102046. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.010.
Mehr Generationen Haus Schorndorf e.V. (o. J.). Bündnis für Familie—Nützliche Tipps und Tricks—Familienzentrum Schorndorf. Abgerufen 29. Dezember 2025, von https://www.familienzentrum-schorndorf.de/angebote/nuetzliche-tipps-und-tricks/
Melcher, R. (2018). „I’m Still Here: Elektorale Erfolgsbedingungen der NPD in Gemeinden Sachsens“, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 12(2), S. 365–397. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s12286-018-0383-z.
Merkel, W. (2004). Embedded and Defective Democracies. Democratization, Jg. 11, Heft 5, S. 33–58.
Merkel, W. (2015). Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: ders. (Hg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden: Springer VS, S. 473–498.
Merkel, W. (2016). Eingebettete und defekte Demokratie. In: Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 455–484.
Merkel, W. (2016). Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 66, Heft 40/42, S. 4–11, online: http://www.bpb.de/apuz/234695/krise-der-demokratie-anmerkungen-zu-einem-schwierigenbegriff [4.05.2019].
Merkel, W. & Ritzi, C. (Hrsg.) (2017). Die Legitimität direkter Demokratie. Wie demokratisch sind Volksab-stimmungen?, Wiesbaden.
Merkel, W. & Zürn, M. (2019). Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie. In: Nida-Rümelin, J., Daniels, D. & Wloka, N. (Hrsg). Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 67-102.

Merkel, W., Puhle, H.-J., Croissant, A., Eicher, C. & Thiery, P. (2003). Defekte Demokratie. Bd. 1: Theorie. Opladen: Leske und Budrich.
Meuser, M. & Nagel, U. (1994). Expertenwissen und Experteninterview, in: Hitzler, Ronald u.a. (Hg.), Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit, Opladen, 180-192
Meyer, T. (2011). Theorie der Sozialen Demokratie. 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaf-ten.
Miehlke, M. & Salheiser, A. (2022). „Rechtsextremismus als sozialräumlich differenziertes Strukturphänomen: Die ‚Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen'", in A. Beelmann & D. Michelsen (Hrsg.) Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 81–101. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-35564-7_5.
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021). Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2020. Stuttgart. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/verfassungsschutz/get/documents_E-1905627825/IV.Dachmandant/LfV_Datenquelle_neu/Publikationen/Jahresberichte/Verfassungsschutzbericht_BW_2020.pdf
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.) (2023). Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2022. Stuttgart. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/verfassungsschutz/get/documents_E-418404874/IV.Dachmandant/LfV_Datenquelle_neu/Publikationen/Jahresberichte/Verfassungsschutzbericht%20Baden-W%C3%BCrttemberg%202022.pdf
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.) (2022). Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2021. Stuttgart. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/verfassungsschutz/get/documents_E467342853/IV.Dachmandant/LfV_Datenquelle_neu/Publikationen/Jahresberichte/Verfassungsschutzbericht%20Baden-W%C3%BCrttemberg%202021.pdf
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.) (2024a). Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2023. Stuttgart. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/verfassungsschutz/get/documents_E-1675609796/IV.Dachmandant/LfV_Datenquelle_neu/Publikationen/Jahresberichte/Verfassungsschutzbericht%20Baden-W%C3%BCrttemberg%202023.pdf
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.) (2024b). Sicherheitsbericht Baden-Württemberg 2023. Stuttgart. Verfügbar unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/20240410_Sicherheitsbericht_Baden_Wuerttemberg_2023.pdf
Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (Hrsg.) (2025a): Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2024. Stuttgart. Verfügbar unter: https://www.verfassungsschutz-bw.de/site/verfassungsschutz/get/documents_E716343085/IV.Dachmandant/LfV_Datenquelle_neu/Publikationen/Jahresberichte/Verfassungsschutzbericht%20Baden-W%C3%BCrttemberg%202024.pdf
Minkenberg, M. (2013). Die europäische radikale rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost: Trends, Muster und Herausforderungen. In: Melzer, Ralf / Serafin, Sebastian (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa (S.9-38) Berlin: Friedrich-Ebert Stiftung.
Moffitt, B. (2015). How to perform crisis: A model for understanding the key role of crisis in contemporary populism. Government and Opposition, 50(2), 189-217.
Moffitt, B., & Tormey, S. (2014). Rethinking populism: Politics, mediatisation and political style. Political Studies, 62 (2), 381-397.
Moses, J. & Knutsen, T. (2012). Ways of knowing: Competing methodologies in social and political research, London.
Mudde, C. (2008). Radikale Parteien in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B47/2008, S. 13.
Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2013). Exclusionary vs. inclusionary populism: Comparing contemporary Europe and Latin America. Government and Opposition, 48 (2), 147-174.
Mudde, C. & Kaltwasser, C.R. (2012)., Populism in Europe and the Americas: Threat or corrective for democracy? Cambridge: Cambridge University Press.
Mudde, C. &Kaltwasser, C. R. (2015). Vox populi or vox masculini? Populism and gender in Northern Europe and South America. Patterns of Prejudice, 49 (1-2), 16-36.
Mudde, C. &Kaltwasser, C. R. (2017). Populism: A very short introduction. Oxford University Press.
Müller, J. W. (2016). Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
Neubacher, F. & Bögelein, N. (2021). „Kriminalität der Armen – Kriminalisierung von Armut?: Untersuchungen zu einem widerspenstigen Begriffspaar", Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 104(2), S. 107–123. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1515/mks-2021-0106.
Newton, K. (1997). Social Capital and Democracy. American Behavioral Scientist 40 (5), 575-586.
Norocel, O. C. (2011). Constructing radical right populist resistance: metaphors of heterosexist masculinities and the family question in Sweden. norma, 5 (02), 170-183.

Ober, J. (2017). Demopolis. Cambridge: Cambridge University Press
Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (2024). AfD gegen Bundesamt für Verfassungs-schutz. Aktenzeichen 5A 1216/22, Pressemitteilung vom 13.5.2024: „Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten. https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/23_240513/index.php, Zugriff: 13.12.2025
Offe, C. (1999). Sozialkapital. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise. In E. Kistler, H.-H. Noll & E. Priller (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Messkonzepte (S. 113-120). Berlin: Edition Sigma.
Oshri, O., Harsgor, L., Itzkovitch-Malka, R. & Tuttnauer, O. (2023). „Risk Aversion and the Gender Gap in the Vote for Populist Radical Right Parties“, American Journal of Political Science, 67(3), S. 701–717. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/ajps.12696.
Otteni, C. & Weisskircher, M. (2022). „Global Warming and Polarization. Wind Turbines and the Electoral Success of the Greens and the Populist Radical Right“, European Journal of Political Research, 61(4), S. 1102–1122. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/1475-6765.12487.
Patterson, E.B. (1991). „Poverty, Income Inequality, and Community Crime Rates“, Criminology, 29(4), S. 755–776. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/j.1745-9125.1991.tb01087.x.
Pickel, S. (2017). „Zoon Politikon im Standby-Modus?: Zur Aktivierung politischen Interesses, politischen Wissens und politischer Partizipation durch politische Sozialisation, formale Schulbildung und soziales Kapital“, in M. Oberle & G. Weißeno (Hrsg.). Politikwissenschaft und Politikdidaktik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 119–138. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07246-9_8.
Pickel, S. (2019). Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, K.-R. & Schoofs, J. (Hrsg.). Die Bundestagswahl 2017. Wiesbaden: Springer: 145-175.
Pienek, B. (2021, Mai 9). Farbanschlag auf den Israelladen des Schorndorfer AfD-Gemeinderats Franz Laslo—Nachrichten aus Schorndorf—Zeitungsverlag Waiblingen. https://www.zvw.de/lokales/schorndorf/farbanschlag-auf-den-israelladen-des-schorndorfer-afd-gemeinderats-franz-laslo_arid-351341
Piketty, T. (2014). Capital in the twenty-first century. Harvard University Press.
Piketty, T., Saez, E. (2014). Inequality in the long run. Science, 344 (6186), 838-843.
Portes, A. (1998). Social Capital: Its origins and applications in modern sociology. Annual Sociology 24 (1), 1-12.
Pöschko-Kopp, J. (2023, November 5). Schorndorf: Lautstarker Protest gegen AfD-Versammlung in der Schurwaldhalle - Nachrichten aus Schorndorf - Zeitungsverlag Waiblingen. Zeitungsverlag Waiblingen ZVW. https://www.zvw.de/lokales/schorndorf/schorndorf-lautstarker-protest-gegen-afd-versammlung-in-der-schurwaldhalle_arid-731188
Pöschko-Kopp, Jutta. (2024, Januar 12). Schorndorf: AfD-Tagung in der Barbara-Künkelin-Halle - Gegendemo ist geplant - Nachrichten aus Schorndorf - Zeitungsverlag Waiblingen. https://www.zvw.de/lokales/schorndorf/schorndorf-afd-tagung-in-der-barbara-k%C3%BCnkelin-halle-gegendemo-ist-geplant_arid-760201
Pressemeier (2018). Schlägerei vor Eisdiele – Tische und Stühle fliegen durch die Luft! (2018) YouTube, 9. September. Verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=qgKH7LDZOsw
Presseportal (2025). Blaulicht-Meldungen aus Baden-Württemberg. Verfügbar unter: https://www.presseportal.de/blaulicht/l/baden-wuerttemberg
Priester, K. (2016). Rechtspopulismus–ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In Handbuch Rechtsextremismus (pp. 533-560). Wiesbaden: Springer VS.
Putnam, R. D. (1993). Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
Putnam, R. D. (1995). Tuning in, tuning out: The strange disappearance of social capital in America. Political Science and Politics, 28(4), 664-683.
Putnam, R. D. (2007). E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century the 2006 Johan Skytte Prize Lecture. Scandinavian Political Studies, 30(2), 137-174.
Reisinger, William M. (1995). The renaissance of a rubric: Political culture as concept and theory. International Journal of Public Opinion Research 7,4:328–352.
Remer, U. (2019). Partizipative und deliberative Demokratie auf lokaler Ebene. Eine Vermessung der Beteiligungslandschaft Baden-Württembergs, Wiesbaden.
Rickardsson, J. (2021) „The Urban–Rural Divide in Radical Right Populist Support: The Role of Resident’s Characteristics, Urbanization Trends and Public Service Supply“, The Annals of Regional Science, 67(1), S. 211–242. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s00168-021-01046-1.
Rippl, S. & Baier, D. (2005). „Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung: Eine vergleichende Analyse“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57(4), S. 644–666. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11577-005-0219-0.

Rippl, S. & Seipel, C. (2018). „Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?“, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70(2), S. 237–254. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11577-018-0522-1.
Robinson, W.S. (1950). „Ecological Correlations and the Behavior of Individuals“, American Sociological Review, 15(3), S. 351–357.
Rodríguez-Pose, A. (2018). „The Revenge of the Places that Don’t Matter (and What to Do About it)“, Cambridge Journal of Regions, Economy and Society, 11(1), S. 189–209. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1093/cjres/rsx024.
Rohe, K. (1994): Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In O.Niedermayer & K. von Beyme (Hrsg.). Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland (S. 1-21), Berlin: Akademie Verlag.
Rölle, D. (2010). „Unsicherheitsgefühle, Mediennutzung und Vertrauen in Institutionen: Empirisch belastbare Zusammenhänge oder Messartefakte?“, in A. Groenemeyer (Hrsg.) Wege der Sicherheitsgesellschaft: Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS Verlag fur Sozialwissenschaften GmbH, S. 89–111.
Rooduijn, M., Burgoon, B., Van Elsas, E.J. & Van De Werfhorst, H.G. (2017). „Radical distinction: Support for radical left and radical right parties in Europe“, European Union Politics, 18(4), S. 536–559. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1177/1465116517718091.
Rosa, H. (2012). Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung: Umrisse einer neuen Gesellschaftskritik. Berlin: Suhrkamp.
Rothstein, B., & Uslander, E. (2005). All for One: Equality, Corruption and Social Trust. World Politics 58 (1), 41-72.
Sachweh, P. (2020). „Social Integration and Right-Wing Populist Voting in Germany: How Subjective Social Marginalization Affects Support for the AfD“, Analyse & Kritik, 42(2), S. 369–398. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1515/auk-2020-0015.
Salomo, K. (2019). „The Residential Context as Source of Deprivation: Impacts on the Local Political Culture. Evidence from the East German State Thuringia“, Political Geography, 69, S. 103–117. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2018.07.001.
Salzborn, S. (2018). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze (3., überarbeitete und erweiterte Auflage). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
Saßmannshausen, J., Becker, C. et al. (2024). Partnerschaften für Demokratie. Wirkungen, Entwicklungen, Herausforderungen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Kommune im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 2020–2024. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Verfügbar unter: https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Abschlussbericht_HB_Kommune_2024.pdf
Sauer, B. (2017). Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. PVS Politische Vierteljahresschrift, 58 (1), 3-22.
Scala, D.J. & Johnson, K.M. (2017). „Political Polarization along the Rural-Urban Continuum? The Geography of the Presidential Vote, 2000–2016“, The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, 672(1), S. 162–184. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1177/0002716217712696.
Schabram, G., Aust, A., Kipping, K. & Rock, J. (2025). Verschärfung der Armut: Paritätischer Armutsbericht. Berlin: Paritätische Forschungsstelle.
Schilling, P. & Stillman, S. (2024). „The Impact of Natives’ Attitudes on Refugee Integration“, Labour Economics, 87, S. 102465. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.labeco.2023.102465.
Schmidt, M. G. (2000). Demokratietheorien. Opladen: Leske+Budrich.
Schmidt, V. A. (2013). Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and ‘Throughput’, in: Political Studies 61(1), S. 2–22.
Schorndorf (2025) Partnerschaft für Demokratie. Verfügbar unter: https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/quartiersentwicklung/partnerschaft-fuer-demokratie.
Schroeder, W., Greef, S., Ten Elsen, J., & Heller, L. (2019). Rechtspopulistische Aktivitäten in betrieblichen Kontexten und gewerkschaftliche Reaktionen. WSI-Mitteilungen, 72(3), 185-192.
Schulte-Cloos, J. (2022). „Political Potentials, Deep-Seated Nativism and the Success of the German AfD“, Frontiers in Political Science, 3(698085). Verfügbar unter: https://doi.org/10.3389/fpos.2021.698085.
Schumpeter, J. (2018 [zuerst 1947]). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 9., durchges. Aufl. Tübin-gen: A. Francke Verlag.
Schütz, A., & Luckmann, T. (2003). Strukturen der Lebenswelt. Konstanz: UVK.
Schütze, S. (2023). „Left Behind Together and Voting for Populism: Regional Out-Migration, Civic Engagement and the Electoral Success of Populist Radical Right Parties“, Social Sciences, 12(8), S. 426. Verfügbar unter: https://doi.org/10.3390/socsci12080426.
Scott, J. (1990). A Matter of Record: Documentary Sources in Social Research. Cambridge: Polity Press.

Shayo, M. (2009). „A Model of Social Identity with an Application to Political Economy: Nation, Class, and Redistribution“, American Political Science Review, 103(2), S. 147–174. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1017/S0003055409090194.
Sommer, B. (2010). Prekarisierung und Ressentiments. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-92566-0.
Stadt Schorndorf. (2025a). Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025/2026.
Stadt Schorndorf. (2025b). Integrations- und Quartiersfonds | Stadt Schorndorf. https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/quartiersentwicklung/quartiers-und-integrationsfonds
Stadt Schorndorf. (2025c). Partnerschaft für Demokratie | Stadt Schorndorf. https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/quartiersentwicklung/partnerschaft-fuer-demokratie
Stadt Schorndorf. (2025d). Quartiersentwicklung | Stadt Schorndorf. https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/quartiersentwicklung
Stadt Schorndorf. (2025e). Slam it—Make your voice count! | Stadt Schorndorf. https://www.schorndorf.de/de/stadt-buerger/engagement-soziales/quartiersentwicklung/Slam-it-Make-your-voice-count
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, (STALABW) (2025a). „Statistikdatenbank Baden-Württemberg: Bevölkerung insgesamt mit Jugend-, Alten- und Gesamtquotient ab 1981 (ab Gemeindeebene)“. Verfügbar unter: https://daten.statistik-bw.de/genesisonline/online/ (Zugegriffen: 25. Juni 2025).
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, (STALABW) (2025b). „Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Interaktive Karten“. Verfügbar unter: https://www.statistik-bw.de/service/karten-und-atlanten/karten-des-statistischen-landesamtes-bw/ (Zugegriffen: 25. Juni 2025).
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (o. J.). Karten und Atlanten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Verfügbar unter: https://www.statistik-bw.de/service/karten-und-atlanten/karten-des-statistischen-landesamtes-bw/
Stecker, C. & Debus, M. (2019). „Refugees Welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern“, Politische Vierteljahresschrift, 60(2), S. 299–323. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11615-019-00151-3.
Steinmetz, K. & Asbrock, F. (2024). „Ideologische Einstellungen – Soziale Dominanzorientierung und Autoritarismus“, in T. Rothmund & E. Walther (Hrsg.) Psychologie der Rechtsradikalisierung: Theorien, Perspektiven, Prävention. 1. Aufl. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH, S. 169–179. Verfügbar unter: https://doi.org/10.17433/978-3-17-043998-6.
Sthamer, E. (2018). „Die AfD-Wahl als Antwort auf Statusängste? Zum Einfluss ökonomischer Deprivation und Zukunftssorgen auf AfD-Wahlabsichten“, Zeitschrift für Sozialreform, 64(4), S. 563–591. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1515/zsr-2018-0026.
Strauss, A. L., & Corbin, J (1990.) Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Tech-niques. Newbury Park: SAGE Publications.
Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.
Stroppe, A.-K. (2023). „Left Behind in a Public Services Wasteland? On the Accessibility of Public Services and Political Trust“, Political Geography, 105, S. 102905. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2023.102905.
Süddeutsche Zeitung (29.03.2021, dpa). 3500 Menschen bei „Querdenker“-Demo: 387 Platzverweise. Verfügbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/sinsheim-3500-menschen-bei-querdenker-demo-387-platzverweise-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210329-99-08077
Taggart, P. (2000). Populism. Buckingham: Open University Press.
Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. Journal of Political Ideologies 9,3:269–288.
Tajfel, H. (1974). Social identity and intergroup behaviour. Information (International Social Science Council), 13 (2), 65-93.
Tajfel, H., Turner, J. C. (1979). An integrative theory of intergroup conflict. In W. G. Augustin, S. Worchel (Eds.), The social psychology of intergroup relations (S. 33-47). Monterey: Brooks/Cole
Tausendpfund, M. (2013). „Gemeinden als Fundament der Demokratie? Individuelle und kontextuelle Bestimmungsfaktoren der Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie“, in H. Buchstein (Hrsg.) Die Versprechen der Demokratie. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 268–291. Verfügbar unter: https://doi.org/10.5771/9783845245966-268.
Thompson, D.F. (1970). The democratic citizen: social science and democratic theory in the twentieth century. Digitally print. version. Cambridge: Cambridge University Press.
Tukey, J.W. (ohne Datum). Exploratory Data Analysis. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
Tutić, A. & Von Hermanni, H. (2018). „Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz“, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70(2), S. 275–294. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/s11577-018-0523-0.
Ueltzhöffer, J. (1999). Europa auf dem Weg in die Postmoderne. Transnationale soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der europäischen Union. In W. Merkel & A. Busch (Hrsg.), Demokratie in Ost und West: Für Klaus von Beyme (S.624-652). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ueltzhöffer, J. Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA) (2000). Lebenswelt und Bürgerschaftliches Engagement. Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft, hrsg. vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart.
van Deth, J. W. (2001). Wertewandel im internationalen Vergleich. Ein deutscher Sonderweg. Aus Politik und Zeitgeschichte B, 29(2001), 23-30.
van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch (S.141-162). Wiesbaden: VS-Verlag.
Van Deth, J.W. & Tausendpfund, M. (2013) „Einführung: Ist alle Politik lokale Politik?“, in J.W. Van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.) Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 9–31. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-531-19249-9_1.
Van Leeuwen, E.S. & Vega, S.H. (2021) „Voting and the Rise of Populism: Spatial Perspectives and Applications across Europe“, Regional Science Policy & Practice, 13(2), S. 209–219. Verfügbar unter: https://doi.org/10.1111/rsp3.12411.
Verba, S. (2000). Representative democracy and democratic citizens: philosophical and empirical understandings." Tanner Lectures on Human Values 21:229–288. Salt Lake City.
Verfassungsschutz Baden-Württemberg. (2024). Verfassungsschutzbericht 2024. Baden-Württemberg Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/20250626_Verfassungsschutzbericht2024.pdf
VGH Mannheim (22.02.2020). Rechtsextreme Fackel-Mahnwache in Pforzheim durfte stattfinden. Verfügbar unter: https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/vgh-mannheim-rechtsextreme-fackel-mahnwache-in-pforzheim-durfte-stattfinden
Voigtländer, L.E. (2015). Armut und Engagement: Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen. Bielefeld, Germany: transcript Verlag (Gesellschaft der Unterschiede).
Wagschal, U. (1999): Statistik für Politikwissenschaftler, München.
Wahlleitung Rems-Murr-Kreis. (2024). Rems-Murr-Kreis Kreistagswahl 2024 09.06.2024—Rems-Murr-Kreis. https://wahlergebnisse.komm.one/lb/produktion/wahltermin-20240609/08119000/praesentation/ergebnis.html?wahl_id=2745&stimmentyp=0&id=ebene_-9554_id_15293
Wahlleitung Schorndorf. (2024). Gemeinderat 09.06.2024—Stadt Schorndorf. https://wahlergebnisse.komm.one/lb/produktion/wahltermin-20240609/08119067/praesentation/ergebnis.html?wahl_id=2942&stimmentyp=0&id=ebene_-10060_id_16224
Wahlleitung Urbach. (2024). Gemeinderatswahl 09.06.2024—Gemeinde Urbach. https://wahlergebnisse.komm.one/lb/produktion/wahltermin-20240609/08119076/praesentation/ergebnis.html?wahl_id=4176&stimmentyp=0&id=ebene_-13415_id_21710
Welzel, C., Inglehart, R. & Deutsch, F. (2005). Social Capital, Voluntary Associations and Collective Action: Which Aspects of Social Capital Have the Greatest ‘Civic’ Payoff? Journal of Civil Society Vol. 1, No. 2, 121–146.
Weyland, K. (1999). Neoliberal populism in Latin America and eastern Europe. Comparative Politics 31,4:379-401.
Weyland, K. (2001). Clarifying a contested concept: Populism in the study of Latin American politics. Comparative politics, 34 (1), 1-22.
Wodak, R. (2015). The Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean. London: SAGE
ZEIT Online (21.06.2023). Verfassungsschutz beobachtet Baptistenkirche in Pforzheim. Verfügbar unter: https://www.zeit.de/news/2023-06/21/verfassungsschutz-beobachtet-baptistenkirche-in-pforzheim
ZEIT Online (26.02.2018). Pforzheim: Geschichtsrevisionistische Fackel-„Mahnwache“. Verfügbar unter: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/02/26/pforzheim-geschichtsrevisionistische-fackel-mahnwache_25685
Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.) (2021). Die Geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Ein-stellungen in Deutschland 2020/21.Bonn: Dietz
Zick, A., Küpper, B. & Krause, D. (2016). Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.
Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.). (2023). Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 (2., korrigierte Auflage). Bonn: Dietz.
Zick, A., Küpper, B., Mokros, N. & Eden, M. (Hrsg.). (2025). Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn: Dietz.

10. Anhang 1: Interviewleitfaden S&R-Analyse Partnerschaft für Demokratie

Im Rahmen der Förderlinie „Demokratie leben!“ werden Partnerschaften für Demokratie (PfD) mit der Maßgabe gefördert, dass mit Beginn der laufenden Förderperiode eine Situations- und Ressourcenanalyse (S&R) der jeweiligen PfD durchgeführt wird. Anhand der aus der S&R-Analyse

gewonnenen Erkenntnisse sollen im Rahmen des übergeordneten Förderziels bedarfsorientierte Handlungskonzepte und strategische Ziele erarbeitet werden. Das Leitfadeninterview dient dazu, die Expertise von Personen vor Ort in ihrer Rolle als Verantwortliche oder Beteiligte in der Partnerschaft für Demokratie bzw. als fachkundige Beobachter vor Ort systematisch zu erfassen und in die Situations- und Ressourcenanalyse einfließen zu lassen. Die Leitfragen dienen der Strukturierung des Interviews und stellen sicher, dass in allen Interviews dieselben Aspekte abgefragt und so eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Partnerschaften hergestellt werden kann.

Zur Person

- Welchen beruflichen Hintergrund haben Sie?
- Was ist ihre aktuelle Funktion / Beschäftigung?
- Wie sind Sie in den Bereich „Demokratieförderung“ gekommen?

Demokratie und ihre Herausforderungen

- Ganz grundsätzlich: Was verstehen Sie unter Demokratie? (Subjektive Demokratiedefinition)
- Was sind aus Ihrer Sicht so ganz allgemein gesprochen Herausforderungen und Gefährdungen für die Demokratie in unserer Zeit?
- Was sind konkrete Herausforderungen und Gefahren, die Sie vor Ort wahrnehmen?

Zur politischen Situation

- Wie würden Sie die politische Situation in ihrer Kommune/Ihrem Landkreis beschreiben?
- Ganz konkret: Wer sind wichtige demokratiegefährdende Akteure vor Ort?
- Wie schätzen Sie ihren Landkreis / ihre Kommune im Vergleich mit anderen in BW ein?
- Welche Ressourcen werden für Demokratiebildung und -förderung durch die Kommune/den Landkreis jenseits der PfD bereitgestellt? Reicht das aus Ihrer Sicht aus?

Soziales Klima

- Wie ist das soziale Klima in der Kommune? Wie ist die Stimmung?
- Gibt es „negative“ Meinungsführer? Wer sind die?
- Gibt es engagierte Demokratische Gruppen? Wer sind die?
- Welche Rolle spielen Vereine und lose Gruppen heute und gestern?

Gefährdungslagen

- Gibt bzw. gab es konkrete demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und/oder (rechts-) extremistische Vorfälle bzw. Angriffe? Auf wen? Von Wem? Und wo genau sind diese Gruppen aktiv?
- Inwiefern manifestieren sich gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien vor Ort? Welche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten vor Ort auf?
- Gibt/gab es im Rahmen der vergangenen drei Jahre gezielte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure, Amtsträger:innen und/oder andere Akteur:innen?
- In welchen Sozialräumen (z.B. Stadtteilen, ländlichen Regionen, örtlichen Hotspots) sind die Probleme zu verorten?
- Vorgeschichte: Was war früher?

- Gibt es Anknüpfungspunkte an vorherige Formate und Projekte im Bereich Demokratieförderung?
- Sind die damaligen Akteure und Bündnisse immer noch aktiv dabei?
- Haben sich die damals entwickelten Lösungsansätze bewährt? Warum? Falls nicht: Warum nicht?

Zur PFD

- Welche Chancen und Herausforderungen verbinden Sie mit der PfD bei Ihnen vor Ort?
- Wen oder was wollen Sie stärken, wen unterstützen?
- Was sind längerfristige, über die Laufzeit der PfD hinausgehende, Ziele?

Ressourcen

- Welche Ressourcen gibt es vor Ort? (Sowohl materiell als auch immateriell, z.B. Netzwerke, Hilfsangebote, Anlaufstellen, Beratungsstellen, Runde Tische, Räumlichkeiten, Soziale Lagen betreffende, Finanzen der Kommune/des Landkreises
- Welche Akteur:innen und Netzwerke der demokratischen Zivilgesellschaft (auch:Bürgerinnen-Bündnisse, Vereine, etc.) sind vor Ort präsent und aktiv?
- Welche kommunalpolitischen Akteurinnen, Organisationen und Institutionen können zu einer konstruktiven Bearbeitung der identifizierten Probleme beitragen?

Abschluss:

- Offene Frage: Gibt es irgendetwas, was Sie uns noch gerne mit auf den Weg geben würden?

11. Anhang 2: Informed Consent Interviews S&R-Analyse

Einwilligungserklärung

Situations- und Ressourcenanalyse Partnerschaft für Demokratie

Ich (Name des Teilnehmers /der Teilnehmerin in Blockschrift)

_____,

bin schriftlich über die Studie und den Versuchsablauf aufgeklärt worden. Ich willige ein, an der Studie „Situations- und Ressourcenanalyse“ mitzuwirken. Die Studie dient dazu, für die jeweilige Partnerschaft für Demokratie eine Situations- und Ressourcenanalyse durchzuführen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Im Rahmen der Studie werden qualitative Leitfadeninterviews geführt und diese in Ton- oder Videoaufnahmen dokumentiert. Die Aufnahmen dienen ausschließlich dem Zweck der systematischen Transkription der Interviews und werden nach erfolgter Transkription gelöscht. Die Interviewtranskripte werden entlang der Forschungsfragen des Projekts systematisch ausgewertet. Die Ergebnisse der Auswertung fließen in projektbezogene Publikationen und den Projektbericht ein. Dies kann auch in Form von direkten oder indirekten Zitaten geschehen. Sofern ich Fragen zu dieser vorgesehenen Studie hatte, wurden sie von Frau Katharina Mayer vollständig und zu meiner Zufriedenheit beantwortet.

Mit der beschriebenen Erhebung und Verarbeitung der Daten zur Person, der individuellen Rolle und Funktion, der Partnerschaft für Demokratie, zu wichtigen Stakeholdern sowie zu der Situation vor Ort, den Ressourcen und Handlungsbedarfen bin ich einverstanden. Die Aufzeichnung und Auswertung dieser Daten erfolgt pseudonymisiert im Institut für Rechtsextremismusforschung, unter Verwendung einer Nummer und ohne Angabe meines Namens. Es existiert eine Kodierliste auf Papier, die meinen Namen mit dieser Nummer verbindet. Diese Kodierliste ist nur den Versuchsleitern und dem Projektleiter zugänglich, das heißt, nur diese Personen können die erhobenen Daten mit meinem Namen in Verbindung bringen. Nach Abschluss der Datenauswertung, spätestens am 31.12.2025, wird die Kodierliste gelöscht. Meine Daten sind dann anonymisiert. Damit ist es niemandem mehr möglich, die erhobenen Daten mit meinem Namen in Verbindung zu bringen. Mir ist bekannt, dass ich mein Einverständnis zur Aufbewahrung bzw. Speicherung dieser Daten widerrufen kann, ohne dass mir daraus Nachteile entstehen. Ich bin darüber informiert worden, dass ich jederzeit eine Löschung all meiner Daten verlangen kann. Wenn allerdings die Kodierliste bereits gelöscht ist, kann mein Datensatz nicht mehr identifiziert und also auch nicht mehr gelöscht werden. Meine Daten sind dann anonymisiert. Ich bin einverstanden, dass meine anonymisierten Daten zu Forschungszwecken weiterverwendet werden können und mindestens 10 Jahre gespeichert bleiben.

Ort, Datum & Unterschrift des Teilnehmers: Name des Teilnehmers in Druckschrift:

_____

Ort, Datum & Unterschrift des Projektleiters: PD Dr. Rolf Frankenberger:

_____

12. Anhang 3: Strukturdatenanalyse: Variablenbeschreibung und Quellen

Einwohner:innendichte 2023: Zur Differenzierung durchschnittlich ländlicher bzw. urbaner geprägten Gemeinden wird die Einwohner:innendichte der Gemeinden zum Gebietsstand 2023 verwendet. Sie wird beschrieben entlang den Einwohner:innen pro Quadratkilometer der Gemeinde auf Basis der Regionalstatistik Datenbank (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025a), indem die Bevölkerungsanzahl zum Stichtag 31.12.2023 durch die entsprechende Gesamtfläche der Gemeinde dividiert wurde. Aufgrund der rechtsschiefen Verteilung der Einwohner:innendichte in Baden-Württemberg wurde diese entlang des natürlichen Logarithmus transformiert.

Bevölkerungsanteil 18–25-Jährige & Älter 65 Jahren 2023 (%): Zur Differenzierung zwischen Gemeinden mit jüngeren bzw. älteren Bevölkerungen und daraus resultierenden systematischen Unterschieden im Wahlverhalten der Gemeinde wurde der Bevölkerungsanteil der 18–25-Jährigen sowie der Bevölkerungsanteil der Personen mit einem Alter über 65 Jahren im Jahr 2023 verwendet. Zum Stichtag 31.12.2023 wurden hierfür die absoluten Bevölkerungsanzahlen der entsprechenden Altersgruppen innerhalb einer Gemeinde durch die Gesamtbevölkerung der Gemeinde dividiert. Insbesondere mit dem Bevölkerungsanteil der 18–25-Jährigen wird zudem auch für unterschiedliches Wachstumspotential der Gemeinden kontrolliert. Die beiden Indikatoren beruhen ebenfalls auf der Regionalstatistik Datenbank (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025a).

Männeranteil 2023 (%): Zur Differenzierung unterschiedlicher Wahlpotentiale entlang der Geschlechterkomposition der Gemeinden, wurde die absolute Anzahl an Frauen einer Gemeinde durch die Gesamtbevölkerung dividiert und anschließend von 1 subtrahiert. Die Daten basieren ebenfalls auf der Regionalstatistik Datenbank und ihrer laufenden Fortschreibung zum Jahr 2023 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025a).

Gesamtwanderungssaldo je 1000 Einwohner:innen 2023: Zur weiterführenden Kontrolle wird das Gesamtwanderungssaldo je 1000 Einwohner:innen im Jahr 2023 verwendet. Hierfür wurden die Fortzüge über Gemeindegrenzen von den Zuzügen subtrahiert, anschließend durch die Gesamtbevölkerung der Gemeinde dividiert und schließlich mit 1000 multipliziert. Die entsprechenden Daten, zur Berechnung, basieren auf der Regionalstatistik Datenbank (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025a).

Einwohner:innenanteil Mitgliedschaft römisch-katholische Religionsgemeinschaft 05/2022: Zur Kontrolle unterschiedlicher Wahlpotentiale entlang konfessioneller Zugehörigkeit wurde der Einwohner:innenanteil der Mitglieder zur römisch-katholischen Religionsgemeinschaft im Mai 2022 verwendet. Grundlage hierfür ist die Haupterhebung des Zensus im Mai 2022 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025b). Gemeinden, die hierbei durch den Zensus als „0 oder auf 0 geändert“ markiert wurden, wurden manuell einheitlich auf den Wert 0 imputiert.

Ausländer:innenanteil 2023: Zur Kontrolle der Kontakthypothese bzw. der These kultureller Bedrohung wurde der Anteil der Einwohner:innen der Gemeinde ohne deutsche Staatsbürgerschaft im Jahr 2023 verwendet. Die Daten basieren dabei auf der Fortschreibung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg (2025).

Arbeitslose je 1000 Einwohner:innen 2023: Zur Kontrolle der These ökonomischer Bedrohung bzw. der Modernisierungsverlierer wurde der von der Bundesagentur für Arbeit (2025) veröffentlichte Jahresdurchschnitt an Arbeitslosen im Jahr 2023 verwendet und durch die Einwohner:innenanzahl der Gemeinde im gleichen Jahr (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2025a) dividiert und anschließend mit 1000 multipliziert.

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft je Einwohner:in 2021: Zur weiteren Kontrolle entlang unterschiedlicher, den Gemeinden innewohnenden, (subjektiven) ökonomischen Deprivationsgefühlspotentialen wurde aus dem BBSR (2025) die durchschnittliche einzelhandelsrelevante Kaufkraft pro Einwohner:in im Jahr 2021 verwendet.

Kommunale Steuerkraft je Einwohner:in 2023: Zur weiteren Differenzierung entlang unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Angebotspotentiale durch die Gemeinde wurde die Steuerkraft der Gemeinde je Einwohner:in im Jahr 2023 entlang des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg verwendet (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2025). Hierfür wurde die Summe aus der Grundsteuer A und B, der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer je Einwohner:in der Gemeinde im Jahr 2023 gebildet. Da es in Baden-Württemberg hier zu einer stark rechtsschiefen Verteilung kommt wurde die Variable entlang des natürlichen Logarithmus transformiert.

Einwohnergewichtete Luftdistanz zur nächsten ÖV-Haltestelle 2020: Zur weiteren Kontrolle unterschiedlicher Wahlpotentiale durch Unzufriedenheit mit infrastrukturellen Anbindungen und Gefühlen des „Abgehängt seins“ wurde die einwohnergewichtete Distanz zur nächsten ÖV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten am Tag im Jahr 2020 entlang des BBSR (2025) verwendet. Aufgrund der stark rechtsschiefen Verteilung wurde hierbei die Variable entlang des natürlichen Logarithmus transformiert.

Einwohnergewichtete Luftdistanz zum nächsten Bahnhof 2021: Zusätzlich wurde entlang derselben Argumentation für die durchschnittliche PKW-Fahrzeit von einer Gemeinde zum nächsten IC/ICE-Bahnhof im Jahr 2021, entlang der Datengrundlage des BBSR (2025), kontrolliert.

Infrastrukturelle Nahversorgung 2021: Um abschließend unterschiedliches Wahlpotential entlang der Verfügbarkeit infrastruktureller Grund- bzw. Nahversorgung abzudecken, wurde entlang einer Hauptkomponentenanalyse ein Faktor aus der einwohnergewichteten Distanz einer Gemeinde im Jahr 2021 zum nächsten Supermarkt, zur nächsten Apotheke und zur nächsten Grundschule gebildet. Die Datengrundlage hierfür bot ebenfalls das BBSR (2025).

Datenquellen:

BBSR (Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2025) ‘Laufende Raumbeobachtung des BBSR-INKAR’. Verfügbar unter: https://www.inkar.de/ (Zuletzt geprüft: 14. Februar 2025).

Bundesagentur für Arbeit (2025) ‘Arbeitslose und Arbeitslosenquoten - Deutschland, Länder, Kreise und Gemeinden (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen)’. Verfügbar unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=gemeinde-arbeitslose-quoten (Zuletzt geprüft: 23 Februar 2023).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2025a) ‘Regionaldatenbank Deutschland’. Verfügbar unter: https://www.regionalstatistik.de/genesis/online (Zuletzt geprüft: 23. Februar 2025).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2025b) ‘Zensus 2022’. Verfügbar unter: https://www.zensus2022.de/DE/Ergebnisse-des-Zensus/_inhalt.html (Zuletzt geprüft: 14. Februar 2025).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2025) ‘Interaktive Karten des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg’. Verfügbar unter: https://www.statistik-bw.de/Intermaptiv/ (Zuletzt geprüft: 23. Februar 2025).

Impressum
Universität Tübingen, Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex)
PD Dr. Rolf Frankenberger rolf.frankenberger@uni-tuebingen.de | Sophie Bausch | Tim Fröhlich tim.froehlich@uni-tuebingen.de | Cornelius Klodt | Katharina Mayer katharina.mayer@irex.uni-tuebingen.de | Bjarne Pfau kartografie@irex.uni-tuebingen.de
Geschwister-Scholl-Platz • 72074 Tübingen • www.uni-tuebingen.de/irex